

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 1. Oktober 1919, Nr. 392.

**Die Kohlenfrage.** In der heutigen Stadtratsitzung berichtete VB-Emmerling über seine Reise nach Prag und Berlin in Angelegenheit der Kohlenbeschaffung. Er führte aus: Die Verhandlungen in Prag waren diesmal leichter zu führen, weil gewisse Voraussetzungen dafür, die das letzte Mal gefehlt haben, vorhanden waren. Eine solche Voraussetzung war der Friedenszustand, der mittlerweile zwischen uns und der Tschechoslovakei eingetreten war, eine zweite war die Ratifizierung des Vertrages. Wir haben bei den Verhandlungen selbstverständlich das größte Gewicht darauf gelegt, dass die im Verträge namhaft gemachten Mengen für Deutschösterreich <sup>aus</sup> geliefert werden. Wir verwiesen darauf, dass wir nicht ein Stückchen Kohle mehr haben und dass bei irgend einer Störung wir nicht mehr in der Lage sind, unsere bescheidenen Betriebe aufrecht zu erhalten.

Unsere Schilderung hat zweifellos Eindruck gemacht und bei allen massgebenden Faktoren <sup>zu Verhältnis</sup> volles Verständnis gefunden, wenn uns auch überall die <sup>bezüglich der Kohlenversorgung</sup> Lage Prags sowie überhaupt der Tschechoslovakei entgegengehalten wurde. Wir haben dann dringend bindende Zusagen bezüglich der Erfüllung des Vertrages verlangt, indem wir darauf hingewiesen haben, dass selbstverständlich, dass wir nicht ohne irgend welche Zugeständnisse nach Wien kommen könnten. Wir haben die Herren darüber nicht im Zweifel gelassen, das uns mit schönen Worten nicht gedient sei, weil in Wien der Strassenbahverkehr eingestellt ist und täglich eine Million Wiener zu Fuss wandern müssen. Minister Hampel, bei den wir zuerst vorgesprochen haben, hat uns darauf erklärt, dass er alles, was in seiner Macht stünde, vorkehren werde, um unsere Verlangen zu erfüllen. Mit dieser Zusage sind wir dann zum Minister Heidler und dem Ministerpräsidenten Tuzar gegangen und haben insbesondere gefragt, ob wir auf Grund der uns gemachten bindenden Zusage, dass nunmehr der Vertrag eingehalten werden soll, auch den Strassenbahverkehr wieder aufmachen lassen können. Als uns dies zugesagt wurde, <sup>das wichtige</sup> arbeitete wir eine Kommittee aus, das auch die tschechischen Minister zur Kenntnis nahm.

In den weiteren Unterredungen verwiesen die Tschechen darauf, dass sie nun auch den Norden Böhmens mit Kohle versorgen müssten, der früher von Schlesien aus mit Kohle versorgt worden sei. Sie verwiesen auf die grossen Schwierigkeiten im Teschener Gebiet, auf die Minderförderung, auf den Waggonmangel und dass sie nicht imstande sind, die Qualitätskohle in der Weise zu benutzen, wie sie es für ihre Industrie brauchen würden. Sie sagten uns auch, dass bei ihnen zahlreiche Industrien stille stehen müssten und schliesslich haben sie uns es auch unverständlich gegeben, dass Wien nicht besser als Prag mit Kohle beliefert werden könne. In Prag habe man keine elektrische Beleuchtung, der Hausbrand werde nur bis zu 40 bis 50% ausgegeben und die Geschäfte müssten vorzeitig gesperrt werden. Prag, so meinten sie, könne nicht schlechter daran sein, als Wien. - Bei den weiteren Verhandlungen ergaben sich dann auch einige Differenzen. So wurde uns mitgeteilt, dass die Anlieferungen weit aus grösser sein müssten, als wir behaupteten. Man erklärte uns, dass uns viel mehr Kohle geschickt worden sei, als wir aufgezeichnet hätten. Wir konnten uns demgegenüber nur auf die faktischen Einläufe berufen und diese zur Grundlage unserer Beratungen nehmen. Zur Austragung dieser Differenzpunkte wird nun eine neue Konferenz im Laufe dieser Woche stattfinden, zu der sich unsere Unterhändler wieder nach Prag begeben werden. Was die Mengen Kohle anbelangt, die wir geliefert erhalten werden, so dürfen wir uns darüber keine zu grossen Vorstellungen machen. Sie werden gerade ausrei-

chend sein, um die Betriebe zur Not aufrecht erhalten zu können. Ob wir für jeden Betrieb das genügende Quantum bekommen werden, das ist aber noch die Frage und es wird deshalb wahrscheinlich auch in Zukunft notwendig sein, dass der eine Betrieb bei dem anderen eine Anleihe wird machen müssen.

Von Prag sind wir dann nach Berlin gefahren und haben zunächst mit dem Reichskohlenkommissär Stutz Rücksprache wegen Erfüllung des Vertrages genommen. Zu den schmerzlichen Bedenken sind seither noch neue hinzugekommen. Die Deutschen haben die Verpflichtung übernommen 20 Millionen Tonnen Kohle an die Entente zu liefern. Sie haben 17.000 Lokomotiven zurückbekommen, allein das ist keine Erleichterung für sie, weil die Mehrzahl der Lokomotiven unbrauchbar sind und daher repariert werden müssen. Auch hat die Entente erklärt, dass sie auf brauchbare Lokomotiven wieder Anspruch erheben werde. Ferner wurde Klage darüber geführt, dass Wagenzüge, wenn sie nach Westen geschickt werden, nicht mehr zurückkommen, weil Deutschland noch nicht die vorgeschriebene Wagengemenge abgeliefert hat. Demgegenüber haben aber auch schliesslich die Deutschen erklärt, dass sie den Vertrag erfüllen wollen. Allerdings machen sich bei der Erfüllung Schwierigkeiten wegen der Wagenbeistellung geltend, weshalb uns die Deutschen mitteilten, dass, wenn wir ihnen eigene Wagen schicken könnten, die Versorgung viel prompter vor sich gehen würde. Leider ist das nicht möglich, weil die Tschechen wieder erklären, dass, solange der gemeinsame Wagenpark vorhanden ist, es unmöglich sei, einem einzelnen Staate eine grössere Anzahl von Wagen zur Verfügung zu stellen. Wir müssen deshalb mit dieser Massregel solange warten, bis der Friedensvertrag ratifiziert ist. Erst dann kann die Aufteilung des Wagenparkes vorgenommen werden. Wir haben den Deutschen nachgewiesen, dass sie uns aus dem schlesischen Revier nur 11% Kohle gegeben haben, während vor dem Kriege die Belieferung 35% betrug, worauf uns geantwortet wurde, dass sei möglich gewesen, weil man eben damals in Deutschland noch Saar- und Ruhrkohle zur Verfügung hatte. Ferner haben sie auf die Schwierigkeit verwiesen, die darin besteht, dass sie Kohle nicht mehr direkt nach Norden schicken könnten, weil ihnen ihre direkte Kohlelinie von den Polen weggenommen worden sei. Ueber polnisches Gebiet könnten sie aber keine Kohle führen, weshalb sie die Kohlenzüge über Breslau und noch weiter in das Innere Deutschlands insidieren müssten. Gegenwärtig schweben mit Polen Verhandlungen und wenn diese zu einem günstigen Resultate führen, so könnten auch wir auf mehr Kohle hoffen. Was die Förderung anbelangt, so wurde uns gesagt, dass sie in nicht unbeträchtlicher Weise in die Höhe gegangen ist.

Nachzutragen habe ich noch, dass wir den Tschechen auch rücksichtslos erklärt haben, sie haben dadurch, dass sie in Paris für die Selbstständigkeit unseres Staates eingetreten sind, auch die Verpflichtung übernommen, uns die Möglichkeit zu dieser Selbstständigkeit zu bieten und dazu zähle eben auch die Kohlenversorgung.

Aus den Verhandlungen ist der Schluss zu ziehen, dass, wenn auch der Vertrag eingehalten wird, wir nicht in der Lage sein werden, irgend welche Vorräte anzusammeln. Wir werden zu keiner geordneten Kohlenwirtschaft gelangen und es werden nach wie vor eine Reihe von Absperrmassnahmen und Einschränkungen notwendig sein. Störungen in der Kohlenversorgung werden auch in Zukunft nicht zu vermeiden sein und für unsere Gas- und Elektrizitätswerke werden wir nur bescheidene Reserven ansammeln können.

(Fortsetzung des Berichtes in der 2. Ausgabe.)

**Kartoffelabgabe.** Donnerstag bis Samstag werden im 9. und 21. Bezirk  $\frac{1}{2}$  Kg Kartoffel pro Kopf zum Preise von 2 K 60 pro kg abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt „O“ der Kartoffelkarte. Ausserdem werden am Donnerstag ausserhalb der Rayonierung auf den Märkten im 14., 16., 18. und 20. Bezirk Kipflerkartoffel,  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf zum Preise von 3 K 84 pro kg, gegen Durchlochung des Buchstabens „T“ am unteren Rande der Mehlbezugskarte abgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 1. Oktober 1919, Nr. 393.

(Fortsetzung des Berichtes „Die Kohlenfrage“.)  
<sup>In der sich am 29. Okt. abspielenden Session hat</sup>  
StR. Vaugoin (chr. soz.) aber, dass es den Tschechoslovaken schwer fallen wird, den Vertrag einzuhalten. Darüber, dass die Bevölkerung im Winter wird frieren müssen, sei man sich jetzt bereits im Klaren. Unsere Pflicht ist es nur zu trachten, diese Schwierigkeiten der Kohlenversorgung möglichst zu verkleinern und zu diesem Zwecke ist es notwendig, dass an die Entente herangetreten wird, dass sie uns einen Teil von den Kohlen, die dem Friedensvertrag gemäss an Frankreich abzuliefern ist, zuweist. Die Frage der amerikanischen Kohle darf nicht außer Auge gelassen werden. Wenn es auch klar ist, daß der Preis von 30 bis 40.000 Kronen für einen Waggon amerikanischer Kohle/überschwinglich ist, so wird es doch eine Anzahl von Industrien geben, die einen verhältnismässig geringen Kohlenverbrauch haben und deshalb einen hohen Kohlenpreis leichter in Kauf nehmen können. Der Tiefstand unserer Valuta wird es trotz der hohen Kohlenpreise noch möglich machen, konkurrenzfähig zu bleiben. Es muss aber darauf gesehen werden, daß auch tatsächlich alle Lieferungen an das Ausland auch in ausländischer Valuta beglichen werden, nicht wie es vorgekommen ist, daß gewaltige Wertungslieferungen nach Rumänien in ungestempelten Kronennoten bezahlt wurden. Redner teilte sodann mit, daß er sich persönlich an den Zentrumsabgeordneten Dr. Pfeifer in Berlin gewendet habe mit der Bitte, seinen Einfluß für die Kohlenlieferungen nach Wien geltend zu machen. Abgeordneter Dr. Pfeifer hat in einem Telegramm geantwortet, daß es ihm gelungen sei, ein Anbot auf amerikanische Kohle zu erhalten, doch sei die Preisfrage bis jetzt noch nicht geregelt.

StR. Kókra (Soz. Dem.) wünscht, daß mit den Kohlensparmassnahmen sofort eingesetzt werde, damit es möglich sei, gewisse Kohlenvorräte anzusammeln und solche Katastrophen, wie die gänzliche Einstellung des Straßenbahnverkehrs, in Zukunft womöglich zu vermeiden. Redner äussert sich über die Kohlenbeschaffung aus Amerika äusserst skeptisch, da es erwiesen sei, daß amerikanische Kohle infolge der ungeheuren Valuta fast nicht besorgt werden könnte.  
StR. <sup>Annahme</sup> Feidel (Soz. Dem.) schlägt zur Ersparung von Kohle vor, eine durchlaufende Arbeitszeit in allen Betrieben einzuführen, damit die Mittagsstunden, in denen noch kein künstliches Licht verwendet werden muß, zur Arbeit verwendet werden können und damit ferner die starke Benützung der Strassenbahn zur Mittagszeit ausfalle. Ferner sei es notwendig, daß die Sparmassnahmen in den Kaffeehäusern und Vergnügungslokalen streng überwacht werden, da es erwiesen ist, daß sich besonders die besseren Lokale wenig an die verfügten Verordnungen halten. Auch müsse erwogen werden, ob nicht an Sonntagen der Straßenbahnverkehr überhaupt eingestellt werden soll, denn es sei immerhin besser, man entbehre an einem Sonntag den Strassenbahnverkehr, als an Wochentagen, wo er besonders schwer vermisst wird.

StR. Kürber (chr. soz.) verlangt, daß die Lieferung amerikanischer Kohle durchaus nicht fallen gelassen werden dürfe; denn auch der teure Preis dieser Kohle dürfe nicht davon abhalten, die Katastrophe abzuwenden.

StR. Rudolf Müller (Soz. Dem.) wünscht, daß auch die Karbißbeleuchtung in dem Schankgewerbebetrieben eingeschränkt werde und daß überall dort, wo elektrischer Strom und Kohle durch Handbetrieb bzw. Verwendung von Holzkohle ersetzt werden kann, dies geschehe.

StR. Müller Josef (chr. soz.) bespricht die Holzversorgung Wiens und weist darauf hin, daß im Auhof 17.000 Kubikmeter und in der Hermesvilla 30.000 Kubikmeter Holz lagern, die in der allernächsten Zeit heringebraucht werden müssen, da es sonst unmöglich ist, das Holz aus den unwegsamen Gegenden nach Wien zu bringen.

StR. Haider (chr. soz.) fordert gleichfalls, daß Einschränkungen im Straßenbahnverkehr und in der Beleuchtung im geringen Umfange bereits für die

nächste Zeit in Erwägung gezogen werden sollen.

VB. Emmerling beantragt in seinem Schlußworte die Einsetzung eines städtlichen Komitees, daß sich mit der gesamten Kohlenangelegenheit ständig zu befassen haben soll. In dieses Komitee wurden die StRe. Seidel Amalie (Soz. Dem) Kokrda (Soz. Dem.), Izer (Soz. Dem.), Täubler (Soz. Dem.), Vaugoin (chr. soz.) und Körber (chr. soz.) gewählt.

Bürgermeister <sup>Reumann</sup> teilte sodann mit, daß er in der nächsten Gemeinderatsitzung einen Kohlenbericht erstatten und folgende Anträge dem Gemeinderate vorlegen werde: In Kenntnis der ungenügenden Anlieferung von Kohle für den Bedarf der Stadt Wien wird beantragt: 1.) Es sind Maßnahmen zu treffen, die eine abermalige gänzliche Einstellung des Straßenbahnverkehrs in absehbarer Zeit ausgeschlossen erscheinen lassen. 2.) Es hat darauf hingewirkt zu werden, daß bei Eintritt einer solchen Kohlennot, die abermals die Einstellung des Straßenbahnbetriebes notwendig macht, für einen, wenn auch mangelhaften Ersatzverkehr Sorge getragen wird. 3.) In der Kohlenbeschaffung sind solche Verfügungen zu treffen, die eine bessere Belieferung der Elektrizitätswerke voraussehen lassen. 4.) Für die Beschaffung der Hausbrandkohle und für die Holzbeschaffung sind sehr rasch entsprechende Maßnahmen zu treffen. Hierüber ist wöchentlich in der Gemeinderatsitzung Bericht zu erstatten.

-----  
Vermehrung der Umkleidezellen im Herrenbad des „Gänsehüfels.“ Die im Herrenbade des Strandbades „Gänsehüfel“ befindlichen 102 Umkleidestellen genügen nicht der Nachfrage. Der Stadtrat hat daher nach einem Berichte des VB. Emmerling die Vermehrung der Umkleidestellen um 204 Stück mit einem Kostenbetrage von 30.000 Kronen genehmigt.

-----  
Errichtung eines Spielplatzes für den Kindergarten II. „Aspernallee.“ Nach einem Berichte des StR. Siegl beschloss der Stadtrat, den an das Schulgebäude im II. Bezirk Aspernallee 5 grenzenden Grund, im Ausmasse von ungefähr 2400 Quadratmeter, der Eigentum der Donauregulierungskommission ist, zur Errichtung eines Spielplatzes für den Kindergarten zu pachten. Hiefür wird ein jährlicher Pachtschilling von 4 Kronen als Anerkennungszins bezahlt.

-----  
Vergrößerung des Stranbades „Alte Donau“. Das Strandbad „Alte Donau“ genügt weder räumlich noch in Bezug auf die vorhandenen Kleiderablagestellen den Ansprüchen der Bevölkerung. Der für die Erweiterung des Bades in Betracht kommende Grund, welcher der Donauregulierungskommission gehört, wurde bereits bei der Anlage des Bades für eine künftige Erweiterung in Betracht gezogen und von der Gemeinde gepachtet. Die Erweiterungsarbeiten werden im Eigenbetriebe durchgeführt, so dass viele Badebedienstete, die nach Schluss der Badezeit entlassen werden müssten, Beschäftigung finden werden. Die Gesamtkosten für die Erweiterungsarbeiten betragen 80.000 Kronen und wurden nach einem Berichte des VB. Emmerling im Stadtrate genehmigt.

-----  
Erste österreichische Sparkasse. Im September wurden in diesem Institute von 7833 Parteien 14,065.189 Kronen eingelagt, an 13,476 Parteien 19,776.584 Kronen rückgezahlt und belief sich der Gesamteinlagenstand am 30. September auf 679,204.457 Kronen. Hypothekendarlehen wurden 2,222.732.04 Kronen zugezählt, dagegen 1,593.417.94 Kronen rückgezahlt, so dass sich der Stand der Hypothekendarlehen Ende des Monats auf 320,141.911.62 Kronen stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich auf 17,480.624.07 Kronen; 60jährige Pfandbriefe waren 18,025.800 Kronen im Umlaufe. Wechsel wurden 2,042.700 Kronen eskontiert, dagegen 632.300 Kronen einkassiert. Der Besitz an Wechsela und Schatzscheinen betrug sonach am 30. September 17,052.300 Kronen.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 2. Oktober 1919, Nr. 393.

**Die Anforderung des Hotel „City“:** Unter Bezugnahme auf die Zeitungsberichte über eine Verhandlung vor dem Mietamt, Senat für Wohnungsanforderungen, womit die Anforderung des Hotels „City“ teilweise wieder aufgehoben wurde, teilt das Wohnungsamt der Stadt Wien folgendes mit: Ohne sich in eine Kritik dieser Entscheidung, die von einem unter Zuziehung der Bevölkerung zusammengesetzten Senat gefüllt wurde, einzulassen, kann das Wohnungsamt nur erklären, dass es nach wie vor an der Anschauung festhält, im Sinne der Verordnung bei Hotels mit dem ausgesprochenen Charakter von Stundenhôtels zuzugewiesenen Inanspruchnahme berechtigt zu sein. In Konsequenz dieses Standpunktes und aus naheliegenden Zweckmäßigkeitsbetrachtungen hat das Wohnungsamt auch auf die im gegebenen Falle zugesprochenen 14 Zimmer bereits verzichtet. Eine teilweise Aufrechterhaltung einer Anforderung ist, von vergleichweisen Regelungen abgesehen, nach Ansicht des Wohnungsamtes nur bei Hotels anderen Charakters rechtlich zulässig. Das Wohnungsamt wird in allen noch anhängigen Fällen diese Auffassung auch weiterhin nachdrücklich vertreten.

**Preiserhöhung für Himbeersaft:** Die Höchstpreise für Himbeersaft werden wie folgt erhöht: Erzeugerpreise 1430, 1480, 1530 Kronen, Großhandelspreise 1530, 1555 und 1580 Kronen pro hundert kg, Die Kleinvertriebspreise erhöhen sich um 2 Kronen pro kg, so dass 1 kg Himbeersaft im Detailhandel auf 16.30 K zu stehen kommen.

**Die Gesundheitsverhältnisse Wiens:** Im Monat August war der Krankenstand gegenüber dem Vormonate wesentlich niedriger. Infolge der heißen Tage war die Zahl der Erkrankungen der Darmorgane eine grössere. Von den Infektionskrankheiten, die eine geringe Ausdehnung zeigten, hat die Ruhr im Berichtsmonat eine Zunahme gegen den Monat Juli aufzuweisen. Angezeigt wurden 60 Scharlach, 91 Diphtherie, 45 Typhus, 468 Ruhr, eine Blattera und 43 Varizellenfälle. Auch die Sterblichkeit zeigte eine Abnahme gegenüber dem Monat Juli, ist aber noch immer beträchtlich höher als in den ersten Kriegsjahren. Die größte Zahl der Todesfälle entfiel auf Tuberkulose und Skrophulose mit 733 Fällen. Das männliche Geschlecht war mit rund 45 %, das weibliche mit rund 55 % an der Sterblichkeit beteiligt.

**2000 Kronen für die Stadt Ebenfurth:** Im Februar 1919 hat sich im Gemeindegebiete von Ebenfurth eine gemeingefährliche bewaffnete Bande herumgetrieben, zu deren Umschlingung der Ebenfurth Gendarmerieposten eine Verstärkung von 20 Mann von der Schutztruppe im Steinfeld bekam. Die Stadt Ebenfurth hat die Verpflegung dieser Mannschaft übernommen, woraus ihr Kosten im Betrage von rund 5000 Kronen erwachsen. Durch Heranziehung der genannten Mannschaft ist es gelungen, der Bande Herr zu werden, wodurch auch die Gemeinde Wien in ihrer Ueberlandszentrale Ebenfurth den Schutz von Personen und Eigentum mitgenossen hat. St.R. Schorsch beantragte in der heutigen Stadtratsitzung dem Stadtvorstande von Ebenfurth für die im vorliegenden Falle erwachsenen Kosten einen Beitrag von 2000 Kronen zubewilligen. Dem Antrage wurde stattgegeben.

**Kartoffelabgabe:** Vom Freitag bis Sonntag wird im V. Bezirke ein halbes kg Kartoffel pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes „0“ der Kartoffelkarte abgegeben.

**Die Lebensmittelversorgung Wiens:** In der heutigen Stadtratsitzung erstattete Egm. Reumann einen Bericht über die Versorgung der Gemeinde Wien mit Lebensmitteln, der sich auf Ausführungen des Staatssekretärs für Volksernährung Dr. Lewentfeld-Russ stützte. In dem Bericht heisst es unter anderem: Die Versorgung mit Getreide und Mehl ist vollkommen unzureichend. Mit der eigenen Ernte kann lediglich Oberösterreich und das flache Land Niederösterreich

versorgt werden; alle übrigen Gebiete insbesondere Wien sind auf Zuschüsse angewiesen. Wir haben in Argentinien 40 bis 50 Tausend Tonnen Getreide eingekauft und ist diese Menge zum grössten Teil schon verschifft und im Antransport begriffen. Es war beabsichtigt, das Getreide über Rotterdam und Mannheim, teils per Eisenbahn, teils in Donauwege hereinzubringen. Transport Schwierigkeiten machen dies fast unmöglich. Das Ansuchen, bei der Entente wegen der Zufuhr über Rotterdam einzuschreiten, wurde abgewiesen und wir nach Triest verwiesen. Die Zuschüsse von dort sind in der letzten Zeit vollkommen ins Stocken geraten, eine telegrafische oder telefonische Verbindung mit Triest war nicht möglich. Derzeit sollen 17 Eisenbahnzüge zwischen Triest und Graz wegen Kohlenmangel steckengeblieben sein. Wir haben Kohle und Lokomotiven entgegengesandt, die Züge sind aber bis heute noch nicht eingelangt. Und selbst wenn sie eintreffen, bleiben diese Zuschüsse weit hinter unserem Tagesbedarf zurück. Im jugoslawischen Vertrag hatten wir uns die Einfuhr von 5000 Tonnen Mehl gesichert. Allein der Vertrag liess die Fixierung des Kaufpreises offen, es wurde, was ein grosser Fehler war, lediglich der Weltmarktpreis festgelegt. Zu diesem, der mit Rücksicht auf unsere schlechte Valuta sehr hoch ist, schlägt die jugoslawische Regierung noch 300 Kronen Ausfuhrzoll per Meterzentner dazu. Ausserdem hat gegen den Export der vertragsmässig sichergestellt Waren eine heftige Agitation eingesetzt, die vielleicht zur Kündigung des Vertrages führen kann. Endlich hat die Belgrader Regierung die zum Abtransport per Schiff zugeführte Kohle beschlagnahmt, so dass die Schiffe von Belgrad nicht abdampfen können. Wir hätten die genannten 5000 Tonnen bereits vor 14 Tagen bekommen sollen und haben heute noch nichts. Für die Einkäufe im Auslande fehlt uns die nötige Valuta. <sup>die Regierung</sup> <sup>den</sup> für die Importe von Mehl, Getreide, Kartoffeln und Kondensmilch für die nächsten 3 Monate allein 70 Millionen holländische Gulden, das sind 2 Milliarden deutschösterreichischer Kronen. Dabei bekamen wir weder Fleisch noch Fische, weder Käse noch Reis. <sup>Da uns jede Valuta mangelt, wurde</sup> der Vorschlag gemacht, <sup>die</sup> Kunstgegenstände an amerikanische Kunsthändler zu veräussern. Allein wir dürften dabei keinen namhaften Betrag erzielen. Um nur ein Minimum <sup>von</sup> Getreide und Fett bis Ende November importieren zu können, bedürfte man 17 Millionen holländischer Gulden, die in den nächsten <sup>10</sup> Tagen zur Verfügung stehen müssten. Wir haben somit in den Ländern keine nennenswerte Ernte, keinerlei Vorräte und ist die Situation schon derart schlimm, dass ausser Wien, Niederösterreich und Oberösterreich alle Länder unversorgt sind. <sup>Was die Versorgung Wiens anbelangt, so fehlen uns für den Bedarf der nächsten</sup> Woche heute noch 492 Waggons. Die Deckung kann dadurch gefunden werden, dass das Ernährungsamt den Bezirken, in denen aufgebraucht wird, überhaupt nichts zuschiebt und die letzten Reserven der K.E.A. per 120 Waggons heranzieht. Das noch immer vorhandene Manko von 17 Waggons kann entweder dadurch gedeckt werden, dass <sup>man</sup> die letzten Reserven der Gemeinde Wien per 50 Waggons heranzieht oder an Stelle des zweiten Viertel Kilogramm Verschleissmehl, Reis zur Ausgabe bringt. Von letzteren stehen 70 Waggons zur Verfügung. Endlich hat die Grenzankaufstelle 50 Waggons Getreide in Aussicht gestellt, die niederösterreichische Landesregierung für Wien aber nur 17 zugewiesen, da der Rest für Zubussen für Pflinglinge der Landesanstalten verwendet werden muss. <sup>Zu diesem furchtbaren Mangel an Mehl und Getreide tritt noch in Wien die Fut-</sup> termittelnot. Wenn im letzten Augenblick nicht irgend eine günstige Wendung eintritt, steht Wien in der nächsten Zeit ohne Pferdemischfutter da. Alle Urgrößen nach Oberösterreich um Zuschub von Hafer blieben erfolglos, da der Hafer erst in den nächsten Tagen ausgedroschen werden wird. Um das Mischfutter herstellen zu können, werde man sich gezwungen sehen, den anrollenden Mais aus Jugoslawien für das Pferdefutter zu verwenden. Der Mais inländischer Ernte ist noch nicht reif und kann daher nicht herangezogen werden. <sup>Ähnlich wie mit diesen Artikeln steht es auch mit Fett und Fleisch.</sup> An ersterem sind in Wien derzeit 1450 Tonnen im Anrollen und sollen noch 3440 Tonnen übernommen werden. Diese Menge deckt in Wien bei der 12 dkg Quote den Monatsbedarf. Nach Kärnten, Salzburg und Steiermark wird überhaupt kein Fett zugeschoben. Die Regierung hat ferner grössere Mengen in Triest halb auf Kredit, halb auf Barzahlung angekauft. Wenn sie die dazu nötige Valuta nicht aufbringt, wird das Fett sogleich in Triest verkauft werden. Die Versorgung Wiens mit Fleisch ist mit dem angekauften und vorhandenen Vorräten auf einem Monat gedeckt. Ab 1. November hat Wien kein Fleisch mehr.

Wir sind somit in einer trostlosen Lage. <sup>Die</sup> <sup>Verhältnisse</sup> <sup>in</sup> <sup>den</sup> <sup>verschiedenen</sup> <sup>Teilen</sup> <sup>des</sup> <sup>Landes</sup> <sup>haben</sup> <sup>nur</sup> <sup>mehr</sup> <sup>Getreidevorräte</sup> <sup>für</sup> <sup>einige</sup> <sup>Tage</sup>, Wien wird in der übernächsten Woche schwerlich mit der vollen Brot- und Mehlquote versorgt werden können. Alle Schritte um Ententehilfe hatten keinen nennenswerten Erfolg. Staatskanzler Dr. Renner überreichte bereits bei der Unterzeichnung des Friedens ein dringendes Ansuchen um Unterstützung; die Pariser Ententekommission tagt jedoch derzeit nicht mehr in Permanenz und hat daher noch keine Antwort erteilt. Das Ansuchen bei den Amerikanern wurde abgelehnt, da die Kredite Oesterreichs völlig erschöpft sind.

St.R. Breitner (Sozialdemokrat) stellte folgenden Antrag: Wie die Staatskorrespondenz amtlich meldete, hat der Kabinettsrat in der letzten Sitzung beschlossen, zur Beschaffung von Lebensmitteln Kunstschätze an das Ausland zu verkaufen. Diese Mitteilung ist geeignet, die grössten Besorgnisse bei allen Menschen hervorzurufen, denen das Schicksal Wiens am Herzen liegt. Die ungeschmählerte Erhaltung und freie Zugänglichmachung des alten Kunstbesitzes ist nicht bloss in kultureller Beziehung von höchster Bedeutung, sondern es liegt darin auch ein grosses Stück der Möglichkeiten, den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu vollziehen, Wien zu einer Kunst- und Fremdenstadt zu machen. Der in der offiziellen Verlautbarung enthaltene Hinweis, dass es sich um „wertvolle, aber kunsthistorisch und kulturell minder belangreiche Objekte“ handelt, kann keineswegs eine ausreichende Beruhigung bieten. Minderwertige Objekte spielen auf dem internationalen Markte überhaupt keine Rolle und es wäre wohl von vornherein mit untauglichen Mitteln, auf diese Weise irgendwie nennenswerte Beträge hereinzubringen. Es kann sich also doch nur um wirkliche Kunstschätze handeln. Wenn die Gerüchte sich bewahrheiten, dass ein Verkauf der kaiserlichen Gobelinsammlungen geplant ist, so würde es sich hier um Unika handeln, die einfach unersetzbar sind, wobei überdies der gleichzeitige Verkauf einer grösseren Anzahl ganz unkaufmännisch wäre und die Preise gewaltig herabdrücken müsste. Es ist tief zu bedauern, dass solche Beschlüsse gefasst werden konnten, ohne dass die freigewählte Gemeindevertretung und ihr Oberhaupt zu Rate gezogen oder auch nur verständigt wurden, wiewohl durch derartige Schritte die Lebensinteressen Wiens auf das Empfindlichste berührt werden. Der ganze Kampf, den unsere Friedensdelegation mit dem Staatskanzler an der Spitze gegen die Ansprüche des Auslandes auf unsere Kunstschätze geführt hat, verliert völlig sein moralisches Gewicht, wenn jetzt an den Verkauf von künstlerischen Objekten geschritten wird und es ist sehr zu befürchten, dass die noch in Schwebe befindlichen Streitfälle dadurch nicht zu unserem Gunsten beeinflusst werden. Es kann ja kommen, dass wir unter dem Drucke der allergrössten Not solche geradezu selbstmörderische Verkäufe vornehmen müssen, doch darf ein solches Unglück keinesfalls geschehen, ehe alle anderen Hilfsquellen restlos in Anspruch genommen worden sind. Die ausländischen Guthaben, die alt- und neuengländischen Wertpapiere, Gold und Juwelen sind bisher nicht angefordert worden. Bei diesen Kategorien handelt es sich um Werte, die bei künftiger Konsolidierung unserer Wirtschaft nach Massgabe der wachsenden Sparkraft ohne weiters wieder angeschafft werden können, während Kunstschätze von wirklichem Range, die ins Ausland wandern, als endgiltig und unwiederbringlich verloren anzusehen sind. Die Bevölkerung Wiens, welche von der Gefahr des Verhungerns und Erfrierens bedroht ist, kann es nicht verstehen und wird es auch nicht in Ruhe ertragen, dass diejenigen Massnahmen, die wirklich Abhilfe bringen können, unterbleiben. Es wird daher beantragt: Der Staatskanzler ist ohne Verzug davon zu verständigen, dass der Stadtrat gegen den geplanten Verkauf von Kunstobjekten die allergrössten Bedenken hegt, dagegen Protest einlegt und die Einstellung der Aktion fordert. Hingegen stellt der Stadtrat das Verlangen, der Staatskanzler möge angesichts der auf das schwerste gefährdeten Versorgung Wiens mit Lebensmitteln und Kohle die rück-sichtslose Anforderung aller internationalen Zahlungsmittel veranlassen.

St.R. Dr. Kleinböck (chr. soz.) brachte folgenden Antrag vor: Aus den Zeitungsberichten entnehmen wir, dass die Staatsregierung sich mit den Gedanken ernstlich befasst, aus den Verkauf von Wiener Kunstschätzen die Mittel zu Einkäufen von Lebensmitteln zu beschaffen. Hiedurch ist der Kunstbesitz von Wien schwer bedroht, ohne dass die Aussichten auf unsere Lebensmittelversorgung erheblich gebessert wären. Wir beantragen daher, die Gemeinde Wien wolle die schweren Bedenken gegen den obigen Plan in Interesse der Zukunft

Wien bei den staatlichen Stellen nachdrücklich geltend machen.  
Endlich beantragte St.R. Josef Müller (chr. soz.): Infolge der trostlosen Lebensmittellage der Gemeinde Wien richtet der Stadtrat an den Staatskanzler in letzter Stunde des Frachens, sofort das Notwendige zu veranlassen, dass die Lebensmittellage der Bevölkerung gehoben wird. Der Stadtrat lehnt bei Nichterfüllung dieses Ansehens jede Verantwortlichkeit ab.

Diese Angriffe wurden angenommen und über Vorschlag des Abgeordneten Reumann wurde beschlossen, dass sich wegen einer Ausrückung bestehend aus dem Abgeordneten, dem Präsidenten und dem Stadtratspräsidenten, Dr. Kleinböck, Dr. Schenk und Wagner, zum Staatskanzler Dr. Renner begaben wird, um ihm die Anträge zu unterbreiten und sich ihm über die Versorgung der Stadt Wien Rücksprache zu erlauben.

1. Ausgabe.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Donnerstag, den 2. Oktober 1919.

Beschaffung amerikanischer Kohle. Der Stadtrat hat heute im Sinne eines Referates des Bürgermeisters den grundsätzlichen Beschluß gefasst, sich an jener Aktion, welche das Staatsamt für Handel und Gewerbe zwecks Beschaffung amerikanischer Kohle seit Wochen führt, zu beteiligen, da nunmehr die Verhandlungen zu greifbaren Offerten geführt haben. Es wurde dem Antrage zugestimmt, dass ein Quantum von 80.000 Tonnen lieferbar bis spätestens Neujahr für das Gas- und Elektrizitätswerk angeschafft wird. Nach dem gegenwärtigen Stande des Dollars und den ungeheuren Kosten des Transportes handelt es sich um einen Aufwand von 170 bis 200 Millionen Kronen und würde ein Waggon Kohle auf rund 20 bis 25.000 Kronen zu stehen kommen. Es ist nur die Beschaffung eines eisernen Vorrates, welcher die vollkommene Einstellung der Betriebe verhindern soll, ins Auge gefasst, doch sind die Betriebe selbstverständlich nach wie vor auf die volle Einhaltung der deutschen und tschechoslovakischen Kontingente, sowie auf die Bezüge aus Polen angewiesen. Gleichzeitig wurde vom Stadtrate genehmigt, dass sich die Gemeinde Wien an den Vorkosten mit einem Betrage von 1 Million Kronen als Fondsperau beteilige. Mit Rücksicht auf die grossen Schwierigkeiten politischer Natur im Bezug auf die Wagenbeistellung, die sich ergeben könnten, zielen die Verhandlungen dahin ab, dass die Lieferung loco deutschösterreichische Bahnstation betätigt werde. Gegenüber den gegenwärtig gezahlten Kohlenpreisen bedeutet der Import amerikanischer Kohle mehr als eine Versechsfachung der Preise, was eine volle Umlegung <sup>auf</sup> die Tarife ausschliesst, aber Gas- und Elektrizitätswerk auf Jahre hinaus mit einer Schuld von Dutzenden Millionen belasten.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 3. Oktober 1919, Nr. 394.

Eine Schädigung Wiens als Fremdenstadt. Die StR. Vaugoin und Dr. Kienböck stellten in der heutigen Sitzung des Stadtrates folgenden Antrag, der der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen wurde: Wie aus Zeitungsnachrichten ersichtlich, soll auf der Pariser Fahrplankonferenz beschlossen worden sein, die Ablenkung der großen Express- und Luxuszüge von Wien durchzuführen. Die Orient-expreßzüge sollen statt über Salzburg und Wien durch Oberitalien und Jugoslawien und der Expreßzugsverkehr nach dem Nordosten statt über Wien und Krakau künftighin durch Bayern und Böhmen nach Warschau geleitet werden. Es ist klar, dass diese Ausschaltung Wiens vom internationalen Verkehr eine schwere Schädigung Wiens bedeuten und eine wichtige Hilfsquelle für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des zerstörten Staates unterbunden würde. Die Gerfertigten stellen daher den Antrag, es möge der Stadt- und Gemeinderat durch den Bürgermeister an die österreichische Regierung herantreten, damit dieselbe unverzüglich bei den kompetenten Faktoren vorstellig werde, um diese schwere Schädigung Wiens hintangehalten werde.

Ausgestaltung der vierten Bürgerschulklassen. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Hellmann (Soz. Dem.) über die Errichtung weiterer vierter Bürgerschulklassen. Diese Klassen seien von wesentlicher Bedeutung für die weitere Fortbildung der Schüler und Schülerinnen, leider habe aber Wien davon bisher sehr wenige. Er stellte deshalb den Antrag, die Gemeinde möge ihre Zustimmung geben, dass in jedem Gemeindebezirk, wo nur eine solche Klasse besteht, noch eine weitere solche Klasse bzw. 2 Klassen, und zwar eine für die Knaben und die andere für die Mädchen errichtet werden möge, vorausgesetzt, dass sich dazu die nötige Anzahl von Schülern und Schülerinnen meldet. StR. Rummelhardt (chr. spz.) begrüßte freudig diesen Antrag, den er dahin erweitert sehen möchte, dass sowohl die Lehrer als Eltern auf dem Zweck dieser Klassen als Vorbereitungs-klassen für die gewerbliche Ausbildung aufmerksam gemacht werden. Der Referent erklärte sich bereit, dass diesem Wunsche seitens der Schulverwaltungen Rechnung getragen werden könne. Seine Anträge wurden einhellig zum Beschlusse erhoben.

Ein neuer Bezirksamtsleiter. Der Bürgermeister hat den Magistratsrat Dr. Felix Lippert unter gleichzeitiger Abberufung als Bezirksamtsleiter für den 8. Bezirk von der Funktion des Vorsitzenden des Mietamtes entbunden und dem Magistratsrat Dr. Franz Bertolas zum Leiter des Bezirksamtes für den 8. Bezirk und zum Vorsitzenden des Mietamtes bestellt.

Kartoffelabgabe. Von Samstag bis Montag wird im XI. Bezirk 1/2 kg Kartoffeln pro Kopf ausländischer Herkunft zum Preise von K 2.60 für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes „O“ der Kartoffelkarte abgegeben. Außerdem kommen am Samstag, den 4. d. M. außerhalb der Rayonierung Kipflerkartoffeln auf den Märkten und Markthallen des II., III., IX., X. und XVII. Bezirkes, und zwar 1/2 kg pro Kopf zum Preise von K 3.84 für das Kilogramm gegen Durchlochung des Buchstabens „T“ am unteren Rande der Mehlbezugs-karte zum Verkauf.

Invalidenrenten-Vorschussauszahlung. Die Vorschussauszahlungen auf die Invalidenrenten finden nicht mehr in den Räumen des Invalidenamtes statt, sondern ab Montag nur im Neuen Rathaus (Volkshalle), Zugang von der Ringfront; Zeit der Auszahlung zwischen 8 und 1 Uhr. Samstag kann daher wegen der Uebersiedlung der Vorschussabteilung weder im Invalidenamte noch im Rathaus eine Auszahlung des Vorschusses vorgenommen werden.

Die Vorsprache der Stadtratsabordnung beim Staatskanzler. Im Sinne des gestern gefassten Beschlusses begab sich heute eine Abordnung des Stadtrates unter Führung des Bürgermeisters zum Staatskanzler. An der Abordnung nahmen außer dem Bürgermeister Reumann, die Vicebürgermeister Hoss und Wiater, sowie die StR. Breitner, Dr. Scheu, Speiser, (Soz. Dem.) Dr. Kienböck und Vaugoin (chr. spz.) teil. Bgm. Reumann richtete an den Staatskanzler eine Ansprache, in der er betonte, daß die Gemeinde Wien mit ihrem Protest gegen den Verkauf der Kunstwerke nicht etwa ausdrücken will, daß sie nicht zu jedem Opfer bereit ist, welches im Interesse der Ernährung der Bevölkerung gebracht werden müsse. Es dürfe aber erst zu einer so schwerwiegenden Maßregel geschritten werden, durch welche Wien eine empfindliche Einbuße an seinen Kunstschätzen erleidet, wenn alle anderen Mittel der Geläbeschaffung erschöpft sind. Dies könne aber nicht behauptet werden, da die Herbeischaffung von Geld auch auf andere Weise möglich und denkbar sei. Der Verkauf der Kunstschätze würde nicht nur einen verhältnismäßig geringen finanziellen Erfolg bringen, sondern auch das Ansehen Wiens im Auslande schwer beeinträchtigen. Es handle sich dabei nicht um die Erhaltung eines für die Schaulust der Fremden berechneten Besitzes, sondern um die Erhaltung von kulturellen Gütern, bei welchem bei einem kulturellen Aufbau Wiens wieder angeknüpft werden muss. Der Bürgermeister verwies darauf, daß aus dem Berichte des Staatssekretärs für Volksernährung hervorgehe, daß er nicht die genügende Unterstützung beim Staatssekretär für Finanzen finde, wenn es sich um die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung handle. Die Gemeinde müsse darauf bestehen, daß der Staatssekretär für Volksernährung/gehört werde, wenn die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung auf dem Spiele stehe.

*Ein Aufworb der Staatskanzler liegt derzeit hier nicht vor.*

StR. Breitner (Soz. Dem.) erwiderte auf die Ausführungen des Staatskanzlers, daß die Bevölkerung verlange, es mögen zuerst jene Güter in Anspruch genommen werden, welche bei einer Besserung der ökonomischen Situation wieder ersetzt werden können. Zunächst kommen die noch nicht angeforderten ausländischen Guthaben Deutschösterreichs in Betracht. Ausser dem besitze Deutschösterreich auch einen Bestand von ausländischen Wertpapieren, welche zwar angefordert, aber noch nicht realisiert wurden. Das Ausland werde nur dann an unsere Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit glauben, wenn nicht nur eine Sicherstellung geboten, sondern auch wirklich Zahlung geleistet werde. Ferner gäbe es in Deutschösterreich noch große Bestände an Wertpapieren der Nationalstaaten, welche gewiß auch vom alten Auslande in Zahlung genommen werden. Wenn behauptet würde, daß alle ausländischen Effekten verwendet seien, so war dies im Bezug auf die im neutralen Auslande befindlichen Wertpapiere nicht richtig. In erster Linie muß gefordert werden, daß die Juwelen und das Gold der Privaten angefordert wird, bevor man die Kunstschätze, die man beim Wiederaufbau Oesterreichs brauche, vergräbe. Die Kunstgegenstände seien nicht bloß ein Luxusbesitz, sondern ein Arbeitsinstrument für die Aufrichtung Oesterreichs. Es sei auch mit einer ganz außerordentlichen Langsamkeit bei den Maßnahmen des Staatsamtes für Finanzen vorgegangen worden, so daß alle diese Maßregeln der Anforderung und Beschlagnahme viel zu spät kamen. Oesterreich und Wien dürfe nicht darunter leiden, daß man auf finanzpolitischen Gebiete saumselig gewesen sei. Es sei gewiß möglich, innerhalb kürzester Zeit aus den Beständen Deutschösterreichs die Mittel anzuschaffen, welche zum Ankaufe der Nahrungsmittel dienen und aus diesem Grunde und nicht etwa, weil der Gemeinde die Erhaltung der Kunstgegenstände wichtiger sei als die Ernährung der Bevölkerung, habe der Stadtrat den Protest gegen den Verkauf der Kunstgegenstände beschlossen.

Nachdem auch StR. Dr. Kienböck (Soz. Dem.) betont hatte, daß dieser Protest nicht eine Parteisache, sondern eine allgemeine Angelegenheit der Bevölkerung sei, erwiderte der Staatskanzler, daß der Verkauf eine beschlossene Sache sei und in allernächster Zeit vorsich gehen werde.

Ueber diese Vorsprache beim Staatskanzler berichtete StR. Dr. Scheu dem Stadtrate. An dem Bericht schloß sich eine längere Wechselrede, in der StR. Speiser erklärte: Der Herr Staatskanzler hat gelegentlich der Unterredung auf eine bezügliche Bemerkung hin darauf verwiesen, daß er anerkennen müsse, daß sich Wien in der Frage der Bereitstellung von Wertpapieren, die als Grundlage für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung von ganz Deutschösterreich dienen, durch eine Auerkennenswerte Uneigenützigkeit auszeichne. Ich halte es für notwendig, daß es ausgesprochen werde, daß diese Uneigenützigkeit Wiens auch eine gewisse Grenze habe. Die einzelnen Länder der Republik Deutschösterreich schliessen sich, sehr zum Leidwesen Wiens, voneinander ab und legen gewissermaßen alles Gut, das sie innerhalb ihrer Grenzen besitzen, für sich in Beschlag. Es kann nicht so fort gehen, daß die Gemeinde Wien die in ihren engeren Grenzen befindlichen Güter der Allgemeinheit allein zur Verfügung stelle. Die Wiener müssen auch an sich selbst denken lernen. Unsere Staatsgenossen in den anderen Ländern aber müssten doch erkennen, daß Wien auch in seiner heutigen Lage sehr viel für die Allgemeinheit leisten könne und daß es nicht all den Haß und die daraus hervorgehenden Absperrungsmaßnahmen verdient, die die Länder da und dort zeigen. Ich glaube, daß die Staatsregierung aufmerksam gemacht werden muß, daß die Rechte und Verpflichtungen zwischen den einzelnen Bestandteilen des Staates gleich verteilt werden.

VB. Hoss hält es nicht für ratsam, daß dieser Standpunkt, den der Staatskanzler habe durchblicken lassen, veröffentlicht werde, denn es könne nach Außen nur unangenehm wirken, wenn die Gemeinde Wien sich wieder in den Gegensatz zu den Ländern bringe. Die Absperrungsmaßnahmen der Länder seien übrigens zum großen Teile das Werk der sozialdemokratischen Arbeiterräte, welche keine wie immer geartete Ausfuhr von Lebensmitteln nach Oesterreich gestatten.

StR. Vaugoin gibt zu, daß sich die Länder von Wien absperren, aber diese Absperrungssucht sei, wie der Staatskanzler mitteilte, schon so weit gegangen, daß sich sogar Täler und einzelne Gemeinden absperren. Aber Wien ist daran nicht schuldtragend. Schuld daran ist die allgemeine vollständige Anarchie und die vollständige Unvermögenheit einer zentralen Regierung. Die Macht des Staates reicht tatsächlich nur bis an die Grenzen Wiens, darüber hinaus aber könne die Zentralregierung keinen Einfluß mehr üben. Der Redner berichtet sodann, daß er beim Abordnungsempfang an den Staatskanzler die Anfrage gerichtet habe, ob ihm davon bekannt sei, daß sich in einzelnen Bezirken bzw. Fabriken bewaffnete Arbeiterwehren gebildet habe. Der Staatskanzler habe erwidert, daß dies ihm unbekannt sei und daß der Friedensvertrag auch eine solche Bildung von Truppenkörpern entschieden verbiete. Im Übrigen werde er sich über die Angelegenheit informieren lassen und seine Weisungen erteilen. StR. Vaugoin richtete nun an den Bürgermeister die Anfrage, ob ihm auch bekannt sei, daß die Arbeiter verschiedener städtischer Unternehmungen solche Arbeiterwehren gebildet haben.

Bgm. Reumann erwiderte auf diese Anfrage, daß ihm hievon nichts bekannt sei, daß er aber in dieser Angelegenheit Erhebungen pflegen lassen werde.

StR. Speiser antwortete, daß er es für notwendig halte, gegenüber den Einwendungen des VB. Hoss zu erwidern, daß die Absperrung der Länder auf die christlichsozialen Landtagsmehrheiten zurückzuführen sei. Es müsse jede Gelegenheit benützt werden, um den Standpunkt Wiens gegenüber den Ländern zu verteidigen und besonders im gegebenen Falle könne man mit Recht darauf verweisen, daß die Länder auf Wien angewiesen sind und daß Wien für die Länder Opfer bringen muß.

StR. Täubler (Soz. Dem.): Es wurde hier gesagt, dass die Macht der Staatsregierung in Hütteldorf endet, dass sie keine starke Zentralgewalt habe und dass ihre Gewalt eigentlich nurmehr in Wien sei. So liegt die Sache tatsächlich. Die alte Ordnung der seinerzeitigen kaiserlichen Aemter, die das Volk niedergehalten und gezwungen hat sich dieser Ordnung zu beugen, ist gestürzt worden

2  
und die kaiserliche Armee, die als Zwangsmittel hier gestanden ist, um alle Völker zu unterjochen, ist weg. Nun hat das Volk seine Souveränität und es muss sich eine Neuordnung im demokratischen Sinne selbst schaffen. Als das alte vom alten Staat alles Land- und Besitztum, was ihnen erreichbar war, ansichgerissen Oesterreich zerfiel haben die Tschechoslowaken und Jugoslawen Deutschland hat erwartet, was übrig geblieben ist und es ist daher selbst als der Schwarze Peter übrig geblieben. Dasselbe Spiel ist jetzt zwischen Wien und den Ländern. Wir sehen, dass die Länder überall zugreifen, sich weder um die Staatsgrundgesetze noch sonst etwas kümmern, kurz und gut, von ihrer Souveränität den weitesten Gebrauch machen und so tun, als wenn das alles in ihrem Interesse notwendig wäre. Wien allein hält den Staatsgedanken hoch und opfert sich für die Gesamtheit. Wenn Wien jetzt nicht zugreift und wieder wartet was übrig bleibt, so wird es wieder als der Schwarze Peter übrig bleiben. Ich halte es deshalb für sehr zweckmässig, dass diese Sache heute zur Sprache gekommen ist und dass wir uns einmal darüber gründlich aussprechen. Die Zustände, die heute sind, können nicht andauern. In den Alpenländern hat man Holz für eigene Zwecke verkauft und dasselbe nicht für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. Die Länder gehen auch in ihre Verfügungen selbständig vor und nun tritt an uns die Frage heran, sollen wir immer warten bis wir von der Nationalversammlung oder von sonst wem die Erlaubnis zu unseren Verfügungen erhalten oder sollen wir endlich in solchen Fragen einen eigenen Standpunkt einnehmen und unserer Meinung mit allem Nachdruck Ausdruck geben? Ich bin keineswegs ein Gegner jeder Veräusserung ich bin auch für einen Ausgleich aber in diesem Falle müssen wir den Standpunkt festhalten, dass wir uns nicht alles wegtragen lassen dürfen. Wenn wir um Milliarden Kunstschatze verkaufen sollen, so ist das eine Frage, die Wien in bedeutendem Masse angeht, weil diese Kunstschatze für Wien auf immer verloren sind. Die Sache geht Wien aber auch noch deshalb an, weil ein grosser Teil der Staatsgüter in Wien liegt.

Wenn auch wir uns auf den Standpunkt stellen: Was in Wien ist, den Wienern dann werden auch die Länder zur Erkenntnis kommen, dass es mit dieser Selbstzucht der einzelnen Gebiete nicht geht, sondern dass wir zu einem gemeinsamen Staat und zu gemeinsamen Schaffen zusammenschliessen müssen. Wenn sich Wien opfert und die anderen ihrem Egoismus nachjagen, können wir nie zu einer gesunden Neuordnung kommen.

StR. Schorsch (Soz. Dem.) trat den Gerüchten über Bildung von Arbeiterwahren entgegen. Diese Gerüchte seien wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass man aus Anlaß der letzten Unruhen in der Leopoldstadt eine Aufforderung an die Bezirke geschickt hat, es mögen Ordner, welche keinen anderen Zweck haben als eben die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, aufgestellt werden. Von einer Bewaffnung derselben sei keine Rede gewesen. Die Ordner wolle man deshalb aufstellen, weil sich bei Strassenaufzügen und dergleichen immer destruktive Elemente anschliessen, die solche Gelegenheiten zu Plünderungen und dergleichen ausnützen.

StR. Josef Müller (chr. soz.) sprach die Meinung aus, dass es vielleicht mit der Verpfändung der Kunstobjekte sein Bewenden haben sollte. Das Ausland solle uns jetzt Kredit geben, den wir in entsprechender Zeit dann zurückzahlen werden.

StR. Haider (chr. soz.) meinte, die Sache mit den Arbeiterwehren sei nicht so harmlos, als sie StR. Schorsch darzustellen versuche. Er mache darauf aufmerksam, dass vorige Woche in der Staatsbahndirektion auf dem Zimmer Nr. 32 eine Versammlung stattgefunden habe, die mit der Tagesordnung „wirtschaftliche Fragen“ einberufen worden sei und in der es sich aber um nichts anderes als um die Bewaffnung der Arbeiter gehandelt habe. Das sei eine Tatsache.

StR. Vaugoin (chr. soz.) erklärte, dass ihm mitgeteilt worden sei, es sei von Gasarbeitern der Beschluß gefasst worden, eine Arbeiterwehr zu gründen. Es seien die einzelnen Wachzimmer bereits aufgefordert worden, Leute, welche sich zu dieser Wehr melden, namhaft zu machen. In einem solchen Wachzimmer hätten sich von 30 Mann 6 gemeldet. Diese 6 hätten auch sofort einen Kommandanten gewählt und ausser dem es naturgemäss, daß man derartige Vorkommnisse nicht als bloße Gerüchte bezeichnen könne. Es sei ihm ferner mitgeteilt wor-

den, daß bei Siemens und Schuckert und bei den Lorenz-Werken Arbeiterwehren in Bildung begriffen seien. Wenn das alles nach den Mitteilungen des StR. Schorsch nicht richtig sei, so nehme er eine derartige Erklärung mit Freuden zur Kenntnis.

Der Bericht des StR. Dr. Scheu wurde sodann zu Kenntnis genommen.

#### Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 3. Oktober 1919.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung, worauf Schriftführer GR. Huber den Einlauf verliest.

GR. Erntner (Deutschnational) fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die Zulieferung von Obst an die Marmeladefabriken auf das unumgänglich notwendige Maas beschränkt wird und dass das Obst der Bevölkerung direkt zugeführt wird.

Bgm. Reumann: Die Verhandlungen, die zwischen der Wiener Marmeladeindustrie und den staatlichen Stellen geführt wurden, führten dazu, dass die Marmeladefabriken auf den Einkauf von Äpfeln in Oberösterreich und Steiermark verzichten und hierfür mit einem Kontingent, 200 Waggon von der Obstverteilungsstelle beliefert werden. Von dieser Menge bekommen sie täglich 15 bis 20% des Einlaufes, alles übrige Obst ist für die Versorgung der Märkte bestimmt. Die Kapazität der Wiener Marmeladefabriken beträgt mehrere tausend Waggon. Der Gesamteinlauf an Inlandäpfeln betrug bisher rund 350 Waggon, von denen insgesamt 35 der Marmeladeindustrie zugewiesen wurden. Ob und in welcher Weise die Belieferung der Marmeladefabriken ausserhalb Wiens geregelt ist, ist dem Magistrat nicht bekannt. Ich werde jedoch beim Ernährungsamt beantragen, es möge auch die Belieferung der Marmeladefabriken ausserhalb Wiens in einer Weise geregelt werden, dass die Belieferung Wiens mit frischem Obst nicht beeinträchtigt wird.

GR. Josefine Kurzbauer (chr. soz.) fragt, ob vor der nochmaligen Verarbeitung der verdorbenen Marmelade alles geschehen ist, was Sicherheit bieten kann, dass diese genussfähig und nicht gesundheitsschädlich ist und ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die Bevölkerung vor Schaden bewahrt werde.

Bgm. Reumann: Das amtliche Gutachten über die Untersuchung der von der Fabrik Tribuswinkel erworbenen Marmelade geht dahin, dass die Marmelade die vorgeschriebene Zusammensetzung aufweist, infolge längerer Lagerung unter ungünstigen Temperaturverhältnissen essigstichig geworden ist und dass die nach Umkochen unter Zusatz von Zucker ohne Bedenken dem menschlichen Genuss zugeführt werden kann.

GR. Benisch (Soz. Dem.) sagt, dass im Gaswerk Leopoldau 791 kg Mais von Arbeiterrat beschlagnahmt wurden, der auf einen Wagen verladen mit Koks bedeckt den Betrieb hätte verlassen sollen. Der Mais soll Eigentum des Werkmeisters Stocker gewesen sein und es sollen auch während des Krieges Amtsräume zur Einlagerung verschiedener Artikel, die zum Schleichhandel dienten, verwendet worden sein. Er fragt, ob der Bürgermeister durch eine Untersuchung den Warensachverhalt feststellen lassen wolle.

Bgm. Reumann: Die über diese Sache von der Werkleitung eingeleitete Untersuchung ergab, dass der Werkmeister den Mais ohne Bewilligung der Werkleitung auf einem zu Werkszwecken nicht benützten Raume des Fesselhauses aufbewahrt hatte. Bei der Wegführung des ihm gehörigen Maises wurde er vom Arbeiterrat betreten. Gegen den Werkmeister sind wegen anderweitiger Beschuldigungen Erhebungen im Zuge, die auch auf die in der Anfrage behauptete Einlagerung anderer Artikel in Diensträumen ausgedehnt werden.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) weist unter Bezug auf eine Notiz der „Tribune de Genève“ auf die Bedeutung einer allenfalls in der Westschweiz gegen Deutschösterreich und Wien eventuell wiederbeginnenden Presseschlacht hin und fragt, ob der Bürgermeister gegen den angeführten Artikel betreffend dem Schulstreik der tschechoslowakischen Kinder in Wien, eine entsprechende offizielle Berichtigung hinauszugeben ist.

Bgm. Reumann: Ich werde die Notiz der Genfer Zeitung zum Anlass nehmen, um eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Darstellung der Angelegenheit zu veröffentlichen.

GR. Klinec (Tscheche): Die Hauptsache ist, dass wir tschechische Schulen bekommen.

GR. Schön (Soz. Dem.): Das ist Eure grösste Sorge.

GR. Klinec (Tscheche): Das ist auch unsere grösste Sorge.

GR. Schön (Soz. Dem.): Unsere grösste Sorge ist die Kehle.

Bgm. Reumann: Sie wissen genau so wie ich, dass bezüglich der tschechischen Schulen Verhandlungen gepflogen werden.

GR. Klinec (Tscheche): Das dauert schon ewige Zeiten. Sie werden uns nicht zumarren halten.

Bgm. Reumann: Schreiben Sie nicht so.

Auf mehrfache Zwischenrufe der Sozialdemokraten, die aber in dem stehendem Lärm unverständlich bleiben, sagt GR. Machat (Tscheche): Sie wollen Sozialdemokraten sein? Sie sind ja Reichsnationaler.

Bgm. Reumann: Der Staatskanzler verhandelt ja über diese Frage und wenn die Verhandlungen noch nicht zu Ende gebracht sind, so müssen Sie sich eben an den Staatskanzler wenden und nicht an den Bürgermeister.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) urgiert seinen in der Gemeinderatsitzung vom 20. Juni gestellten Antrag wegen Schaffung einer städtischen Auslandspropagandastelle.

Bgm. Reumann: Ich habe in der Angelegenheit vom Magistrat ein Gutachten eingeholt, in welches der Interpellant Einsicht genommen hat. Auf rein wirtschaftlicher Basis werden wir im gegenwärtigen Augenblicke das Ausland schwerlich genügend für uns interessieren können, solange wegen des Mangels an Kohlen und Rohstoffen unsere Industrie und unser Gewerbe stillgelegt ist. An die Aufnahme einer Fremdenverkehrspropaganda kann derzeit mit Rücksicht auf unsere Lebensmittel und Wohnungsnot nicht gedacht werden. Wir können momentan nur durch die Presse für unsere Stadt und unser Land wirken und ich möchte von dieser Stelle aus an unsere Presse den dringenden Appell richten, diesem Teil ihrer Aufgabe eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ich selbst werde die Angelegenheit nach wie vor im Auge behalten.

GR. Schwarz-Hiller (Demokrat) fragt im Anschluss an seine letztthin eingebrachte Anfrage wegen der Kleingeldnot an, ob das Finanzamt in dieser Angelegenheit bereits etwas verfügt hat und was der Bürgermeister zur Erleichterung des Geldverkehrs in Wien zu veranlassen gedenkt.

Bgm. Reumann antwortete, dass nach den heute eingezogenen Erkundigungen die Regierung die Ausgabe von Papiernotgeld nicht beabsichtige, wegen der Gefahr von Fälschungen. Doch sei die Ausgabe eines neuen österreichischen Hartgeldes in Vorbereitung auf das in ungefähr 6 Wochen gerechnet werden kann.

GR. Erntner (Deutschnational) interpelliert betreffend die Aufnahme der Frauen mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten in die Geschworenen Listen.

Bgm. Reumann: Die für das Jahr 1920 auf Grund des Gesetzes vom 23. Jänner 1919 bereits fertiggestellte Liste weist für Wien rund 400.000 weibliche zum Geschworenendienste geeignete Personen auf und es haben während der Reklamationsfrist lediglich 10 Frauen einen Anspruch auf Befreiung erhoben. Es ist daher dem Wunsche des Interpellanten Rechnung getragen.

Die Gemeinderäte Zimmerl, Angeli und Kollegen fragen, welche Lebensmittel und welche Quantitäten aus dem von der christlichsozialen Gemeindeverwaltung der neuen Mehrheit übergebenen Lebensmittelvorräten und an welche Körperschaften und zu welchen Preisen abgegeben wurden, und fragen den Bürgermeister wie er es verantworten könne, dass Lebensmittel, die für die gesamte Bevölkerung bestimmt sind, vorwiegend sozialdemokratischen Organisationen zugeführt wurden und weiters, welche Vorsorge der Bürgermeister zu treffen gedenke, damit die eisernen Vorräte wieder ergänzt und so für alle Fälle vorgesorgt wird.

Bgm. Reumann: In einem solchen Falle, wie dervorliegende wäre es gut, dass die Herren, wenn sie eine solche Interpellation einbringen wollen, sich doch erst beim Bürgermeister vorher erkundigen sollten, ob sie nicht mit solchen Anfragen eine Schädigung der gesamten Bevölkerung hervorrufen. Der eiserne Vorrat der Stadt Wien, der unter dem Regime meines Vorgängers aufgehäuft wurde, ist für uns eine dringliche Notwendigkeit. Wir haben auf den eisernen Vorrat es durch drei Wochen möglich gemacht, dass die Brotquote aufrecht erhalten werden konnte und warum dies so getan wurde, darüber hätten sie bei mir Aufklärung erhalten, sowie auch bei dem ihrer Partei angehörenden Herrn VB. Hoss. Nun will ich zur Beantwortung der Interpellation schreiten. Es ist richtig, dass die Gemeindeverwaltung in der letzten Zeit neben der regelmässigen Versorgung der städtischen Anstalten auch grössere Quantitäten Lebensmittel, und zwar: 350 Waggon Mehl und 120 Waggon Fettprodukte zur Behebung von Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung abgegeben hat. Es ist daher richtig, dass diese Lebensmittel, die für die gesamte Bevölkerung bestimmt gewesen, vorwiegend sozialdemokratischen Organisationen zugewiesen wurden. Die Lebensmittel sind vielmehr den staatlichen Zentralstellen zur Verfügung zugewiesen worden, welche unter Heranziehung der eigenen Bestände diese Lebensmittel nach dem normalen Verteilungsschlüssel an die Verbrauchersorganisationen und an die nichtorganisierten Verbraucher zugewiesen haben.

GR. Angeli (chr. soz.) richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt wäre im Interesse der Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kartoffeln beim Ernährungsamt dahin zu wirken, dass jenen Personen, die Angehörige oder Bekannte auf dem Lande haben, gegen Verzicht auf die Kartoffelkarte gestattet werde, sich direkt mit Kartoffeln zu versorgen.

Bgm. Reumann: Die Ansichten über die direkte Eindeckung der Wiener Konsumenten hinsichtlich ihres Kartoffelbedarfes durch die Landwirte sind seit jeher geteilt gewesen. Die Gemeinde hat stets den Standpunkt eingenommen, dass den vom Interpellanten bezeichneten Personen der direkte Kartoffelbezug gestattet sein solle. In der letzten Sitzung des Landeswirtschaftsamtes ist aber der Vorschlag, dies oder wenigstens die Eindeckung bei jenen Landwirten, die bereits ihr Kontingent abgeliefert haben zu gestatten, einstimmig also selbst mit den Stimmen der Vertreter der Landwirtschaft abgelehnt worden. Eine Entscheidung in dieser Frage, die bei der Landesregierung liegt, ist bisher noch nicht erlassen. Bei dieser Sachlage erübrigt nichts anderes, als die Anfrage dem Präsidium der Landesregierung unter Berufung auf die Stellungnahme der Gemeinde Wien in dieser Frage mit dem Ersuchen um schleunigste weitere Veranlassung zu übermitteln. Die Sache wird übrigens die Landesverwaltung noch einmal beschäftigen, denn Staatssekretär Löwenfeld-Russ hat den Herrn Landeshauptmann gebeten, es soll diese Angelegenheit nochmals im Landhaus zur Beratung kommen.

GR. Angeli (chr. soz.) fragt den Bürgermeister ob er die nötigen Aufträge erteilen wolle, damit der Antikalendar der Stadt Wien für das Jahr 1920 längstens im Laufe des Monats Jänner 1920 erscheine.

Bgm. Reumann: Der Hauptgrund für die ausserordentliche Verspätung des Erscheinens des bisherigen Antikalenders war eine viermonatige Unterbrechung der Druckarbeiten kurz nach deren Beginn vom Oktober 1918 bis Februar 1919. Die Druckerei stellte zugleich mit der Förderung einer namhaften Erhöhung der Druckkosten die Arbeit anfangs Oktober ein. Auch infolge anderweitiger Schicksale konnte der Kalender erst im August d. J. geliefert werden. Ich werde vorsehen, dass der nächstjährige Fernkalendar so rasch als möglich fertig gestellt wird.

GR. Vaugoin (christl.-sozial) weist in einer Anfrage auf die Dienstweisung des Staatsamtes für Inneres und Unterricht hin, die sagt, dass Gesuche angestellter Lehrpersonen öffentlicher Volksschulen um ausgeschriebene Bezirks-Schulinspektorenstellen rechtzeitig im Wege des vorgesetzten Bezirksschulrates einzubringen sind, der sofort sein Gutachten beizufügen hat. Wie der Bezirksschulrat dieses Gutachten zu gehörfen hat, das sagt die Geschäftsordnung des Bezirksschulrates. Erst bei der Ernennung zum definitiven Inspektor verlangt die angeführte Dienstweisung eine gutachtliche Aeusserung vom Vorsitzenden des Bezirksschulrates. Da auch die sofortige Schöpfung der Gutachten bei der letzten Ernennung der prov. Inspektoren technisch möglich war, aber nicht durchgeführt wurde, wird gefragt, wie sich der Bürgermeister als Vorsitzender des Bezirksschulrates die Ausserachtlassung der Vorschriften des eingangs erwähnten Erlasses erkläre und wie er dafür sorgen wird, dass die Rechte des Wiener Bezirksschulrates auch gegenüber vorgesetzten Behörden gewahrt werden.

Weiter weist GR. Vaugoin<sup>(chr. soz.)</sup> darauf hin, dass seit der Neukonstituierung des Bezirksschulrates erst 3 Monate vergangen sind, ohne dass dieser zu einer Sitzung einberufen worden wäre. In der letzten Zeit wurden aber 2 wichtige Akten ex praesidio erledigt. So wurde an den Bezirksschulrat die Aufforderung gerichtet, sich über die Weiterverwendung der Bezirksschulinspektoren zu äussern. Diese Angelegenheit wurde präsidialiter erledigt. Auch die Abweisung der Beschwerden gegen Ortschulratswahlen erfolgte ohne Anhörung des Bezirksschulrates. Der Bürgermeister wird daher gefragt, ob er bereit ist, Aufklärung über obigen die Rechte des Bezirksschulrates verletzenden Vorgang zu geben und zu veranlassen, dass der Bezirksschulrat ehestens einberufen werde, und dass ihm die ohne seine Anhörung erledigt Akten zu neuerlicher Beratung vorgelegt werden.

Bgm. Reumann: Wie aus den beiden Anfrage selbst hervorgeht, handelt es sich hier um eine Angelegenheit, die lediglich in den Wirkungskreis der Schulbehörden gehört. Die Einberufung des Bezirksschulrates ist für die allernächste Zeit in Aussicht genommen.

GR. Vaugoin (Christlichsozial) sagt, dass in jüngster Zeit die Lehrer, die aus der italienischen Gefangenschaft heimkehren, nicht mehr angestellt werden, obgleich sich darunter auch Bewerber befinden, die bereits in den Jahren 1913 bis 1915 die Reifeprüfung abgelegt haben und fragt, ob der Bürgermeister den Auftrag erteilen wolle, dass solche Härten gegen Heimkehrer aus fiskalischen Gründen ein Ende nehmen und dass diese Lehrer-Heimkehrer, bei denen es sich nicht um eine grosse Zahl handelt, angestellt werden.

Bgm. Reumann: Da die Anstellung von Lehrern in den Wirkungskreis des Bezirksschulrates gehört, werde ich diese Anfrage als Antrag behandeln und an den Bezirksschulrat weiterleiten.

GR. Gabriele Walther (Christlichsozial) fragt, ob der Bürgermeister seinen Einfluss dahin geltend machen wolle, dass in Schuljahr 1919/20 den definitiven Handarbeitslehrerinnen an sämtlichen Volks- und Bürgerschulen wöchentlich nur 12 Unterrichtsstunden zugewiesen werden, damit die sonst überzähligen provisorischen Handarbeitslehrerinnen auch weiterhin in Verwendung genommen werden können.

Bgm. Reumann: Diese Angelegenheit gehört in den Wirkungskreis des Bezirksschulrates. Ich werde diese Anfrage als Antrag behandeln und der genannten Schulbehörde weiterleiten.

GR. Angeli (Christlichsozial) fragt, ob der Bürgermeister im Interesse der Wiener Bevölkerung bei den in Betracht kommenden Staatsämtern dahin wirken wolle, dass die Zentralen endlich aufgelöst werden und der legitime Handel wieder in seine Rechte tritt.

Bgm. Reumann: Ich möchte den Interpellanten auf all das verweisen, was für und gegen die Zentralen von berufener und unberufener Seite angeführt wurde, er wird zugestehen, dass es mir nicht möglich ist, diese Angelegenheit im Rahmen einer Interpellationsbeantwortung ihrer Wichtigkeit entsprechend zu be-

handeln. Keinesfalls aber liegt die Angelegenheit so klar, wie der Interpellant meint, dass nämlich kurzorhand alle Zentralen aufgelöst werden und die gesamte Versorgung dem freien Handel überantwortet werden sollte. Insbesondere was Mehl und Mehlprodukte anlangt, dürfte es dem freien Handel auch nicht gelingen, eine klärende Versorgung der Bevölkerung zu bewerkstelligen. Dem Wunsche des Interpellanten, dass ich bei den in Betracht kommenden Staatsämtern dahin wirken solle, dass die Zentralen endlich aufgelöst werden und der legitime Handel wieder in seine Rechte tritt, kann ich daher in der verlangten strikten Form nicht entsprechen. Wohl aber werde ich bei allen sich ergebenden Anlässen bemüht sein, die Interessen der Verbraucher, deren Schutz derzeit der allerwichtigste ist, stets nach besten Kräften zu fördern.

GR. Schleifer (Soz. Dem.) fragt, ob der Bürgermeister im Hinblick auf die in der Bevölkerung verbreiteten Gerüchte über den Verkauf oder die Verpachtung der Elektrizitätswerke, Gaswerke und Strassenbahnen, eine Erklärung abzugeben bereit ist.

Bgm. Reumann: Es sind keinerlei Verhandlungen im Zuge, die auf einen Verkauf oder auf eine Verpachtung der städt. Unternehmungen abzielen und ich erkläre ausdrücklich, dass alle derartigen Gerüchte einer jeden Grundlage entbehren. Ich bitte ausdrücklich die Damen und Herren des Gemeinderates doch endlich einmal auf diese Gerüchte nichts zu geben. Wenn es sich darum handelt, dass die eine oder andere Unternehmung verkauft werden sollte, so müsste ich in erster Linie dem Gemeinderat einen Bericht erstatten. Ich bitte das doch nicht zu vergessen. Jede Angelegenheit, die bei einem Greisler oder einer Milchnfrau besprochen wird, wird zum Anlass einer Interpellation gemacht.

GR. Dr. Schwarz-Hiller interpelliert wegen Ausschaltung der Stadt Wien vom internationalen Eisenbahnverkehr.

Der Bürgermeister erwidert, dass der Magistrat dem Stadtrate in dieser Angelegenheit, die eine schwere Schädigung für Wien bedeuten würde, dem Stadtrate bereits einen Bericht vorgelegt habe, welcher auch dem Gemeinderate Gelegenheit geben werde, zu der Frage Stellung zu nehmen.

GR. Retter (christl.-soz.) verweist in seiner Anfrage darauf, dass vor einigen Tagen das Kaiser Josef - Denkmal am Hofferplatz im 16. Bezirk abgetragen wurde, und zwar wie die Arbeiterzeitung teilt, aus Verkehrsrücksichten. Der Interpellant bezeichnet die Entfernung des Denkmals als eine Kulturschande und richtet an den Bürgermeister die Abfrage, ob ihm 1.) bekannt ist, wer diese Abtragung veranlasst hat, 2.) ob er damit einverstanden und 3.) ob er geneigt ist, zu veranlassen, dass dieser Akt eines blindwütigen Vandalismus, der niemand hilft, uns aber in den Augen jedes Kulturmenschen herabsetzt, sich nicht mehr wiederhole.

Bgm. Reumann: Die Abtragung des Obelisken erfolgte nicht aus Verkehrsrücksichten, sondern deshalb, weil sein Einsturz zu gewärtigen war. Da der Schaden nicht anderweitig behoben werden kann, musste, um ein Unglück zu verhindern, sofort an die Abtragung des oberen Teiles des Denkmals geschritten werden.

GR. Brntner (deutschnat.): Wird das Denkmal wieder aufgestellt?

Bgm. Reumann: Ich muss sagen, dass ich jetzt grössere Sorgen habe, als dass der Obelisk am so und so vielen wieder aufgestellt wird. Für die Wiederaufstellung des Obelisken wurde ein Kostenvoranschlag eingefordert, der jedoch noch nicht vorliegt. Entsprechend dem Ergebnisse dieser Vorarbeiten wird sodann dem Stadtrate berichtet werden. Der Herr Interpellant kann vorläufig beruhigt schlafen, es wird seinerzeit rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht werden, dass der Obelisk wieder aufgestellt wird.

GR. Julius Müller (Soz.-Dem.) verweist in einer Anfrage darauf, dass bei einer Besichtigung der Stiftskaserne derselben für die Wiener Messe. Der Vertreter des Staatsamtes für Handel erklärte, dass das Ergebnis der Besichtigung auf die tatsächliche Unterbringung der Wiener Messe keinen Einfluss ausüben könne, da jeder freiwerdende Raum von diesem Staatsamte für die Zwecke irgend eines Amtes mit Beschlag belegt werden müsse, weil Hunderte von Anforderungen vorliegen. Die Besichtigung ergab überdies, dass der gesamte Akademie-Trakt in der Siftgasse und überdies die Reitschule für die Akten des Kriegsarchivs benützt werden.

Es wird die Anfrage gestellt, ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Bestrebungen der Staatsämter, immer neue Räume für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen, entgegen zu treten und dahin zu wirken, dass die Ämter auf die unbedingt notwendigen Räume beschränkt werden. Ist der Herr Bürgermeister ferner geneigt, dahin zu wirken, dass die dadurch frei werdenden Räume je nach ihrer Eignung Wohnzwecken oder den Zwecken des Gewerbes und der Industrie dienstbar gemacht werden?

Bgm. Reumann: Es ist leider richtig, dass fortgesetzt das Bestreben herrscht immer neue Räume in Büros umzuwandeln. Hinsichtlich der Staatsämter steht dem Wohnungsamt derzeit keine Verfügung zu; eine Einflussnahme, ohne das Recht, zuzwingende Verfügungen zu treffen, haben sich nach den bisherigen Erfahrungen als unwirksam erwiesen. Das Wohnungsamt wird demnächst ins einzelne gehende Vorschläge erstatten, die dahin gehen, ähnlich wie dies in Deutschland bereits geschehen ist, alle Ämter, welche ungebührlichen Raum einnehmen, zwangsweise zur Räumung aller für Wohn- oder gewerbliche Zwecke geeigneten Lokalitäten zu verhalten und hinsichtlich ihres allfälligen weiteren Raumbedarfes auf Baracken, bisherige Repräsentationsräume u.s.w. zu verweisen.

GR. Weber (Soz.-Dem.) fragt, ob der Bürgermeister erheben lassen wolle, ob bei den bevorstehenden Abläufen des Pachtvertrages zwischen der Donauregulierungskommission und der österreichischen Fischereigesellschaft, nicht die Möglichkeit vorhanden ist, dass die genannte Gesellschaft ausgeschaltet wird und das alleinige Recht der Fischerei in den Gewässern der Donauregulierungskommission der Gemeinde Wien übertragen wird.

Bgm. Reumann: Über diese Interpellation werde ich erst Erhebungen pflegen lassen und in der nächsten Sitzung einen Bericht erstatten.

GR. Marie Wiesel (chr.-soz.) sagt, dass gerade in der jetzigen Zeit Gemeinde und Staat verpflichtet sind, mit allen Mitteln die geistige und körperliche Leistungsfähigkeit der Jugend zu heben und die Gemeinde in Bezug auf Jugendfürsorge wohl kaum zurückstehen will und fragt, ob dem Bürgermeister ein Beschluss des Stadt- und Gemeinderates bekannt ist, auf Grund dessen bei der Ausstellung von Schülerkarten die Beibringung eines Armutzeugnisses verlangt wird bzw. ob er bereit ist im Interesse der Jugendfürsorge die Verabfolgung von Schülerkarten in der bisher üblichen Weise wieder in die Wege zu leiten.

Bgm. Reumann: Zur Regelung der Fahrpriesbegünstigungen auf den Strassenbahnen wurde ein eigenes Komitee eingesetzt, das auch die in der Anfrage erwähnte Angelegenheit in den Bereich seiner Beratungen ziehen wird. Ich werde veranlassen, dass die Anfrage sofort diesem Komitee zugeht.

GR. Doppler (chr.-soz.) sagt, dass er in der Gemeinderatsitzung vom 11. Juni ein Antrag betreffend die Erhöhung der Entschädigung für Lehrpersonen für den Dienst in den Brotkommissionen auf 10 K. täglich eingebracht hat und fragt, was in dieser Sache veranlasst wurde und ob der Bürgermeister geneigt ist, den erwähnten Antrag ehektens der Beschlussfassung auszuführen.

Bgm. Reumann: Die Anfrage ist erst um 2 Uhr eingelangt. Ich werde sie in der nächsten Sitzung beantworten, da ich wegen der Kürze der Zeit mich nicht mehr informieren konnte.

GR. Dr. Glasauer (chr.-soz.) führt aus: Bei dem magistratischen Bezirksamte Hietzing provisorisch angestellte Beamte Mauritz Hebling ist Eigentümer des Hauses Anhofstrasse Nr. 92. Dort wohnt der Kutscher Franz Smutny, dem gerichtlich rechtskräftig gekündigt worden war. Nachdem die Wohnung Termin gemäss nicht geräumt wurde, brachte Hebling den Delogierungsantrag ein, der

auch vom Bezirksgerichte Hietzing bewilligt wurde. Am 2. Oktober 3 Uhr nachmittags soll die Delogierung stattfinden. Am selben Tage vormittags wurde Hebling aus seinem Büro zum Bezirksvorsteher Schimon gerufen, bei dem bereits Smutny mit einem Arbeiterrat namens Fischer anwesend war. Hebling wurde vom Bezirksvorsteher vor die Wahl gestellt, entweder auf die Delogierung zu verzichten, oder der Arbeiterrat würde mit 8 Mann Volkswehr erscheinen und die Vornahme der Delogierung verhindern, bzw. einen derartigen Skandal machen, dass Hebling sich nicht einmal vor sein Haus mehr getrauen würde. Dadurch eingeschüchtert musste Hebling nachgeben und den Delogierungsantrag zurückziehen. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister bereit ist, den Bezirksvorsteher Schimon darüber zu belehren, dass er in Zukunft als Bezirksvorsteher sich aller Eingriffe in den Wirkungskreis der Gerichte zu enthalten hat.

Bgm. Reumann: Diese Anfrage werde ich in der nächsten Sitzung beantworten.

GR. Dr. Glasauer (chr.-soz.): Auf Grund der Kündigung des Bezirksgerichtes Hietzing bzw. des rechtskräftigen Urteiles wurde die zwangsweise Delogierung des Volkwehmannes Friedrich Wanzura aus seiner Wohnung Linzerstrasse 189 bewilligt. Die Delogierung wurde am 29. September vollzogen. Kurze Zeit darauf erschienen 5 Volkwehrmänner in Waffen (Baon 11) mit einem Arbeiter- und Soldatenrat. Die Wohnung wurde gewaltsam geöffnet und der Volkwehrmann zog wieder ein. Da die Wohnung mittlerweile vermietet worden war, ist der neue Mieter nun obdachlos. Das Bezirksgericht Hietzing ist gegen die Arbeiter- und Soldatenräte machtlos. Es wird festzustellen sein, ob die Staatsgewalt oder die Anarchie in diesem Staate stärker ist. Der Interpellant fragt, was der Bürgermeister zu tun gedenke, um zu verhindern, dass seine Parteigenossen in Zukunft die Tätigkeit der Gerichte hemmen.

Bgm. Reumann: Die Anfrage werde ich in der nächsten Sitzung beantworten.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) weist darauf hin, dass die Gemeinde bei der Uebernahme der Lungenheilstätte Steinklamm der Meinung war, dass das Land Niederösterreich für die Patienten dieser Heilstätte die Gebühren vergüten werde, wenn die Patienten in Wien oder Niederösterreich heimatberechtigt sind. Nun sieht sich aber weder der frühere Landesauschuss noch die jetzige Landesregierung veranlasst, die Verpflegungsgebühren für die Patienten von Steinklamm zu bezahlen, so dass Wien zur alleinigen Tragung der beträchtlichen Auslagen für Steinklamm genötigt ist. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister die notwendigen Schritte unternehmen wolle, um bei der Landesregierung eine Änderung in ihrem Verhalten gegenüber der Stadt Wien und die von der Stadt Wien unternommenen Massnahmen zur Tuberkulosenbekämpfung zu erwirken.

Bgm. Reumann: Bezüglich dieser Anfrage werden Verhandlungen mit der niederösterreichischen Landesregierung geführt werden. Ich werde die Anfrage in der nächsten Sitzung beantworten.

GR. Angeli (chr.-soz.) beantragt, die Gemeinde wolle sich mit Ing. Anton Drabek in Verbindung setzen, <sup>der</sup> erklärte, eine Aktion und Organisation <sup>für</sup> die Holzversorgung zu unternehmen.

GR. Benisch (Soz.-Dem.) beantragt die Einsetzung einer gemeinderätlichen Sozialisierungskommission zum Zwecke des Studiums, der Vorbeberitung, der Beschlussfassung und der Antragstellung <sup>im</sup> Gemeinderat.

GR. Weber (Soz.-Dem.) beantragt die <sup>Wahl des</sup> in der Sitzung des Gemeinderates vom 24. April vorgeschlagenen Komitees zur Untersuchung der Misstände <sup>der</sup> Lebensmittelversorgung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

GR. Doppler (chr.-soz.) beantragt, den Finanzwachorganen in Uniform die unentgeltliche Fahrt auf der Strassenbahn einzuräumen.

GR. Dr. Odehmal (chr.-soz.) stellt den Antrag, die Ruhebezüge der an den Wiener Volks- und Bürgerschulen angestellten weiblichen Lehrkräfte auch dann denen der männlichen unter den gleichen Voraussetzungen <sup>zu</sup> zubilligen, wenn sie vor dem 1. Mai 1919 in den Ruhestand versetzt wurden.

GR. Angeli (chr.-soz.) beantragt mit Rücksicht auf den Mangel an Kleingeld die Ausgabe von Rückfahrtscheinen auf der Strassenbahn zu 1 K oder 1.20 auszugeben, die zu jeder Tageszeit zur Rückfahrt benützt werden können.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

VB. Ennerling übernimmt den Vorsitz.

Eine Reihe der auf der Tagesordnung stehenden Referate zur nachträglichen Genehmigung durch den Gemeinderat, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen, werden en bloc angenommen.

Bgm. Reumann berichtet über die Massnahmen betreffend die Verhinderung einer abermaligen gänzlichen Einstellung des Strassenbahnverkehrs, der Einrichtung eines Ersatzverkehrs in Falle der Notwendigkeit, der Kohlenlieferung für die städtischen Elektrizitätswerke und für den Hausbrand sowie der Holzbeschaffung und weiterhin über den Bezug amerikanischer Kohle.

Der Bürgermeister bemerkt in seinen einleitenden Worten, dass das Nichtvorkommen des Wortes „Gaswerk“ nicht so aufzufassen sei, als ob das Gaswerk gut beliefert werde, was ja ein im Widerspruch stünde mit den Forderungen, die wir an die Sukzessionsstaaten stellten und führt dann weiter aus: Dieser Antrag wurde deshalb auf die heutige Tagesordnung gestellt, damit sich überhaupt nach dem Wunsche des Gemeinderates eine Debatte über die Kohlennot und ihre Folge abwickeln kann. Die erste Folge der Kohlennot war die Einstellung des Strassenbahnbetriebes, die die Bevölkerung schwer belastete und die zu Kritiken führte, die nicht immer den Tatsachen entsprachen und nicht immer als rein sachliche Kritiken aufgefasst werden konnten. Die Einstellung der Strassenbahn hat eine Summe von Fragen ausgelöst. Nun will ich in erster Linie über die Gründe sprechen, die zur Einstellung der Strassenbahn geführt haben. Es muss festgelegt werden, dass bei den Gaswerken ein täglicher Verbrauch von 1100 Tonnen, beim Elektrizitätswerk 900, bei der Hausbrandkohle (20 kg pro Woche) 1700 und bei Industrie und Gewerbe 4000 Tonnen stattfindet, also im ganzen ein Tagesbedarf von 7.700 Tonnen notwendig ist, wobei aber eine Ansammlung von Kohlenvorräten nicht erfolgen kann. Während der kurzen Tage steigt der Bedarf um 2.250 Tonnen, beträgt also im ganzen 9950 Tonnen bei gedrosselten Betriebe. Die Kohleneinläufe betragen am 19. September für die Gaswerke 1504, für die Elektrizitätswerke 268 und für sonstigen Bedarf 780 Tonnen, bei einem Tagesbedarf von 3700 Tonnen. Am 20. September 823,69 und 587 Tonnen, demnach 1479 statt 3700 Tonnen und am 21. September 735, 84 und 480, also 1099 statt 3700 Tonnen. Der Bedarf an diesen 3 Tagen war 11.100 Tonnen, eingelaufen sind bloss 4082, demnach ein Abgang 7018 Tonnen, zu denen das Staatsamt für Handel 1858 Tonnen zuwies. Nun will ich in Kürze zeigen wie es mit den Gaswerken bestellt ist. Aus dem Berichte der Direktion ist deren Notlage ausgedrückt. So betrug der Kohlenvorrat im Herbst 1916 248.000 Tonnen und sank 1917 und 1918 auf 212.000 Tonnen bzw. 118.000 Tonnen herab. Diese Vorräte wurden aber zu einer Zeit angesammelt, in der die Sukzessionsstaaten noch nicht bestanden, zu einer Zeit, wo die Regierung die Disposition über die Kohlenvorräte hatte, die der heutigen deutschen österreichischen Regierung fehlen. Es ist behauptet worden, dass bei der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung Mangel an Voraussicht herrsche. Die Abnahme der Lagerbestände aber ist schon eingetreten, als für die Kohlenbeschaffung noch weniger Schwierigkeiten bestanden. Damals war aber auch die Kohlenförderung eine ganz andere, als heute. Wenn von September 1918 an eine weitere Verminderung in den Gaswerken eingetreten ist, hätte man schon zu jener Zeit Vor-sorgen treffen müssen. Der vorigen Majorität ist es genau so ergangen, wie es uns jetzt geht, sie wollten Vor-sorgen treffen, die sie aber, genau so wie wir, nicht treffen konnten, da Ereignisse gegenüberstand, welche alle Versuche, der Not vorzubeugen, Hemmnisse in den Weg legten. Dass wir jetzt schwer zu leiden haben ist <sup>die</sup> Tatsache, über die wir uns nicht hinwegsetzen können und die wir nicht allein in der Kohlenversorgung wahrnehmen können, sondern auch in der Versorgung mit Lebensmitteln, denn auch hier ist eine Wendung zum Schlechteren zu bemerken.

Der Bürgermeister ging dann auf die verschiedenen Regierungsverordnungen über die Lichtfeinbeschränkungen über, gab ein genaues Zahlenbild über die Ersparnisse, die in Gaswerk durch diese Beschränkungen verursacht wurden und verlas dann einen Bericht des Gaswerkes über die stattgehabten Fälle, in denen

Der Bürgermeister zeigte hierauf an der Hand von Ziffern, welche Ver-  
änderungen in Bezug auf die Versorgung der städtischen Elektrizitätswerke  
seit dem Jahre 1916 eingetreten sind und sagte: Die sprunghafte Abnahme der  
Vorräte in den Elektrizitätswerken führte zu den bekannten Spargassnahmen  
im September 1918. Die Schikanierung der Bevölkerung hat also schon zu einer  
Zeit stattgefunden, in welcher wir nicht am Ruder gewesen sind. Die Spar-  
massnahmen waren aber von der Notwendigkeit diktiert. Auch die Finanzen der  
Gemeinde waren Ende 1918 keine günstigen mehr. Man hat schon damals mit einem  
kolossalen Defizit gearbeitet, was auch in einigen Zeitungen gesagt wurde,  
dass das Defizit erst entstanden ist, als wir die Herrschaft übernahmen. Das  
weitere Sinken der Kohlenvorräte im Februar und März führte zu weiteren Spar-  
massnahmen. Vom Mai an hat eine sprunghafte Abnahme der Vorräte des städt.  
Elektrizitätswerkes stattgefunden. Mehrmals wöchentlich wurde das Staats-  
amt für öffentliche Arbeiten verständigt, welches kolossales Missverhältnis  
zwischen Bedarf und Lagerung entstanden ist. Es wurde verlangt, dass in ener-  
gischer Weise Spargassnahmen durchgeführt werden, aber von Seite der staat-  
lichen Verwaltung wurde mit grösster Entschiedenheit betont, dass schwere poli-  
tische Verwicklungen drohten, es möge von solchen Massnahmen abgesehen wer-  
den. Die Ansuchen, die von Seite des Staatsamtes geboten worden sind, haben  
dazu geführt, dass eine Drosselung des Eisenbahnverkehrs stattfinden musste,  
u. s. w. und die allgemeine volkswirtschaftliche Situation eine bedeutende  
Verschlimmerung erfahren hat. Wenn gesagt wurde, dass wir diesem Zusammen-  
bruch mit verschränkten Armen zugesehen haben, so muss ich sagen, dass dies  
entweder dem Umstand zuzuschreiben ist, dass diejenigen, die diese Behauptung  
aufstellen, nicht genügend informiert sind, oder dem Umstand, dass böser  
Wille vorhanden ist, um nicht einzusehen, dass wirklich die grössten Anstren-  
gungen gemacht worden sind.

Was die Verhandlungen betreffend die Beschaffung von Kohle anlangt, wo  
wurden diese unausgesetzt fortgeführt. Es ist alles getan worden um die Be-  
dürfnisse zu decken. Gleichzeitig mit diesen Verhandlungen schritten die Be-  
ratungen zur Gewinnung elektrischer Energie aus den Wasserkraften. Dass aber  
die Gewinnung der elektrischen Energie nicht etwa in der Weise durchgeführt  
werden kann, das unmittelbar in der jetzigen Zeit der Not eine Wendung zum  
Besseren eintritt, ist wohl natürlich. Es wird niemanden geben, der glaubt,  
dass Anlagen zur Gewinnung elektrischer Energie in kurzer Zeit möglich sind.  
Es liegen eine Anzahl von Projekten vor.

GR. Feldmann (Deutschnational): Von den Projekten bekommen wir aber keine  
Kohle.

Bgm. Reumann: GR. Feldmann ist der Ansicht, dass ich vielleicht glaube,  
dass wir aus den Projekten Kohle bekommen. Dies glaube ich nicht und ich dan-  
ke daher für den Zwischenruf. Denn wenn wir aus den Projekten Kohle bekommen  
würden, so wäre die Strassenbahn nicht eingestellt worden.

Was den Strassenbahnverkehr anlangt, so ist dieser während der ganzen  
Kriegsjahre nicht mehr auf die Höhe gebracht worden, auf der er vor Kriegs-  
beginn war. Der Betriebsbeginn blieb lange Zeit hindurch unverändert und  
nur der Betriebschluss wurde um drei Stunden früher angesetzt. Die Verkehrs-  
leistung der Strassenbahn bleibt mit Rücksicht darauf, dass sie um 70% mehr  
Fahrgäste befördert und mehr als die Hälfte zurück. Der Verkehr der Strassen-  
bahn musste auch früher schon infolge der Kohlennot mehr eingeschränkt wer-  
den als es jetzt der Fall ist. Abgesehen von den früheren Verkehrsschluss  
um eine Stunde am Abend, der bereits am 24. August 1914 eingetreten ist, also  
zu einer Zeit, wo die christlichsoziale Partei noch in vollen Besitze ihrer  
Kraft, ja sogar im vollen Saft war, musste, am 30. Jänner 1917 die erste  
empfindliche Einschränkung im Strassenbahnverkehr eintreten. Einige Linien  
wurden aufgelassen und viele Haltestellen eingestellt. Am 15. Februar trat  
eine neuerliche Verkehrseinschränkung ein, die bis zum 1. April 1917 dauerte.  
Von da an sind noch sechsmal Verkehrseinschränkungen vorgenommen worden.  
Die Kohlennot hat mit geringen Unterbrechungen seit dem Jänner 1917 eine  
chronischen Charakter angenommen. Wenn vor kurzer Zeit in Prager Blättern zu  
lesen stand, dass die Prager-Strassenbahn den Betrieb einstellen muss, so  
möchte ich doch zu bedenken geben, was bezüglich der Kilometerlänge für ein  
Unterschied in der Einstellung in Prag und bei uns besteht.

Durch die ungenügenden Zulieferungen von Kohle war auch die Versor-  
gung des Küchenbrandes auf das schwerste beeinträchtigt. Es musste eine  
Reduzierung der wöchentlichen Küchenbrandmenge von 25 auf 20 kg Steinkoh-  
len und von 30 auf 25 kg Braunkohlen eintreten. Dies deshalb, um wenigstens  
den Küchenbrand - der Zimmerbrand wurde ja schon lange nicht mehr angege-  
ben- voll ausgeben zu können. Da sich aber eine ausreichende Belieferung  
nicht ergeben hat, musste die Küchenbrandquote noch um weitere 5 kg herab-  
gesetzt werden. Von der Möglichkeit der Erhöhung der Küchenbrandquote kann  
keine Rede sein. Es ist wahrscheinlich, dass in Zukunft ein weiterer Rück-  
gang wird eintreten müssen, da die Anlieferungen der Hausbrandkohle immer  
schlechter werden.

Den niedrigsten Stand der Kohlenvorräte hat die Nordbahn am 13. März  
mit 9 Tonnen erreicht; die städtischen Kohlenlagerplätze erreichten mit 6369  
Tonnen den höchsten Stand am 7. April und den niedrigsten Stand mit 122 Ton-  
nen am 27. September. Die Schwankungen, die in der Zwischenzeit auftre-  
ten sind ziffernmässige Nachweise für den schlechten Stand unserer Kohlen-  
versorgung. Wir sehen den Winter mit Bangen entgegen und die Kohlenversor-  
gung wird keine Besserung erfahren, wenn nicht eine gewaltige Änderung ein-  
tritt. Wir stehen vor einer Situation, deren Folgen unabsehbar sind.

Was die Holzversorgung anlangt, so stehen wir hier einer Leistung gegen-  
über, für die wir nicht die nötige Kraft aufbringen können. Wir haben eine  
Holzverteilungsstelle, wir haben ein eigenes Amt von der früheren Majorität  
geerbt. Diese Amtstelle hat sich aber niemals mit der Holzversorgung zu  
beschäftigen gehabt, sie war nur darauf eingerichtet, Unterzundholz zu be-  
schaffen. Die ihr nun jetzt zufallende Arbeit der Holzversorgung kann sie  
unmöglich erfüllen. Ich kann aber dem Amte keinen Vorwurf machen, wenn es  
den gestellten Aufgaben nicht gewachsen ist. Um die Bevölkerung Wiens not-  
dürftig mit Brennholz zu versorgen, brauchen wir zirka 1 Million Raummeter  
Holz. Ob die aufzutreiben sind, das ist zu bezweifeln. Die Gemeinde hat  
zwar das Anforderungsrecht auf Holz, sie hat auch ein Verzeichnis jener  
Mengen, die angefordert werden können. Es fehlt nur dass die Schlägerungen  
und der Transport durchgeführt werden können. Die Holzschläger verlangen  
aber sehr hohe Löhne.

GR. Erntner (deutschnational): Wer hat die Löhne hinaufgetrieben?

Bgm. Reumann: Die Holzschläger haben die hohen Löhne verlangt. Auch die  
Transportkosten sind sehr hohe. Bemerkenswert ist auch die Verschleppung  
des Holzes, die einen sehr grossen Umfang angenommen hat. Sämtliche Bezirks-  
hauptmannschaften haben ein Verzeichnis jener Waldbesitzer, die für die  
Holzbeschaffung in Betracht kommen, darin sind die Kleinbauern aber nicht  
enthalten. Das Einvernehmen mit den Waldbesitzern ist bereits gepflogen  
worden, die aber die Beistellung von Transportmitteln verlangen. Das ist  
für uns äusserst schwierig und die betreffenden Massregeln stossen auf  
viele Schwierigkeiten. Diese sowie auch die Verhandlungen wegen des Prei-  
ses haben zu keinem Resultat geführt.

Eine hervorragende Erörterung hat in der Tagespresse die Einrichtung  
eines Ersatzverkehrs gebildet. Unmittelbar nach dem Telegramm, dass die  
Wiederaufnahme der Strassenbahn verfügte, hat bei mir eine Besprechung statt-  
gefunden, in der auch ein Vertreter des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten  
erschien. In dieser Besprechung wurde an denselben die Frage gerichtet, ob  
die Staatsverwaltung geneigt sei, nunmehr eine kleine Kohlenmenge von den  
künftigen Zuschüssen für die Betriebsaufnahme auf der Stadtbahn, falls es  
bei der Strassenbahn wiederum zum Zusammenbruche käme, zuzuservieren, um  
wenigstens einen kleinen Ersatz für den Strassenbahnverkehr zu haben, was von  
Seite des Staatsamtes auch zugebilligt wurde. Was den Netverkehr über-  
haupt anlangt, so käme eine ganze Reihe von Strassenzügen in Betracht, die  
zur Stadt führen, so wie teilweise die Ringstrasse und gewisse Radiallinien  
wie z. B. die Strassenbahnlinien 3, 8, 16, 6 und 7, im ganzen ungefähr 20  
Linien. In erster Linie würde der Autobusverkehr in Betracht gezogen, wovon  
aber der Mangel an Wagen, die Kohlennot und die schlechte Beschaffenheit der  
Strassen abraten. Im Stellwagenbetrieb sind nur 23 Wagen verfügbar, zu dem  
ungefähr 60 Pferde nötig sind, doch herrscht im Fuhrwerksbetrieb der Ge-

meinde selbst ein Mangel an Pferden. Auch an einen Lasten-Automobil-Verkehr  
ist aus Mangel an Benzin und Schmieröl nicht zu denken. Die Verwendung der  
alten Tramway-Wagen, die ebenfalls angeregt wurde, ist ebenfalls nicht zu  
denken, da nur 600 alte Wagen da sind, von denen 400 betriebsfähig als An-  
hängewagen in derzeitigem Verkehr abgestellt sind. In ihrem jetzigen Zu-  
stande sind sie aber auch für Pferde nicht verwendbar, da man die Puffer  
abnehmen müsste und für Anhängen-Vorrichtungen der Pferde erst vorsorgen  
müsste. Diese Umbauten würden 4 Monate dauern, hohe Kosten verursachen und  
wäre ausserdem mit der sofortigen Ausserbetriebstellung dieser Wagen ver-  
bunden. Folglich ist an dieses Verkehrsmittel nicht zu denken, wenn man  
auch davon absieht, dass 4000 Pferde notwendig wären, ohne Berücksichtigung  
der für den Krakenstand und für die Vorspanne-nötigen Tiere. Die Verschie-  
bung privaten Lastenfuhrwerks ist ebenfalls infolge der hohen Preise nicht  
durchführbar. Dadurch habe ich bewiesen, dass alle Bemühungen, einen Er-  
satzverkehr zu schaffen, und ebenso alle Anregungen, die während der tram-  
waylosen Zeit gegeben wurden, nicht im Stande sind, das zu ersetzen, was  
durch den Strassenbahnvertrieb verloren geht. Es ist daher einzig und allein  
unsere Aufgabe zu trachten, jene Produktionsmittel zu vermehren, die für  
die Erzeugung von elektrischer Kraft notwendig sind.

GR. Yanguin (öhr. öst.): Vor einigen Wochen war im Gemeinderate eine  
Debatte über die Kohlenversorgung, an welcher sich Redner aller Parteien  
beteiligten und wo man das Bemühen von allen Seiten sah, endlich der Koh-  
lennot abzuhelfen. Es wurden auch brauchbare Vorschläge gemacht. Das war  
natürlich nicht im Wiener Gemeinderate (Heiterkeit), sondern im Berliner  
Gemeinderate und wir waren Zeugen dieser Debatte. Wenn dort von Kohlen-  
not gesprochen wird, geht mir in der deutschen Sprache der Ausdruck für  
den Zustand, in dem wir uns befinden. Auf der Dienstreife in die Tschecho-  
slovakische und nach Deutschland haben wir die Kohlenverhältnisse in diesen  
Ländern kennen gelernt. Während im Frieden in der Tschechoslovakische ein  
Arbeiter eine Tonne pro Tag förderte, ist sie jetzt auf 475 kg zurückge-  
gangen. Das Nachlassen der Kohlenförderung ist also sicherlich auch eine  
Ursache der Kohlenbeflieferung. Einer der wichtigsten Umstände ist der,  
dass bis jetzt noch keine Aufteilung des Wagenparks unseres ehemaligen  
Staates Oesterreichs stattgefunden hat. Diese Teilung wäre ausserordent-  
lich wichtig, weil wir dann in der Lage wären, für so dringende Bedürf-  
nisse die eigenen Waggonen hinzuzudirigieren. Wir leiden überhaupt unter  
dem Mangel an Wagen. Nur Frankreich hat Ueberfluss. Seine Geleise sind  
verstopft mit Waggonen und Lokomotiven, die die Deutschen abliefern mus-  
sen und die die Amerikaner zurückgelassen haben und es ist merkwürdig,  
dass es nicht einmal der tschechoslovakischen Regierung gelingt, Wagen  
aus Frankreich zu erhalten. Die Amerikaner können ihre Wagen und Autos,  
die sie hier gerne an den Mann bringen möchten, nicht verkaufen, weil die  
Franzosen es einfach nicht gestatten. So haben sich Fälle ereignet, dass  
Wagen und Autos von den Amerikaner einfach angezündet wurden, weil es  
sich für die nicht rentiert, dieselben nach Hause zu senden. Es wirkt dies  
ein grelles Streiflicht auf die Verhältnisse wie sie derzeit auf der  
Welt sind. Mit der Tschechoslovakische wurde der Vertrag mit 5200 Täggen ab-

geschlossen, davon 1100 Tonnen Gaskohle aus dem Österr. Revier. Die Situation der Gaswerke ist durchaus eine fortwährend ernste. Die Katastrophe, die bei Einstellung des Gaswerkes heraufbeschworen würde, wäre weit grösser, als die derzeitige oder diejenige, die wir in der vergangenen Woche hatten. Wenn das Gasrohrnetz von Wien einmal ausser Druck kommt sind Explosionen unvermeidlich und dann kommt man innerhalb sechs Wochen überhaupt nicht dazu, das Gaswerk wieder in Betrieb zu setzen. Es müsste also schon rechtzeitig abgespart werden, wenn die Vorräte soweit zurückgehen, damit man in der Lage ist, das Netz weiter unter Druck zu halten und jene Abgänge zu ersetzen, die durch das natürliche Ausströmen, das Öffnen der Klappen und so weiter, entstehen. Ich möchte schon heute dem Herrn Bürgermeister und der Majorität zu bedenken geben ob/sich <sup>die</sup> wirklich der Meinung hingeben, dass die Bevölkerung im Winter, wenn sie keine Kohle zum Heizen und Kochen hat, weiter an die Sparmassnahmen halten wird oder um das Leben fristen zu können, die Sparmassnahmen übertreten wird. Es müsste auch von jener Seite, die uns durch den Friedensvertrag in diese Situation gebracht hat, ein so ausgiebiger Druck ausgeübt werden, dass innerhalb der Tschechoslowakei eine gewisse Einschränkung stattfindet.

Der Redner schildert sodann den Rückgang der Kohlenförderung von 287 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf unter 100 Millionen Tonnen, die Deutschland auferlegte Ablieferung von 20 Millionen Tonne jährlich, ferner den Mangel an Lokomotiven und sagt weiter: Die Kohlenproduktion wird un-  
gemein gestört durch das Streikfiber, dass die Bergarbeiter schüttelt und ganz Europa in Mitleidenschaft zieht. Unter diesen Verhältnissen musste sich unser Blick in andere Länder richten.

Wenn die amerikanische Kohle auch irrsinnige Preise aufweist, so müsse getrachtet werden, diese zu bekommen. Es müsse aber auch versucht werden, dass nicht die ganze Belastung dieses Kohleneinkaufes auf die Gas- und Elektrizitätswerke überwältigt wird, sondern vielleicht auf eine Teilung der Konsumenten nach dem Strassburger System eintrete. Es klingt vielleicht wie ein Unsinn, wenn man sagt, dass man manchen exportfähigen Industrieartikel haben. Es gibt Industrien, die exportiert werden können und durch die man die Valuta stärken und der Arbeitslosigkeit steuern kann.

Was den Vorwurf, der der Majorität in der Kohlenfrage gemacht wird, anlangt, so will ich mich bemühen darin objektiv zu bleiben.

GR. Forstner (Soz. Dem.): Objektiv wie vorgestern.

GR. Vaugoin (chr. soz.): Dass Ihnen diese Rede zuwider war, das weiss ich. Ob die Einstellung des Strassenbahnverkehrs notwendig war? Ich habe mich über den Verbrauch von Kohle genau informiert. Die Strassenbahn braucht täglich 27 Waggon Kohle, wenn sie eingestellt wird ergibt sich aus verschiedenen Umständen ein Braggewinn von 18 Waggon. Nehmen wir an, dass wir bei den Elektrizitätswerken täglich 90 Waggon brauchen und nehmen wir dann noch den Ertrag von Zillingdorf dazu, dann kann ich mich der Meinung nicht verschliessen, dass die Einstellung des Strassenbahnverkehrs nicht unbedingt notwendig war. Wir stehen nun vor einem Winter, der uns alle Befürchtungen hegen lässt und heute erhalten wir dieses Referat vom Bürgermeister vorgelegt. Am 3. Oktober wird nun beantragt, es sind Massnahmen zu treffen die eine Einstellung der Strassenbahn in absehbarer Zeit ausgeschlossen erscheinen lassen. Ein solcher Antrag hätte schon früher erscheinen können, denn man hat schon seit dem Mai gewusst, wie schlecht die Verhältnisse sind, und diese haben sich nicht gebessert. Dann soll auch für einen Ersatzverkehr Sprge getragen werden müssen. Auch das hätten früher kommen sollen. Denn die sechs Arbeitstage, die die Wiener zu Fuss gehen mussten, werden ihnen unvergesslich bleiben, wenn sie auch in komischer Weise sagten, dass sie sich bereits an die G Linie gewöhnt haben, aber es war nichts vorgesorgt als des Schnitzers Rappen.

GR. Hummelhardt (chr. soz.): Diese Rappen sind heute sehr schlecht.

GR. Vaugoin (chr. soz.): Bei dem Ersatzverkehr mussten nicht 1.3 Millionen Menschen befördert werden, aber die Arbeiter und die Beamten sollten wenigstens soweit befördert werden, dass sie nicht unmenschliche Wege zurückzulegen brauchten. Auch die Verfügungen, die getroffen werden sollen,

damit eine bessere Belieferung der Werke vorausgesehen werden könne, erscheinen etwas spät. Ebenso spät erscheinen die Massnahmen zur Beschaffung der Hausbrandkohle. Diese Anträge würden heute noch auf dem Tische liegen, wenn nicht die christlichsoziale Partei sie so energisch verlangt hätte. (Rufe: Sehr richtig).

Im Juli des Jahres sind die Tschechen an uns herantreten und haben Waffen für Kohle verlangt. Ich weiss, dass der Gemeinde- oder der Stadtrat kein Waffendepot hat, aber der damalige Staatssekretär Dr. Bauer hätte diese Gelegenheit aufgreifen müssen. (Rufe: Sehr richtig). Wenn gesagt wird - ich bin kein Verteidiger der Tschechen - dass die Tschechen ihre Verträge gebrochen haben, dann ist das unnützlich, seit 11. Juni haben wir keinen Vertrag mehr gehabt. Erst anfangs September wurde die Kommission hinausgeschickt, um die Ratifizierung zu urgieren. In der Kohlenfrage handelt es sich in erster Linie um die Existenz der Stadt Wien und erst in zweiter Linie um die Existenz des Staates, denn der Bauer oder der Kleinstädter wird sich Brennmaterial beschaffen können. Notwendig wäre es, dass die Gemeinde Wien die Kohlenbeschaffung selbst in die Hand nimmt, da es nicht angeht, auf das Ergebnis der Verhandlungen eines Staatssekretärs oder eines Ministerialrates zu warten. Aber jetzt wird alles auf den Staat geschoben, weil eben die Majorität die Verantwortung nicht tragen will.

Auch die eigene Kohlenförderung muss intensiv betrieben werden. Niederösterreich hat auch Forflager, die herangezogen werden könnten und es hat schon einmal jemanden auf der Welt gegeben, der Torf gebrannt hat. Dann muss auch mit den Projekten zur Gewinnung der elektrischen Energie endlich einmal angefangen werden. Es muss getrachtet werden, die kleinen Wasserkräfte heranzuziehen. Die Katastrophe ist gross, aber sie wäre noch grösser, wenn wir Zillingdorf nicht hätten. Da können wir mit Befriedigung darauf hinweisen, dass wir uns dafür eingesetzt haben und die Majorität kann mit weniger Befriedigung darauf hinweisen, dass sie sich dagegen eingesetzt hat. Zillingdorf und Ebenfurth müssen ausgebaut werden und der Raub, den die ungarischen Bolschewiken betrieben haben, muss ausgebessert werden. Man muss auch daran gehen, die Holzversorgung zu organisieren, mit der ja auch schon zu spät angefangen wird.

#### Die Erwiderung des Staatskanzlers.

Ich begreife und würdige vollständig, dass die Vertreter der Gemeinde Wien gegen diese Massnahme Einspruch erheben. Dass es soweit gekommen ist, das danken wir der Tatsache, dass unsere öffentliche Meinung die wahre Lage unseres Landes nicht zum Ausdruck bringt. Es wird nachgerade unerträglich, dass die Bevölkerung in Täuschung darüber gehalten wird, welche schwere Opfer notwendig sind, um uns über diese Krise hinwegzubringen. Es nützt nichts, wenn man sich vor den Tatsachen verschliesst und es beeinträchtigt unseren Kredit heute vielmehr, wenn wir uns optimistisch geben als wenn wir rund heraus sagen: Ja wir müssen die schwersten Opfer bringen, aber wir hoffen durch sie in Ordnung zu kommen. Ich weiss genau, dass das Ausland über uns so urteilt: Diesen Leuten ist nicht zu helfen, sie wollen nicht daran glauben, sie nehmen ihre Lage nicht ernst. Wir würden sofort im Auslande besser dastehen, wenn wir den furchtbaren Ernst einbekennten und mit den härtesten Mitteln eingreifen, um die Lage zu retten. Dann wird uns das Ausland Anleihen gewähren. Hoover hat gesagt, dass sich die Staaten und Völker selbst helfen müssen. Das trifft zu. Man wird dort helfen, wo der ernste Wille besteht, sich selbst zu helfen. An diese Bereittheit wird man nicht glauben, bis erwiesen ist, dass unsere Länder alles tun, was sie tun können, um die Konsumenten zu versorgen, und man wird nicht daran glauben, als bis wir als arme Leute, die wir sind, uns nicht jedes überflüssigen Luxus selbst begeben.

Nun aber sind es nicht diese moralischen Erwägungen, die die Regierung veranlassen haben, eine so harte Massregel zu ergreifen. Es ist die unmittelbar zwingende Not. Durch das tiefe Herabgleiten des Kronen-Kurses sind wir der ausländischen Zahlungsmittel nahezu beraubt. Wir brauchen aber solche unmittelbar in den nächsten 14 Tagen. Wenn diese Zahlungsmittel nicht

innerhalb kurzer Zeit beschafft werden, können wir die notwendigsten Zahlungen für Mehl, Fett und die anrollenden Waren nicht leisten und wir stehen vor der Gefahr einer Kürzung der Brot- und Mehlration. Dies können wir aber der Bevölkerung erst dann zumuten, wenn wir das Aeusserste getan haben, um das Unglück abzuwehren. Wir brauchen, um in den allernächsten Tagen zu leben, ungefähr 15 Millionen holländische Gulden. So steht die Sache in Wahrheit und die Herren Vertreter der Gemeinde müssen das wissen.

Gewiss bringt die Gemeinde Wien dadurch ein grosses Opfer, sie gibt ein Stück ihrer zukünftigen Entwicklung hin. Das soll jedermann im Staate wissen! In Wahrheit ist es der Kredit der Stadt Wien, von dem wir schon im letzten Jahre vielfach die Länder draussen versorgt haben und auch jetzt ist das, was wir mit diesen Mitteln besorgen werden, nicht nur für Wien, sondern für alle Länder bestimmt. Es entwickelt sich bei uns ein öffentlicher Geist, der durchaus selbstlich und engherzig ist und dabei jeden einzelnen schädigt, indem er ihm zu helfen glaubt. Wenn jedes Land, ja selbst jede Stadt sagt, diese Wasserkraft, diese Kohlengrube, dieses Getreide gehört mir allein, dann hätte auch die Stadt Wien das Recht zu sagen: Diese Kunstschatze benütze ich bloss für mich. Es freut mich, dass das der Herr Bürgermeister nicht erwähnt hat. Es ist dies ein Beweis, dass die Gemeinde Wien tatsächlich gemeinnützig denkt und im Interesse des ganzen Staates zu handeln bereit ist. Ich bin überzeugt, dass alle Länder <sup>dies</sup> der Gemeinde Wien sehr hoch zu rechnen werden.

Ich möchte im Einzelnen hinzufügen: Das was in den Museen und Galerien aufgestellt ist, ist geschützt durch den Friedensvertrag. Was sonst weggeführt werden soll, soll nicht gerade das Wertvollste und Charakteristischste für Wien sein. Es sind hauptsächlich hoffärrarische und kaiserliche und sonstige in den Staatsbüchern untergebrachte Werte, von denen wir uns trennen werden müssen. Es ist ja wahr, dass durch eine energischeren Finanzpolitik andere Vorsorgen möglich gewesen wären, aber unserer Finanzpolitik war gehemmt durch die Tatsache, dass der Friedensvertrag nicht geschlossen war, weil man nicht wusste, was man hoffen und was man behalten kann. Die Massregel selbst ist unabänderlich, so unabänderlich, dass wir dem ausführenden Organe geradezu diktatorische Gewalt geben müssen. Die Aufgabe ist viel ernster, als es scheint. Wir müssen uns mit diesem Mittel solange forthelfen, bis einschneidende Finanzmassregel getroffen werden. Wir werden weiter verkaufen müssen und wir haben nur die Wahl, ob wir unsere oekonomischen Produktionsmittel verkaufen oder das, was sicher wichtig und den Menschen kostbar ist, aber doch nicht zu den unmittelbarsten Bedürfnissen des Lebens gehört. Es droht uns faktisch die Gefahr, dass wir, wenn wir uns nicht freiwillig der fertigen überflüssigen Güter entbüssen, die Produktionsquellen werden hingeben müssen. So steht es und ich bitte im Gemeinderate und in der ganzen Öffentlichkeit bekanntzumachen, dass es sich um die Erhaltung unseres Produktionsapparates handelt. Kunst ist gewiss kein Luxus, aber wir können nicht anders. Wir werden versuchen unter allen Umständen unsere Produktion zu retten. Gelingt dies, so können wir durch Fleiss und Tüchtigkeit uns alles andere wieder schaffen. Hüten wir aber die Schätze die man Kulturschatze nennt, so stehen wir vor der Gefahr, dass wir nachdem wir die Produktionsmittel verloren haben, diese hinterher erst wieder verlieren. Die Öffentlichkeit wird uns verstehen.

+ + +

Vor allem ist es notwendig, dass diese ziel- und planlose Hineinwirtschaft ein Ende nimmt, es muss ein Sparprogramm aufgestellt werden, inwiefern wir die Industrie, den Licht- und Bahnstrom mit Kohle beliefern können. Dieser Plan muss auch jetzt eingehalten werden, sonst ist eine plötzliche Katastrophe unvermeidlich. Die Situation mit den Kohlen wird weiter verschärft durch die unmittelbare Verschärfung der Lebensmittellage. Der Bericht, den wir heute vom Staatskanzler gehört haben, klang mehr als trostlos. Die Gemeinde muss ihre Kunstschatze verkaufen, um fremde Valuta zum Einkauf von Lebensmitteln zu erhalten. War verkauft nicht die Gemeinde Wien, sondern die Staatsverwaltung diese Kunstschatze und ich sage, deshalb die Gemeinde Wien verkauft sie, weil Wien am meisten dadurch berührt wird. Denn die Kunstschatze waren der einzige Anreiz für den Fremdenverkehr, denn wir hatten und mit diesen Mitteln müssen wir unsere Wirtschaft wieder aufbauen. Unserem Bitten hat der Staatskanzler ein schriftliches „Nein“ gegenüber gesetzt, und geantwortet: „Ich kann nicht anders!“ In dieser ersten Zeit möchte ich zum Schlusse bemerken, dass die Herren von der Majorität wohl schon darauf gekommen sein werden, dass es leichter ist zu kritisieren, als zu schaffen. Sie waren scharfe Kritiker. Sie haben die Zeit der christlichsozialen Herrschaft benutzt, um uns zu kritisieren. Es wird wenige Leute in Wien geben, die nicht sagen werden, wir müssen den Christlichsozialen vieles abbiten, von dem was ihnen die Sozialdemokraten angetan haben. Die Zeit geht ihrem Ende zu, wo die November-Sozialisten nun endlich zur Vernunft kommen und des mehreren sich die Heimkehrer zur christlichsozialen Partei. Daran sind Sie schuld, wir danken Ihnen für diese Agitation und bedauern nur, dass es so traurige Folgen für die Bevölkerung hat.

GR. Körber (chr.-soz.): Zu spät ist es geworden! Ich bin der Anschauung, dass wir mit der Kohlen- und Brennholzbeschaffung hätte früher anfangen müssen. Im Mai hätten Sie mit der Vorsorge beginnen sollen, um eine Katastrophe abzuwenden. Die Ursachen der geringen Kohlenbestände, die wir heute haben, hätten Sie an der Wurzel fassen müssen. Das war die Hauptsache. Ich habe anfangs August eine Interpellation im Stadtrate eingebracht, die erst am 14. vom Bürgermeister ~~Sankingmann~~ beantwortet wurde, in der es sich um die Kohlen- und Holzbeschaffung drehte. Auch der 14. August war zu spät für diese Sache und es hat sich gezeigt, dass man bis zu dieser Zeit sorglos vorgegangen wurde. Erst nach meiner Interpellation wurde eine Kommission nach Prag und Berlin entsendet, um auf die Regierungen einzuwirken, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommen. Es ist hier schon erörtert worden, dass die Kohlenförderung in den Gruben minimal geworden ist. Es hat auch damals Kollege Schirotek erwähnt, dass noch Ende 1914 von einem Grubenarbeiter täglich eine Tonne gefördert wurde, die nun auf 400 kg herabgesunken ist. Dort hätten Sie den Hebel ansetzen sollen, ich habe auch darauf verwiesen. Da ich der Anschauung bin, dass es ein Leichtes gewesen wäre, mit den Organisationen in Verbindung zu treten, Sie hätten hinaus gehen sollen, zu diesen Organisationen, sprechen sollen, dass gearbeitet werde, was möglich ist, damit die Katastrophe abgewendet werde. Was den Waggonmangel anbelangt, wäre es Ihre Aufgabe gewesen, auch im Wege der Organisation Arbeiter zu veranlassen, damit die Reparaturen schnell durchgeführt werden. Das ist alles nicht geschehen, Sie haben gewartet, bis zu meiner Interpellation. Im Stadtrat ist uns gestern ein Vertrag vorgelegt worden, wegen Ankaufes amerikanischer Kohle. Es ist richtig, man muss sie kaufen, oder man wenigstens versuchen, sie kaufen zu können, unbeachtet des hohen Preises. Lieber eine teure Kohle, als eine Katastrophe mit unüberschaubaren Folgen, die im Winter zu gewärtigen sind. Im Vertrag habe ich Mängel bemerkt, auch auf einen Punkt aufmerksam gemacht; es handelt sich nicht um die eine Million Kronen für den Fond per An. Bei solchen Geschäften muss man mit einem solchen rechnen, aber ich finde es für merkwürdig, dass die beiden Geschäftsleute sich bedungen haben, dass sie auch in diesem Falle ihre Provision erhalten, wenn das Geschäft mit einem dritten gemacht wird. Was den Ersatz für Kohle mit Holz anbelangt, möchte ich nur bemerken, dass im Jänner von allen Seiten Holzangebote gemacht wurden. Ich habe mich sehr gefreut, dass unter den Holzhändlern eine Konkurrenz entstanden ist, und diese Zeit hat

die Majorität im Rathause versäumt. Zu dieser Zeit war einzuschreiten und aufzukaufen, was zu bekommen war. Man darf nicht in der Not kaufen, man muss kaufen, wenn man glaubt, dass man es nicht braucht. Auf meine Interpellation wurde eine Holzkommission gebildet, welche Holz nach Wien bringen sollte. Wir haben von der niederösterreich. Landesverwaltung zinslos 800.000 Rm am Papier versprochen, aber nicht in Wirklichkeit. Die Schwierigkeiten, die wir bei der Heranlieferung von Holz aus Lainz nunmehr erlebt haben, sind genügend. Nicht abzusehen, jene Schwierigkeiten, welche die Heranlieferung des vom Lande versprochenen Holzes haben werden. Leichter wäre es gegangen, wenn wir es im Sommer bekommen hätten. Auch diese Unterlassung ist eine schwere Sünde. Das Holzkomitee wurde gebildet und ich habe ohne eine Einladung zu bekommen, jeden Tag hier im Rathause nachgefragt und konnte keine Auskunft erhalten. Auch hat man es unterlassen, klar zu stellen, was für Aufgaben, dieses Komitee hat und was gemacht werden soll. Auch über die Machtbefugnisse war man sich nicht klar, und ich bin selbst mit einem Herrn des Komitees in Zwist gekommen, der behauptete, das von diesen 800.000 Rm für die Approvisionierungsbetriebe nichts abgegeben werde, während der Magistrat das Gegenteil behauptete.

Der Bürgermeister möge sich um diese Stelle annehmen und sie vor allem konstituieren und ihre Arbeit klarstellen. Auf meiner Reise habe ich in Prag gehört, dass die dortigen Bäcker keine Not an Kohle leiden, sondern genügend beliefert werden. Es wird aber auch notwendig sein, dass die Vertreter hier im Gemeinderate, die der tschechoslowakischen Partei angehören, jede Parteipolitik unterlassen und in dieser Angelegenheit mit uns gemeinsame Arbeit leisten. Ich richte an sie diesen Appell, denn mit Partei und Nationalpolitik lässt sich hier schwer etwas machen. Wir stehen in einer schweren Zeit, in der es auch zu befürchten ist, dass neben der Kohlennot auch die Lebensmittelnot uns viel zu schaffen gibt. Wir wir heute hörten, werden die Notlager von Lebensmitteln bereits angegriffen, es muss aber auch vorgesorgt werden, dass neue Vorräte, die von den alten genommenen ergänzen. Ich frage bei dieser Gelegenheit den Bürgermeister, ob hier Vorsorge getroffen wurde. Zurückkommend auf die Kohlenkatastrophe frage ich aber auch, ob unsere Schulen und Waisenhäuser genügend Brennmaterial haben, damit unsere Kinder im Winter nicht frieren müssen. Zum Schluss will ich noch bemerken, dass „kritiküben, wie es die Sozialdemokraten bei allen unseren Aktionen machten, nicht schwer ist, aber eine Verwaltung zu führen, ist bedeutend schwerer. Die Sozialdemokraten haben nun die Majorität hier übernommen, aber auch die Verpflichtung, für die Bevölkerung zu sorgen. Diese Verpflichtung haben wir immer erfüllt und die müssen auch Sie heute erfüllen. Trachten Sie daher, dass im Winter nicht das furchtbare Wort, mit dem ich begonnen habe, ausgesprochen werde: „Zu spät! die Katastrophe wäre furchtbar, Schuld allein waren Sie!“

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.): Der lange Bericht, den der Herr Bürgermeister erstattet hat, hat die Aufgabe gehabt, ihn von jeder Schuld rein zu waschen, die ihm eventuell an den Zuständen zugeschrieben werden könnte. Ob der Bericht (zu den Sozialdemokraten gewendet) Sie vollständig überzeugt hat bezweifle ich sehr; uns hat er nicht überzeugt und am allerwenigsten die Bevölkerung. (Zustimmung rechts). Ich halte den Herrn Bürgermeister für einen in der Wolle gefärbten Sozialdemokraten, für einen richtiggehenden, ich will ihm nicht zumuten, dass er eine so schwarze Seele hat, dass er absichtlich oder durch bewusste Vernachlässigungen die Zustände sich zuspitzen lassen will. Aber dass es gewisse Mängel an Voraussicht an tatkräftigen Eingriffen im richtigen Momente war, der mit an diesen Zuständen schuld war, das muss ich allerdings bejahen. Die Bevölkerung urteilt nach grossen Gesichtspunkten und taktiv: Die Sozialdemokraten haben die Herrschaft hier in Wien, im Lande, sie haben die führende Rolle hier im Staate, die Sozialdemokraten sind gegenwärtig dem tschechoslowakischen Staate gleichfalls an der Spitze, sie haben die führende Stellung in Berlin vom Reichspräsidenten angefangen. Wenn es wahr wäre, was die Sozialdemokraten immer behauptet haben, dass ihre Verbindungen über die Grenzen des Staates immer hinausgehen, dass sie, aus Ruher gekommen, das Beste der grossen Mächte herbeiführen können,

müsse es sich doch in diesen Zeiten irgendwie zeigen. Es ist aber ein Misserfolg auf der ganzen Linie. (Zustimmung rechts). Es versagt die Kohlensache, die Holzsache, die Lebensmittelsache, es sind auf allen Seiten derartige Misserfolge, dass die Überzeugung sich mehr und mehr Bahn bricht, dass es ja nicht an einzelnen Personen allein liegt, es liegt an dem System, daran dass die Sozialdemokratie durch Jahrzehnte die positiven Kräfte der Bevölkerung demüthigt hat, so dass sie nicht in der Lage ist, die Anforderungen in einer so schweren Zeit zu erfüllen. Wenn das wahr wäre, was Sie immer gesagt haben, dann müssten sie jetzt Ihre Verbindungen, Ihre Voraussicht, Ihr Solidaritätgefühl jetzt bei den Aushilfen nach dem Ausland zeigen; es zeigt sich aber nicht. Der Herr Bürgermeister liebt es, die Verantwortung anderen zuzuschreiben. Ich will gegen ihn persönlich nicht ungerecht sein. Was uns in der Minorität anbelangt - Opposition kann man nicht sagen, wir unterstützen Sie überall, wo es sich um das Wohl der Bevölkerung handelt....

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.): Gott schütze uns vor unseren Freunden!

GR. Forstner (Soz. Dem.): Nur keine Freundschaft!

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.): Das ist nicht der Standpunkt des Herrn Bürgermeisters; er betont immer, dass ihm unsere Mitarbeit willkommen und wert ist, und wir leisten sie, so gut wir können. Wir können aber zu den Anträgen erst dann Stellung nehmen, wenn sie uns im Stadtrat und Gemeinderat vorgelagt werden. Die Initiative, die Vorbereitung liegt ausschliesslich bei Ihrer Seite.

Bezeichnend für die Sozialdemokraten ist das Verhalten in der Holzfrage. Der Herr Bürgermeister hat eine etwas abfällige Bemerkung über die städtische Holzstelle gemacht; sie sei nur eingerichtet, um Untergründholz zu beschaffen. Warum hat man nicht im Juni das Amt ausgebaut? Im Juni hat man bereits gesehen, dass in diesem Sommer ein Ansammeln von Kohlenreserven nicht möglich ist, und damals wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, um die Holzbeschaffung im grösseren Stil zu organisieren. Das ist aber nicht geschehen, und wir können es nicht als genügende Rechtfertigung ansehen, wenn man sich heute auf dem Standpunkt stellt, dass Amt sei nicht in der Lage, das zu leisten. Der Herr Bürgermeister hat bereits auf <sup>die</sup> Verordnung der Landesregierung hingewiesen, die uns auf dem Papier 800.000 Festmeter verspricht, mit deren wirklichen Aufbringung es aber sehr windig aussieht. Ich fürchte sehr, wir werden mit den Massnahmen, die heute vorgeschlagen werden, zu spät kommen. Die Verordnung ist eine etwas dilettantische. Die Bezirkshauptmannschaften schreiben den Herrschaften irgend ein Quantum vor, z.B. bis zum 1. Dezember 8000 Raummeter. Ein Forstverwalter hat mir das als reine Augenwischerei bezeichnet, da er bei allen Bemühungen dieses Quantum im Mai - Juni, aber nicht heuer aufbringen kann. Es ist gerade jetzt, wo man die Forstarbeiter so notwendig braucht und das Fortschreiten einer raschen Schlägerung so dringend notwendig hat, von Ihrer Seite das Verhältnis zwischen Forstverwaltung und forstwirtschaftlichen Arbeitern auf das unglaublichste zugespitzt worden.

In dem abgeschlossenen Kollektivvertrag ist eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden vorgesehen worden, und die Arbeiter verlangen eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden. Es ist unverantwortlich jetzt mit solchen Dingen zu kommen. Die Majorität hier kann sich nicht der Verantwortung entziehen, dass sie für die Gewerkschaftspolitik in erster Linie verantwortlich sind. Wenn Sie der Gemeinde das bisschen Brennholz verschaffen wollen, so müssen sie ihren Einfluss dahin geltend machen, dass die Sache nicht durch wahnwitzige Forderungen hinaangehalten wird. Sie selbst wissen, dass sie mit der Sozialisierung die Betriebe nicht führen können und das haben wir aus ihren eigenen Munde gehört. Sie dürfen aber auch die Leute nicht in einen Wahn lassen, Sie müssen auch den Mut aufbringen einmal etwas unpopuläres zu tun. Viele unter ihnen werden mit diesen Worten Recht haben, aber die vielen fehlt eben der Mut dies zu tun.

Der ganze Jammer in dem wir leben, liegt in der Unmöglichkeit um vom Auslande das zu beschaffen, was wir notwendig brauchen. Demütig ist die Angelegenheit mit der Kohlenbeschaffung aus Amerika. Zwei Herren, die nach Amerika fahren haben sich gegen Provision abgeben, vielleicht Kohlenabschlüsse für Wien und Deutschösterreich zu machen. Diesen Vertrag hat der Ministerialrat Kross am 23. August beschlossen.

Zwei Tage vor dem Abschluss ist an die Gemeinde herangetreten worden sie soll die Million für die Spesen und auch das monatliche Fixum bezahlen. Es ist doch deatigend, dass die Gemeinde nicht rechtzeitig an dem Vertrage teilnimmt und dass sie die Provision zahlen muss, wenn das Geschäft auch nicht zu Stande kommt. (Rufe: Das ist ein kaufmännisches Unikum).

Wenn es auch noch nicht sicher ist, dass wir Kohle aus Amerika bekommen, so hoffen wir doch, dass wir sie bekommen werden.

Was die Frage der vollständig deruten Valuta anlangt, so muss es, wenn es auch immer verschwiegen wird, einmal öffentlich ausgesprochen werden: Es ist heute sicher, dass der deutschösterreichische Staat selbstständig eine Valuta nicht haben kann. Das sage ich absichtlich, weil es von einer Stelle die dazu berufen ist, nicht gesagt wird. Der deutschösterreichische Staat, wie ihn die Entente gezeichnet hat, ist unmöglich. Wir können so zu keinen gerunden Valutaverhältnissen gelangen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Warum sind Sie gegen den Anschluss?) Es ist ein vollständiger Irrtum, wenn man glaubt über solche Dinge mit dänagogischen Phraschhinwegzukommen. Die Sozialdemokratie ist nicht in stande nicht produktive Kraft auf jene Höhe zu bringen, die wir brauchen. Nur ein Zusammenfassen aller Volkskräfte kann uns vorwärts bringen.

GR. Forstner (Soz. Dem.): Das ist eine Karaktristik der Reichspost.

GR. Dr. Kienböck: Sie wollen die Leute inner mit der Meinung erziehen, dass es uns dann besser gehen wird, wenn einer den anderen etwas ahknüpft. Das ist eine verderbliche Politik. Nur auf dem Wege der Zusammenarbeit kann es zu einer Gesundung kommen, wie es in manchen Ländern schon weiter gekommen ist, als bei uns. Wenn es bei uns so fort geht werden wir immer mehr und mehr tiefer sinken, ich wollte nur sagen, dass es nicht an dem einzelnen liegt, sondern an dem ganzen, weil es nur so dazu führen kann uns aus dem Unglück herauszuführen.

GR. Forstner (Soz. Dem.): Hoffentlich merkt sich das der Kollege Vaugoin.

GR. Vaugoin und Karpelas auch!

GR. Grünwald (Soz. Dem.): Ich habe an dem Zustandekommen des Kollektivvertrages mit den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern mitgearbeitet. Infolge des Elendes dieser Arbeiter sagen sich diese knapp vor der Hochkonjunktur Forderungen an die Arbeitgeber zu stellen. Ueber Verlangen der Agrarier wurden Verhandlungen zwischen dem Verbands der land- und forstwirtschaftliche Arbeiter Deutschösterreichs und der Zentralstelle der Agrarier eingeleitet. Wenn die Arbeiter und auch die Agrarier diesem Vertrage zugestimmt haben, so kann doch nicht angenommen werden, dass er unmöglich durchführbar ist. Knapp vor Beginn der Verhandlungen standen wird vor einem Streik der landwirtschaftlichen Arbeiter. Die Agrarier hätten sich sicherlich gegen einen Vertrag gewährt, dessen Durchführung unmöglich gewesen wäre. Es ist wohl anzunehmen, dass die Agrarier von Land- und forstwirtschaftlichen Dingen auch soviel verstehen wie Dr. Kienböck. Es wäre sicherlich die grösste Leichtfertigkeit einen Vertrage zuzustimmen, der wie Dr. Kienböck sagt, die Arbeiter an der Leistungsfähigkeit hindert, bezw. sie veranlasst Arbeiten, die sie im Interesse der Allgemeinheit zu leisten haben, nicht zu leisten. Es geht nicht an, diesen Vertrag als ein Argument für das Versagen der Holzversorgung hinzustellen. Der Vertrag hat nicht zu einer Zuspitzung der Verhältnisse beigetragen, sondern dazu, dass unsere Versorgung mit Getreide- und Brotfrucht nicht noch schlimmer ist als sie ohnehin schon ist.

GR. Gabriele Walter (chr. soz.) weist auf die Gefahr hin, die den Schulen und den Fürsorgeanstalten durch den Kohlen und Holz mangel drohen und sagt, dass Verlaute, dass die Schulen am 1. Dezember geschlossen werden sollen. Sie bittet den Bürgermeister alles aufzubieten, damit die Schulen und Fürsorgeanstalten wenigstens soweit mit Brennmaterial beliefert werden können, dass der Schulbetrieb aufrecht erhalten bleiben kann und die Kinder nicht den Gefahren der Strassen ausgesetzt werden müssen.

GR. Dr. Danneberg (Soz. Dem.): Ich muss die Legende des GR. Vaugoin zerstören, die den Kohlenvertrag, der im Juli mit der Tschechoslowakei hätte abgeschlossen werden können, betrifft. Hinach hätten wir angeblich Kohle bekommen, wenn Deutschösterreich Waffen geliefert hätte. Das Nichtliefern der Waffen wird als eine Schuld des damaligen Staatssekretärs Dr. Bauer hingestellt, der die Waffen nicht geliefert hat und so die Kohlenversorgung gefährdet habe. Die Forderung der Tschechen an Deutschösterreich beruht auf Wahrheit, ebenso dass die Waffen nicht geliefert wurden.

Rufe bei den Christlichsozialen. Aber Bela Kun hat sie bekommen.

Dr. Danneberg (Soz. Dem.) Dr. Bauer hat den Standpunkt vertreten, dass Deutschösterreich in einem Kriege zwischen der ungarischen Räterepublik und der Tschechoslowakei die Neutralität behalten muss. Damals hat die ungarische Räteregierung über bedeutende Truppen verfügt, die sie an der deutschösterreichischen Grenze konzentriert hatte. Diese Sache hatte die ganze Aktualität in einigen Tagen verloren. Denn es wurde ein Notenwechsel zwischen Clemenceau und Bela Kun bekannt, und die Offensive der ungarischen Räteregierung in der Slowakei wurde aufgegeben. Während des Konfliktes ist ununterbrochen Kohle aus der Tschechoslowakei nach Deutschösterreich gekommen und jetzt kommt weniger Kohle als damals, obwohl von Forderungen der Tschechen keine Rede ist. Es wäre gut, wenn Dr. Kienböck seine Moralpredigten an seine Herren Parteigenossen halten würde.

Alles Reden gegen die Sozialdemokraten und das ungehäufte Mass von Unfähigkeit wie GR. Vaugoin in einer Leppoldstädter Versammlung betonte, sollen uns und die ganze Bevölkerung nicht täuschen, dass Sie unter den heutigen Verhältnissen nicht auch nur Tagelohn die Verwaltung hätten führen können. (Beifall bei seinen Parteigenossen). Vergessen Sie aber auch nicht, wer Schuld daran ist, dass die ganze Wirtschaft aus Fugen ging. An der geringen Kohlenförderung sind aber nicht allein die Arbeiter schuld, denen die Arbeitslust vorwerfen, sondern auch die Lebensmittelversorgung, die diesen wenig Kraft gibt, sowie die schlechte Beschaffenheit der Werkzeuge und der Umstand, dass es Grubenleiter gibt, die gegen die Forderungen der Arbeiter Sabotage treiben und wenn Sie die Moral des Arbeiters ändern wollen, so ist dies kein leichtes, wenn man sieht, durch 5 Monate brennen und morden gelernt hat. Stadtrat Dr. Kienböck hat gesagt, er sei darauf gekommen, dass Deutschösterreich nicht allein leben kann und scheue sich nicht diese Meinung auszusprechen. Wir freuen uns, dass diese Ansicht auch in Ihr Lager eingekehrt ist und ich glaube, dass dieses Verstummen noch schädlicher für Deutschösterreich ist als jedes andere. Wenn der Anschluss an Deutschland nicht immer von Ihrer Seite aus bekritelt worden wäre und wenn Sie damals nicht monatelang im Winter in das kryptischste Horn der kapitalistischen Börsenpresse geblasen hätte, dann wäre der Wille der Bevölkerung für den Anschluss nicht zermürbt worden, und hätte auf revolutionärem Wege der Anschluss durchgesetzt werden können. Wenn Sie von einer Schuld sprechen, dann denken Sie an Ihre Politik, der letzten 10 Monate und Sie werden finden, wer die Schuld trägt an dem Elende Deutschösterreichs.

GR. Erntner (nationaldem.) Wir alle wissen ja, dass wir mit dem Kohlenzuschüssen aus Deutschland, der Tschecho-Slowakei und Polen unser Auslangemacht finden werden und sind überzeugt, dass wir in Amerika Verbindung wegen Kohle anknüpfen müssen, koste es was es wolle. Ich muss aber es als unbedingte Notwendigkeit betonen-dass wenn schon ein Abschluss geschieht, die Zahlung nicht zum jeweiligen Tageskurse, sondern im Kreditwege auf 2 bis 3 Jahre erfolgen soll. Denn unsere Valuta steht heute so niedrig, dass alles um das 4ehnfache verteuert wird, Wenn aber die Kohle erst in 2 oder 3 Jahren bezahlt wird, und einstweilen die Hinterlegung eines entsprechenden Depots erfolgt, so wäre bei den Beträgen von 175 bis 200 Millionen, die Hälfte von dieser Summe erspart. Denn es ist ausgeschlossen, dass unsere Valuta in 2, 3 Jahren den heutigen Tiefstand haben wird. Ich beantrage daher unsere Unterhändler anzuweisen, in dieser Richtung hin die betreffenden Verträge abzuschliessen.

GR. David beantragt den Schluss der Debatte. Die beantragte Zahl von Generalrednern entfällt, da nur noch 2 Redner und zwar je einer von den beiden grossen Parteien vorgemerkt sind.

Vor allem ist es notwendig, dass diese ziel- und planlose Hineinwirtschaft ein Ende nimmt, es muss ein Sparprogramm aufgestellt werden, inwiefern wir die Industrie, den Licht- und Bahnstrom mit Kohle beliefern können. Dieser Plan muss auch jetzt eingehalten werden, sonst ist eine plötzliche Katastrophe unvermeidlich. Die Situation mit den Kohlen wird weiter verschärft durch die unmittelbare Verschärfung der Lebensmittellage. Der Bericht, den wir heute vom Staatskanzler gehört haben, klang mehr als tröstlos. Die Gemeinde muss ihre Kunstschatze verkaufen, um fremde Valuta zum Einkauf von Lebensmitteln zu erhalten. Zwar verkauft nicht die Gemeinde Wien, sondern die Staatsverwaltung diese Kunstschatze und ich sage, deshalb die Gemeinde Wien verkauft sie, weil Wien am meisten dadurch berührt wird. Denn die Kunstschatze waren der einzige Anreiz für den Fremdenverkehr, denn wir hatten und mit diesen Mitteln müssen wir unsere Wirtschaft wieder aufbauen. Unseren Bitten hat der Staatskanzler ein schriftliches „Nein“ gegenüber gesetzt, und geantwortet: „Ich kann nicht anders!“ In dieser ersten Zeit möchte ich zum Schlusse bemerken, dass die Herren von der Majorität wohl schon darauf gekommen sein werden, dass es leichter ist zu kritisieren, als zu schaffen. Sie waren scharfe Kritiker. Sie haben die Zeit der christlichsozialen Herrschaft benützt, um uns zu kritisieren. Es wird wenige Leute in Wien geben, die nicht sagen werden, wir müssen den Christlichsozialen vieles abbiten, von dem was ihnen die Sozialdemokraten angetan haben. Die Zeit geht ihrem Ende zu, wo die November-Sozialisten nun endlich zur Vernunft kommen und des mehreren sich die Heimkehrer zur christlichsozialen Partei. Daran sind Sie schuld, wir danken Ihnen für diese Agitation und bedauern nur, dass es so traurige Folgen für die Bevölkerung hat.

GR. Körber (chr.-soz.): Zu spät ist es geworden! Ich bin der Anschauung, dass wir mit der Kohlen- und Brennholzbeschaffung hätte früher anfangen müssen. Im Mai hätten Sie mit der Vorsorge beginnen sollen, um eine Katastrophe abzuwenden. Die Ursachen der geringen Kohlenbestände, die wir heute haben, hätten Sie an der Wurzel fassen müssen. Das war die Hauptsache. Ich habe anfangs August eine Interpellation im Stadtrate eingebracht, die erst am 14. vom Bürgermeister beantwortet wurde, in der es sich um die Kohlen- und Holzbeschaffung drehte. Auch der 14. August war zu spät für diese Sache und es hat sich gezeigt, dass man bis zu dieser Zeit sorglos vorgegangen wurde. Erst nach meiner Interpellation wurde eine Kommission nach Prag und Berlin entsendet, um auf die Regierungen einzuwirken, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommen. Es ist hier schon erörtert worden, dass die Kohlenförderung in den Gruben minimal geworden ist. Es hat auch damals Kollege Schirotek erwähnt, dass noch Ende 1914 von einem Grubenarbeiter täglich eine Tonne gefördert wurde, die nun auf 400 kg herabgesunken ist. Dort hätten Sie den Hebel ansetzen sollen, ich habe auch darauf verwiesen. Da ich der Anschauung bin, dass es ein Leichtes gewesen wäre, mit den Organisationen in Verbindung zu treten, Sie hätten hinaus gehen sollen, zu diesen Organisationen, sprechen sollen, dass gearbeitet werde, was möglich ist, damit die Katastrophe abgewendet werde. Was den Waggonmangel anbelangt, wäre es Ihre Aufgabe gewesen, auch im Wege der Organisation Arbeiter zu veranlassen, damit die Reparaturen schnell durchgeführt werden. Das ist alles nicht geschehen, Sie haben gewartet, bis zu meiner Interpellation. Im Stadtrat ist uns gestern ein Vertrag vorgelegt worden, wegen Ankaufes amerikanischer Kohle. Es ist richtig, man muss sie kaufen, oder man wenigstens versuchen, sie kaufen zu können, unbeachtet des hohen Preises. Lieber eine teure Kohle, als eine Katastrophe mit unübersichtlichen Folgen, die im Winter zu gewärtigen sind. Im Vertrag habe ich Mängel bemerkt, auch auf einen Punkt aufmerksam gemacht; es handelt sich nicht um die eine Million Kronen für den Fond per sé. Bei solchen Geschäften muss man mit einem solchen rechnen, aber ich finde es sehr merkwürdig, dass die beiden Geschäftsleute sich bedungen haben, dass sie auch in diesem Falle ihre Provision erhalten, wenn das Geschäft mit einem Dritten gemacht wird. Was den Ersatz für Kohle mit Holz anbelangt, möchte ich nur bemerken, dass im Jänner von allen Seiten Holzarbeit gemacht wurden. Ich habe mich sehr gefreut, dass unter den Holzhändlern eine Konkurrenz entstanden ist, und diese Zeit hat

die Majorität im Rathause verstimmt. Zu dieser Zeit war einzuschreiten und aufzukaufen, was zu bekommen war. Man darf nicht in der Not kaufen, man muss kaufen, wenn man glaubt, dass man es nicht braucht. Ad meine Interpellation wurde eine Holzkommission gebildet, welche Holz nach Wien bringen sollte. Wir haben von der niederösterreich. Landesverwaltung zinslos 800.000 Rm am Papier versprochen, aber nicht in Wirklichkeit. Die Schwierigkeiten, die wir bei der Heranlieferung von Holz aus Lainsitz nunmehr erlebt haben, sind genügend. Nicht abzusehen, jene Schwierigkeiten, welche die Heranlieferung des vom Lande versprochenen Holzes haben werden. Leichter wäre es gegangen, wenn wir es im Sommer bekommen hätten. Auch diese Unterlassung ist eine schwere Sünde. Das Holzkomitee wurde gebildet und ich habe ohne eine Einladung zu bekommen, jeden Tag hier im Rathause nachgefragt und konnte keine Auskunft erhalten. Auch hat man es unterlassen, klar zu stellen, was für Aufgaben, dieses Komitee hat und was gemacht werden soll. Auch über die Machtbefugnisse war man sich nicht klar, und ich bin selbst mit einem Herrn des Komitees in Zwist gekommen, der behauptete, dass von diesen 800.000 Rm für die Approvisionierungsbetriebe nichts abgegeben werde, während der Magistrat das Gegenteil behauptete.

Der Bürgermeister möge sich um diese Stelle annehmen und sie vor allem konstituieren und ihre Arbeit klarstellen. Auf meiner Reise habe ich in Prag gehört, dass die dortigen Bäcker keine Not an Kohle leiden, sondern genügend beliefert werden. Es wird aber auch notwendig sein, dass die Vertreter hier im Gemeinderate, die der tschechoslowakischen Partei angehören, jede Parteipolitik unterlassen und in dieser Angelegenheit mit uns gemeinsame Arbeit leisten. Ich richte an sie diesen Appell, denn mit Partei und Nationalpolitik lässt sich hier schwer etwas machen. Wir stehen in einer schweren Zeit, in der es auch zu befürchten ist, dass neben der Kohlennot auch die Lebensmittelnot uns viel zu schaffen gibt. Wir heute hörten, werden die Notlager von Lebensmitteln bereits angegriffen, es muss aber auch vorgesorgt werden, dass neue Vorräte, die von den alten genommenen ergänzen. Ich frage bei dieser Gelegenheit den Bürgermeister, ob hier Vorsorge getroffen wurde. Zurückkommend auf die Kohlenkatastrophe frage ich aber auch, ob unsere Schulen und Waisenhäuser genügend Brennmaterial haben, damit unsere Kinder im Winter nicht frieren müssen. Zum Schluss will ich noch bemerken, dass Kritiküben, wie es die Sozialdemokraten bei allen unseren Aktionen machen, nicht schwer ist, aber eine Verwaltung zu führen, ist bedeutend schwerer. Die Sozialdemokraten haben nun die Majorität hier übernommen, aber auch die Verpflichtung, für die Bevölkerung zu sorgen. Diese Verpflichtung haben wir immer erfüllt und die müssen auch Sie heute erfüllen. Trachten Sie daher, dass im Winter nicht das furchtbare Wort, mit dem ich begonnen habe, ausgesprochen werde: „Zu spät! die Katastrophe wäre furchtbar, Schuld allein wären Sie!“

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.): Der lange Bericht, den der Herr Bürgermeister erstattet hat, hat die Aufgabe gehabt, ihn von jeder Schuld rein zu waschen, die ihm eventuell an den Zuständen zugeschrieben werden könnte. Ob der Bericht (zu den Sozialdemokraten gewandt) Sie vollständig überzeugt hat bezweifle ich sehr; uns hat er nicht überzeugt und am allerwenigsten die Bevölkerung. (Zustimmung rechts). Ich halte den Herrn Bürgermeister für einen in der Wolle gefärbten Sozialdemokraten, für einen richtiggehenden, ich will ihm nicht zumuten, dass er eine so schwarze Seele hat, dass er absichtlich oder durch bewusste Vernachlässigungen die Zustände sich zuspitzen lassen will. Aber dass es gewiss Mangel an Voraussicht an tatkräftigen Eingriffen im richtigen Momente war, der mit an diesen Zuständen schuld war, das muss ich allerdings bejahen. Die Bevölkerung urteilt nach grossen Gesichtspunkten und taktiv: Die Sozialdemokraten haben die Herrschaft hier in Wien, im Lande, sie haben die führende Rolle hier im Staate, die Sozialdemokraten sind gegenwärtig dem tschechoslowakischen Staate gleichfalls an der Spitze, sie haben die führende Stellung in Berlin vom Reichspräsidenten angefangen. Wenn es wahr wäre, was die Sozialdemokraten immer behauptet haben, dass ihre Verbindungen über die Grenzen des Staates immer hinausgehen, dass sie, aus Ruher gekommen, das Beste der grossen Mächte herbeiführen können,

müsse es sich doch in diesen Zeiten irgendwie zeigen. Es ist aber ein Misserfolg auf der ganzen Linie. (Zustimmung rechts). Es versagt die Kohlensache, die Holzsache, die Lebensmittelsache, es sind auf allen Seiten derartige Misserfolge, dass die Überzeugung sich mehr und mehr Bahn bricht, dass es ja nicht an einzelnen Personen allein liegt, es liegt an dem System, daran dass die Sozialdemokratie durch Jahrzehnte die positiven Kräfte der Bevölkerung demüthigt hat, so dass sie nicht in der Lage ist, die Anforderungen in einer so schweren Zeit zu erfüllen. Wenn das wahr wäre, was Sie immer gesagt haben, dann müssten Sie jetzt Ihre Verbindungen, Ihre Voraussicht Ihr Solidaritätsgedanke jetzt bei den Aushilfen nach dem Ausland zeigen; es zeigt sich aber nicht. Der Herr Bürgermeister liebt es, die Verantwortung anderen zuzuschreiben. Ich will gegen ihn persönlich nicht ungerecht sein. Was uns in der Minorität anbelangt - Opposition kann man nicht sagen, wir unterstützen Sie überall, wo es sich um das Wohl der Bevölkerung handelt....

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.): Gott schütze uns vor unseren Freunden!

GR. Forstner (Soz. Dem.): Nur keine Freundschaft!

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.): Das ist nicht der Standpunkt des Herrn Bürgermeisters; er betont immer, dass ihm unsere Mitarbeit willkommen und wert ist, und wir leisten sie, so gut wir können. Wir können aber zu den Anträgen erst dann Stellung nehmen, wenn sie uns im Stadtrat und Gemeinderat vorgelegt werden. Die Initiative, die Vorbereitung liegt ausschliesslich bei Ihrer Seite.

Bezeichnend für die Sozialdemokraten ist das Verhalten in der Holzfrage. Der Herr Bürgermeister hat eine etwas abfällige Bemerkung über die städtische Holzstelle gemacht; sie sei nur eingerichtet, um Untergrundholz zu beschaffen. Warum hat man nicht im Juni das Amt ausgebaut? Im Juni hat man bereits gesehen, dass in diesem Sommer ein Ansammeln von Kohlenreserven nicht möglich ist, und damals wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, um die Holzbeschaffung in grösseren Stil zu organisieren. Das ist aber nicht geschehen, und wir können es nicht als genügende Rechtfertigung ansehen, wenn man sich heute auf dem Standpunkt stellt, dass Amt sei nicht in der Lage, das zu leisten. Der Herr Bürgermeister hat bereits auf <sup>die</sup> Verordnung der Landesregierung hingewiesen, die uns auf dem Papier 800.000 Festmeter verspricht, mit deren wirklichen Aufbringung es aber sehr windig aussieht. Ich fürchte sehr, wir werden mit den Massnahmen, die heute vorgeschlagen werden, zu spät kommen. Die Verordnung ist eine etwas dilettantische. Die Bezirkshauptmannschaften schreiben den Herrschaften irgend ein Quantum vor, z. B. bis zum 1. Dezember 8000 Raummeter. Ein Forstverwalter hat mir das als reine Augenweide bezeichnet, da er bei allen Bemühungen dieses Quantum im Mai - Juni, aber nicht heuer aufbringen kann. Es ist gerade jetzt, wo man die Forstarbeiter so notwendig braucht und das Fortschreiten einer raschen Schlägerung so dringend notwendig hat, von Ihrer Seite das Verhältnis zwischen Forstverwaltung und forstwirtschaftlichen Arbeitern auf das unglaublichste zugespitzt worden.

In dem abgeschlossenen Kollektivvertrag ist eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden vorgesehen worden, und die Arbeiter verlangen eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden. Es ist unverantwortlich jetzt mit solchen Dingen zu kommen. Die Majorität hier kann sich nicht der Verantwortung entziehen, dass sie für die Gewerkschaftspolitik in erster Linie verantwortlich sind. Wenn Sie der Gemeinde das bisschen Brennholz verschaffen wollen, so müssen sie ihren Einfluss dahin geltend machen, dass die Sache nicht durch wahnwitzige Forderungen hinaufgehalten wird. Sie selbst wissen, dass sie mit der Sozialisierung die Betriebe nicht führen können und das haben wir aus ihren eigenen Munde gehört. Sie dürfen aber auch die Leute nicht in einen Wahn lassen, Sie müssen auch den Mut aufbringen einmal etwas unpopuläres zu tun. Viele unter ihnen werden mit diesen Worten Recht geben, aber die vielen fehlt eben der Mut dies zu tun.

Der ganze Jammer in dem wir leben, liegt in der Unmöglichkeit um vom Auslande das zu beschaffen, was wir notwendig brauchen. Demüthig ist die Angelegenheit mit der Kohlenbeschaffung aus Amerika. Zwei Herren, die nach Amerika fahren haben sich gegen Provision abgeben, vielleicht Kohlen-schlüsse für Wien und Deutschösterreich zu machen. Diesen Vertrag hat der Ministerialrat Kloss am 23. August beschlossen.

V.-Bgm. Emmerling (Soz.-Demokrat): Der alte Staat Österreich produzierte im Jahre 1913 45,8 Millionen Tonnen Kohle, davon teilt Österreich 2,7 Millionen Tonnen, also 6% der Gesamtförderung. Unser Bedarf beträgt aber 14 Millionen Tonnen pro Jahr. Auch aus dem gewaltigen Rückstand der Förderung gegenüber dem Jahre 1913 und 1914 lässt sich die Schwierigkeit erklären, in der wir uns befinden. Für die geringere Förderung ist ausserdem von Dr. Danneberg bereits angeführten Momenten auch die besondere Ernährung der Bergarbeiter massgebend. Der Bergarbeiter geht mit voller Aggravation untertags, er kann kein warmes Essen geniessen, er nahm sich früher seinen Kaffee, Schinkenspeck u.s.w. mit, und jetzt soll er von den Ersatzmitteln leben. Es ist bedauerlich, da da die Förderung sinken muss. Wir brauchen in Wien täglich 11700 Tonnen für Hausbrand, Industrie Gas und Elektrizitätswerk und dabei müssen wir sagen, dass wir da auf ein Mindestmass an Verbrauch angewiesen sind. Diese Menge wurde von der Entente auf rund 5000 Tonnen heruntergesetzt. Sie können sich vorstellen mit wie wenig wir Haushalten müssen. Wenn GR. Vaugoin darauf verwiesen hat, dass Berlin schon im September Verhandlungen hatte, so entgegne ich: Wir haben am 22. Mai die Herrschaft angetreten - was man so Herrschaft nennen kann, was Sie uns übergeben haben - und drei Tage darnach hat diese neue Herrschaft eine Kommission nach Prag und Berlin entsenden müssen, weil das, was Sie uns am 22. Mai übergeben haben, nicht mehr für die nächste Zeit langte. Weitere 3 Tage darnach musste ich wieder reisen. Man hat von einer vertroglosen Zeit seit dem 11. Juni gesprochen. Diese Reisen im Mai und Juni hatten den Zweck den am 11. Juni abgelaufenen Vertrag neu abzuschliessen. Was die Exportindustrie anlangt, haben wir schon im Juni Verhandlungen mit Amerikanern angeknüpft, dass sie uns Rohstoffe liefern. Ein Ergebnis dieser Verhandlungen ist, dass allerdings zum geringen Teil Rohstoffe gekommen sind. Es besteht kein Zweifel dass hier vielleicht ein Mangel der Organisation vorhanden ist, was Industrie und Handel und Gewerbe in Wien anlangt. Wenn von Versäumnissen bezüglich der Holzversorgung gesprochen wurde, so mache ich darauf aufmerksam, dass schon am 28. Juni durch die Gemeindevertretung die Verhandlungen wegen Holzbeschaffung angeknüpft worden sind. Es ist also da absolut kein Versäumnis zu bemerken. ~~XXXX~~ GR. Vaugoin hat gefragt, ob die Einstellung des Strassenbahnverkehrs so unbedingt notwendig gewesen wäre. Gerade vor Einstellung der Strassenbahn war die Anlieferung eine derartig dass wir kaum 20 Waggone für den Strassenbahnbetrieb hatten, geschweige denn, dass wir imstande gewesen wären, die Bedürfnisse der Industrie zu befriedigen. Wir hatten im August eine Konferenz im Staatsamt für öffentliche Arbeiten, wo von der Gemeinde verlangt wurde, dass die Strassenbahn an Samstagen, Sonntagen und

Montagen still zuliegen und an den anderen Tagen nur 2 Stunden in der Früh zu fahren sei. Wir haben erklärt, dass diese Massregel so ruinös für das ganze Wirtschaftsleben, dass früher noch ein anderer Ausweg noch gesucht werden müsse, bevor man die gesamte Industrie auf solche Weise drosselt. Ich habe Kenntnis gehabt, dass die Staatsbahnen Kohle für die Wintereröffnung des Stadtbahnbetriebes sammelten. Wir haben spät nachts noch mit allen beteiligten Stellen die Vereinbarung getroffen, dass diese Kohle dem städtischen Elektrizitätswerk zur Verfügung gestellt wird. Mit dieser Kohle haben wir uns die ganze Zeit geholfen. Wenn Sie sagen, dass wir zu spät mit diesen Massnahmen beginnen, so ist ja das nur der Schluss des ganzen, es sollen daraus nur organisatorische Massnahmen getroffen werden. Die Herren der Gegenseite haben immer erklärt, aus der Kohle soll kein Politikum gemacht werden, aber gerade Sie haben ein Politikum gemacht. Sie haben die Not der Bevölkerung und die Not, in der die Stadt sich befindet zu einem Politikum gemacht und wollen die Sozialdemokraten allein verantwortlich machen. GR. Vaugoin hat von der bolschewistischen Wirtschaft in Neufeld erzählt. Im Stadtrat wurde ein Bericht erstattet, dass der Betrieb tadellos geführt wurde und die Direktion hat die eingeführten Neuerungen für gut befunden. Ich würde Wert darauf legen, dass zur Zerstörung der Legende der Bericht des städtischen Elektrizitätswerkes im Gemeinderat verlesen wird. Wir haben in Prag von massgebenden Stellen gehört, dass Sie aus der Kohle kein Politikum machen wollen. Wenn man aber dann die Reden hervorragender Funktionäre des tschechischen Staates liest, wie des ehemaligen Ernährungsministers Dr. Vrdensky und des Ministers Benes, so klingt das ganz anders. Wir haben rückhaltlos den Prager Herren gesagt, dass die Tschechen in Paris den Standpunkt vertreten haben, dass unser Staat in seinem heutigen Umfang leben kann. Sie sind daher verantwortlich für den Staat als Ganzes und in Bezug auf seine wirtschaftliche Kraft. Der Vertrag mit Deutschland sichert uns 7000 Tonnen täglich zu, d.h. 11% unseres Bedarfes, während wir früher aus diesen Revieren über 30% nach Oesterreich bekommen haben. Das sind die Schwierigkeiten, unter denen wir zu leben haben. Kollege Kienböck hat auch von der Hebung der Arbeitermoral gesprochen. Wenn man aber durch vier einhalb Jahre Menschen verurteilt und den gutmütigsten Menschen gezwungen hat mit Werkzeugen zu arbeiten, so kann man nicht die Arbeitslust und die Arbeitsleistung von früher verlangen. Er hat auch gesagt, dass es keine Erleichterung aus den Arbeitsbedingungen mehr gäbe. Aber so wie früher, wo der Arbeiter alles einem Arbeitsgeber zur Verfügung stellen musste, geht es heute nicht mehr. Auch kann der Arbeiter nicht allein seine ganze Kraft zum Wie-

deraufbau hergeben, wo es noch Hunderttausende Nutzniesser sind, die von den Arbeitern leben. Wir dürfen den Arbeiter nicht zu höheren Leistungen veranlassen, die in all der gebrauchten Weise wieder nur den Kapitalisten nützen soll. Unsere ganze Debatte und die Ausführungen der einzelnen Redner lassen den Schluss folgen, dass wir nicht allein die vorgeschlagenen Anträge annehmen müssen, sondern dass wir uns vor Augen halten müssen, dass jene bedrückenden Massnahmen in der nächsten Zeit wieder eintreten werden. Denn nach dem heutigen Einlauf ist zu befürchten, dass der Verkehr und die Abgabe von Licht und Kraft nicht weiter so erfolgen kann, wie jetzt. Wir müssen aber auch den Schluss ziehen, dass alles gemacht wurde, was zu machen war, denn wir haben uns von dem Tag der Übernahme an mit der Kohle und dem Brennmaterial beschäftigt und werden auch bemüht sein, dass in irgend einer Form eine Regelung eingeführt wird, damit es nicht wieder notwendig wird die Strassenbahn zu ihrer Klasse einzustellen.

GR. Vaugoin (chr.-soz.) entgegnet dem GR. Dr. Danneberg und sagt, dass seine Ausführungen den Referaten im Stadtrate und den Verhandlungen in Prag und Berlin entsprungen seien. Als wir im September nach Prag kamen, haben wir eben den Vertrag nicht ratifiziert vorgefunden.

Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig.

GR. Vaugoin: Was die Waffenlieferungen betrifft, so haben die Worte des GR. Danneberg meine Ausführungen nur bekräftigt. Wir wollten kein Bündnis schliessen, wir ~~würden~~ konnten keine Truppen zur Verfügung stellen, aber dass wir Waffen liefern, ist doch keine Verletzung der Neutralität.

Gelächter bei den Sozialdemokraten.

GR. Hellmann ruft: Aber Herr Rittmeister!

GR. Vaugoin: Denken Sie an Ihren verehrten Präsidenten Wilson! Hat der keine Waffen geliefert? Ich teile Ihnen mit, dass mit der Verletzung der Neutralität noch lieber ist, als dass die Bevölkerung zu Grunde geht.

Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig!

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Aus Schonung für Bela Kun sind die Waffen nicht geliefert worden.

GR. Vaugoin: Ich erinnere Sie nur an die Vorfälle im Arsenal und ich glaube nicht, dass die Tschechen jetzt kein Interesse an Waffen haben. Ich weiss, dass Deutschland Tausende von Tonnen Kohle bekommt, wofür das dürfte Ihnen klar sein. So steht die Situation, meine Herren Neutralen. Denken Sie auch an die Artikel, die die W. Neustädter Zeitungen geschrieben haben und wofür sie demoliert wurden. Und wenn Dr. Danneberg sagt, dass Sie sich bemüht haben, das aus den Fugen gegangene Wirtschaft ~~anzukämpfen~~ aufzurichten, so bedenke ich mich dafür, wenn das so jetzt wie sie jetzt ausschaut. Dr. Danneberg hat auch gemeint wir kochen

unsere Parteisuppe an den traurigen Verhältnissen. Ihre Parteisuppe ist schon fertig, sie haben sich eine saubere Suppe eingebrockt. Alle aus Ihren Reihen sind empört, wenn wir gegen Sie etwas sagen und dann heisst es wir haben gegen die Arbeiter etwas unternommen. Wir reden nicht gegen die Arbeiter, wir reden gegen die Arbeiterführer. Es gibt Gott sei Dank noch Tausende von Arbeitern, die nicht in Ihren Reihen stehen. Wir predigen den Arbeitern keine Moral, aber den Führern der Arbeiter.

GR. Forstner (soz. Dem.): Sie sagen, die Arbeiter stellen Forderungen.

~~GR. Forstner~~  
GR. Vaugoin: Wir haben den Arbeitern nicht ~~gewinkt~~ gesagt, sie sollen Forderungen stellen, das muß ihnen jemand anderer gesagt haben.

Die Ausführungen des VB-Emmerling sind keine Kritik meiner Ausführungen ~~gewesen~~. Ich weiss, dass die wiederholten Prager Reisen so verlaufen sind wie unsere letzte Reise. Es liegt nicht daran, dass man zu wenig reist, sondern es hat sich darum gehandelt, etwas zu erreichen. Und da habe ich getadelt, dass nicht gleich Programme aufgestellt wurden, um mit diesen Auftreten zu können. Wenn gesagt wird, dass Staatssekretär Zerdik ein christlichsozialer Staatssekretär ist, so muß ich sagen, dass die Kohle ein Außenpolitikum ist und dass wegen ihrer diplomatische Verhandlungen gepflogen werden müssen. Auch wäre schon früher Gelegenheit gewesen amerikanische Kohle einzukaufen als sie noch billiger war.

VB. Emmerling hat uns auch den Vorwurf gemacht, dass wir uns nie den Herren der Majorität zusammengesetzt haben. Sie können doch von uns nicht verlangen, dass wir sie in die Akteneinsicht bitten, die sie uns ja nicht geben. Im Stadtrate kommen einfach die Herren Referenten und tragen vor, Sie haben die großen Referate und wir bekommen die kleinen. Wir sind auch meist vor vollendete Tatsachen gestellt.

Verantwortung tragen und zusammensetzen mit ihnen können wir nur dann, wenn wir mehr Einblick und Einfluss in die Gemeindeverwaltung haben als jetzt. Jetzt komme ich auf die Bemerkung des Vize-Bürgermeisters Emmerling zu sprechen, der meine Bemerkung, dass Neufeld unter dem bolschewistischen Regim schwer gelitten habe, illoyal gewesen sei. Ich habe nur die Wahrheit berichtet und der beste Beweis für die Wahrheit meiner Ausführungen ist der, dass dem ~~alten~~ Leiter des bolschewistischen Regimes gekündigt wurde, ja Dr. Winter ~~hat~~ beantragt, ihn sofort zu entlassen. Die Kohle ist kein Politikum hat der Bürgermeister gesagt, Wir haben die Kohle <sup>nie</sup> als solches behandelt und haben weder im Stadtrat daraus ein solches gemacht. Wenn wir aber auf die zögernde Haltung in der Kohlenfrage Ihrerseits aufmerksam machen, so ist dies unsere Pflicht als Opposition. Denken Sie zurück an die Zeit Weis-



# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Macheu.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, 4. Oktober 1919, Nr. 395.

**Speckabgabe.** Vom 5. bis 11. Oktober werden bei den städtischen Schweinespeckabgabestellen pro Person 12 dkg Speck zum Preise von K 4.50 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 160 und der beiden Abschnitte Nr. 160 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Die Preiserhöhung ist infolge der Verschlechterung unserer Valuta notwendig geworden. Organisierte Verbraucher mit lila Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote bei der Verschleißstelle ihrer Konsumentenorganisation.

**Bohnen und Pferdefleisch für Mindestbemittelte.** In der 119. Aktionswoche bekommen alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Bohnen pro Person des Haushaltes zum Preise von 80 h gegen Abtrennung des Abschnittes 30 in den Geschäften der Großschlächtereier an folgenden Tagen: Donnerstag, den 9. Oktober von A - F, Samstag, den 11. Oktober von G - K, Dienstag, den 14. Oktober von L - R und Donnerstag, den 16. Oktober von S - Z. Außerdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in den Ständen: XVI., Maroltingerplatz, Ypenplatz und Johann Nepomuk Berger Platz rayoniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer IV gekennzeichnete Abschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von 1 K abgegeben werden. Die Abgabetermine sind dieselben wie für Bohnen. An die offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 126. Fürsorgeweche für jede Person 1/8 kg Leguminosenmehl (zum Preise von 12 K per kg), an die unentgeltlichen Ausspeisestellen für jede Person 1/8 kg Haferreis abgegeben werden.

**Unterzundholz.** Je 5 kg Unterzundholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 6. bis 11. Oktober gegen Abtrennung des Buchstabens „N“ der Mehlbezugskarte. Preis 54 h für Weichholz und 44 h für Hartholz.

**„Zwivierba“.** Filiale XVI und XVIII sind bereits eröffnet. Kunden in diesen Bezirken erhalten rayonierte Artikel ~~der~~. Umrayonierung von Kunden in anderen Bezirken in diese Filialen erfolgt durch Kanzlei, Bartensteingasse 1. Von nun an ständige Regelung der Warenausgabe wie folgt: Montag, Dienstag nur nichtrayonierte Artikel, Mittwoch bis Samstag rayonierte und nichtrayonierte Artikel. Wir ersuchen die Kunden ihre Zeiteinteilung dementsprechend zu treffen. In dieser Woche außer vorgeschriebenen rayonierten Artikeln pro Mehlrayonierten 1 Ei und sonstige kleine Zubuge. Sonst die laufenden Artikeln. Bezirke: IX., X., XI., XII., XIII., XV., XVII., XIX. und XX. Kipferlzubuge durch Sachwalter ab Montag, übrige Bezirke erhalten diese Zubuge nach Maßgabe weiterer Einläufe.

**Museum der Stadt Wien.** Am Sonntag, den 5. Oktober 1919 entfällt der Besuch des Historischen Museums der Stadt Wien.

**Abgabe von Saccharin.** Vom 8. bis einschließlich 18. d.M. wird für Verbraucher mit gelben Mehlbezugskarten bei jenen städtischen Abgabestellen Saccharin zu beziehen sein, bei denen es bei den früheren Ausgaben erhältlich war. Mitglieder von Konsumentenorganisationen bekommen das Saccharin bei ihrer Organisation. Die Leitungen der Konsumentenorganisationen haben sich wegen der Zuweisung von Saccharin unverzüglich an das Bezirkswirtschaftsamt Stelle 2 zu wenden. Bezugsberechtigt sind alle Haushaltungen. Auf jeden Einkaufschein, gleichgültig auf wieviele Personen er lautet wird eine Packung Kristallsaccharin a 1.5 g zum Preise von K 1.50 gegen Abtrennung der Ziffer 4 des neuen amtlichen Einkaufscheines ohne Unterschied der Farbe abgegeben.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 4. Oktober 1919, Nr. 396.

**Sitzungen im Rathaus.** Der Stadtrat tritt Mittwoch, Donnerstag und Freitag vormittags zu Sitzungen zusammen. Der Gemeinderat hält am Freitag um 4 Uhr nachmittags eine Geschäftsitzung ab.

**Die Ergänzungslustbarkeitsabgabe.** Am 10. d.M. tritt eine neue städtische Abgabe, die Ergänzungslustbarkeitsabgabe, in Wirksamkeit. Diese Abgabe wird von jenen öffentlichen Vorführungen und Tanzunterhaltungen eingehoben, zu denen keine Eintrittskarten ausgegeben werden. Derartige Veranstaltungen, wie musikalische und andere Vorführungen in Heurigerschenken, Gast- und Kaffeehäusern, Bars und Vergnügungsorten jeglicher Art, wurden durch das bereits <sup>bestehende</sup> Lustbarkeitsabgabe gesetz nicht getroffen. Die Abgabe nach dem neuen Gesetz wird nach fünf Stufen, und zwar mit einem Pauschale von 10, 20, 30, 50 und 100g für jede einzelne Veranstaltung bemessen werden. Die Einreihung in eine dieser Gebührentufen <sup>geschieht</sup> auf Grund der von dem Abgabepflichtigen über die Verhältnisse seines Betriebes zu machenden Angaben. Solche Veranstaltungen sind vom Unternehmer spätestens 3 Tage vor deren Abhaltung der Magistratsabteilung II unter Verwendung eigener vom Magistrate aufgelegter Formulare anzuzeigen. Diese Formulare können in der genannten Abteilung, Neues Rathaus, II. Stock behoben werden. Um den Unternehmern die Anzeigepflicht zu erleichtern, werden in den nächsten Tagen bei den in Betracht kommenden Unternehmungen Organe des Magistrates mit den erwähnten Formularen erscheinen und die Ausfüllung derselben auf Grund der Parteiangabe vornehmen. Die Abgabe ist im allgemeinen im Vorhinein zu zahlen. Der Beginn der Veranstaltung kann von der Entrichtung der Gebühr oder einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden. Nach Inkrafttreten dieses Gesetzes werden nunmehr alle Veranstaltungen und Tanzunterhaltungen, sowohl die, bei denen Eintrittspreise eingehoben werden, als auch die, bei denen dies nicht der Fall ist, der Lustbarkeitsabgabepflicht unterliegen.

**Wäsche und Kleider für die Waisenhäuser.** Der Stadtrat hat nach einem Berichte der StRin-Annie Seidel für die Anschaffung von Wäsche und Kleidern für die 8 städtischen Waisenhäuser einen Betrag von rund 270.000 K für das Verwaltungsjahr 1919/20 genehmigt.

**Die Badezeit im Volksbad XVI., Friedrich Kaiserstrasse.** In diesem städtischen Volksbad wird die Badezeit an Freitagen von 10 bis 12 Uhr und von 1 bis 7 Uhr, an Samstagen von 9 bis 12 Uhr und von 1 bis 8 Uhr festgesetzt.

**Petroleum- und Kerzenabgabe im Oktober.** Von 5. Oktober an werden auf Grund der Petroleumbezugskarte wöchentlich ausgegeben: Für Wohnungen 3/8 Liter, für Untermieter 1/4 l, für Heimarbeiter 3/4 l, für Geschäftlokale 1/2 l, für Waschküchen 1/4 l und für Hausbeleuchtung pro Flamme 1/4 l. Infolge der Erhöhung der Fracht und der sonstigen mit dem Transporte verbundenen Spesen wurde der Detailverkaufspreis für 1 Liter Petroleum ab 5. Oktober mit 2.60 K amtlich festgesetzt. Weiters erhalten sämtliche Haushalte auf die Nummer 5 des neuen amtlichen Einkaufscheines eine Kerze im Gewichte von 1/32 kg und überdies Haushalte mit Petroleumbezugskarten für Wohnungen und Untermieter je 1 Kerze im Gewichte von 1/32 kg. Preis pro Kerze 48 h.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 6. Oktober 1919, Nr. 397.

Das städtische Notgeld. Der sich immer mehr fühlbar machende Mangel an Kleingeld, der vor allem auf der Straßenbahn zu Tage tritt, hat die Gemeinde Wien veranlaßt, zur Erleichterung des Geldverkehrs Notgeldscheine in Umlauf zu bringen. Die Herstellung des städtischen Papier-Notgeldscheine dürfte dieser Tage beendet sein, so dass gegen Ende der Woche das Notgeld bereits in den Verkehr gebracht sein wird. Zur Ausgabe gelangen 20 h Scheine. Eine Ausgabe von 10 h Scheinen erfolgt nicht.

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Donnerstag werden im 2. Bezirk 1/2 kg Kartoffeln (ausländischer Herkunft) pro Person zum Preise von K 2.60 für das kg und im 17. Bezirk 1/2 kg Kartoffeln (inländischer Herkunft) pro Person zum Preise von K 1.80 pro kg gegen Abtrennung des Buchstabens „O“ der Kartoffelkarte abgegeben. Auf dem Markte / Im 21. Bezirke werden außerhalb der Rayonierung 1/2 kg Kartoffeln pro Kopf zum Preise von K 3.84 ~~gegen~~ Durchlochung des Buchstabens „T“ am unteren Rande der Mehlbezugskarte verkauft. - Die gemeldete Abgabe von Kartoffeln in 11. Bezirk von Samstag bis Montag beruhte auf einem Irrtum und werden in diesem Bezirke Dienstag bis Donnerstag 1/2 kg Kartoffeln ausländischer Herkunft zum Preise von K 2.60 gegen Abtrennung des Buchstabens „O“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Sauerkraut wird ohne Einschränkung der Menge und ohne Ausweiskarte zum Preise von 70 h für das kg abgegeben.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 6. Oktober 1919, Nr. 398.

Erhöhung des Schulrequisitenpauschales. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Hellmann der Erhöhung des Schulrequisitenpauschales für die Schulen von 18 K auf 36 K für je eine Klassenabteilung an den Volks- und Bürgerschulen ab 1. Oktober für das Jahr 1919/20 zugestimmt.

Der Wohnungsmarkt im August. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt hat im August ds. J. gegenüber dem Vormonate keine wesentliche Aenderung erfahren. Die Zahl der vermietbaren unmoblierten Wohnungen ist von 139 im Juli auf 120 Ende August zurückgegangen, wovon im August 105 und im Juli 126 leerstehend waren. Von den leerstehenden Wohnungen entfielen auf Kleinwohnungen 73, auf kleinere Mittelwohnungen 16, auf grössere Mittelwohnungen 8 und auf grosse Wohnungen 8. Die Zahl der vermietbaren moblierten Wohnungen und Zimmer ist im August um 10 gegen den Juli auf 150 zurückgegangen. Die Zahl der vermietbaren Geschäftslokale betrug 191, darunter 869 leerstehende. Die Besucherzahl des Wohnungsnachweises und seiner Bezirksstellen belief sich im Berichtsmonat auf 11.262. Die Organe des Wohnungsnachweises haben im August 1581 Wohnungen und Geschäftslokale revidiert.

Aus der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates. Der Gemeinderat hat dem kürzlich in den Ruhestand getretenen Direktor des Veterinäramtes Dr. Albin Nemecek und dem Bauplatz I. R. Ing. Karl Leskier den Dank und Anerkennung für ihre verdienstvolle Tätigkeit ausgesprochen.

Kein Parteienverkehr in der Bemessungsabteilung. Vom Montag den 6. Oktober bis 2. November findet in der Bemessungsabteilung des Bewirkswirtschaftsamtes Stelle 5 (I., Seitzergasse 5) kein Parteienverkehr statt. Die Parteien wollen sich während dieser Zeit ausschliesslich an die Kohlenkommissäre der magistratischen Bezirksämter wenden.

Neuer Höchstpreis für Petroleum. Bei der diesmonatigen Petroleumausgabe tritt der neue Höchstpreis für Petroleum mit K 2.16 (nicht K 2.60) in Kraft.

Kommunalsparkasse Döbling. Der Gesamteinlagenstand dieses Institutes betrug Ende September 19,510.021 K, eingezahlt wurden von 680 Parteien 1,348.484 K, rückgezahlt an 984 Parteien 1,523.254 K. Es zeigt sich somit gegenüber dem Stand des Vormonats ein Abfall von 179.769 K. Der Stand der Einlagen im Scheckverkehr betrug 1,056.961 K, der ausstehenden Hypothekendarlehen 12,320.465 K, der Darlehen auf Wertpapiere 56,371 K und der Wertpapiere (Nominale) 9,013.050 K.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

---

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 7. Oktober 1919, Nr. 399.

---

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Freitag werden im 12. und 16. Bezirk 1/2 kg Kartoffeln pro Person zum Preise von K 1.80 pro kg gegen Abtrennung des Buchstabens „O“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

Wäscheankauf. Der Stadtrat hat nach einem Antrage der StRin. Anale Seidel beschlossen, vom patriotischen Hilfsverein vom Roten Kreuz Wäschesorten um rund 242.000 K anzukaufen.

Leiterbestellung. Die pädagogische Leitung sämtlicher Hilfsschulen für schwachbefähigte schulpflichtige Kinder in Wien wurde dem Leiter der Hilfsschule in der Anastasius-Grüngasse Direktor Hans Schiner für das Schuljahr 1919/20 übertragen.

Ausserkrafttreten der schwarzgedruckten Einkaufscheine. Der Magistrat gibt bekannt, dass die bisherigen amtlichen Einkaufscheine und Rindfleisch-einkaufscheine (beide mit Schwarzdruck) ausser Kraft getreten sind und nunmehr die bereits ausgegebenen Einkaufscheine mit Rotdruck und neuen Rindfleisch-einkaufscheine mit Grün-druck zur Verwendung kommen. Die bisherigen amtlichen Einkaufscheine müssen aber wegen des noch nicht erfolgten Zuckerbezuges für September gut aufbewahrt werden, weil der September Zucker nur auf die alten Scheine ausgegeben wird und für verlorene alte Scheine in keinem Falle ein Ersatz geleistet werden kann.

Pensionierung. Der Stadtrat hat den Ansuchen des Steuerants-Vicedirektors Ludwig Zederbauer um Versetzung in den dauernden Ruhestand Folge gegeben.

Sühneverhandlungen. Bei den Gemeindevermittlungsämtern Neubau und Josefstadt finden die Sühneverhandlungen im Oktober am 8., 15., 22. (Josefsstadt am 23.) und 29. vernittags statt.

Ein Kredit für die Unfallrenten. Für die Auszahlung der Zuschüsse an die Unfallrentner der Gemeinde Wien hat der Stadtrat über Antrag des StR. Speiser für das Verwaltungsjahr 1919/20 einen Kredit von 20.000 K bewilligt.

Warnung vor dem Zuzug zum Baugewerbe. Der Schulbeginn lässt wieder, mehr denn je die Frage der Berufswahl in den Vordergrund treten. Wie uns von der Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister, (uralte Haupthütte) in Wien mitgeteilt wird, dürfte zufolge der hohen Arbeitslöhne und dem völligen Mangel an Baumaterialien noch jahrelang mit einem Stillstande der Bautätigkeit zu rechnen sein, weshalb vor dem Zuzuge zum Baugewerbe dringend abgeraten werden muss. Derselbe dürfte sich späterhin nur als schwerer, vielleicht nicht wieder gutzumachender Irrtum in der Berufswahl herausstellen.

Zentralverein zur Errichtung und Erhaltung von Knabenhorden. Die für Montag anberaumt gewesene Hauptversammlung dieses Vereines findet Mittwoch um 5 Uhr nachmittags in Gemeinderatssitzungssaale (Neues Rathaus, I. Stock) statt.  
Tagesordnung: Satzungsänderungen und Neuwahlen.

W i e n e r R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Wien, Dienstag, den 7. Oktober 1919.

Abendausgabe.

---

Die Einschreibungen in die vierte Bürgerschulklasse. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass in jedem Wiener Bezirke je eine vierte Bürgerschulklasse für Knaben und je eine solche für Mädchen errichtet wird, wenn sich für diese Klassen eine genügende Zahl von Schülern meldet. Der Unterricht an diesen neuen Bürgerschulklassen beginnt voraussichtlich am 16. Oktober. Die Anmeldungen finden bis einschliesslich Samstag, den 11. Oktober jeden Vormittag von 8 bis 12 Uhr in den Ortsschulratskanzleien statt, die in dem Bezirkeamtsgebäude jedes Bezirkes untergebracht sind. Bei der Anmeldung ist das Zeugnis über die vollendete dritte Bürgerschulklasse vorzulegen. Vorkenntnisse in der französischen Sprache sind nicht nachzuweisen. Schulgeld ist keines zu entrichten.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe:

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 8. Oktober 1919, Nr. 400.

Die Ausgabe des städtischen Notgeldes. Im Stadtrate berichtete heute STR. Breitner über die Ausgabe von städtischem Papier-Notgeld zur Behebung des Kleingeldmangels. Der Stadtrat genehmigte die Ausgabe von Papiergeld im Nominalbetrage von 3 Millionen Kronen, bestehend aus 15 Millionen Stück 20 h Kassenscheinen mit einer Gültigkeitsdauer bis 31. Dezember 1919. Der Bericht des Referenten wurde genehmigt mit der Ergänzung, daß in dringender Weise Vorkehrungen für die Ausgabe von Notgeld zu 10 und 50 h getroffen werden, wobei auf die gefälligeren künstlerischen Ausstattung zu achten ist. Die 20 h Notgeldscheine haben eine Größe von 4 1/2 mal 7 cm, die Vorderseite ist in Rot und Schwarzdruck und die Rückseite nur in Schwarzdruck gehalten.

StR. Dr. Kienböck stellte die Frage, warum nicht auch 10 h Scheine ausgegeben werden. VB. Emmerling bemerkte, dass die Ausgabe von 10 h Scheinen gewiss sehr dringlich sei, weil auch diese in der nächsten Zeit aus dem Verkehr verschwinden werden, und zwar mit Rücksicht darauf, dass die 10 h Nickelstücke auswärtigen Valuten gleichwertet werden, das heißt, dass man für 4 Krone 10 h-Nickelstücke den vollen Wert einer Krone bekomme. STR. Josef Müller trat ebenfalls für die Ausgabe von 10 h Scheinen ein. Referent STR. Breitner erklärte, dass er gegen die Ausgabe von 10 h Scheinen natürlich nichts einzuwenden habe. Man habe diese Ausgabe ohnehin schon in Erwägung gezogen, aber in Hinblick darauf vorläufig davon Abstand genommen, dass von Seite der Regierung erklärt wurde, dass die Ausgabe neuer Scheidemünzen bereits vorbereitet sei und schon in den nächsten Wochen erfolgen werde. VB. Emmerling wies noch darauf hin, dass in Deutschland auch durchwegs 50 h Scheine ausgegeben worden seien und dass man mit dieser Geldsorte, was deren praktischen Wert anbelange, gute Erfahrungen gemacht habe. Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Referenten angenommen.

Die Ausschaltung Wiens internationalen Verkehr. Nach verschiedenen Mitteilungen, die in den letzten Tagen in die Öffentlichkeit drangen, soll Wien aus dem internationalen Weltverkehr dadurch ausgeschaltet werden, daß die großen Expresszüge nicht mehr über Wien geleitet werden. VB. Emmerling berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über diese Angelegenheit und es wurde folgender Antrag angenommen: Der Gemeinderat der Stadt Wien ersucht die Regierung mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Stadt Wien nicht aus dem internationalen Eisenbahndurchzugsverkehr ausgeschaltet werde. Der Beschluß ist durch eine Abordnung des Gemeinderates dem Staatskanzler und dem Staatssekretär für Verkehrswesen zu überreichen.

2. Ausgabe:

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 8. Oktober 1919, Nr. 401.

Bürgermeister Reumann empfängt nunmehr jeden Montag von 9 bis 11 Uhr vormittags. An anderen Tagen findet kein allgemeiner Parteientpfang statt.

Die Beratung des Stadtrates über die neuen Sparmassnahmen. Egn. Reumann erstattete in der heutigen Stadtratsitzung einen Bericht über die vom Staatsamte für öffentliche Arbeiten verfügten Sparmassnahmen. Egn. Reumann erklärte, dass die Kohlebelieferung der Elektrizitäts- und Gaswerke in den letzten Tagen äusserst ungenügend gewesen ist und dass die grossen Schwankungen in den Zufuhren eine Sicherheit in den Betrieben der Werke nicht bieten können. Die Elektrizitätswerke erhielten am 4. Oktober 624 Tonnen aus Nordwestböhmen und Oberschlesien am 5. Oktober 328 Tonnen, am 6. Oktober 1004 Tonnen, am 7. Oktober 1719 Tonnen, wovon 1061 Tonnen auf Zufuhren aus Polen entfielen. Der gegenwärtige Vorrat der Elektrizitätswerke beträgt 2718 Tonnen und reicht bei einem Tagesbedarfe von 312 Tonnen knapp auf drei Tage. Die Gaswerke erhielten am 4. Oktober 1054

Tonnen aus Ostau und Oberschlesien, am 5. Oktober 838 Tonnen und am 6. Oktober 824 Tonnen. Die Zuschüsse sind also auch in diesem Werke ungenügend. Der Betrieb der Elektrizitätswerke konnte nur dadurch aufrecht erhalten werden, dass das Staatsamt unter Benachteiligung anderer wichtiger Verbraucher den städtischen Elektrizitätswerken Aushilfen zuschickte, die bewirkten, dass beispielsweise am letzten Sonntag die ganze aus Oberschlesien für Deutschösterreich einlangende Kohle den Elektrizitätswerken überlassen wurde. Da selbstverständlich Aushilfen in einem solchen Ausmasse nicht für die Dauer geleistet werden können, musste das Staatsamt noch weitere Sparmassnahmen als die bisherigen in Erwägung ziehen. Das vom Stadtrate eingesetzte Kohlenkomitee beschäftigte sich eingehend mit den erforderlichen Massnahmen und in mehreren langwierigen Beratungen im Staatsamte wurde schliesslich der Entwurf der bekannten Verordnung über die Sparmassnahmen fest gesetzt. Das stadträtliche Komitee und die Vertreter der Behörden gingen bei der Erwägung der notwendigen Massnahmen von dem Grundsätze aus, dass die Einstellung der Strassenbahnverkehrs, wie sie vor kurzem stattgefunden hat, weiters eine Einschränkung der Industrie des Gewerbes und des Handels in einem Masse, dass

hiedurch die Erwerbstätigkeit unterbunden oder verhältnismässig stark betroffen werden würde, unbedingt vermieden werden müsse. Andererseits sollen keine Massregeln getroffen werden, die keine wesentliche Kohlenersparnis liefern würden. In der folgenden Debatte wies StR. Dr. Kienböck darauf hin, dass in der Verordnung mehrere schwer durchführbare Bestimmungen enthalten sind. Die Bestimmung, dass nur 50 % des Verbrauches im Vorjahre beziehungsweise im Vormonate stattfinden dürfe, bringe manche Ungerechtigkeiten mit sich, weil doch der Verbrauch im Vorjahre bzw. im Vormonate in einzelnen Fällen entweder wesentlich geringer oder wesentlich grösser gewesen sein könne als der normale Bedarf. Auch die Tatsache sei sehr bedauerlich, dass durch die neue Verordnung die Herstellung der 10.000 Hausanschlüsse, die erst in den letzten Sitzungen beschlossen wurde, unmöglich gemacht werde.

Auch StR. Biber betont, dass die Bestimmung über die Einschränkung des Bedarfes auf 50 % in verschiedenen Fällen Ungerechtigkeiten mit sich bringe. Das System der Strafen für Ueberschreitungen der Verordnung sei vollkommen verfehlt. Die Tatsachen beweisen, dass die ganzen, in den Verordnungen vorgesehenen Bestrafungen keinen Erfolg gezeigt haben. Er gebe die Anregung, dass ein neuer Weg gefunden werde, um Ueberschreitungen des Verbrauches zu verhindern. Es sollten in fortschreitender Masse die Ueberschreitungen im Stromverbrauche dadurch gestraft werden, dass z.B. bei einer Ueberschreitung bis zu 10% das doppelte des Tarifes und so fort bis zum zehnfachen des Tarifes bei einer Ueberschreitung von 100 % eingehoben werden. Umgekehrt sollten auch Prämien für den geringeren Verbrauch ausgesetzt werden.

StR. Haider wünscht, dass die Gemeinde gegen den Beschluss der Einstellung des Bahnverkehrs an Sonntagen Stellung nehme, da hiedurch gerade die untersten Schichten der Bevölkerung am härtesten getroffen werden.

StR. Vaugoin nimmt dagegen Stellung, dass das stadträtliche Komitee seine Beschlüsse nicht zu erst dem Stadtrate sondern sofort dem Staatsamte vorgelegt habe. Dies sei eine Uebergewalt der Befugnisse des Stadtrates, die gerügt werden müsse. Was die Verordnung selbst betrifft, so betont der Redner, dass sie eigentlich einen Schlag ins Wasser bedeute, weil durch all diese Sparmassnahmen in ganzen nur täglich sieben Waggon Kohle erspart werden, was bei einem Tagesbedarfe von hunderten Waggon gar nicht ins Gewicht falle. Ausserdem stehen die durch die Sparmassnahmen bewirkten Schädigungen des öffentlichen Lebens in keinem Verhältnis zu dem geringen Erfolge. Weiters stellt StR. Vaugoin fest, dass es eigentlich nicht Sache des stadträtlichen Komitees gewesen sei, über die Drosselungen des Stromverbrauches Beschlüsse zu fassen, sondern zu trachten, dass Kohle beschafft werde. Redner stellt fest, dass er alle Mitglieder der städtischen Komitee gewählt worden waren, zu den Verhandlungen im Staatsamte nicht eingeladen worden waren und dass sie deshalb kein Verschulden an den Beschlüssen, die dort gefasst wurden, treffen.

StR. Körber sagt, dass wenn diese harten Massregeln schon durchgeführt werden müssten, so müsste von denselben die gesamte Bevölkerung der Stadt getroffen und es dürften keine Ausnahmen, welcher Art immer, gestattet werden. Im übrigen sei er der Ansicht, dass die Sparmassregeln aber zuerst im Stadtrate hätten beraten werden sollen.

Frau StR. Dr. Seitz (chr. soc.) erklärt, dass der Stadtrat angesichts der Verantwortung, die er tragen müsse, ein gutes Recht habe von solchen Sparmassnahmen rechtzeitig verständigt zu werden. Wenn dies aber in diesem Falle nicht geschehen sei, so müsse eben die ohne Einwilligung des Stadtrates hinausgegebene Verordnung abgeändert werden.

StR. Iser (Soz. Dem.) gibt zu, dass die Massnahmen überaus hart seien und vielleicht auch nicht ganz planmässig gemacht worden seien. Es helfe aber alles nichts, sie müssten durchgeführt werden und man könne froh sein, wenn sich nicht noch die Notwendigkeit ergeben würde, dass drückendere Bestimmungen erlassen werden müssten.

StR. Täubler (Soz. Dem.) betont, dass das Elektrizitätswerk und Gaswerk den Effekt der Sparmassnahmen hergerechnet haben und dass man eben auf Grund dieser Berechnungen zu diesen Bestimmungen gekommen sei. Da sei nicht schwer zu sagen, dass diese Sparmassnahmen drückend seien, aber damit sei nichts getan. Jede Sparmassnahme sei drückend. Da jedoch Sparmassnahmen eingeführt werden müssen, so müsse man sich mit der Schwere derselben entweder abfinden oder neue Vorschläge erstatten. Das letztere werde jedoch von den Herren der christlichsozialen Partei nicht getan. Das Innern über die Härte von Sparmassnahmen sei zwecklos.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde zur Kenntnis genommen und die Anregung des StR. Biber als Antrag aufgefasst, der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Zur Frage der Errichtung von tschechischen Schulen. Egn. Reumann erstattete in der heutigen Sitzung des Stadtrates folgenden Bericht: Der Verein „Komensky“ hat an den Wiener Stadtrat eine Eingabe gerichtet, worin er für die Errichtung von Schulen für die tschechischen Kinder um die Bereitstellung von Schulgebäuden, und zwar 12 an der Zahl, ersucht. Zur Unterstützung dieses Ansuchens erschien eine Abordnung des tschechoslovakischen Nationalausschusses am 12. und 20. September bei mir. Ich machte die Herren darauf aufmerksam, dass es im gegenwärtigen Zeitpunkte dem Ansuchen nicht entsprechen könne, um nicht dem Artikel 68 des Friedensvertrages vorzugreifen. Ich gab meiner Meinung dahin Ausdruck, dass es sich nicht um eine Angelegenheit für Wien und für die tschechische Minderheit allein handelt, sondern dass seitens der österreichischen Regierung in Ausführung des Friedensvertrages Verfügungen genereller Natur vorerst erfolgen müssten. Ich wies daher die Abordnung an den Herren Staatskanzler und erklärte mich bereit, an einer von den Regierungsstellen zur Einberufung gelangenden Konferenz teilzunehmen. Diese Konferenz wurde tatsächlich für den 25. September im Staatsamte für Unterricht unter Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Glöckel und des Staatskanzlers abgehalten. Die Vertreter des tschechoslovakischen Nationalausschusses gaben neuerlich ihre Wünsche bekannt, welche darin gipfeln, dass in allen Bezirken Schulgebäude oder Gebäudetrakte überlassen werden sollen, in welchen für die Kinder der tschechoslovakischen Nationalität Schulen errichtet werden können. Diese Schulen sollten mit dem Öffentlichkeitsrechte ausgestattet und für die Schuleinrichtung Unterrichtsbehelfe, Beheizung und Beleuchtung beigelegt werden. Dem gegenüber machte ich aufmerksam, dass wir nicht in der Lage sind, ohne weiters ganze Schulen oder Gebäudetrakte zu überlassen, da wir mit allen Mitteln und seit langer Zeit schon darnach trachten, endlich die vom Militär belegt gewesenen Schulen frei zu bekommen und für Unterrichtszwecke wieder Instand setzen zu können, damit endlich der so schädliche Wechselunterricht beseitigt, Einrichtungen der Schuljugendfürsorge geschaffen, zur Behebung der Unterrichtsschäden der Kriegsjahre die Kinderzahl in den Klassen verringert werden könnten. Ich betonte, dass es daher unbedingt notwendig sei

die für die Lösung der Frage, die sicherlich von weittragender Bedeutung ist, notwendigen Erhebung einleiten. Nach einer längeren Wechselrede einigte sich die Konferenz dahin, daß eigene Erhebungskommissionen, bestehend aus Vertretern der Schulbehörden und Vertrauensmänner der deutschen und der tschechischen Parteien errichtet werden sollen, welche festzustellen haben werden, ob die Möglichkeit der Unterbringung tschechischer Kinder in der geforderten Weise bestehe. Ich erklärte mich bereit, von diesen Konferenzbeschlüssen dem Stadtrats Mitteilung zu machen und dem Unterstaatssekretär von dem Stadtratsbeschlusse sodann Kenntnis zu geben. Erwähnen muss ich noch, dass seitens des tschechoslowakischen Nationalausschusses auch die Schaffung einer Kommission für die Beratung der tschechischen Schulangelegenheit in Wien überhaupt erbeten wurde.

Schliesslich muss ich noch erwähnen, dass bei diesen Beratungen ausdrücklich festgestellt wurde, dass das Unterrichtshoheitsrecht in keiner Weise beeinträchtigt werden darf und dass ebenso festgesetzt wurde, dass die Unterrichtsbehörde keinesfalls geteilt werden dürfe, etwa in eine deutsche und tschechische, sondern dass sie deutsch bleiben müsse und dass der Unterricht einzig und allein nur durch unsere Schulbehörde durchgeführt werden dürfe. Es soll also jetzt eine Kommission eingesetzt werden, welche sich mit den Schulgebäuden zu befassen haben wird, die für den Unterricht der tschechischen Kinder herangezogen werden sollen und dann soll eine ständige Kommission gebildet werden, welcher die weitere Erledigung der Frage zustehen wird.

StR. Vaugoin (chr. soz.) erklärte, es handle sich in dieser Frage vor allem darum, ob der Friedensvertrag klar und deutlich die Errichtung tschechischer Schulen vorschreibe.....

Bgm. Reumann (den Redner unterbrechend): Ich werde vielleicht zunächst Paragraph 68 des Friedensvertrages zur Verlesung bringen. Derselbe lautet: Was das öffentliche Unterrichtswesen anbelangt, wird die österreichische Regierung in Städten und Bezirken, wo eine verhältnismässig beträchtliche Zahl anderer als dem deutschösterreichischen Staate angehöriger Staatsbürger wohnt, angemessene Erleichterungen gewähren und darauf sehen, dass in den Volksschulen den Kindern dieser Staatsangehörigen der Unterricht in ihrer eigenen Muttersprache erteilt werde. Diese Bestimmung wird die österreichische Regierung jedoch nicht hindern, den Unterricht der deutschen Sprache in den besagten Schulen zum Unterrichtsgegenstande zu machen.

StR. Vaugoin (chr. soz.): Vor allem möchte ich nun festlegen, dass wir vorderhand auch nach dem Artikel 68 nicht verpflichtet sind tschechische Schulen zu errichten, weil ebender Friedensvertrag noch nicht ratifiziert ist. Wir sollten daher dieser Angelegenheit erst dann näher treten, wenn die Ratifizierung erfolgt sein wird. Mit Rücksicht darauf glaube ich, dass die Einsetzung der Kommissionen als verfrüht zu bezeichnen ist und weil wir schliesslich auch in Tschechoslovakien kein so besonders verfrühtes Entgegenkommen gegen uns Deutsche bemerken.

StR. Sirošek (Tscheche): Weil darauf verwiesen wird, dass der Friedensvertrag noch nicht ratifiziert worden ist, so möchte ich betonen, dass uns schon das Recht auf Schulen nach den alten Gesetzen zusteht. Damals wurde dieses Recht vielleicht nicht energisch genug in Anspruch genommen. Aber dass wir dieses Recht haben, möchte ich nicht bestreiten und in einer Zeit der Republik, wo man glaubt, dass eine andere Luft weht und ein anderer Geist herrscht, sollte es auch nicht bestritten werden. Wenn aber jetzt wieder davon gesprochen wird, dass Kommissionen und dergleichen eingesetzt werden sollen, so heisst man ein solches Vorgehen die Sache auf die lange Bank hinausschieben wollen. Ich möchte Sie aber bitten, wenn Sie in dieser Sache etwas machen wollen, so sagen Sie es ehrlich und offenherzig, denn ein Hinhalten hat keinen Sinn. Wir Tschechen wollen nichts anderes, als was uns allen zusammen nützen kann, dass wir friedlich neben einander leben und dass die Kulturwiderigkeiten, die früher bestanden haben, jetzt beseitigt werden. Ich bitte Sie deshalb, sagen Sie, ja wir anerkennen das Recht auf tschechische Schulen oder sagen Sie nein wir wollen den alten deutschen

Geist, wie er früher bestanden hat, weiter pflegen und den Tschechen keine Schulen geben. Mit Kommissionen und dergleichen ist uns nicht gedient. Wir wollen Schulen für unsere Kinder.

StR. Rummelhardt (chr. soz.) betont, dass die ganze Debatte und die Vorlage ihm als verfrüht erscheinen. Der Friedensvertrag sei noch nicht ratifiziert und vor dessen Ratifizierung könne in der Sache nichts gemacht werden. Er beantrage deshalb die Rückverweisung des Geschäftestückes.

Bgm. Reumann: Ich habe gegen die Rückverweisung nichts einzuwenden und das umsoweniger, als der Vertreter der Tschechen die Kommissionen als ein Mittel der Verschleppung auffasst. Auch ich habe bei den Beratungen auf den Artikel 68 des Friedensvertrages verwiesen und insbesondere auch hervorgehoben, dass der Friedensvertrag noch nicht ratifiziert ist. Er wird wahrscheinlich im Laufe der nächsten Woche ratifiziert werden. Unsere Haltung zur Frage der tschechischen Schulen muss natürlich entsprechend dem Friedensvertrage sein. Wir kommen also über die Frage, wie wir uns zu den Kommissionen etc. zu stellen haben, nicht herum. Werden diese Kommissionen heute nicht gewählt, so werden sie wahrscheinlich nächste Woche gewählt werden müssen.

Bei der Abstimmung wird der Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis und der Rückverweisungsantrag des StR. Rummelhardt angenommen.

Einladungen amerikanischer Journalisten nach Wien. In der heutigen Stadtratsitzung stellten *W. H. H. H., die Redakteure Orlitzer und Spitzer*

folgenden Dringlichkeitsantrag: Die bei der Friedenskonferenz von Versailles offiziell beglaubigt gewesenen amerikanischen Journalisten befinden sich gegenwärtig auf einer Rundreise durch Europa. Sie waren kürzlich in Prag und halten sich zur Zeit in Warschau auf. Es wäre von grosser Wichtigkeit, dass die auch Wien besuchen und sich von der katastrophalen Ernährungs- und Kohlenlage unserer Stadt aus eigener Anschauung überzeugen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Stadtrat wolle beschliessen, diese Abordnung amerikanischer Journalisten durch Vermittlung des amerikanischen Kinderhilfswerkes nach Wien einzuladen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 9. Oktober 1919, Nr. 402.

Die Ausgabe des städtischen Notgeldes. Die von der Stadt Wien zur Behebung der Kleingeldnot im Betrage von 3 Millionen Kronen ausgegebenen 20 h Papier-Notgeldscheine, die heute fertig gestellt worden sind, wurden bereits an die städtische Hauptkasse und an die Unternehmungen, wie Straßenbahn, Elektrizitätswerke, Gaswerke, ausgegeben, wonach sie den Weg in die Bevölkerung finden werden. Die Fahrgäste der Straßenbahn werden also bereits morgen früh die neuen 20 h Kassenscheine von den Schaffnern bekommen. Die Kassenscheine sind ungefähr halb so groß wie die Ein-Kronennoten. Auf der Vorderseite zeigen sie einen blauen Raster und ~~in~~ in Schwarzdruck die Aufschrift „Kassenschein der Stadtgemeinde Wien über 20 h“. Darunter befindet sich die Haftungserklärung der Gemeinde, die Unterschriften des Bgm. Raumann, des VB. Hoss und des StR. Breitner. Die Rückseite enthält auf weißem Grund die Bemerkung, daß die Kassenscheine zur Linderung der Kleingeldnot bis zum Gesamtbetrag von 3 Millionen Kronen ausgegeben werden, daß sie von der Gemeinde bis 31. Dezember 1919 in Zahlung genommen und in der Zeit vom 15. bis 31. Dezember 1919 in gesetzlichem Bargeld eingelöst werden.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 9. Oktober 1919, Nr. 403.

Kartoffelabgabe. Von Freitag bis Sonntag werden im 1. und 3. Bezirk  $\frac{1}{2}$  kg ausländische Kartoffeln pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg gegen Abtrennung des Buchstabens „P“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

Zur Kartoffelversorgung. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Linder (Soz. Dem.) über die Uebertragung der Kartoffelversorgung, die bisher von der Gemeinde Wien durchgeführt wurde, an die Wiener Obst- und Gemüse Uebernahme- und Verteilungsstelle. Diese Stelle wird in Zukunft die Kartoffeln von der Kriegsgetreidegesellschaft übernehmen und dieselben ohne jede Einlagerung dem Konsum zuführen. Den Vertrag, welcher diesbezüglich zwischen der Gemeinde Wien und der Obst- und Gemüse Uebernahme- und Verteilungsstelle geschlossen wurde, bezeichnete der Referent für die Gemeinde ausserordentlich günstig.

An dieses Referat knüpfte sich eine längere Debatte, in der VB. Hoss und die StR. Josef Müller (chr. soz.), David (Soz. Dem.), Dr. Kienböck (chr. soz.) und Sirotek (Tscheche) das Wort ergriffen.

Schlüssendlich wurde der Antrag des Referenten, die Wiener Obst- und Gemüse Uebernahme- und Verteilungsstelle übernimmt die Kartoffelbeschaffung und Verteilung auf eigene Rechnung, grundsätzlich genehmigt.

Die Mehlaushilfen der Gemeinde Wien. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Linder (Soz. Dem.) über die Mehlaushilfen der Gemeinde Wien. Zur Behebung der Schwierigkeiten, mit welchen das Staatsamt für Volksernährung bei der Deckung des Bedarfes an Brot- und Verschleissmehl für die Verbrauchswoche vom 21. bis 27. September 1. J. zu kämpfen hatte, hat das Bezirkswirtschaftsamt über Ersuchen des Staatssekretärs des Amtes für Volksernährung mit Genehmigung des Bürgermeisters eine Mehlaushilfe von

280 Waggons aus den Beständen der Gemeinde Wien dem Staatsamt zur Verfügung gestellt, um die Ausgabe der vollen Brot- und Verschleissmehlsquote für die erwähnte Verbrauchswoche sicherzustellen. Diese Aushilfe bestand in 150 Waggons Verschleissmehl und 50 Waggons Brotmehl, welche in Wege des Bezirkswirtschaftsamtes Stelle 3 abgegeben wurden, und in 80 Waggons Kartoffelwalgries, welche durch die Stelle 6 zur Verfügung gestellt wurden. Hierüber hat der Magistrat am 14. September 1. J. an den Stadtrat berichtet. Am 22. d. M. hat sich die Kriegsgetreideanstalt abermals an das Bezirkswirtschaftsamt mit dem Ersuchen um eine Aushilfe an Mahlprodukten gewandt, um ihr die Aufrechterhaltung der Mehlaushilfe an der Verbrauchswoche vom 28. September bis 4. Oktober 1. J. zu ermöglichen. In Stadtebung dieses Ersuchens wurde der Kriegsgetreideanstalt neuerlich 37 Waggons Feinmehl aus den Vorräten der Gemeinde Wien überlassen. Durch diese Aushilfe war es möglich in der Verbrauchswoche vom 28. September bis 4. Oktober wenigstens die halbe Kopfquote in Feinmehl abzugeben, während die zweite Hälfte der Quote in Haferflocken zur Ausgabe gelangte. Mit Rücksicht auf das gänzlich unzureichende Ergebnis der Getreideaufbringung in Deutschösterreich war die Kriegsgetreideanstalt nunmehr genötigt, auch für die Verbrauchswoche vom 5. bis 12. Oktober 1. J. um Ueberlassung von 50 Waggons Feinmehl aus den Beständen der Gemeinde Wien zu ersuchen, um den Verschleissmehlbedarf für die Ausgabe der vollen Kopfquote decken zu können. In Hinblick darauf stellte der Referent den Antrag, die Gewährung einer Mehlaushilfe von 37 Waggons Feinmehl und 50 Waggons Feinmehl aus den letzten Reserven der Gemeinde an die Kriegsgetreideanstalt nachträglich genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

An dieses Referat knüpfte sich eine lange Debatte, in der mehrere christlichsoziale Stadträte an dem Referate insofern Kritik übten, als sie verlangten, dass in Zukunft derartige Geschäftsstücke früher im Stadtrate zur Vorlage kommen sollen. Ferner bemängelten sie, dass ihre Partei von Seite der Majorität in solchen Fragen ungenügend informiert werde.

Bgm. Raumann betonte, dass in dieser Angelegenheit ein förmliches Kesseltreiben von Seite der Christlichsozialen gegen die Gemeindevorstellung unterommen worden sei. Es sei ganz selbstverständlich gewesen, dass die Gemeinde den Ansuchen der Kriegsgetreideanstalt Folge geleistet habe, weil sonst an die Verbraucher nicht die volle Mehlaushilfe zur Ausgabe hätte gelangen können. Es sei weder ihm, noch sonst jemand in Schlaf eingefallen, an sozialdemokratische Organisationen irgendwelche Vorräte aus dem eisernen Bestand der Gemeinde abzugeben. Die Vorräte seien ordnungsgemäss an die Kriegsgetreideanstalt abgeführt worden. Wie man aus diesem ordnungsgemässen Vorgang, der sicher im vitalsten Interesse der Bevölkerung gelegen ist, solche Anklagen gegen die Gemeinde erheben könne, wie es von christlichsozialer Seite geschehe, verstehe er nicht. Er werde zwar immer gesagt, dass man aus solchen Fragen kein Politikum machen wolle, aber tatsächlich geschehe gerade das Gegenteil. Man gehe in Versammlungen und erhebe die schwersten Angriffe ohne jede Grundlage. Ein derartiges Vorgehen könne man nicht länger ertragen. Es werde da ein <sup>(Redner)</sup> Remedy geschaffen werden müssen. Er habe bisher den Vorgang eingehalten, dass alle diese Angelegenheiten vor dem Stadtrat kommen müssen und das sei auch seiner Meinung nach der richtige Vorgang. Früher sei es allerdings anders gewesen. Von den Lebensmittelgeschäften der Gemeinde Wien habe der Stadtrat ~~im~~ dem christlichsozialen Regime auch nicht ein Wort erfahren.

VB. Emmerling: Früher war es so, dass die Herren über die Lebensmittelgeschäfte gar keine Information besaßen haben. Sie kannten die Geschäfte nicht, sie kannten die Lagerbestände nicht, sie wussten nicht was abgegeben wurde, es wurde transportiert und disponiert, ohne dass ein Wort darüber verloren worden wäre. Wir sind seit November im Stadtrate und haben während des provisorischen Regimes auch nicht ein Wort von diesen Geschäften gehört. Bei der Uebernahme hat sich dann herausgestellt, dass alle die Berichte, die

über die Lebensmittelgeschäfte verfasst worden sind, falsch sind. (Zwischenruf: <sup>der Christlichsozialen:</sup> Sie provozieren uns!) Ich konstatiere nur Tatsachen.

Bgm. Raumann: 26.000 K wurden für eine Fahrt nach Triest ausgegeben, ohne dass darüber berichtet worden wäre.....

VB. Emmerling: Wir haben seit 1. Juli d. J. den Auftrag gegeben, dass alle An- und Verkäufe von Lebensmitteln dem Stadtrate vorgelegt werden müssen. Sie haben dagegen seinerzeit den Beschluss gefasst, dass alle Lebensmittelgeschäfte nicht in den Stadtrat gehören. Kollege Hoss hat infolgedessen selbst keine Ahnung von den Lebensmittelbeständen, über die die Gemeinde seinerzeit verfügt hat. Als dann später hier Berichte vorgelegt wurden, so ist mit Zahlen operiert worden, die nicht richtig waren und die uns nur deshalb vorgeführt wurden, weil es gerade notwendig war, mit einer Ziffer zu kommen. Die Herren dürfen sich deshalb auf ihre Lebensmittelgeschäfte nichts einbilden.

StR. Kienböck (chr. soz.) bemerkte, dass der Theaterdonner, den man eben gehört habe, auf ihn und seine Parteigenossen keinen Eindruck mache. Was die frühere Behandlung der Lebensmittelgeschäfte anbelange, so wüssten alle Herren des Stadtrates, dass diese in Einverständnis der Parteien in der Weise durchgeführt wurden, wie es eben geschehen sei; denn eigentlich seien ja diese Sachen der Obmännerkonferenz überlassen gewesen. (VB. Emmerling: Keine Spur!) Ich bitte was ich sage ist richtig und ich erinnere mich nicht, dass die Herren eine andere Vorgangsweise verlangt hätten. Unter den damaligen Herren bestand eben die Auffassung diese Angelegenheiten nicht im Stadtrate zu behandeln. Allerdings kann man darüber verschiedener Auffassung sein, aber das eine weiss ich, dass damals diese Ansicht bestanden hat. Jetzt haben Sie die Taktik, die Sachen im letzten Moment in den Stadtrat zu bringen. Das ist fast noch schlechter als der frühere Usus. Wenn Sie ferner behaupten, dass hier mit falschen Daten operiert wurde, so bitte ich Sie, diesbezüglich nur ganz offen zu sein. Sie brauchen sich diesbezüglich keine Rücksicht auferlegen, nur heraus mit dem, was Sie wissen. (StR. Raubold <sup>(Sozialdem.)</sup> Den Manne kann geholfen werden.) Im übrigen fallen alle diese Vorwürfe auf Sie selbst zurück, weil ja damals alles mit Ihrem Einverständnis gemacht wurde.

StR. Breitner (Soz. Dem.): Ich kann feststellen, dass die <sup>gebirgung fast</sup> ~~alten~~ Lebensmittelgeschäfte, die früher zur Abwicklung gekommen waren, so leichtfertig und so unkaufmännisch war, dass sie jeder Beschreibung spottete, und dass alles, was darüber veröffentlicht werden könnte, gar nicht geglaubt werden würde. Was die vorgelegten Daten anlangt, so waren sie alle falsch. Sie waren deswegen alle falsch, weil es überhaupt keine kaufmännische Buchhaltung gegeben hat, weil durch 4 Jahre keine Inventur gemacht wurde. Ihre Buchhaltung war so, dass Waren, welche angekauft wurden, so in das Inventar gegangen sind, als wenn man irgendwo ein Haus ankauft, das heißt, es hat keine Veränderungen gegeben. Dass es auch vorkommen kann, dass Waren verloren gehen etc., das ist bei ihrer Lebensmittelgebarung ganz ~~ander~~ Betracht gelassen worden. Sie haben in Ihren freien Kollegen genug, welche das bekritelt und ich glaube nicht, dass es einen Konsumverein gibt, wo derartig gewirtschaftet wird. Aus diesen Gründen waren daher auch die Ziffern, welche uns vorgelegt wurden, falsch. Diese Sache hat mit der Obmännerkonferenz gar keinen Zusammenhang.... (Bgm. Raumann: Wenn Sie gesehen hätten, in welcher Weise die Berichte in der Obmännerkonferenz erstattet wurden, so würden Sie nicht so sprechen). Die Obmännerkonferenz war eine reine Parteienvereinbarung. Das Wort Obmännerkonferenz kommt in Gemeindestatute gar nicht vor. Die Obmännerkonferenz hatte nicht das Recht auch nur fünf Kronen auszugeben, geschweige den grössere Einkäufe zu entrichten. Man hat den Herren in der Obmännerkonferenz im allgemeinen von den Geschäften Kenntnis gegeben, weiter nichts. Was beanstandet wird, dafür ist aber die Obmännerkonferenz in gar keiner Weise verantwortlich und eine Deckung dafür wäre lediglich die kaufmännische Gebarung. Diese hätte zur Verwaltung gehört und für diese Verwaltung war die frühere Mehrheit verantwortlich und sonst niemand. Redner gab nun seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass von Seite

der Majorität immer wieder Dohrton über dieses Thema provoziert werden. Mir tun es nicht, obwohl darüber kein Zweifel besteht, dass die Lebensmittelgebarung kein Rahmenthema ist. Ich erinnere mich, dass ich in der Vergangenheit nur an den Herreladenvertrag, das ist ein Vertrag, von dem, wenn ihn irgend ein Jurist vorher gesehen hätte, hätte gesagt werden müssen: Das

Ist etwas ganz unglückliches! Und so wie dieses Lebensmittelgeschäft wurden eine ganze Anzahl anderer in der gleichen Weise abgeschlossen. Redner behauptete nochmal, dass es ein grosser Fehler war, keine kaufmännischen Bücher zu führen. Infolge dieses Unstandes habe man heimgelassen, was erst jetzt erfahren, dass man 30 Millionen bei der Kriegsgetreideanstalt schuldig ist.

Es sei damals leider zum Teile gar keine, zum Teile eine kamerlistische Buchführung geführt worden. Die Folge davon seien eben die Uebelstände, die sich jetzt ergeben. Wenn der Majorität jetzt der Vorwurf gemacht werde, dass sie Lebensmittel aus dem eisernen Bestande hergegeben habe, so sei das mit Rücksicht auf die herrschende Not nur natürlich gewesen. Diese Lebensmittel seien ordnungsgemäss zur Abgabe gelangt und sie seien gewiss weder einem Schleichhändler noch sonst jemandem abgegeben worden. Sie seien der Regierung gegeben worden und für diesen Zweck sei ja der eiserne Bestand vorhanden. Man hätte auch den Standpunkt einnehmen können, dass man der Regierung die Lebensmittel nicht abgegeben hätte. Dann hätten wir allerdings die eisernen Vorräte erhalten, aber das Lagerhaus wäre von der Bevölkerung gestürzt worden.

Redner betonte sodann nochmals, dass die Abgabe der Lebensmittel in völlig ordnungsmässiger Weise sich vollzogen habe und dass der Gemeinde daraus nicht der geringste Vorwurf gemacht werden könne.

Vb. Hess hob hervor, dass die Anklagen, die man gegen die Majorität erhebe, darin gipfeln, dass die Minorität in nicht genügender Weise informiert werde. Es sei nicht seine Sache sich um alle Angelegenheiten zu kümmern, sondern es habe der Bürgermeister die Pflicht, ihm und seine Partei zu informieren. Er habe in der Öffentlichkeit nicht davon gesprochen, dass die Lebensmittel an sozialdemokratische Organisationen oder dergleichen abgegeben worden seien, sondern ausdrücklich gesagt, dass sie der Regierung zur Verfügung gestellt wurden. Was bekräftigt worden sei, sei nur, dass man in dieser Sache die Minorität nicht rechtzeitig informiert habe. Allerdings sei es vielleicht nicht immer angebracht, dass man die Lebensmittel der Regierung gebe; denn die Regierung verwende Lebensmittel, die für Wien bestimmt seien, für ganz Oesterreich. Im übrigen könne er nur nochmals wiederholen, dass diese ganze Debatte nicht heraufbeschworen werden wäre, wenn man seine Partei rechtzeitig informiert hätte.

Was die kaufmännische Gebarung anbelangt, so dürfe man nicht vergessen, dass schliesslich jeder Kaufmann Verluste habe. Die Verluste der Gemeinde Wien seien aber, wenn man alle Geschäfte ins Auge fasse, keinesfalls gross. Im übrigen habe niemand gewusst, dass der Krieg von so langer Dauer sein werde. Man habe wiederholt die Lebensmittelgeschäfte auf eine andere Basis stellen wollen, allein man sei immer wieder davon abgekommen, weil man geglaubt habe, dass nun doch endlich das Kriegsende herannahen werde. Er gebe zu, dass die kamerlistische Buchführung nicht am Platze gewesen sei, aber dessenungeachtet werde man nichts finden, was die frühere Gemeindevertretung gemacht habe, das nicht im Interesse der Bevölkerung gewesen wäre.

StR. Täubler (Soz.Den.) betonte, dass verschiedene Berichte deshalb dem Stadtrate nicht rechtzeitig vorgelegt werden konnten, weil Hunderte von Geschäftsstücken zu erledigen seien. Die Herren sprächen immer davon, dass sie mitarbeiten wollten. Sie verlangen aber, dass sie dann von jedem Schritt im Vorhinein in Kenntnis gesetzt werden sollen. So könne man aber die Wirtschaft nicht führen bei der Unmasse von Geschäftsstücken, die zu erledigen sind. Auch sei eine Sache, wo es sich darum handle, ob die Bevölkerung hungere oder nicht, nicht etwas so Aussergewöhnliches, dass dieshalb hier besondere Verhandlungen gepflogen werden müssten. *Wenn man in diesem Falle der Bevölkerung zu Hilfe kommen möchte, ist selbstverständlich.* Wenn die Herren sagen, dass sie mit uns arbeiten wollen und nicht die Absicht haben uns hinterrücks anzugreifen, so wäre der Vorgang, den sie in diesem Falle hätten einschlagen müssen, folgender gewesen: Der Herr Vb. Hess, dessen Zimmer sich ganz in der Nähe des Bürgermeisters befindet, hätte zu diesem Hingehen und ihn fragen müssen, wie die Sache stehe, bevor man in eine Versammlung geht und dort Lärm schlägt. Wenn er sich wirklich als Mitarbeiter fühlt, so hätte er hingehen müssen, bevor er hinausgegangen ist und uns hinterrücks angegriffen hat. Wenn die Herren so weiter arbeiten, wenn die Herren verlangen, dass sie sich hier als Kuratoren aufspielen können, so ist ein gemeinsames Arbeiten unmöglich. Ich muss schon sagen, dass wir alle aus der Debatte den Eindruck empfangen haben, dass die Herren weniger Wert auf die Mitarbeiterschaft legen, als darauf, uns in ungerechtfertigter Weise anzugreifen zu können und da werden wir es uns überlegen müssen, ob wir in weiterer Folge werden zusammen arbeiten können oder nicht.

Frau StR. Dr. Seitz (chr. soz.) bemerkte, dass solche Debatten so unfruchtbar seien, dass sie besser vermieden wären. Jeder objektive Beobachter müsse sagen, dass es grosse Schwierigkeiten bedürfte, um den Beamtenapparat in einen halbwegs kaufmännischen Apparat umzuwandeln. Dass in einem solchen Falle dann leicht Fehler vorkommen, sei selbstverständlich. Was die Information anbelange, so sei tatsächlich die Minorität wiederholt zu spät informiert worden. Rednerin begrüsse es daher, wenn gesagt werde, dass man in Zukunft die Minorität früher informieren wolle und wenn andererseits der Usus eingeführt worden sei, dass von nun an alle Lebensmittelgeschäfte vor dem Stadtrat kommen müssen. Eine ausreichende Information sei in den heutigen Zeitläufen unerlässlich, weil man die Massen beruhigen müsse.

Bgm. Reumann hob hervor, dass er bei jeder Aushilfe, welche an die Kriegsgetreideverwaltung gegeben wurde, den Auftrag erteilt habe, dass darüber sofort im Stadtrate berichtet werden müsse. Dieser sein Auftrag sei auch ausgeführt worden und der Bericht über die Mehlaushilfe für die Zeit vom 21. bis 27. September sei bereits vom 30. September datiert. Dass oft Berichte im Stadtrate nicht rechtzeitig zur Verhandlung kämen, sei richtig; aber dafür könne er nichts. Er habe prinzipiell mit den Konventikeln, die früher am Abend immer abgehalten worden sei, gebrochen, weil sich daraus Konsequenzen ergeben haben, die für die Gemeindeverwaltung nicht günstig waren, und deshalb angeordnet, dass alle Lebensmittelangelegenheiten vor dem Stadtrat kommen müssten. Ueber die ganze Gebarung der Lebensmittelgeschäfte werde in absehbarer Zeit dem Stadtrate ein Bericht vorgelegt werden. Bisher sei dies nicht möglich gewesen, weil die Überprüfung der Geschäfte ein schweres Stück Arbeit erfordert. Er wisse nicht, ob dieser Bericht dann der Minorität gefallen werde, aber jedenfalls werde er ihn dem Stadtrate vorlegen. Er sehe unbedingt darauf, dass weder er noch sonst jemand in der Gemeinde eigenmächtig vorgehe. Sein Prinzip sei daher, dass alle Berichte dem Stadtrate vorgelegt werden müssten.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) bemerkte, es sei zunächst bekräftigt worden, dass die Geschäftsstücke nicht in den Stadtrat gekommen seien. Er könne nun neuerdings darauf verweisen, dass dies eine einverständliche Auffassung gewesen sei. Es sei damals wiederholt darüber gesprochen worden und alle Herren hätten dieser Auffassung zugestimmt. Dann sei Kritik geübt worden an der kamerlistischen Buchhaltung. Auch das hätte jedermann gewusst und es sei nichts neues gewesen, dass die Gemeinde Wien keine kaufmännische Buchhaltung gehabt habe. Die gegenwärtige Majorität komme allerdings über diese Sache hinweg, weil sie eben die Lebensmittelgeschäfte überhaupt aus der Hand gebe. Redner glaube, dass die ganze Offensive, die unternommen worden sei, nicht am Platze gewesen sei.

StR. Josef Müller (chr. soz.) meinte, dass alle Beschwerden in dem Falle wegfallen würden, wenn der Bürgermeister den Auftrag geben würde, dass die Referate des Stadtrates zunächst dem Lebensmittelkomitee gegeben werden sollen. Dort habe sowohl die Minorität als auch die Majorität die Möglichkeit der freien Einsichtnahme.

Der Referent betonte in seinem Schlussworte es sei ganz eigentümlich, dass sich die Minorität darüber aufhalte, dass die Gemeinde es ermöglicht habe, der Bevölkerung die volle Brot- und Mehlquote zu geben.

Bei der Abstimmung wurden sodann die Anträge des Referenten angenommen.

Der neue Konskriptionsamtsdirektor. Der Stadtrat hat den allseits bekannten Vicedirektor des Konskriptionsamtes Franz Mayer zum Direktor dieses Amtes ernannt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 10. Oktober 1919, Nr. 404.

Die Einschränkungen im Strassenbahnverkehr. Ab Sonntag den 12. Oktober treten nachstehende Beschränkungen im Strassenbahnverkehr in Kraft: Etwa 100 Haltestellen werden aufgelassen. An Wochentagen verkehren die ersten Züge ab Ring zwischen 6 und 1/4 7 Uhr früh und die letzten Züge ab Ring um 1/2 9 Uhr abends nach den Aussenstationen. An Sonn- und Feiertagen verkehren die ersten Züge ab Ring zwischen 1/2 und 3/4 8 Uhr früh und die letzten Züge um 1/2 9 Uhr abends nach den Aussenstationen. Eingestellt werden die Linien C, G, H, J2, M, V, 3, 4, 13, 15, 16, 17, 24, 32, 34, 37, 39, 40, 41a, 50, 51, 59, 60, 61, 65, 72, 75, 80, 117, 118, 158, 167 an Sonntagen. Gekürzt werden die Linien: A, B, in der Ausstellungstrasse ab Praterstern, J in der Thaliastrasse ab Blindengasse, H2 und L in Wittelsbachstrasse ab Sofienbrücke, 31 in der Brünnerstrasse ab Peitlgasse, 36 durch die Liechtensteinstrasse zwischen Börseplatz und Viriotplatz und in der Heiligenstädterstrasse ab Sickenberggasse, 38 in der Grinzinger-Allee ab Betriebsbahnhof Grinzing, 41 in der Gersthoferstrasse und Pötzleinsdorferstrasse ab Stadtbahnstation Gersthof, 43 in der Hernalserhauptstrasse und Dornbacherstrasse ab Betriebsbahnhof Hernalis, 49 in der Hütteldorferstrasse ab Stadtbahnstation Breitensee, 52 in der Linzerstrasse ab Baumgarten-Kasino, 57 und 58 in der Hietzinger-Hauptstrasse ab Neue Welt, 62 in der Feldkellergasse und Speisingerstrasse ab Betriebsbahnhof ~~Speising~~ Speising, 66 in der Laxenburgerstrasse ab Gudrunstrasse. Der Bahnhof-Rundverkehr ist in der Nacht von Sonntag auf Montag eingestellt. Der Dampfstrassenbahnverkehr von Mauer nach Mödling und von Kagran nach Groß-Enzersdorf und der Autobusverkehr von Pötzleinsdorf nach Salmansdorf wird eingestellt. Die besonders starken Einschränkungen des Sonntagsverkehrs sind zu Gunsten des Werktagsverkehrs notwendig und die Bevölkerung wird ersucht nur die unbedingt notwendigen Fahrten zu unternehmen, weil nur dann die Sparmassnahmen zu einem vollen Erfolge führen können.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, 10. Oktober 1919, Nr. 405.

Von der deutschösterreichischen Biereinkaufsstelle. Der Präsident der deutschösterreichischen Biereinkaufsstelle hat mit Bezug auf die in mehreren Tagesblättern enthaltene Nachricht über die Verwicklung des Inhabers Büschel, der Firma Nathan Büschel, in eine Preistreiberangelegenheit von seiner Funktion als Aufsichtsrat dieser Gesellschaft bis zur Klarstellung des Sachverhaltes entbunden.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 10. Oktober 1919.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass gespendet haben: Die Redaktion des „Neuen Wiener Tagblattes“ für die armen Kinder Wiens 50 K, Jakob Pollak, Brüssel für die Armen Wiens 132 K, Hermann Späthe, VI., für die Armen des VI. Bezirkes 200 K und die Firma Leopold Wieser, I., für die anlässlich des Brandes in Maresin I., Getreidemarkt 12 bei den Löscharbeitern verwendete Mannschaft 1000 K. Für die städtischen Sammlungen spendete Mag. Sekretär Dr. René Delaney, den dichterischen Nachlass von Eduard Sturm.

Auf eine Anfrage des GR. Weber (Soz. Dem.) in der letzten Sitzung, betreffend die Uebertragung des alleinigen Fischrechtes in den Gewässern der Donau-Regulierungskommission an die Gemeinde teilt der Bürgermeister mit, dass der Fischbestand dieser Gewässer für den allgemeinen Bedarf Wiens ohne geringste Bedeutung ist und nur einen verschwindend kleinen Teil zu decken vermag. Ein rationeller Betrieb durch eigene städtische Organe käme der Gemeinde so hoch zustehen, dass ein solcher Fisch den Wert eines Leckerbissens bekommen würde.

Auf die Anfrage des GR. Doppler (chr. soz.) aus der letzten Sitzung in Angelegenheit der Entschädigung der Mitglieder der Brotkommissionen gab der Bürgermeister folgende Erklärung: Ich habe anlässlich der Beantwortung einer denselben Gegenstand betreffenden Anfrage kürzlich mitgeteilt, dass die Verhandlung über die Frage der anstrebten Erhöhung der Entschädigung für die Mitglieder der Brotkommissionen in Zuge ist. Diese Entschädigung wurde bisher zweimal erhöht. Die begehrte neuerliche Erhöhung stösst aber angesichts der bekannten finanziellen Lage der Gemeinde auf ausserordentliche Schwierigkeiten weshalb natürlicherweise die Verhandlungen ins Stocken geraten. Sie sind jedoch vor einiger Zeit über Drängen der Beteiligten wieder in Gang gekommen. Vielleicht ist es möglich, durch Aenderung in der Geschäftsführung der Brotkommissionen die Lehrerschaft von der gewiss nicht gut bezahlten Arbeit in den Brotkommissionen zu entlasten.

Der Bürgermeister antwortet auf eine Anfrage des GR. Dr. Glasauer (chr. soz.) in der letzten Sitzung wegen der Einmischung des Bezirksvorstehers des 13. Bezirkes in einer Delogierungsangelegenheit: Nach den teils von mir selbst, teils in meinem Auftrag gepflogenen Erhebungen ist es unrichtig, dass der Bezirksvorsteher Herrn Hebling vor die Wahl gestellt hat, entweder auf die Delogierung zu verzichten oder es würde der Arbeiterrat mit der Volkswehr die Delogierung verhindern. Richtig ist nur, dass der Bezirksvorsteher Hebling zu sich einlud auf die ausserordentliche Wohnungsnot im Bezirke hinwies und darauf aufmerksam machte, dass die Delogierung ein ungeheures Aufsehen machen werde. In diesem Vermittlungsversuch des Bezirksvorstehers kann wohl niemand einen unerlaubten Eingriff in den Wirkungskreis der Gerichte erblicken. Es entfällt für mich so hin auch die Veranlassung, den genannten Bezirksvorsteher in Sinne der Anfrage zu beehren.

Auf eine Anfrage des GR. Dr. Glasauer (chr. soz.) aus der letzten Sitzung betreffend die Einmischung der Volkswehr in die gerichtlich angeordnete Delogierung eines Volkswehrmannes teilt der Bürgermeister mit, dass diese Angelegenheit in die Zuständigkeit des Gerichtes fällt. Es stehe ihm die Ausübung einer richterlichen Gewalt nicht zu, weshalb er ausserstande ist in der Sache einzuschreiten. Wenn es in der Anfrage heisst, dass festzustellen sein wird, ob die Staatsgewalt oder die Anarchie in diesem Staate stärker ist, so bedarf es dieser Feststellung nicht, da Uebergriffe einzelner Personen nicht verallgemeinert dürfen und daraus nicht der Schluss gezogen werden kann, dass bei uns die Anarchie herrsche.

Auf eine Anfrage des GR. Dr. Grün (Soz. Dem.) betreffend die Beitragsleistung des Landes zu den Verpflegskosten in der Heimstätte Steinklamm teilt der Bürgermeister mit: Als im Sommer 1918 in einem Teile des staatlichen Barackenlagers „Steinklamm“ von der Gemeinde Wien ein Genesungsheim für an leichter Tuberkulose erkrankte Wiener so rasch als möglich errichtet werden sollte, blieb behufs Geldnachschaffung von Ersatzansprüchen an die zur Zahlung von Spitalverpfleggebühren verpflichteten Faktoren nichts anderes übrig, als das neue Genesungsheim administrativ dem städtischen Jubiläumsspitale gewissermassen als Filiale anzugliedern und auf dieser Grundlage den Betrieb zu führen. In diesem Sinne wurde noch im Juli 1918 sowohl die niederösterreichische Statthalterei als auch der n.ö. Landesausschuss vom Wiener Magistrat verständigigt. Hierauf hat die n.ö. Landesregierung mit dem Erlasse vom 24. Juli 1919, Zahl VI - 442/2 der Gemeinde Wien die sanitäts-

behördliche Bewilligung für die Errichtung und den Betrieb des in administrativer Hinsicht den Jubiläumsspitale anzugliedernden Genesungsheime in Steinklamm erteilt. Auch zahlreiche Krankenkassen haben den Rechtspunkt der Gemeinde anerkannt und die Verpfleggebühren für in Steinklamm behandelte Kassenmitglieder entrichtet. Der gewesene n.ö. Landesausschuss dagegen hat den Rechtspunkt der Gemeinde bestritten und sich bisher nicht bereit gefunden, die Verpfleggebühren für in Steinklamm behandelte, nach Wien oder Niederösterreich zuständige mittellose Kranke zu bezahlen, da für diese Anstalt nicht das Öffentlichkeitsrecht abgesondert erwirkt wurde. Im Falle des Durchdringens dieser Anschauung wäre die Gemeinde sehr benachteiligt, da sie in die Zwangslage käme, die grossen Kosten, welche der Betrieb von Steinklamm verursacht, ohne jede Entschädigung aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Die Gemeinde hat daher Verhandlungen eingeleitet, die noch im Zuge sind. Nach den von mir eingeholten Erkundigungen wird die Angelegenheit am Dienstag, den 14. Oktober im n.ö. Landesrate neuerlich zur Beratung gelangen. Aus diesem Anlasse habe ich den Herrn Landesheuptmann auf die berechnete Förderung der Gemeinde besonders aufmerksam gemacht.

Schriftführer Janschik (Soz. Dem.) verliest den Einlauf.

GR. Machat (Tscheche) führt Frage, dass die Wahl in den Ortschaftsrat im 18. Bezirk mit absoluter Mehrheit vorgenommen wurde und dass die Weisungen des Stadtrates und Bezirksschulrates unbeachtet zu lassen worden sei und fragt ob der Bürgermeister den Beschlüssen des Stadtrates und Bezirksschulrates auf gesetzlichem Wege Geltung verschaffen wolle.

Bgm. Reumann: Die Wahl in den Ortschaftsrat haben durch absolute Stimmenmehrheit zu erfolgen. Da dieser Vorgang von der Bezirksvertretung des 18. Bezirkes eingehalten wurde, ist bei dieser Wahl in gesetzlicher Weise vorgegangen worden.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob er zur Aufklärung des Gemeinderates und der Öffentlichkeit einen Bericht darüber erstatten lassen wolle, in welchem Umfange durch den Abbau der Geschäfte Räumlichkeiten für Wohnzwecke frei wurden und warum die Verringerung der von den in Frage kommenden Behörden und Anstalten in Anspruch genommenen Wohnräume nicht in einem rascheren Tempo erfolgt und schliesslich, in welchem Zeitpunkt auf eine vollständige Rückgabe der in Anspruch genommenen Hotels Wohngebäude und Wohnungen gerechnet werden darf.

Bgm. Reumann: Das Wohnungsamt hat sich schon vor einiger Zeit an die staatlichen und kriegswirtschaftlichen Stellen um Auskunft über die durch den Abbau der Geschäfte freiwerdenden Räumlichkeiten gewendet. Die Antworten sind noch nicht so vollständig um eine statistische Aufstellung zu ermöglichen, lassen aber schon jetzt erkennen, dass aber keine grossen Hoffnungen an diesem Abbau zu knüpfen sind. Ueber die von Militärbehörden in Wien gemieteten Privathäuser, Wohnungen, etc. liegt eine amtliche bis 1. September reichende Zusammenstellung vor. Hinach sind gegen den Stand vom 30. November 1918 rückgestellt worden: 7 1/2 Wohnhäuser, 4 Hotels, 194 Wohnungen, 17 Ateliers, 63 Souterrain- und Gassenlokale. Gerade die wichtigsten Objekte, nämlich Hotels und Wohnungen werden in geringster Masse frei, in grösserer Masse nicht bewohnbare Souterrain- und Gassenlokale. Noch immer in Besetzung der Militärbehörden sind: 1285 Zimmer und 684 Nebenräume. Auf das Tempo der Räumung einen anderen Einfluss zu nennen, als die inner wiederholte Betreibung, ist das Wohnungsamt nach der gegenwärtigen Gesetzgebung nicht in der Lage. Ebenso wenig kann es daher angehen, wann auf eine vollständige Rückgabe der Hotel, Wohnungen und Wohngebäude gerechnet werden kann. Es wurde schon bei einer anderen Gelegenheit bemerkt, dass eine beschleunigte und ausgedehnte Rückgabe nur unter Zwangsmassregeln zu erwarten ist, hinsichtlich der dem Gemeinderate bereits nächste Woche ein Bericht vorliegen wird.

GR. Vaugoin (chr. soz.) weist darauf hin, dass das deutschösterreichische Warenverkehrsbüro, das bisher in der Handels- und Gewerbekammer untergebracht war, das Hotel Europa gekauft hat und dass dieses Hotel bereits am 11. aufgelassen wird. Der Verkauf soll mit Zustimmung des Staatsamtes für Finanzen erfolgt sein. Da dieses Hotel mehr als 100 Zimmer für die Aufnahme von Fremden hatte, so ist durch die Auflassung die Wohnungskalamität wieder um ein beträchtliches gestiegen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister das Wohnungsamt beauftragen wolle, dass sämtliche verfügbare Zimmer des genannten Hotels, in Sinne der Verordnung für Wohnzwecke angefordert werden und ob er bei der Regierung vorstellig werden wolle, dass in Zukunft solche Käufe nur dann genehmigt werden, wenn hierzu nicht nur das Staatsamt des Innern sondern auch der Gemeinderat seine Zustimmung erteilt hat.

Bgm. Reumann: Durch eine Anforderung könnte den Mietern nicht geholfen werden, da sich die Anforderung nach der Verordnung nur auf ein Viertel der Fremdenzimmer erstrecken könnte. Dagegen ist die geplante Umwandlung in Büros nur mit Genehmigung des Wohnungsamtes auf Antrag des Mieters oder des Hauseigentümers statthaft. Ein solcher Antrag ist bisher nicht gestellt worden. Der Gehilfenausschuss des Greniums der Hoteliers und Pensionarinhaber hat gegen eine derartige Umwandlung Einspruch erhoben. Ich werde nicht erlangen an die zuständigen Zentralstellen das Ersuchen zu richten, in Zukunft solche Ankäufe von Hotels nicht zu genehmigen, ohne vorher der Gemeinde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben zu haben.

GR. Vaugoin (chr. soz.) weist darauf hin, dass unter Führung des Bezirksvorstehers Schimon vier Arbeiterräte in Jubiläums-Spitale erscheinen, um mit Rücksicht auf verschiedene beim Arbeiterrate eingelaufene Anzeigen über missbräuhliche Ausnützung des Lebensmittelbezugsrechtes seitens der Angestellten des Jubiläums-Spitals Erkundigungen einzuziehen. Da die Arbeiterräte erklärten, dass sie unbeschadet der ihnen bereits anlässlich eines ersten Versuches einer Revision von VB. Winter abgegebenen Erklärungen, dass Arbeiterräte nicht befugt sind, Revisionen in der der Gemeindeverwaltung unterstehenden Anstalt vorzunehmen, jederzeit das Recht hätten, un-  
vermutet den Wirtschaftsbetrieb des Spitals zu revidieren, so fragt der Interpellant, ob der Bürgermeister den Arbeiterrat verständigen wolle, dass er kein Recht besitze städtische Anstalten zu revidieren. Weiter wird gefragt, ob der Bürgermeister den Bezirksvorsteher Schimon dahin informieren lassen wolle, dass er durch die Führung der Arbeiterräte zwecks Revision des Jubiläums-Spitals sich eine grobe Überschreitung seiner Befugnisse zu schulden hat kommen lassen und ihn aufzufordern, in Zukunft sein Amt nicht als Mitglied des Arbeiterrates sondern als Bezirksvorsteher zu versehen.

Bgm. Reumann: Ich werde die Angelegenheit erheben lassen und die Anfrage in der nächsten Sitzung beantworten.

GR. Jehachick (Soz. Dem.) fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle dass die an der Ecke der Arneberggasse und Lorenz-Bayerplatz anhäufenden Hausabfälle beseitigt werden.

Bgm. Reumann: Ich werde wegen Abstellung des Uebelstandes sofort das entsprechende veranlassen.

GR. Schütz (Soz. Dem.) fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die in Betracht kommenden Stellen die Errichtung einer Parkanlage am Fusse des Schlossparkes am Wilhelminenberg in Liebhartstal in Angriff nehme.

Bgm. Reumann: Ich werde über den Gegenstand der Anfrage vom Magistrat einen Bericht einfordern.

GR. Marie Wielsch (chr. soz.) weist darauf hin, dass seit einigen Wochen Kinder und Schwerkranke auf Grund der Milchverfälschungen abgesehen von nicht-entsprechenden Quantitäten statt Frischmilch saure Milch, deren Vollwertigkeit fraglich ist, bekommen. Es herrscht die Meinung, dass die Milch wiederholt abgerahmt worden sei und dass das Obere den Schleichhandel zugeführt werde, da es während der Sommermonate nicht soviel saure Milch gab als jetzt. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister die mit der Milchversorgung betrauten Aemter beauftragen wolle eine Untersuchung einzuleiten.

Bgm. Reumann: Die statistischen Anweise zeigen, dass in der zweiten Augusthälfte durchschnittlich 26.000 Liter täglich in sauren Zustande in Wien einlangten, während gegenwärtig der Tagesdurchschnitt der sauren Milch 18.000 Liter beträgt. Die auf den Bahnhöfen von Marktorganen vorgenommenen Ueberprüfungen zeigen, dass die angegebenen Mengen schon auf den Bahnhöfen in sauren Zustande einlangen. Der Milchversorgungsstelle sind bisher keine Beschwerden zugegangen, die darauf schliessen liessen, dass saure Milch an Kinder und Kranke gegenwärtig in einer grösseren Masse abgegeben würde als dies während des Sommers geschah. Es ist daher nicht anzunehmen, dass durch Entziehung von Frischmilch in Wien die Menge der jeweils vorhandenen sauren Milch eine Vermehrung erfährt bzw. deren Vollwertigkeit vermindert wird. Saure Milch dürfen nur ältere Kinder und solche Kranke erhalten, deren Krankheit den Genuss saurer Milch zulässt und die sich mit dem Bezuge derselben einverstanden erklärt haben. Ich werde die vorliegende Anfrage zum Anlass nehmen, um die Milchversorgungsstelle anzuweisen, der Gebarung der einzelnen Milchabgabestellen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und durch häufige Kontrollen zu verhüten, dass etwa durch unlautere Manipulationen einzelner Abgabestellen die Versorgung der Kinder und Kranken mit Frischmilch eine Verschlechterung erfährt.

GR. Marie Wielsch (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister mit den in Betracht kommenden Stellen in Verbindung treten wolle, damit die freie Durchfahrt, der Zu- und Abgang durch die Burg mindestens in denselben Ausmasse wie früher gestattet werde.

Bgm. Reumann: Die Absperrung der durch die Hofburg führenden Wege wurde durch das Polizeikommissariat aus Sicherheitsgründen insbesondere im Hinblick auf die in der Hofburg untergebrachten wertvollen Sammlungen verfügt. Ueber in kurzen Wege gepflogene Anfrage haben sowohl das Verkehrsamt der Polizeidirektion als auch das Kommissariat Innere Stadt mitgeteilt, dass derzeit gegen die Aufhebung dieser Verfügung der Anstalt obwaltet. Der Magistrat wird daher sofort an die Polizeibehörde das Ersuchen richten den Verkehr durch die Burg wieder wie früher zu gestatten.

GR. Sirotek (Tscheche) sagt, dass von Unterricht in der Schule in der Schützenstrasse heimkehrende tschechische Kinder in der Strassenbahn von den Fahrgästen beschimpft werden, weil sie tschechisch sprechen. In einem bestimmten Falle hat der diensthabende Schaffner sich an der Beschimpfung beteiligt. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass den Schaffnern gesagt wird, dass sie sich an solchen Schimpfereien nicht beteiligen dürfen.

Bgm. Reumann: Ich werde die Angelegenheit untersuchen lassen und die entsprechenden Verfügungen treffen.

GR. Thaller (Soz. Dem.) fragt, ob der Bürgermeister bei der Landesregierung dahin wirken wolle, dass der derzeitige Wiener Fortbildungsschulrat ehe baldigst aufgelöst wird und dass durch eine Aenderung des Paragraph 39 des Fortbildungsschulgesetzes seine Zusammensetzung modernen Grundsätzen angepasst wird. Ferner, ob der Bürgermeister bei der Staatsregierung Schritte unternehmen wolle, damit das Fortbildungsschulwesen den Unterrichtsamt in Staatsamt des Innern unterstellt wird.

Bgm. Reumann: Die Auflösung des Fortbildungsschulrates und die Aenderung des Fortbildungsschulgesetzes fällt in die Kompetenz der Landesregierung. Ich werde die Anfrage als Antrag behandeln und der Landesregierung übermitteln.

GR. Erntner (Deutschnational) fragt, ob der Bürgermeister bei der Regierung dahin wirken wolle, dass Deutschwestungarn an Deutschösterreich angegliedert wird und keine diesbezüglichen Verhandlungen, die einer Verschärfung mehr als ähnlich sehen, mit der derzeitigen ungarischen Regierung gepflogen werden.

Bgm. Reumann: Ich habe bereits zur Zeit der Friedensverhandlungen bezüglich Deutschwestungarn an den Staatskanzler eine Depesche nach St. Germain gerichtet, in der wir zu dem Anschluss grösserer Gebietsteile eingetreten sind. Dadurch haben wir bekannt, dass wir den Wert des Anschlusses richtig erfasst haben. Allerdings haben wir stets gefordert, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker bewahrt werde und es müsste naturgemäss auch hinsichtlich des Anschlusses Deutschwestungarn der Bevölkerung die freie Wahl zustehen. Ob und welche Verhandlungen von Seite der Regierung mit Ungarn in der Anschlussfrage Deutschwestungarn geführt werden, ist mir nicht bekannt. Ich werde daher diese Anfrage dem Staatskanzler übermitteln.

GR. Koppensteiner (chr. soz.) fragt wie es kommt, dass bei der Wahl des Ortschaftsrates in 20. Bezirk die christlichsoziale Partei nicht berücksichtigt wurde, obwohl sie vier Mandate in der Bezirksvertretung hat und obwohl Parteienvereinbarungen getroffen wurden, dass Wahlen nach dem Schlüssel vorzunehmen sind.

Bgm. Reumann: Wie der Fragesteller wissen wird, liegen im 20. Bezirk insofern besondere Verhältnisse vor, als die Parteifreunde des Fragestellers vor einiger Zeit die Mandate als Armenräte niedergelegt und so die Mehrheit der Bezirksvertretung in eine schwierige Lage versetzt haben. Die Rückwirkung dieses Vorgehens hat sich nun auch bei der Wahl in den Ortschaftsrat geltend gemacht.

GR. Santa (Tscheche) fragt, was der Bürgermeister zu tun gedenkt, damit die 7000 Obdachlosen tschechischen Schulkinder in Wien, die den Schulunterricht in Gasthäusern entgegennehmen, in ordentlichen Schulhäusern untergebracht werden.

Bgm. Reumann: Diese Anfrage beantworte ich damit, dass die Angelegenheit der tschechischen Schulanträge weitere Verhandlungen stattfinden. Im Interesse der Schulkinder wäre es gelegen, sie bis zur Austragung der Angelegenheit in den bisher besuchten Schulen zu belassen.

GR. Klines (Tscheche): Das ist ein Skandal! Wissen Sie, dass gestern der Schulstreik proklamiert worden ist? Die Geschichte ist ein Weltskandal und was sich ereignet ist nur hier möglich.

GR. Erntner (Deutschnational): Ihr sperrt die deutschen Schulen in Tschechien!

GR. Klines (Tscheche): Die sozialdemokratische Partei machen wir verantwortlich dafür was an den Schulkindern verbrochen wird.

Bgm. Reumann: Wenn Sie den Schulstreik inszenieren, so haben Sie sich das selber zuzuschreiben.

GR. Klines und die anderen tschechischen Gemeinderäte rufen das ist ein Skandal, das ist unerhört! Es ist eine Rohheit!

Bgm. Reumann: Wenn Sie nicht ruhig sind, werde ich von den Disziplarmitteln Gebrauch machen.

GR. Klines (zum Bürgermeister gewandt): Wenn Sie mich hinausgeschmeissen wollen so können Sie es tun!

GR. Klines spricht sehr erregt tschechisch weiter.

GR. Machaj (Tscheche): 7000 Schulkinder sind im Wirtshaus!

GR. Klines: Sie wollen die Herzen der Welt gewinnen und sind herzlose Leute. Das ist keine Gerechtigkeit! Wir lassen uns nicht zum Narren halten. Das ist eine Gemeinheit, das ist eine Niederträchtigkeit, das ist eine Rohheit!

(Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)  
GR. Klines: Ich werde meine Sachen verteidigen, so wie ich will. Ich bin selbst Zuhörer. Ihr seid politische Kondamnatoren!  
Die während der Worte der tschechischen Gemeinderäte herrschende Erregung im Saale dauert an.

GR. Isler (Soz. Dem.), zu GR. Klines gewandt: Sie können doch hier nicht so reden, das hat ja gar keinen Sinn.  
GR. Klines: Sie können nicht ja hinausschreien, wenn Sie wollen.  
GR. Klines spricht sehr erregt und heftig bald deutsch bald tschechisch. Gelächter im Saale.

Bgm. Reumann: ( zu den Tschechen gewendet) : Meine Herren, ich schliesse Sie nicht aus, merken Sie sich das. Wenn Sie schreiben wollen, schreiben Sie ruhig weiter. Wenn Sie glauben, dass Sie dadurch Ihrer Sache einen Dienst erweisen, so irren Sie sich.

GR. Sirotek (Tscheche): Wir wollen eine bestimmte Antwort haben.

GR. Klines spricht weiter tschechisch und führt dann schreiend deutsch fort: Wir müssen unsere Schulen haben, eher gibts hier keine Sitzung!

Bgm. Reumann: Sie brauchen nur zu sagen wie lange Sie schreiben wollen; wir haben ja Zeit.

GR. Klines geht auf seinen Platz und spricht sehr erregt weiter.

Bgm. Reumann ( zu GR. Klines gewendet): Wenn Sie noch eine halbe Stunde schreiben wollen so schreiben Sie weiter; ich werde warten. Diese Taktik nützt Ihnen nichts. Sie wissen, dass die Sache entschieden werden muss, aber nicht durch ein Geschrei im Gemeinderate.

GR. Klines (heftig erregt): Wir werden uns schon wehren! Sie (zu den Sozialdemokraten gewendet) sind nicht die stärksten auf der Welt. Wir haben mit Ihnen verhandelt, aber jetzt muss man es auch in Paris hören wie Sie uns behandeln. (Zu den Christlichsozialen gewendet): Raubtiere sind Sie, aber keine Christen.

GR. Klines spricht tschechisch heftig gestikulierend von seinem Platze aus und zieht ein Pfeiferl aus der Tasche, auf dem er zu pfeifen beginnt.

Bgm. Reumann: Ich unterbreche die Sitzung auf eine Stunde.

Auch dann noch dauert die Erregung in Saale an.

Nach Ablauf der Stunde erklärt Bürgermeister Reumann um 6 Uhr die Sitzung für wieder eröffnet. Es gelangen noch zwei Interpellationen zur Verlesung.

GR. Glasauer ( chr.-soz.) fragt in einer Interpellation mit Rücksicht auf die sich infolge der guten Ernte in dem Deutschösterreich zugesprochenen Westungarn befindlichen grossen Lebensmittelmengen an, ob bereits Schritte unternommen wurden, um diese Vorräte für die hungernde Bevölkerung Wiens nutzbar zu machen, um sie dem demnütigen Schleichhandel zu entziehen da infolge der Absperrung der Budapest Regierung und durch die Absperrung der Arbeiter- und Soldatenräte die Gefahr drohe, dass von diesen Mengen überhaupt nichts nach Wien komme.

Bgm. Reumann: Da die Grenzen nach der Erfahrung des Anfragenden Herrn Gemeinderates abgesperrt sind, konnte ich naturgemäss die Vorräte Westungarns nicht erfassen. Ich kann nur versichern, dass die unausgesetzten Bemühungen der amtlichen Stellen dahin gehen, Wien mit Lebensmitteln zu versehen.

GR. Dr. Glasauer ( chr.-soz.) beschwerte sich in einer Anfrage über den städtischen Angestellten, der in seiner Eigenschaft als Arbeiterrat eine Delegation verhindern wollte.

Der Bürgermeister versprach über diesen Fall Erhebungen zu pflegen, da ihm diese Nachricht erst um 3/4 3 Uhr nachmittags künan.

GR. Klines (Tscheche) beantragt den Schülern des Privat-Realgymnasiums und der Privat-Handelsschule mit tschechischer Unterrichtssprache in der Schützengasse eine Fahrpreiserleichterung auf den Strassenbahnen zu gewähren.

GR. Thonner (Soz. Dem.) beantragt die Errichtung eines Wartehäusleins bei der Endstation der Strassenbahn Pötzleinsdorf.

GR. Bergmann (Soz. Dem.) beantragt, dass sich der Gemeinderat den Aeusserungen der massgebenden Vereinigungen anschliessen solle, die dahin gehen, dass die gesetzliche einheitliche 6 Uhr-Sperre an Wochentagen auch im Kleinhandel im Interesse der Angestellten und Hilfsarbeiter notwendig und ausgenommen den Kleinverkauf von Lebensmitteln auch vom Standpunkte des kaufenden Publikums durchaus möglich ist.

GR. Bergmann (Soz. Dem.) stellt den Antrag, der Gemeinderat möge seiner Meinung dahin Ausdruck geben, dass der Beginn der Sonntagsruhe in den möglichst zeitlichen Nachmittagsstunden des Sonntags ohne jeden Nachteil für das kaufende Publikum und den Handel eintreten kann und dass die schleunigste Durchführung dieser im Interesse zahlloser arbeitender Menschen gelegenen sozialen Massnahme wärmstens befürwortet wird.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

VB. Hoss berichtet über das Mehrerergebnis für die Rohrlegungsarbeiten beim Baue des Kontumazmarktes in Simmering im Betrage von rund 78000 K und werden seine Anträge angenommen.

Für die Niederbringung einer Bohrung bis zu 400 m Tiefe in der Gegend zwischen dem Leithaflusse und Sollenau wird nach den Anträgen des GR- Breitner ein Kredit von 205.000 K.

Die Ausgabe der Papiernotgeldscheine zu 20 Heller wird nach einem Antrage des GR. Breitner mit den Herstellungskosten von 165.000 K genehmigt. Für die Ausgabe von Notgld zu 10 und 50 Hellern sind weitere Vorkehrungen zu treffen, wobei bei der Fertigstellung auf die künstlerische Ausstattung dieser Scheine Wert zu legen ist.

Nach einem Antrage des Vize-Bürgermeisters Winter wird die Neuschaffung von 5 Jugendanwaltschaften im städtischen Jugendamte genehmigt.

Die auf der Tagesordnung stehenden Geschäftsstücke, die vom Stadtrate erledigt wurden und einer nachträglichen Genehmigung des Gemeinderates bedürfen, werden ohne Debatte angenommen.

StR. Breitner (Soz. Dem.) berichtet über die Erhöhung der Beiträge der Feuerversicherungsgesellschaften für Feuerwehrrzwecke.

GR. Roth (chr. soz.): Ich spreche nicht im Namen der Vermieter sondern der Mieter. Es geht nicht an, dass gerade ein Stand, der seit 1914 keine Erhöhung der Einnahmen vornehmen konnte, fortwährend belastet wird, um diese Belastung dann auf die Mieter zu übertragen. Die heutige Erhöhung beträgt 1150 Prozent. Das entspricht einem Betrage von 8, 180.000 K; das ist wieder eine <sup>zwei</sup> /-prozentige Mietzinssteigerung. Es ist also nicht der Vermieter, sondern die herrschende Partei, diejenige welche durch diese Erhöhung die Mieter belastet. Die Magistratsabteilung XVII hat in dieser Angelegenheit eine Information an die Presse hinausgehen lassen, die unrichtig ist. Es ist eigentümlich, dass der Bürgermeister duldet, daß man unrichtige Zeitungsartikel hinausgibt, welche die Bevölkerung beunruhigen und zwei Stände gegeneinander aufhetzen. Die herrschende Partei sollte vor der Bevölkerung die Verantwortung für solche Erhöhungen übernehmen. Die armen Mietparteien, für die ich heute spreche, vertragen diese Belastung nicht, da erbitte ich den Antrag abzulehnen.

GR. Dr. Schwarz-Müller (Demokrat): Auch ich bin gegen diesen Referat und werde dagegen stimmen- Ich möchte mir aber erlauben, als Mieter einiges zu sagen. Kollege Breitner schlägt eine 25%ige Erhöhung vor. Seine Begründung ist zutreffend- Es kann nicht bestritten werden, dass die Kosten der Feuerwehr hohe sind und es wird wohl von niemanden bestritten werden, dass die Feuerwehr während der Kriegszeit und auch jetzt tadelloos funktioniert, was alles den Versicherungsgesellschaften grosse Verdienste geleistet hat. Es ist aber zweifellos, dass derartige Erhöhungen von Gebühren, welche den Versicherungen aufgeladen werden, nicht von diesen getragen, sondern beim nächstmöglichen Termine überwält werden werden, natürlich auf den Hauseigentümer, für der es auf die Dauer nicht vertragen wird, solche derartige Belastungen auszuhalten und sie auf die Mieter weiter überwält werden. Unser Interesse ist es aber auch, dass der Hauseigentümer ein gewisses Realeinkommen besitzt. Wenn Sie heute durch die Wiener Häuser gehen, so werden Sie beobachten, dass sich die Häuser äusserlich und innerlich in einem Zustande der Verwahrlosung befinden, die die Bevölkerung gefährden können und die Wohnräume unbehaglich gestalten. Wir müssen daher bei derartigen Anträgen, wo es sich um Steuererhöhungen, die dann Mietzinsserhöhungen werden können, oder um andere Erhöhungen handelt, diese Erhöhungen auf andere überwält werden. Ich sehe vollkommen ein, dass der Stadtrat nach Erhöhung der Einnahmen der Gemeinde Wien trachtet, aber ich möchte davor warnen, die Häuser in erster Linie als Objekte für derartige Steuerexperimente zu machen, schon aus den Grunde, weil die Wiener Häuser in einem schlechten Zustande sind und damit der Hauseigentümer in die Lage kommt, die Reparaturen, die infolge des Krieges und nach dem Kriege veräussert wurden, nach und nach vornehmen lassen kann. Es soll daher die Wohnung unter keinen Titel belastet werden. Aus diesem Grunde stimme ich gegen die Vorlage.

GR. Bergmann (Sozialdemokrat) weist darauf hin, dass nach dem Mieterschutzgesetz die Kosten für die Verwaltung eines Hauses auf den Mieter überwält werden können, Er bestrittet aber, dass in der in Rede stehenden Frage der Hausherr die Kosten auf den Mieter überwält kann. Die Versicherung des Hauses will keine Post, die der Verwaltung dieses Hauses dienet. Es sei auch sehr fraglich, ob das Mietamt anerkennen würde, dass diese Kosten auf den Mieter überwält werden. Die Präzisen, die der Hausherr zu bezahlen hat, können also nicht auf den Mieter überwält werden.

GR. Breitner führt in seinen Schlussworte ein praktisches Beispiel an, das zeigt, dass Ueberwälzungen auf den Mieter nicht gerechtfertigt sind. Nach den Mitteilungen der n.B. Landesregierung betrug die Versicherungsprämie 18 Heller für 1000 K, bei einem grossen Teil der Häuser bloss 16 Heller. Bei einem Mietobjekt im Versicherungswert von 1 Million Kronen betrug daher die Versicherungsprämie bisher 160 K und wenn die volle Erhöhung von den Gesellschaften auf die Versicherten überwälzt wird, so kann es sich nur um eine Steigerung von 30 bis 40 Kronen jährlich handeln. Da ein solches Haus mindestens einen Zins von 60.000 K bringt, ist es ganz klar, dass von einer Mietzinssteigerung keine Rede sein kann. Der Referent pflichtet den Ausführungen des GR. Dr. Schwarz-Hiller bei und meint, dass durch eine staatliche Aktion geholfen werden müsse.

GR. Rath (chr.-soz.) wendet sich in einer tatsächlichen Berichtigung gegen die Ausführungen des GR. Bernann und betont, dass er als freigewählter Gemeinderat ~~sich~~ in diesem Saale über alle Angelegenheiten sprechen könne.

GR. Täubler (Soz.-Dem.) Sie müssen sich aber an die Geschäftsordnung halten!

GR. Roth (chr.-soz.) betont, noch, dass die Versicherung auf das Dreifache gestiegen ist und somit auch die Prämien. Der Hausherr war im Kriege der einzig sozial denkende Mensch (Werkhüter bei den Sozialdemokraten), aber er ist nicht da, um Almosen zu geben.

GR. Bernann (Soz.-Dem.) wendet sich in einer tatsächlichen Berichtigung gegen die Ausführungen des GR. Roth.

Hierauf werden die Anträge des Referenten angenommen.

StR. Hackl (Soz. Dem.) berichtet über die Errichtung eines zentralen Holzlagerplatzes in Wien und beantragt zur Durchführung der Vorbereitungsarbeiten die Zustimmung zu erteilen und zur Verfassung der Projektskizzen einen Vorschuss von 5000 K zu bewilligen.

GR. Dr. Glasauer (chr. soz.): Das Wort „Zentraler-Holzmarkt“ erinnert an zentrale Bewirtschaftung oder Zentralfriedhof, daher wird einem dabei etwas gruselig. (Heiterkeit). Ich habe nicht verstanden, wozu wir einen zentralen Holzmarkt brauchen, wo es kein Holz in Wien gibt. Ich habe mir gedacht, es muß etwas jüdisches dahinter stecken, sonst könnte die sozialdemokratische Mehrheit nicht für dieses Projekt eintreten. Die Firma, die sich für dieses Projekt so besonders einsetzt, ist wahrscheinlich keine arische. Die Idee eines zentralen Holzlagerplatzes ist nicht neu und man ist von derselben immer früher abgekommen, weil er sich für eine so große Stadt nicht verbilligen und praktisch erweist. Die teuren Transportspesen für Zustreifungen könnten verringert werden, wenn man das Holz an den Bahnhöfen zum Verkauf bringt. Die Fachleute sind auch dagegen. Die Genossenschaft der Holz- und Kohlenhändler gelangte zu dem einstimmigen Beschlusse, daß für sie kein Anlaß vorliegt, dieser Frage näher zu treten, da es nicht an Lagerplätzen, sondern an Holz fehlt. Ich fürchte, dass wir durch die Zentralisierung des Marktes und der Holzbeschaffung ewig in der Holzmisère stecken bleiben. Ich habe alles Mißtrauen, dass sich Behörden mit der Holzfrage befassen. Der Redner stellt zum Schluß den Zusatzantrag, daß zu den Vorarbeiten Vertreter der Genossenschaften der Holzhändler, der Zimmermeister und Tischler beizuziehen sind, widrigenfalls die Gemeinde Wien den Kredit von 5000 K nicht flüssig macht.

Referent StR. Hackl (SozD) erklärt in seinem Schlußwort, daß es sich nur um Vorarbeiten handle und mit dem heutigen Referate die derzeitige Holzaufbringung nichts zu tun habe.

Hierauf werden die Referentenanträge und der Zusatzantrag des GR. Dr. Glasauer angenommen.

Nach den Berichten des GR. Schorsch (Soz. Dem.) werden folgende Anträge angenommen:

Erhöhung des Reinigungsgeldes für die Hausmeister in den Wohnhäusern der Elektrizitätswerke um 100 %.

Bewilligung eines Zuschusskredites anlässlich Nachschaffung von Akkumulatorenplatten für Feuelektromobile.

Erwerbung von Drehstromöltransformatoren aus der Sachdemobilisierung und von Drehstromtransformatoren für das Elektrizitätswerk.

Festsetzung der Gehälter des Aufsichtspersonales im Neufelder Tagbau.

Bauliche Herstellung für die Heizölfuehrung in den Kraftwerken Simmering und Engerthstrasse.

Für die durch die Eröffnung eines 2. Tagbaues in Neufeld notwendig gewordenen Arbeiten werden 1.200.000 Kronen bewilligt.

GR. Siegl (Doz.-Dem.) beantragt für die Herstellung eines Verbindungsweges der Lobau mit der Stadt mit rund 352.000 K zu genehmigen. Weiter beantragt er den Ankauf der Häuser in der Tannbruggasse in Meidling. Seinen Anträgen wird zugestimmt. Für die Erweiterung der Kesselanlage des Ueberlandkraftwerkes Eberfurth wird ein Kredit von 7.750.000 K genehmigt.

GRin Amalie Seidel (Soz.-Dem.) berichtet über die Systemisierung einer 3. Wästerinnenstelle im Kindergarten in der Dörfelstrasse. Die Stelle wird mit einem Jahresbezüge von 360 Kronen und einer jährlichen Teuerungszulage von 2000 K systemisiert.

Nach einem Berichte des STR. Weigl wird die Anlage einer Gleisschleife von der Winkelmannstrasse durch die Weiglasse und Iheringgasse zur Sechshausarstrasse im 13. Bezirk um den Kostenbetrag von 243.000 K genehmigt.

StR. Biber (chr.-soz.) berichtet über den Umbau der Heizanlage im Schulgebäude 6. Bezirk, Stumpergasse 56 mit einem voranschlagten Kostenbetrage von rund 422.000 K. Der Stadtratsantrag wird angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Dr. Kienböck wird der Mietvertrag mit der Teppichreinigungsanstalt in Oberlaa gekündigt.

Bgm. Reumann übernimmt den Vorsitz.

Vize-Bgm. Emmerling berichtet über die Ausschaltung Wiens aus dem internationalen Verkehr und betont, dass Wien das grösste Interesse daran hat, dass jene Verbindungen, die vor dem Kriege bestanden und über Wien führten, wieder aufgenommen werden. Wir müssen entsprechende Schritte bei der Staatsregierung unternehmen und alles versuchen, jene alten Verbindungen wieder herzustellen. Wir haben auch das grösste Interesse daran, eine entsprechende Verbindung mit dem deutschen Reich zu haben. Der Referent stellt den Antrag Der Gemeinderat der Stadt Wien ersucht die Regierung mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, dass die Stadt Wien nicht aus dem internationalen Eisenbahndurchzugsverkehr ausgeschaltet werde. Der Beschluss ist durch eine Abordnung des Gemeinderates dem Säkretär und dem Staatssekretär für Verkehrswesen zu überreichen.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) meint, dass der Fremdenverkehr in nächster Zeit nicht in Betracht kommen werde. Die Abschliessung Wiens vom

internationalen Verkehr habe aber auch eine politische Bedeutung, die nicht ausser Betracht gelassen werden darf. Er bezeichnet die Herstellung einer Schnellzugsverbindung von Wien nach Regensburg als eine Tollheit und bemängelt es, dass die Verbindung von dort nicht bis Frankfurt am Main und nach Mannheim weiter geführt wird. Er betont auch, dass Wien zwei Dinge nicht aus dem Auge lassen darf, die Propaganda und den internationalen Reiseverkehr.

Referent VB. Emmerling erklärt in seinem Schlußwort, daß er der Anregung des GR. Schwarz-Hiller zufolge dem Gemeinderat wieder Bericht erstatten werde, wenn irgend ein Erfolg sein wird.

GR. Hellmann (Soz. Dem.) berichtet wegen Ueberlassung des Turnsaales der Knabenbürgerschule II., Schwarzingerasse 4 an die Equiverba behufs Errichtung einer Lebensmittelabgabestelle.

Nach einem Berichte des STR. Speiser werden die Bedinge der nicht in Bezugsklassen stehenden Reaktor der städtischen Gaswerke neu geregelt.

Hiermit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 11. Oktober 1919, Nr. 406.

Abgabe von Schweinefett. Vom 12. bis 18. Oktober werden bei den städtischen Schweinespeckabgabestellen pro Person 12 dkg Schweineschmalz zum Preise von K 5.34 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 161 und der beiden Abschnitte Nr. 161 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit lila Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote bei der Verschleißstelle ihrer Konsumentenorganisation.

„Zewiverba“. Verkauf der rayonierten Waren ab Mittwoch, den 15. Oktober. An Rayonierte pro Kopf: 1/4 kg Mehl, 1/4 kg Bohnen, 12 dkg Schmalz, 1/2 kg Kartoffel, 1 Ei und 1 kg Dörrpflaumen. Pro Haushalt: 1 Tube Saccharin gegen Abtrennung der Ziffer 4 des neuen Einkaufscheines zum Preise von K 1.50. An Nichtrayonierte: So lange der Vorrat reicht, gelbe ganze Erbsen pro kg K 14.50, Kaffeezusätze, verschiedene Sorten Liköre und Kognak, Slibiwitz, Knabenanzüge aus Zeltblattstoff, Schürzen, Chiffon, Zwirn, Kochkisten, Sparkocher verschiedener Systeme.

Die Kohlenabgabe. Die bisherige Wochenmenge des Küchenbrandes von 15 kg Stein- bzw. 20 kg Braunkohle bleibt bis auf weiteres aufrecht. Infolge des herrschenden Kohlenmangels können die Zimmerbrandkarten nicht eingelöst werden. Aus dem gleichen Grund entfällt bis auf weiteres auch die Abgabe von Kohle (Koks, Briketts) zu Heizzwecken für Gewerbe, Betriebe und Anstalten.

Zubußen für Kinder bis zu 2 Jahren. Vom 15. bis 22. gelangen an die Kinder bis zu 2 Jahren Weizengries oder Mehl als Zubußen zur Ausgabe. Jedes Kind bekommt 1 kg. Haushalte, die mit dem Mehlbezug bei städtischen Abgabestellen rayoniert sind erhalten die Zubußen bei den städtischen Abgabestellen für Kinderzubußen, Mitglieder von Konsumentenorganisationen bei der Verschleißstelle der Organisation. Die Zubußen werden gegen Vorweisung der gelben bzw. lila Mehlbezugskarte und Abtrennung des Abschnittes 4 der blauen bzw. braunen Milchkarte abgegeben. 1 kg Mehl oder Gries kostet K 5.40.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 11. Oktober 1919, Nr. 407.

Neue Lebensmittelkarten für vorübergehenden Aufenthalt. Am 19. d.M. treten neue Lebensmittelkarten für vorübergehenden Aufenthalt in Kraft, welche sich von den bisherigen durch den geänderten Druck und dadurch unterscheiden, dass die Karten mit dreitägiger Gültigkeit aus rotem (bisher blauem) und die Karten mit siebentägiger Gültigkeit aus blauem (bisher rotem) Papier hergestellt sind. Von dem obengenannten Tage an dürfen an Personen, die in Wien nur vorübergehend im Aufenthalte sind, Brot, Mehl, Fett, Zucker, Rindfleisch und Kartoffel nur gegen Abschnitte der neuen Karten abgegeben werden, und zwar nur dann, wenn die Karte vorgewiesen wird, deren Vorderseite die Gültigkeitsdauer und den Stempel der Brotkommission, deren Rückseite den Namen und die Adresse des Wohnungsinhabers enthalten muss. Von der Karte bereits abgetrennte Abschnitte und Karten, deren Gültigkeit abgelaufen ist, sind ausnahmslos zurückzuweisen. Missbrauch wird strengstens bestraft.

Instandsetzung von Baracken für Ruhrkranke. StR. Dr. Grün berichtete im Stadtrate über die Instandsetzung der Baracken auf der Spinnerin am Kreuz für die Aufnahme von Ruhrkranken. Er wies darauf hin, dass gegenwärtig noch immer eine Ruhrepidemie herrsche, die, wie voranzusehen sei in einigen Monaten erloschen sein wird. Bis dahin müsse aber für die weiteren Fälle von Ruhrerkrankungen Vorsorge getroffen werden. Nach Instandsetzung der Baracken ist für 600 Kranke Platz geschaffen. Die Anträge des Referenten wurden angenommen.

Pensionierung. Der Stadtrat hat dem Ansuchen des Leiters der Bez.B.-Abt. 12 Baurat Ing. Wilhelm Schobesta um Versetzung in den dauernden Ruhestand Folge gegeben.

Fillgrader'sche Stiftung. Im November kommen die Zinsen der Georg und Anna Fillgrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf Beteiligung haben nur Bürger von Wien, die durch Unglücksfälle in augenblickliche Notlage gekommen sind. Bürger der ehemaligen Vorstadt Laingrube haben vor anderen Bewerbern den Vorrang. Gesuche sind bis längstens 15. Oktober in der Kanzlei des Bezirksausschusses Mariahilf, Amarlimgasse 6, einzubringen.

Protest der Hochschulen und Künstlervereinigungen. Gegen die Veräußerung von Kunstschatzen.

Der Rektor der Wiener Universität Hofrat Schwind, hat heute im Namen der Universität, der Akademie der Wissenschaften, der Akademie der bildenden Künste, der technischen Hochschule, der Hochschule für Bodenkultur, der tierärztlichen Hochschule und der Genossenschaft der bildenden Künstler in Wien eine Protestkundgebung gegen die Veräußerung von Kunstschatzen geleitet. Die betreffende Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Die Universität, die Akademie der Wissenschaft, die Akademie der bildenden Künste, die technische Hochschule, die Hochschule für Bodenkultur, die tierärztliche Hochschule und die Genossenschaft der bildenden Künstler in Wien legen Verwahrung ein gegen den geplanten Verkauf von wertvollen Kunstwerken an das Ausland. Nicht insofern, als es sich um Gegenstände handelt, deren Materialwert vielleicht grösser ist, als ihre künstlerische und wissenschaftliche Bedeutung; wohl aber so weit der Verkauf von Kunstwerken ins Auge gefasst war, welche zu dem unschätzbaren Bestande unserer Sammlungen gehören. Denn der Kulturwert und auch der wirtschaftliche Wert dieser Sammlungen und seiner Bestände für Oesterreich und für Wien nicht bloss für die Gebildeten, sondern auch für die breiten Massen der Bevölkerung ist weit grösser, als kunstfremde und indifferente Kreise auch nur ahnen können.

Inbesondere erheben die genannten Körperschaften ihre warnende Stimme dagegen, dass in ganz undenkbar und unsachlicher Weise, geheim und ohne Befragen der sachlich und amtlich hiefür berufenen Kreise Geschäfte dieser Art und von dieser aussergewöhnlichen Tragweite eingeleitet und abgeschlossen werden, ohne die sorgfältigste kritische Auswahl, ohne die notwendigen Garantien der vollsten wirtschaftlichen Zweckmässigkeit und ohne, dass gleichzeitig auf diplomatischen Wege, wie an inneren sozialen Reformen und an Aufklärungsarbeit bei den weitesten Kreisen alles vorgekehrt würde, was zur Errettung unseres durch den Friedensvertrag lebensunfähig gewordenen Staates aus dauernden wirtschaftlichen und kulturellen Verderben und Siechtum unerlässlich ist.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtrat hält Mittwoch, Donnerstag und Freitag vormittags Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittags einer Geschäftssitzung zusammen. Von den auf der Tagesordnung befindlichen Geschäftsstücken sind zu erwähnen, ein Bericht über die Gebühren für die der Dienstordnung unterstehenden Angestellten der Gaswerke, Elektrizitätswerke, Strassenbahnen und der Lasterhäuser, ein Bericht über die Geldbeschaffung zur Durchführung des Uebereinkommens über die Pachtung der Ybstaler Steinkohlen-Bergbaue, ein Bericht über die Grundsätze für die Ankündigungen in den Strassenbahnwagen.

Kartoffelabgabe. Sonntag bis Dienstag werden im 4., 5., 6., 7., 8. und 9. Bezirk 1/2 kg Kartoffeln (italienischer Herkunft) zum Preise von K 3.56 gegen Abtrennung des Abschnittes „P“ der Kartoffelkarte abgegeben.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 13. Oktober 1919, Nr. 403.

Eiserne Salvatormedaillen. Der Gemeinderat hat nachstehenden Schweizer Persönlichkeiten für verdienstvollen Wirken auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge die eiserne Salvatormedaille verliehen: Oberst Chefarzt Dr. Karl Bohay, Frau Oberst Mary Bohay und Fräulein Fanny Kraft.

Titelverleihung. Der Gemeinderat hat dem Exekutionsamts-Direktionsadjunkten Josef Höhne anlässlich seiner Pensionierung den Titel Exekutionsamts-Vicedirektor verliehen.

Ehrengabe. Dem Zeichner Hans Schliessmann wurde von Gemeinderate eine lebenslängliche Ehrengabe von 3000 K jährlich bewilligt.

Anerkennungen. Der Gemeinderat hat dem Konskriptionsamts-Direktor Eduard Glaser, dem Konskriptionsamts-Vicedirektor Johann Gradwohl und dem Konskriptionsamts-Oberkontrolloren Gottfried Maschek und Franz Scherer anlässlich ihrer Pensionierung die Anerkennung für ihre vieljährige verdienstvolle und erspriesslicher Dienstleistung ausgesprochen. Dem Architekten Julius Fröhlich wurde aus Anlass seiner langjährigen und verdienstvollen Betätigung bei der Verfassung der Entwürfe für zahlreiche städtische Hofbauten die volle Anerkennung ausgesprochen.

Der Verein der Baumeister im technischen Museum. Vor einigen Tagen hat der Verein der Baumeister in Niederösterreich das technische Museum besichtigt. Der Direktor Hofrat Erhart gab in seiner Begrüßungsansprache der Freude Ausdruck, die Herren von Baumeisterstande in den Räumlichkeiten dieses Museums begrüßen zu können. Vereinspräsident Karl Löschner dankte mit herzlichen Worten. An den Rundgang schloss sich ein Lichtbildervortrag über Zementherstellung gehalten von Dr. Goslich.

Währinger Tafelrunde. In der kürzlich stattgehabten ordentlichen Hauptversammlung wurde Obermagistratsrat Karl Hanisch zum Ehrenvorsitzenden, Prokurist Mathias Kobl Müller zum Vorsitzenden-Stellvertreter, Magistratsrat Eduard Göttl zum Ehrensangwart, Finanzrat Dr. Hans Kautz zum Sangwart-Stellvertreter, Bezirksrat Anton Allert zum Schriftführer, Postsparkassenbeamter Hans Schmidl zum Säckelwarte, Kanzleidirektor des Magistrates Karl Baumwolf zum Sachwarte, Polizeioberkommissär Rudolf Bauer zum Ordner und Oberprokurist Max Bobies zum Sangrate gewählt. Übungen am jeden Donnerstag 6 bis 8 Uhr abends im Vereinsheim, XVIII., Semperstrasse 20.

Freiplätze für Stenotypisten-, Kanzlei- und Kontorpraxis. Im Laufe dieses Schuljahres gelangen an der Schule Inghofer, Neustiftgasse 5 zwei ganze und fünf halbe Freiplätze für Angehörige von Magistratsbeamten und städtischen Angestellten zum Besuche halbjähriger Fachkurse für Stenographie, Maschinschreiben und praktische Kontorarbeiten zur Vergebung. Bewerber, die

einen solchen Freiplatz nicht erlangen können, gewährt die Schulleitung eine 20 % Ermässigung des Unterrichtshonorars. Gesuche um Freiplätze können jederzeit bei der Magistratsabteilung 13 überreicht werden.

Kartoffelabgabe. Von Dienstag bis Donnerstag wird in 10. Bezirk ein halbes Kilogramm Kartoffel (italienischer Herkunft) pro Person zum Preise von K 3.56 für das Kilogramm gegen Abtrennung des Abschnittes „P“ der Kartoffelkarte abgegeben.

„Zewiverba“. Nach langen Bemühungen ist es endlich gelungen, die Kohlenaktion des Verbandes insofern ins Rollen zu bringen, dass bis zum Einlaufen von Kohle eine Belieferung, und zwar nur des Küchenbrandes, in Koks erfolgen wird. Es werden 15 kg pro Haushalt und Woche abgegeben werden. Mit der Zufuhr wird sobald als möglich begonnen. Selbstverständlich wird, sobald Kohle vorhanden sein wird, solche nachgeliefert werden. Die Mitglieder werden ersucht, nach Erhalt der Lieferung den Fakturenbetrag sogleich einzusenden, die Kohlenkarten aber umgehend an die „Zewiverba“ einzuschicken. Der Verband beabsichtigt noch eine Holzaktion, wofür baldigst Verständigungen ergehen werden. Seitens der Holzstelle wurde in Anbetracht des Umstandes, da Koks allein sich ja nicht einheizen lässt, die weitestgehende Unterstützung zugesagt.

Aufhebung des Leinenzwanges für Hunde. Nachdem in letzter Zeit die Hundwut sichtlich im Abnehmen begriffen war, wurde der Leinenzwang für Hunde im Wr. Gemeindegebiete aufgehoben. Die übrigen Massregeln zur Bekämpfung der Wutkrankheit, darunter insbesondere der Maulkorbzwang bleiben jedoch auch weiterhin in Geltung. Den Hundebesitzern wird dringend nahegelegt, die noch zu Recht bestehenden Vorschriften genauestens einzuhalten, damit die endlich in Abnahme begriffene, für den Menschen besonders gefährliche Seuche nicht neuerlich zunimmt und dann der durch fast 1½ Jahre bestandene Leinenzwang nicht wieder eingeführt werden müsste.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

---

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 14. Oktober 1919, Nr. 409.

---

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Freitag werden im 11., 12. und 13. Bezirk italienische Kartoffeln, zum Preise von K 3,56  $\frac{1}{2}$  kg pro Kopf, gegen Abtrennung des Abschnittes „P“ der Kartoffelkarte abgegeben.

-----

Verkauf von Weinfässern. Ungefähr 4000 Stück neue Weinfässer von 10 Hektoliter aufwärts sind sofort preiswert abzugeben. Nähere Mitteilungen/teilt Fasslagerplatz Stammerdorf.

-----

Bürgermeister Reumann für unsere Kriegsgefangenen in England. Egm. Reumann hat an den englischen Ministerpräsidenten Lloyd Georges nachstehendes Telegramm gerichtet: England hält noch immer deutschösterreichische Kriegsgefangene zurück. Die Gefangenen in Blackdown haben in einem Briefe, der in hiesigen Tagesblättern verlautbart wurde, mitgeteilt, dass sie in voller Verzweiflung über ihr Schicksal sind, welcher Zustand bei vielen in geistige Umnachtung auszuarten droht. Diese Nachricht hat die Eltern mit schwerem Kummer um ihre Söhne erfüllt, die Frauen in bangste Sorge um ihre Männer gesetzt. Ich bitte Sie Excellenz, alles anzubieten, damit die Rückbeförderung der Gefangenen nicht länger verzögert werde und hoffe, dass Excellenz meiner aus rein menschlichen Rücksichten gestellten dringenden Bitte entsprechen werden.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Mittwoch, den 25. Oktober 1919, Nr. 410.

## Aus dem Stadtrate.

In der heutigen Stadtratsitzung erstattete StR. Bonbeck ein Referat, wonach während der Kriegszeit in städtischen Gaswerke Arbeiter aushilfswiese zur Verwendung kamen, die jetzt verlangen, in den Dienst der Gemeinde Wien aufgenommen zu werden. Diesen Arbeitern fehlt jedoch der Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft, weil sie in Orten beheimatet sind, die nach dem Umsturze anderen Staaten zugefallen sind. Der Referent beantragte in Hinblick darauf, dass diese Arbeiter durchwegs deutscher Nationalität sind, dieselben ohne Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft in den Dienst der Gemeinde Wien aufzunehmen. Der Antrag wurde angenommen.

StR. Siegl berichtete über die Ausführung des Bauleses 4 des zweiten Sammelkanals im 21. Bezirk. Die Arbeiten kosten 1 1/2 Millionen Kronen. Diese werden genehmigt, die Ausführung jedoch einem späteren Zeitpunkt, bis die notwendigen Zemente vorhanden sein werden, vorbehalten.

StR. Weigl legte ein Referat vor, demzufolge alle Freikarten und Fahrpreisermäßigungen auf den Linien der Kraftstellwagen eingestellt werden sollen. Darnach würden auch in Zukunft Gemeindefunktionäre nicht mehr das Recht haben auf Grund ihrer Fahrtlegitimationen unentgeltlich diese Linien befahren zu können. Der Referentenantrag wurde ohne Debatte einhellig angenommen.

## Die Fiktion des Referats im Stadtrat.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Winter über das Ansuchen des Salvatorianer-Elosters um Verbilligung der Beerdigungskosten im ungefähren Betrage von 2.300 K für zwei Katecheten. Die Angelegenheit habe den Stadtrat schon einmal beschäftigt. In Gegensatz zum Magistratsantrage sei der Antrag auf Bewilligung der Kosten angenommen worden. Diesen Beschluss habe der Bürgermeister sistiert, weshalb der Stadtrat heute neuerdings darüber beraten müsse. Er (der Referent) mache sich den Magistratsantrag zu eigen und beantrage die Ablehnung des Ansehens. Die StRe. Haider, Körber und Frau Dr. Seitz traten für die Gewährung des Ansehens ein, indem sie darauf hinwiesen, dass das Kloster sehr arm sei und die beiden Katecheten sich die todbringende Krankheit in öffentlichen Dienst zugezogen hätten.

StR. Dr. Kienböck erklärte, es liege hier wieder einmal der Fall vor, dass der Referent gewechselt wurde, ohne dass man dem ersten Referenten hiervon Mitteilung machte. Das sei nicht die Art und Weise wie man in einer Körperschaft zusammen arbeite. Er bitte, dass man in solchen Fällen immer den ursprünglichen Referenten von dem Wechsel des Referates in Kenntnis setze.

StR. Täubler betonte, dass der Wechsel des Referenten in diesem Falle ganz begrifflich erscheine. Nachdem der erste Referent StR. Haider, einen anderen Antrag gestellt habe als seinerzeit von Magistrat vorgeschlagen wurde, so habe dieser Referent damit bekundet, dass er den Magistratsantrag nicht vertreten wolle. Infolgedessen sei es nur ganz in der Ordnung gewesen, wenn man das Referat einem anderen Stadtrate zugestellt hätte.

Über eine weitere Bemerkung des Redners, dass es zweckmäßig erscheinen würde, wenn sich die Minorität bezüglich der von ihr gestellten Referentenanträge immer früher mit der Majorität ins Einvernehmen setzen würde, kam es zu einer längeren Aussprache zwischen den beiden Parteilagern. VB. Hoss.

die StRe. Haider, Josef Müller, Körber, Vaugoin und Dr. Kienböck nahmen gegen dieses Ansuchen Stellung, weil sie darin quasi eine Kontrolle und Bevormundung der Minorität erblickten. StR. Dr. Grün erklärte, dass der Majorität selbstverständlicherweise eine Bevormundung der Minorität ganz ferneliege. Es sei ausser Frage, dass jedem einzelnen Referenten die Freiheit seiner Entschlussfassung gewahrt werden müsse. In selbem Sinne sprach der Referent Dr. Winter in seinen Schlussworte, worauf der Referentenantrag, der die Ablehnung des Ansehens beinhaltet, angenommen wurde.

Reise der Studienkommission nach Berlin und München. Nächsten Mittwoch begibt sich eine zehngliedrige Kommission von Angestellten der Gemeinde zum Studium der Verwaltung und der sonstigen städtischen Einrichtungen nach Berlin und München. Der Kommission gehören Vertreter aller Ämter und des Verwaltungsbetriebes der Gemeinde an. Sie wird den Verwaltungsapparat der genannten Städte unter fachgemäßer Führung studieren, um die dort gewonnenen Erfahrungen, die für eine Vereinfachung und Verbilligung der Geschäftsführung der Gemeinde verwendet werden sollen, bei der Ausarbeitung der Verwaltungsreform der Gemeinde Wien entsprechend zu verwerten. Die Reise ist für drei Wochen in Aussicht genommen und haben Berlin und München für die Arbeiten und Studien der Kommission das grösste Entgegenkommen in Aussicht gestellt. Führer der Kommission ist Magistratsrat Dr. Schlesinger. Weiter werden an der Reise teilnehmen: Bauherinspektor Ing. Jasch und technischer Verwalter Ruml für das Stadtbauamt, Dr. Faber für das Konzept, der Direktor der Stadtbuchhaltung Oheral, Hauptkassen-Oberkontrollor Beron, Steueramts-Oberkontrollor Scheckenbacher, Konzeptionsamtskontrollor Knauer, Marktants-Direktor Winkler und Stadtphysikus Dr. Freund.

Der Einkauf auf den Gemüsesammelplätzen. Infolge Auflassung der Stelle 6 des Bezirkswirtschaftsantes ist die Ausgabe und Evidenzführung der amtlichen Einkaufscheine, die zum Entlohnung von den Gemüsesammelplätzen im 3., 11., 12., 19. und 21. Bezirk berechtigen, an die Marktantsdirektion übergegangen. Die bisher ausgegebenen Einkaufscheine behalten auch weiterhin bis auf Widerruf ihre Gültigkeit.

Für die Wiener Kinderspitäler. VB. Winter berichtete im Stadtrate über die den Wiener Kinderspitälern zu gewährende materielle Hilfe und beantragte dem St. Annen und dem St. Josef-Kinderspital je 40.000 K und dem Kronprinz-Rudolfkinderspital 50.000 K auf die auf die Gemeindegelände noch aushaftenden Restbeiträge flüssig zu machen und hiervon den Staatsamt für soziale Verwaltung mit dem dringenden Ersuchen Mitteilung zu machen, dass nun auch der Staat die aushaftenden Restbeiträge flüssig machen möge. Der Antrag wurde angenommen.

Die Frage der tschechischen Schulen. In der heutigen Stadtratsitzung wurde über Antrag des Bgm. Raumann folgender Beschluss einstimmig gefasst: In Angelegenheit der Ausführung des Friedensvertrages hinsichtlich der tschechischen Schulen in Wien wird der Bestellung einer Zentralkommission zur Behandlung dieser Sache und der Aufstellung von bezirkswisen Erhebungskommissionen, die aus Vertretern der Schulbehörden, der deutschen Parteien und der Tschechen zusammengesetzt werden, zugestimmt.

Stellungnahme des Stadtrates zum Hausgehilfengesetz. In der heutigen Stadtratsitzung brachte StR. Dr. Winter einen Bericht des Arbeiterführersgeamtes über das gegenwärtig in der Nationalversammlung in Beratung befindliche Hausgehilfengesetz zur Kenntnis, in demes heisst: Die Stadt Wien ist an der Erlassung eines derartigen Gesetzes besonders interessiert, da mit allen Nachdruck darauf hingearbeitet werden muss, dass die arbeitslosen Frauen und Mädchen, die in der Industrie und im Gewerbe keine Verwendung finden können, in hauswirtschaftliche Berufe übergeleitet werden. Es ist deshalb angefragt, dass die Gemeinde für eine dringliche Erledigung der Angelegenheit in der Nationalversammlung eintritt. Mit Rücksicht darauf, dass bei den verschiedenen Verhältnissen in Stadt und Land gewisse Teilfragen nicht einheitlich für das ganze Staatsgebiet geregelt werden können, würde es sich empfehlen, die einzelnen Gemeinden zu ermächtigen, Durchführungsbestimmungen zu erlassen, in denen gewisse Sonderfragen geregelt werden. Zu die gehören u.a. die Erlassung von Bestimmungen über die Beschaffenheit der Unterkunftsräume, die Regelung des Urlaubes, die Einführung einer Haushaltungsinspektion u.s.m. Im engsten Zusammenhange damit steht auch die Frage der Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung, später auch der Altersversicherung auf die Hausgehilfen, ferner die Einschränkung der auf Gewinn berechneten gewerbemässigen Stellenvermittlungen, die besonders in den letzten Jahren in Wien im Gegensatz zum Deutschen Reich eine besondere Steigerung erfahren haben. Der Berichterstatter betonte in den von ihm gestellten Anträgen, dass die Gewerbeordnung so abzuändern sei, dass überall dort, wo öffentliche Arbeitsnachweise bestehen, neuen Dienstvermittlungskonzessionen und Konzessionsübertragungen nicht bewilligt werden dürfen und dass das Arbeiterführersgeamt beauftragt werde, wegen Errichtung eines städtischen Heimes für Hausgehilfinnen und einer damit verbundenen Haushaltungsschule zu berichten. Nachdem zu diesem Gesetzsstande die StRe. Bieber und Dr. Alza Seite gesprochen hatten, wurden die Anträge des Referenten genehmigt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 16. Oktober 1919, Nr. 411.

**Verkauf von städtischen Elektrobussen.** Im Stadtrat berichtete StR. Schorsch über den Verkauf von 13 elektrischen Kraftstellwagen der ehemaligen Linie Stefansplatz - Volksoper an Ingenieur Goldberger in Bukarest. Der Kaufpreis beträgt 250.000 K ist gleich 95.000 Lei. Der Stadtrat stimmte dem Antrage des Referenten, dass der Kaufpreis in Lei erlegt werden soll, zu.

**Kartoffelausgabe.** Freitag bis Montag werden im 2., 14. und 15. Bezirk 1/2 kg italienische Kartoffeln zum Preise von K 3.55 gegen Abtrennung des Buchstabens „P“ der Kartoffelkarte abgegeben.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 16. Oktober 1919, Nr. 412.

**Die allgemeine Wohnungsaufnahme.** In der heutigen Stadtratsitzung referierte StR. Dr. Scheu über die allgemeine Wohnungsaufnahme und führte aus: Wie bekannt ist, wurde eine allgemeine Wohnungsaufnahme beschlossen. Dabei wird es sich im wesentlichen um eine registrierende Tätigkeit der Kommissionen handeln. Wir sind nämlich nach langen Beratungen zu dem Resultate gekommen, dass den Kommissionen kein Entscheidungsrecht zubilligen sei, sondern dieselben werden nur die Wohnungsaufnahme zu verzeichnen haben, und zwar aus dem Grunde, weil damit auch eine Art statistische Erhebung Platz greifen soll. Sie haben die Wohnungen in statistischen Tabellen zu registrieren, aus denen man dann sich eine Meinung bilden wird können, ob die Anforderungsmöglichkeit für eine Wohnung gegeben ist oder nicht. Damit aber die Arbeit der Kommissionen nicht eine anscheinlich aufzeichnende ist, ist vorgesehen, dass eine Art abgekürztes Verfahren eintreten kann in jenen Fällen, wo die Kommissionen einstimmig der Ansicht sind, dass eine Anforderungswahrscheinlichkeit gegeben ist. Wenn nämlich eine Wohnung als geeignet für die Anforderung erkannt wird, so soll diese Wohnung in den Tabellen gekennzeichnet werden und diese so gekennzeichneten Aufnahmestellen werden dann dem Wohnungskommissär zur beschleunigten Erledigung übergeben. Das geschieht selbstverständlich nur in einzelnen Fällen, im allgemeinen ist die Tätigkeit der Kommissionen eine registrierende. Die Zusammensetzung der Kommissionen hat ebenfalls lange Beratungen zur Folge gehabt. Das Wohnungsamt hat vorgeschlagen, dass die Kommissionen aus einem städtischen Beamten oder Lehrer als Kommissionsleiter, aus einem Mitgliede des Arbeiterrates und einem Vertreter der Hausbesitzerorganisation bestehen sollen. Ich beantrage, dass an Stelle des Vertreters der Hausbesitzerorganisation ein Mitglied der Bezirksvertretung berufen werde, und zwar aus dem Grunde, weil die Bezirksvertretung das moralische Recht hat und berufen ist an der Wohnungsaufnahmekommission teilzunehmen und ein Wort dabei mitzureden und weil die Bezirksvertretungen schon im Anforderungsverfahren interveniert haben und daher in dieser Sache schon eine gewisse Praxis haben. Die Teilnahme eines Mitgliedes der Hausbesitzerorganisation ist überhaupt nicht gerechtfertigt. Denn nicht die Hausbesitzer werden von den Anforderungen in schwerer Masse berührt, sondern die Wohnungsinhaber. Der Wohnungsinhaber hat das grösste Interesse daran, dass die Kommissionen gerecht und unparteiisch zusammengesetzt sind und die unparteiische Zusammensetzung gewährleistet in diesem Falle ein Mitglied der Bezirksvertretung als ein Vertreter der Hausbesitzerorganisation. Der Standpunkt der

Hausbesitzer wird nämlich dadurch in weitestgehender Masse gewahrt, dass er bei der Kommission, die ihn bzw. sein Haus betrifft, intervenieren muss.

Ich glaube daher mit ruhigen Gewissen diese Zusammensetzung der Kommissionen verschlagen zu können. Was die Zuziehung des Mitgliedes des Arbeiterrates betrifft, so stimme ich vollkommen mit dem Antrage des Wohnungsamtes überein, dass ein solches Mitglied zuzugezogen werden soll. Die Zuziehung hat ihren Grund darin, dass die Arbeiterräte den Standpunkt des Wohnungsuchenden repräsentieren. Sie repräsentieren jene Gruppen der Bevölkerung, welche am stärksten unter der Wohnungsnot leiden und man kann daher von ihnen erwarten, dass sie am intensivsten das Interesse der Wohnungsuchenden Bevölkerung vertreten. Was die Bezahlung anbelangt, so wurde vorgesehen, dass den Leitern der Kommissionen eine Entschädigung von 15 K für den halben Tag und von 30 K für den ganzen Tag zuerkannt wird. Den übrigen Kommissionsmitgliedern soll eine Vergütung nur dann zugesprochen werden, wenn sie nachweislich einen Verdienstentgang haben. In diesem Falle gebühren ihnen die Entschädigungen der Kommissionsleiter. Eventuell kann ihnen auch eine Vergütung von 20 K für den halben und von 40 K für den ganzen Tag zuerkannt werden, wenn sie einen grösseren Verdienstentgang haben sollten. Was die Durchführung betrifft, so wurden Fragebögen ausgearbeitet, in welchen die Wohnungen geschätzt und in allen Details genau gekennzeichnet werden. Die Aufnahme wird von ungefähr 200 Kommissionen durchgeführt werden. Es wurden nämlich 2 Brotkommissionensprengel in eine Aufnahmekommission zusammen gezogen. Ueber die Dauer der Aufnahmen lässt sich vorläufig nichts Bestimmtes sagen. Die Aufgabe der Kommissionen ist eine große. Es müssen 550.000 Wohnungen begangen werden und das erfordert immerhin geraume Zeit. Die ganze Aktion rechtfertigt sich aus dem Standpunkte einer Notstandsaktion damit nicht eine Wohnungspolitik inauguriert werden, sondern der Bevölkerung sollen durch diese Erhebungen wenn möglich neue Wohnungen zugeführt werden. Die Aktion wird auch von der Bevölkerung gebilligt, ja sie wurde von ihr geradezu gefordert. Würde unter der Bevölkerung mehr Gemeinsinn herrschen und mehr soziales Empfinden, das heisst, würden überzählige Wohnungen aus freien Stücken abgegeben werden, so wäre die diese Aktion überflüssig. Leider ist es aber nicht der Fall.

Die Kosten der Aktion belaufen sich auf 650.000 K.

StR. Dr. Klaböck betonte, dass die christlichsoziale Partei wiederholt erklärt habe, dass die Wohnungsaufnahme eine zweckmässige ja notwendige Massregel sei. Wir haben deshalb auch hervorgehoben, dass wir für eine objektive behördlicherseits vorgenommene Aufnahme sind. Wie diese aber jetzt durchgeführt werden soll, so muss ich sagen: Jetzt ist der Moment eingetreten, wo sich die Herren von der Mehrheit darüber werden entscheiden müssen, ob ein weiteres gemeinsames Zusammenarbeiten möglich ist oder nicht. Ich habe wiederholt schon darauf hingewiesen, dass jede Heranziehung von Arbeiterräten für Verwaltungsaufgaben ein äusserst bedenklicher Vorgang ist, nicht nur von Standpunkte einer Partei, sondern von Standpunkte dieses armen, elenden Staates. Es ist wiederholt auch von Ihrer Seite zuletzt erst vom Bürgermeister in der Länderkonferenz in erschütternder Weise darauf hingewiesen worden, wie sehr bereits anarchische Zustände bei uns Platz gegriffen haben, wie jeder tut, was er will und dass es in einem geordneten Staate unmöglich ist eine solche Wirtschaft weiter zu dulden. Und jetzt in dieser Zeit lassen Sie hier ein Referat erstatten, dass die Arbeiterräte in die Wohnungsaufnahmekommissionen eingegliedert werden und aus städtischen Mitteln bezahlt werden sollen. Ich kann nur annehmen, dass Ihnen die volle Tragweite Ihres Schrittes nicht gegenständlich ist. Ihr Vorgehen muss neuerlich einen äprämierenden, ja geradezu verzweifelten Eindruck auf die ganze Öffentlichkeit des In- und Auslandes machen. Wir haben bereits aus den Zeitungen erfahren, dass die Arbeiterräte ihre Zuziehung zu den Kommissionen verlangen, und Sie laugen sich natürlich diesen Diktate. Ich erkläre Ihnen namens meiner Partei, wenn Sie diesen Antrag zum Beschlusse erheben, dann werden wir noch

einmal darüber beraten ob wir in dieses Haus noch weiter heringehen. Wenn Sie solche Absichten verwirklichen wollen, so müssen Sie die Verantwortung dafür allein tragen, wir tragen eine solche Verantwortung nicht. Wenn Sie Ihren Beschluss durchführen und Steuergelder zur Aufrechterhaltung Ihres Arbeiterrates verwenden, so dokumentieren Sie damit, dass Sie eine Klassenherrschaft etablieren und sämtliche Angehörigen des Klassenkampfes von der Verwaltung ausschliessen. In Gegensatz zu Ihnen verlangen wir, dass die Aufnahme der Wohnungen nur durch behördliche Organe erfolgt.

Redner nahm sodann noch Stellung gegen die Zusammensetzung der Kommissionen bezüglich des Vertreters der Hausbesitzer, dem er das Recht der Mitwirkung an den Kommissionen zubilligt und schloss. Wenn Sie tatsächlich in dieser Weise vor den Arbeiterrat kapitulieren wollen, so tun Sie es. Dann sperren Sie aber auch das Rathaus einfach zu und übergeben die dem Magistrat dem Arbeiterrate.

StR. Körber führte aus: Auch ich kann die Durchführung der Wohnungsaufnahme nur begrüssen; was ich aber nicht begrüssen kann, das ist die Zusammensetzung der Kommission. Ich stehe auf dem Standpunkte, dass diese Wohnungsaufnahme eine Antschädigung ist und dass diese Antschädigung nur durch Amtorgane durchgeführt werden darf. Die Begründung dafür, dass auch Arbeiterräte in diese Kommissionen aufgenommen werden, ist soweit sie von Referenten gegeben wurde, durchaus ungenügend. Der sogenannte gute Instinkt der Arbeiterräte für derartige Dinge ist vollkommen unzureichend und ich hätte schon erwartet, dass Dr. Scheu eine bessere Begründung hierfür gefunden hätte. Im übrigen kann ich mich der Meinung nicht verschliessen, dass Sie so wie Graf Karolyi, als er keinen Ausweg aus seiner trostlosen Lage mehr gefungen hatte, die Macht den Kommunisten übergab, auch Sie jetzt dazugehen, den Räten die Verwaltung in die Hände zu schieben.

StR. Vaugoin: Ich glaube, dass die geplante Wohnungsaufnahme den Zweck hat, den vielen ambulanten Kommissionen, die wir in der letzten Zeit angetroffen haben, ein Ende zu bereiten. Es ist klar, dass die Wohnungsanforderung auf eine rationellere Weise durchgeführt werden muss, als dies bisher der Fall war. Es fragt sich aber, ob dies bei der vorgelagerten Form der Fall ist. Diese Kommissionen sollen nach dem Berichte des Referenten 650.000 K Kosten verursachen, ich glaube aber kaum, dass wir mit diesen 650.000 K das Anlangen finden werden. Die Zuziehung der Arbeiterräte muss ich als merkwürdig bezeichnen.

Warum nehmen Sie nur die Arbeiterräte? Wir haben ja so viele Räte! Wir haben den sozialdemokratischen Arbeiterrat, den christlichsozialen Arbeiterrat, den Bürgerrat, den Ständerat, den Gewerberat, den Eltererrat u.s.f. und jeder dieser Räte hat gesetzlich soviel und so wenig Recht bei diesen Kommissionen zu fungieren. Das geht aber natürlich nicht, weil die Kommissionen dadurch viel zu umfangreich würden und die Kosten nicht 600.000 sondern 6 Millionen Kronen betragen würden. Auf diese Weise darf aber mit Gemeingeldern nicht gewirtschaftet werden. Ich werde es Ihnen aber sagen, warum Sie nur die Arbeiterräte zu diesen Kommissionen beiziehen: Weil der Arbeiterrat dies so beschlossen hat und weil Sie nicht den Mut besitzen, dem Beschlusse des Arbeiters zuwiderzuhandeln. Deshalb müssen wir auch uns dagegen weigern, dass den Kommissionen die Arbeiterräte als Vertreter einer politischen Partei angehören. Ich kann mich den Ausführungen des StR. Dr. Kienböck nur anschliessen, dass eine solche Massnahme für uns die grössten Konsequenzen haben würde. Das ist kein Kampf gegen die Arbeiterräte, sondern ein Kampf gegen die immer grösser werdenden Einflüsse von Parteien auf die Verwaltung des Staates, welche dadurch den schwersten Schaden erleidet. Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass sich die Bevölkerung diesen Hausfriedensbruch und ein solcher muss die Teilnahme der Arbeiterräte an den Kommissionen genannt werden, nicht gefallen lassen wird.

StR. Speiser: Ich meine, dass die geäusserten Besorgnisse gegen die Teilnahme der Arbeiterräte an den Kommissionen in einer Weise übertrieben worden sind, dass sie nicht geeignet sind, uns in unserem Willen irre zu machen. Ich weiss ganz gut, dass die Arbeiterräte auf die Schichten der Bevölkerung, welche die Herren von der Gegenseite zu vertreten haben, wie ein rotes Tuch wirken. Ich glaube aber, dass diese Angelegenheit rein sachlich behandelt werden müsse. Eine solche Kommission braucht Hilfsorgane und diese Hilfsorgane sollen eben die Arbeiterräte sein. Die Kommission wird ja nicht dem Einfluss der Arbeiterräte ausgeliefert sein, denn es nehmen ja an ihnen ausser den Arbeiterräten noch andere Personen teil, durch welche der Einfluss der Arbeiterräte bedeutend eingeschränkt wird. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass wir doch auch wissen, was in der Bevölkerung vergeht und möchte Ihnen in Erinnerung bringen, dass Sie in den Schichten der Bevölkerung, die wir vertreten, nicht so Wurzel gefasst haben wie wir. Es musste oft verändert werden, dass die Bevölkerung auf dem Gebiete des Wohnungswesens zur Selbsthilfe gegriffen hat. Die Wohnungsnot ist so gross, dass die Menschen, die von ihr betroffen sind, sich in einer grossen Aufregung befinden und dass meine Partei gar oft lindernd eingreifen musste. Dies wäre uns gar oft nicht gelungen, wenn wir nicht die Arbeiterräte gehabt hätten, die uns in unseren Bestrebungen unterstützt haben. Es ist also durchaus nicht richtig, wenn Sie sagen, dass die Arbeiterräte auch bei den Schichten der Bevölkerung, die uns nahe stehen, auf grossen Widerstand stossen. Es mag ja vorgekommen sein, dass durch die Arbeiterräte Missbräuche begangen wurden; wir wissen aber, dass diese Missbräuche bereits aus der Welt geschafft oder doch sehr eingeschränkt worden sind. Wir werden durch die Beteiligung der Arbeiterräte an diesen Kommissionen sicher etwas erreichen. Die Arbeiterräte haben etwas für sich. Sie haben eine ganz besondere Arbeitslust und ein gewisses energisches Vorgehen, was gerade in diesem Fall sehr wirksam und notwendig ist. Die Arbeiterräte besitzen das Vertrauen der Bevölkerung und das wird es uns ermöglichen, dass das Ergebnis dieser Kommissionen von der Bevölkerung mit Vertrauen entgegengenommen wird. StR. Vaugoin hat das bekannte System angewendet, dass er die Kosten der Aktion so übertreibt, dass man die schwersten Befürchtungen hegen müsste. Tatsache ist aber, dass wir keine besonders grosse Ueberschreitung des beantragten Kredites zu gewärtigen haben werden, dann wir haben es durchaus nicht notwendig auch andere Räte in diese Kommissionen aufzunehmen. Die Lehrer und Beamten von denen Sie immer reden, sind in den Arbeiterräten genau so gut vertreten, wie die Handarbeiter und in dieser

Beziehung bieten also die Arbeiterräte eine solche Zusammensetzung, dass in ihr alle Schichten des arbeitenden Volkes vertreten sind. Die Entschädigung, die den Arbeiterräten für ihre Mitarbeit geboten wird, ist nicht gross und das aufgewendete Geld wird sicherlich gut angewendet sein, wenn wir dadurch nur eine kleine Linderung der Wohnungsnot herbeiführen. Wir müssen so handeln wie es die von uns vertretenen Schichten der Bevölkerung verlangen, und deshalb müssen wir diejenigen in diese Kommissionen entsenden, die das Vertrauen der Bevölkerung besitzen.

StRin. Dr. Alma Seitz: Ich will mich vorerst mit der Wohnungsaufnahme selbst befassen. Ich würde wünschen, dass die Kommissionen nicht nur den Privatwohnungen in den Kreise ihrer Tätigkeit entziehen, sondern auch die vielen Magazine und alles was unter diesem Titel geführt wird, sowie besonders die Räume, die von den liquidierenden militärischen Behörden in Anspruch genommen werden. Ferner glaube ich, dass sich die Kommission auch mit jenen Wohnungen befassen soll, die von den aus dem Osten Zugezogenen besetzt werden, damit endlich festgestellt wird, wieviele Wohnungen von solchen besetzt gehalten werden. Aus diesem Grunde ist es unmöglich, dass der Kommission irgend Jemand angehört, der selbst aus Ostgalizien zugereist ist. Es darf ferner niemand in der Kommission sein, der die Arbeitslosenunterstützung geleistet, denn es würde sicher nicht gut wirken, wenn jemand, obwohl er diese Unterstützung geleistet, aus einer anderen Beschäftigung irgendwelches Einkommen hat. Ich stehe vollkommen auf dem Standpunkt, dass diese Wohnungsaufnahme nur von durchaus richtigen Kommissionen durchgeführt werden, denn die Anwesenheit des vertretenden Arbeiterrates gibt mir keinen Grund zu besonderem Vertrauen in diese Kommissionen. Es hat sich oft herausgestellt, dass die vielberühmte Energie dieser Arbeiterräte nichts anderes ist, als der grenzenlose Terror.

StR. Täubler: Ich bin der Ansicht, dass diese Aufregung durchaus nicht berechtigt ist. Warum muss diese Wohnungsaufnahme durchgeführt werden? Weil eben die Wohnungsnot so gross ist und weil wir suchen müssen Wohnungen zu finden, weil durch die Wohnungserhebungen festgestellt werden soll, wieviele Ausländer hier sind und von welchen wir die Wohnungen in Anspruch nehmen können. Er ist von einem Redner gesagt worden, dass diese Erhebungen kein allzu grosses Ergebnis zeigen werden und dass das Ergebnis nicht genügen wird, um die Wohnungsnot wenigstens einigermaßen zu lindern. Wir werden sicher im Winter Hunderte von Leuten haben, die keine Wohnung und kein Obdach besitzen. Und wenn wir diese Erhebungen von anderen Leuten durchführen lassen, so wird gesagt werden, dass die Wohnungserhebungen nicht ordentlich und in einwandfreier Weise durchgeführt wurden. Wenn wir aber die Arbeiterräte in den Kommissionen haben und bei jeder Wohnungserhebung ein Arbeiterrat anwesend war, dann werden die Leute das Vertrauen haben, dass im Interesse der Mieter und Wohnungssuchenden vorgegangen wurde. Eine andere Zusammensetzung der Wohnungskommission gibt uns nicht die Gewähr dafür, dass die Bevölkerung zum Ergebnis der Wohnungsaufnahme Vertrauen besitzt und die Ueberzeugung hat, dass wirklich alles geschehen ist, um der Wohnungsnot abzuwehren. Die Herren haben sich auch gegen die Anarchie ausgesprochen. Auch wir wollen die Anarchie verhindern, indem wir die selbstständigen Kommissionen der Arbeiterräte einschränken und beseitigen und die Arbeiterräte in die gegenwärtigen Reformen der Verwaltung einbeziehen. So ist es beim Kriegswuchersamt und beim Marktamt der Fall und dort wird sehr gut gearbeitet. Ich weiss, dass nicht alle damit einverstanden sind und besonders nicht damit, dass vor drei Tagen zum Sacher eine Kommission gekommen ist und dort Herren angetroffen hat, denen dies sehr unangenehm war. Uns geht es nicht darum, dass wir es allen Leuten Recht machen, sondern dass wir es der Mehrheit der Bevölkerung Recht machen. Wenn eine Volkszählung vorgenommen wurde, so hat man auch andere Leute den Kommissionen beigezogen. Es ist unrichtig wenn man erklärt, dass wir durch diese Kommissionen unseren Arbeiterratsapparat durch

Beziehung aufrecht erhalten wollen, denn diese Kommissionen sind ja nur etwas vorübergehendes. Das hat mit den Apparat des Arbeiterrates nichts zu tun. Die Arbeiterräte werden bezahlt wie alle anderen Leute und 40 K im Tag ist sicher nicht zu viel. Es vollzieht sich bei dieser Gelegenheit allerdings etwas ganz anderes. Wenn früher solchen Kommissionen Privatleute herangezogen wurden, so wurden bürgerliche Elemente herangezogen, jetzt aber werden, entsprechend dem Ausgange der Wahlen, in diese Kommissionen eben Vertreter der Arbeiterschaft entsendet. Dass dadurch irgendwelche Anarchie hervorgerufen wird, kann nicht gesagt werden. Es geht alles in vollkommener Ordnung vor sich. Ich sehe nicht ein, warum man eine Zusammensetzung, die den Erfolg am besten verbürgt, bekämpft. Durch diese Gelegenheit kann aber auch den Arbeiterräten gezeigt werden, welche Grenzen den Arbeiterräten in der Mitarbeit bei der Verwaltung gezogen sind.

StR. Rummelhardt: Der Ausgang der Wahlen hat mir anscheinend bewiesen, dass die grösste Masse der Bevölkerung der Sozialdemokratie das Vertrauen geschenkt hat und ich sehe heute, dass die Bevölkerung nicht mehr den gewählten Vertretern, sondern den Arbeiterräten das Vertrauen schenkt. Ich sehe nicht ein, dass Sie zu den legal gewählten Vertretern noch illegal gewählte Vertreter heranziehen. Die grosse Masse der Bevölkerung haben die Mandatare hinter sich. Die Arbeiterräte sind aber nicht von der gesamten Bevölkerung gewählt, sie wurden nur parteimässig gewählt und da kann ich doch nicht behaupten, dass sie die grosse Masse der Bevölkerung hinter sich haben oder fassen Sie das so auf, dass die Bevölkerung zu den Beiräten und den gewählten Vertretern kein Vertrauen mehr hat? Wenn es so schlimm steht, dann haben wir alle keine Berechtigung mehr hier zu sitzen. Wenn sich heute der Wiener Stadtrat selbst das Zeugnis ausstellt, dass er nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung besitzt, dann haben wir sogar die Pflicht zu gehen. So steht aber die Sache noch lange nicht. Es gibt grosse Massen der Bevölkerung, die zu den Arbeiterräten kein Vertrauen haben. Die deutschen Eisenbahner, die aus der Tschechoslovakei ausgewiesen wurden und kein Obdach hier gefunden haben, sind an diesen Kom-

sionen an seinen Interessent. Diese Eisenbahnen sind keine Sozialdemokraten und keine Kommunisten. Wenn Sie sich also das Zeugnis ausstellen, dass Sie nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung besitzen, dann müssen wir gehen. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann haben wir aber nicht das Recht durch ein Hintertür die Arbeiterräte in die Verwaltung hereinzulassen. Die Arbeiterräte sind eine Institution, die von den höchsten Stellen des Staates als illegal bezeichnet wurden und ich sehe nicht ein, dass man diese illegale Institution zu Amtshandlungen heranzieht, die von Beamten allein vollzogen werden können. Sie haben mit der Verwendung der Arbeiterräte bei diesen Kommissionen eine neue prinzipielle Frage aufgeworfen. Solange kein neues Statut geschaffen wurde, dürfen sich die Arbeiterräte in die Verwaltung nicht einführen. Der Stadtrat muss sich auf den Boden der gesetzlichen Gemeindeverwaltung stellen, deshalb müssen wir auch gegen Ihren Antrag sein. Was den Vorwurf betrifft, dass ein Herr, der uns nahesteht, um 1/2 12 Uhr bei Sachser getroffen wurde, möchte ich Ihnen antworten, dass ich weiß, dass Arbeiterräte oft noch um 2 Uhr Früh in hellerleuchteten Räumen zu finden sind und sich dort einen guten Schweinsbraten schmecken lassen. Mit solchen Dingen dürfen wir die Sache nicht verhindern. Die Frage dreht sich darum: Sie stehen auf dem Standpunkte, dass Sie die unzufriedenen Arbeiterräte in die Verwaltung einführen wollen und wir stehen auf dem Standpunkte, dass dies ungesetzlich ist und dass dadurch die Verwirrung in unserer öffentlichen Verwaltung nur noch bedeutend erhöht würde.

StR. Richter erklärte, dass er davon überzeugt sei, dass die Wohnungsermittlung nicht jenen Effekt haben werde, der von der grossen Masse der Bevölkerung erwartet werde. Wenn die Bevölkerung erwarte, dass dadurch viele Wohnungen ermittelt werden würden, die bisher nicht benutzt werden, so <sup>die Bevölkerung</sup> ~~sehr~~ <sup>ist</sup> ~~enttäuscht~~ <sup>enttäuscht</sup> sein. <sup>(wahrscheinlich nicht eintreten)</sup> Die Wohnungskommissionen werden aber ein <sup>reichhaltiges</sup> ~~statistisches~~ <sup>statistisches</sup> Material erheben, das uns die Richtlinien für die kommende Wohnungspolitik geben wird. Wenn dagegen Einsprache erhoben wurde, dass Arbeiterräte zu den Kommissionen beigezogen werden, so hat man sich zur Begründung dieser Einsprache grosser Uebertreibungen schuldig gemacht. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der grossen Masse der Bevölkerung. Zu ihnen hat die Bevölkerung Vertrauen und darüber werden die Herren von der Gegenseite nicht hinwegkommen. Wir sind nicht dafür verantwortlich zu machen, dass die Bevölkerung kein Vertrauen zu unseren Bürokraten und zu den Behörden hat. Die Bevölkerung verlangt die Arbeiterräte und deshalb haben wir auf sie gegriffen. Wenn dann ferner gesagt wurde, dass es nicht angehe, den Arbeiterräten Entschädigungen aus öffentlichen Mitteln zu geben, so ist diese Behauptung ganz falsch. Erstens ist die Gemeinde zu solchen Erhebungen verpflichtet und zweitens tut man den Arbeiterräten damit keine Wohlthat. Die Arbeiterräte bringen durch die Mitwirkung ein Opfer, denn als Arbeiter verdienen sie sich mehr als die 40 K., die sie von der Gemeinde im besten Falle erhalten können.

StR. Dr. Kienböck betonte, dass der Arbeiterrat eine Institution ist, die die Aufgabe hat, den Klassenkampf durchzuführen und mit der gesetzlichen Gesellschaftsordnung aufzuräumen, womöglich auch die Diktatur des Proletariates schon jetzt zu inaugurieren. Es ist also eine ausgesprochene Kampforganisation. Das nicht zuzugeben, ist ein lächerliches Versteckenspielen. Es wäre viel vernünftiger, wenn man diese Tatsache zugab und wenn man dann sich über auch der Konsequenzen klar sein würde. Man muss, das diese Kräfte ringen. Wenn die Verwaltung nun vor ihnen zurückschreckt, dann hat sie ganz einfach vor ihnen kapituliert. So steht die Sache. Ich gehe gerne zu, dass die Bevölkerung kein Vertrauen zur Bürokratie hat, verbessern Sie daher die Bürokratie, Sie sind ja jetzt an der Verwaltung und lassen Sie sie nicht im Stich, so wie es jetzt von Ihnen geschieht. Wenn Sie das wirklich beschliessen, was Sie vorhaben, so ist das eine Freigabe des gesamten behördlichen Apparates. Leider muss ich noch immer sagen, dass Sie sich nicht klar darüber sind, was Sie vorhaben. Sie dürfen nicht vergessen, die gesamte Bevölkerung schaut gespannt auf das, was in diesem Staate geschieht, nicht nur das Inland, sondern auch das Ausland. Dass das Ausland über Ihr Vorgehen nicht entzückt sein wird, darüber ist wohl keine Frage. Mit diesen solchen Schritte geben Sie einfach jede staatliche Ordnung preis.

Fassen Sie also den Beschluss, wir werden den Saal verlassen, wir werden ja sehen, auf welcher Seite die Bevölkerung stehen wird.

StR. Sirotek ist mit den Anträgen des Referenten einverstanden. So glaubt die Sache sei nicht so tragisch zu nehmen, als sie von den Christlichsozialen genommen werde. Die Arbeiterräte hätten in der letzten Zeit tatsächlich mehr geleistet als die Behörden. Den einen Wunsch habe er vorzubringen, dass man auch der tschechoslovakischen Staatsbürgern Wohnungen vermitteln. Es komme nämlich wiederholt vor, dass von Tschechen Wohnungen ausfindig gemacht werden, diese ihnen aber nicht gegeben werden, wennes bekannt werde, dass der Mieter ein Tscheche sei. Dieser Uebelstand müsse beseitigt werden.

StR. Haider gab der Mehrheit zu bedenken, dass ausser Sozialdemokraten auch noch andere Kreise der Bevölkerung vorhanden seien, die damit nicht einverstanden sein werden, dass man Arbeiterräte den Kommissionen beziehe. Den Ansichten dieser Bevölkerungskreise müsse aber auch Rechnung getragen werden. Wenn sich Redner die Zusammenstellung der Kommissionen vor Augen halte, so müsse er sagen, dass sie einen ausgesprochen parteipolitischen Charakter haben. Die Bezirksräte, die mitwirken, werden Ihrer Partei sein, ebenso die Arbeiterräte, es sind also ausgesprochen parteipolitische Kommissionen. Das braucht sich die übrige Bevölkerung nicht gefallen zu lassen, insbesondere braucht sie es sich nicht gefallen zu lassen, dass sie von diesen Kommissionen vollständig ausgeschaltet wird. Redner appellierte deshalb noch mals an die Majorität, sich die Sache nochmals gründlich zu überlegen.

Bmg. Reumann: Der unmittelbare Vorredner habe gesagt, dass man parteipolitische Organisationen nicht dulden könne. Alles, was ins Leben gerufen wird durch die Beschlüsse einer Majorität, hat einen parteipolitischen Anstrich. Das war so, als Sie in der Majorität waren und das ist heute so, wo wir die Mehrheit haben. Es ist daher nicht unbegreiflich, dass in einem gewissen parteipolitischen Sinne die Zusammensetzung der Kommissionen stattfindet. Was die Kommissionen betrifft, so ist damit durchaus kein Novum geschaffen worden. Sie bestehen eigentlich schon und zwar bestehen sie als Wohnungsanforderungskommissionen, die sich gebildet haben, nachdem vorher eine ganze Reihe von Wohnungsanforderungen stattgefunden hat, die wirklich nicht im Interesse der Gesamtbevölkerung gelegen waren. Es waren dies wilde Anforderungen. Und diese wilden Anforderungen in ein System zu bringen, war das eifrigste Bemühen jener Kreise, die sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatten und haben. Wenn Sie fragen, ob diese wilden Anforderungen notwendig waren, so muss ich sagen, dass das, was auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes vorgekommen ist, in der Tat dazu geeignet war, solche wilden Anforderungen hervorzurufen, ja dieselben zu züchten. Es hat ein wahrer Wucher mit Wohnungen stattgefunden. Und das empörte die Arbeiterschaft in solcher Masse, dass sie zur Selbsthilfe griff. Wenn also diese Selbsthilfe eingetreten ist, so haben sie jene Faktoren verschuldet, welche dazu beigetragen haben, dass es zu diesen Zuständen auf dem Wohnungsmarkte gekommen ist. Ich erinnere daran, dass in der letzten Zeit keine leerstehende Wohnung zu bekommen war, wenn man nicht auch die Möbel mitkaufte. Es musste also eine unglaublich hohe Prämie für eine Wohnung gezahlt werden. Und da wundert Sie sich, wenn sich das Proletariat zusammenschliesst und sagt, wir müssen diese Zustände mit aller Wucht bekämpfen und wir verlangen Massnahmen, die bessere Verhältnisse schaffen. Wenn dann ferner gesagt wurde, dass der Arbeiterrat eine ausgesprochene Organisation zum Kampfe für die Diktatur des Proletariates ist, so ist das völlig unrichtig. Wenn die Arbeiterräte eine solche Mission hätten, dann hätten die Arbeiterräte schon längst Gelegenheit gehabt, diese ihre Aufgabe zu erfüllen und zwar zu einer Zeit, wo die Möglichkeit der Erfüllung viel näher gelegen war. Sie haben es aber nicht getan. Es mag möglich sein, dass einmal eine Diktatur notwendig sein wird, aber das ist bisher nicht durchgeführt wurde, war für uns eine Existenznotwendigkeit. Und infolgedessen haben die Arbeiterräte dahin gewirkt, dass für uns eine Situation eingetreten ist, die nun die Existenzmöglichkeit geschaffen hat. In dieser Hinsicht haben sich also die Arbeiterräte weit mehr Verdienste erworben als sämtliche bürgerliche Parteien zusammen. Und jetzt, wo es den Bestrebungen des Arbeiterrates gelungen ist,....

(StR. Dr. Kienböck: Wir sind schon genug durcheinander gerungen. Durch den Arbeiterrat? Das ist auch wieder ein gänzlichem Verkennen der Verhältnisse. (Zwischenruf) StR. Dr. Kienböck hat auch darauf hingewiesen, dass in der Länderkonferenz von Anarchie gesprochen worden sei. Das ist richtig, aber das bezog sich auf die Anarchie in der Verwaltung. Die Handelsverträge z. B. haben nicht die Räte geschlossen, die Abperrung der Länder ist nicht durch die Räte durchgeführt worden, sondern durch die Verwaltung, die Einhebung von hohen Gebühren, von förmlichen Ausfuhrzöllen ist nicht von den Arbeiterräten eingeführt worden, sondern von der politischen Verwaltung. Und diese Leute waren hauptsächlich Angehörige der bürgerlichen Kreise. Und die Räte sind diejenigen, die Massnahmen gegen das, was sich die Verwaltungsleute und die anderen, die ihnen dabei behilflich waren, geleistet haben, forderten. Wenn dann weiter angeführt wurde, dass ein ganzer Eisenbahzug mit Lebensmitteln für Wien aufgehalten wurde, so ist er nicht von Räten aufgehalten worden, sondern von Eisenbahnbediensteten. Gerade auf der Länderkonferenz haben wir gesehen, dass die Anarchie nicht von den Räten heraufbeschrieben wurde, sondern von ganz anderen Leuten. Und das Vorgehen der Räte ist in der Mehrzahl der Fälle zweifellos ein solches, das die weitgehendste Unterstützung finden soll. Sie (zu der Mehrheit gewendet) haben also keinen Grund zu sagen, dass Sie durch unser Vorgehen so verletzt worden sind, dass Sie mit uns nicht mehr arbeiten könnten. Sie haben uns wiederholt den Krieg angekündigt. Ich kann nichts dafür, wenn die Herren Christlichsozialen sich gegenwärtig auf den Kriegspfade befinden, ich kann dagegen nichts machen, aber eine tiefliegende Ursache haben Sie für ihr Verhalten nicht, Sie werden daselbe der Bevölkerung vergeblich zu erklären versuchen.

Was die Aufgabe der Kommissionen betrifft, so haben in der Hauptsache nichts anderes zu tun als eine statistische Aufgabe zu machen, über die Zahl der Wohnungen etc. damit man sieht, ob noch welche vermietbare Wohnungen vorhanden sind. (Zwischenruf: Diese Aufnahmen machen Beamte auch!) Warum sollen wir jetzt auf einmal jemanden ausschalten, der bereits in dieser Angelegenheit eine lange Tätigkeit hinter sich hat. Die Arbeiterräte sind einfach früher aufgestanden als die Herren Christlichsozialen. Auch die Herren Christlichsozialen hätten in Bezug auf die Wohnungsetz schon längst Massnahmen treffen können, sie haben es aber nicht getan. (Zwischenruf: Die Arbeiterräte sind sehr legal gewählte Funktionäre der sozialdemokratischen Partei. Sie werden nunmehr mit den Beamten und den legalgewählten Bezirksräten zusammenwirken, um Feststellungen zu machen wie der Wohnungsmarkt beschaffen ist, um festzustellen, welche Ansprüche von Wohnungen vorhanden sind etc. Diese Aufgabe werden Sie zweifellos in ganz einwandfreier Weise lösen und wir werden ein übersichtliches Bild über die Verhältnisse am Wohnungsmarkt erhalten. Wenn früher gesagt wurde, dass man Behörden allein zu den Erhebungen heranziehen solle, so muss ich sagen, dass sich gerade die Arbeiterräte im Vereine mit den Behörden bei Erhebungen schon ganz besonder bewährt haben. Ich verweise nur auf das Kriegswucherant. Da ist man sogar soweit gegangen, dass man den Arbeiterräten entsprechende Vorträge gehalten hat um sie in der Sache zu informieren und das Zusammenarbeiten der Arbeiterräte mit den behördlichen Vertretern hat überraschende Erfolge gezeitigt. Das Kriegswucherant hat sich zu einer Institution herausgebildet, mit der wir vollauf zufrieden sein können. Gerade durch das Kriegswucherant wurde z. B.

3

Die Anarchie bekämpfend auf den Lebensmittelmärkten zahlreiche anarchoische Zustände - eingedämmt oder ganz ausgeglichen. Es wird die Wahrheit die Verhältnisse und von diesem Gesichtspunkte aus dürfen wir nicht eine solche abrasive Haltung in dieser Frage einnehmen. Ferner würde auch geschildert werden, dass es nicht am Platze sei, wenn städtische Gelder für diese Zwecke aufgewendet werden. Auch ist es unrichtig. Wir haben die Verpflichtung dass städtische Gelder für die Anforderung von Wohnungen aufgewendet werden. Und wenn dann gar von einer freudlosen Aufwendung von städtischen Geldern gesprochen wurde so ist das eine arge Übertreibung. Sie haben sich überhaupt in einer ganzen Reihe von Übertreibungen bewegt und wenn Sie diese Übertreibungen fallen lassen, dann können Sie selbst darauf, dass der Lärm den Sie machen durchaus nicht berechtigt ist. Ich bitte Sie die ganze Angelegenheit objektiv zu prüfen und Sie werden sehen, dass der Vorgang, der da eingehalten wird, ein solcher ist, der im Interesse der gesamten Bevölkerung gelegen ist. Wenn Sie die Sache nicht durch die Parteilinien sich anschauen, wo werden Sie dieselbe für ganz gut finden. Es würde auch behauptet, dass die Zustimmung der Arbeiterräte die Entente gegen uns verschmüpfen werde. Auch das ist zweifellos nicht richtig. Die Entente hat sich um etw. anderes zu kümmern, als um diese Angelegenheit. Also ich bitte Sie sich nochmals die Sache objektiv zu prüfen, und Sie werden dann nicht zur Überzeugung kommen, dass Sie auf die Mitwirkung in der Verwaltung der Gemeinde verzichten müssen, sondern Sie werden sich vielleicht selber sagen, dass Sie stark übertrieben haben.

StR. Dr. Sohen bemerkte in seinen Schlussworten, dass dem Wunsche des StR. Sirotek die Tschechen möchten bei den Wohnungsanforderungen ebenso berücksichtigt werden als die übrige Bevölkerung selbstverständlich Rechnung getragen werden müsse. Wenn dann behauptet worden sei, dass die Arbeiterräte eine illegale Organisation seien, so sei das falsch. In einer Republik gäbe es überhaupt keine illegale Organisation, jede Organisation, welche existiere, sei legal. Zu dem werde durch den heutigen Beschluss des Stadtrates, dass den Kommissionen auch ein Mitglied des Arbeiterrates zugezogen werden solle, dieser Vertreter des Arbeiterrates zu einem legalen Vertreter. Redner wandte sich sodann gegen die Behauptung, dass diese Kommissionen parteilich vorgehen würden. Da bezüglich der Anforderungskommissionen, welche schon seit Wochen intensiv arbeiten, noch keine diesbezügliche Klage eingelaufen sei, so sei dies sicher auch von den jetzt aufzustellenden Kommissionen nicht zu erwarten. Wenn von Seite des StR. Dr. Kienböck behauptet worden sei, dass die Mehrheit des Stadtrates unter dem Diktate des Arbeiterrates stehe, so sei das nicht zutreffend. Dr. Redner habe die Zusammensetzung der

Kommissionen in der vorgeschlagenen Weise mit befürwortet, wo er noch keine Kenntnis von der Meinung des Arbeiterrates gehabt habe. Das man gerade Arbeiterräte zuziehe, das habe seinen Grund darin, dass eben der größte Teil der Bevölkerung zu denselben Vertrauen habe, und man sollte sodann nochmals darauf hinweisen, dass es im Interesse der Gesamtbevölkerung sei, wenn die Kommissionen so und nicht anders zusammengesetzt werden würde, weil es dadurch gelinge, gerade jene Kreise, welche seitens der Bevölkerung das größte Vertrauen genießen in die Verwaltung einzuführen.

Bei der Abstimmung wurde dem von Stadtrate Vaugoin gestellte Antrag, es sei den Kommissionen Arbeiterräte nicht beizuziehen, abgelehnt und der Referentenantrag zum Beschlusse erhoben.

StR. Dr. Kienböck <sup>Bemerkte zu</sup> seinen Parteigenossen: Wir empfehlen uns wir haben hier nichts mehr zu suchen.

Darauf schloß Vorsitzender Dr. Winter die Sitzung.

Erhöhung der Kokepreise In der heutigen Sitzung des Stadtrates kam ein Antrag der Direktion des städtischen Gaswerkes zur Verhandlung, die Kokepreise mit Rücksicht auf die ungeheuerlich gestiegenen Gestehungskosten der Kohle, zu erhöhen und die Direktion zu ermächtigen, bis auf weiteres die notwendigen Anpassungen an die Marktverhältnisse im eigenen Wirkungskreise vornehmen zu dürfen. Der Referent StR. Kreitner führt aus, dass durch die unausgesetzte Wertung der österreichischen Krone die Betriebe in verhängnisvoller Weise betroffen werden. Obwohl die Kohle ein tschechischer Grube nicht teurer geworden sei, stellt sich doch der Meteranstner Koke für das Gaswerk im Monat Oktober auf über 48 Kronen, gegenüber 22 Kronen im Durchschnitt der vorangegangenen drei Monate. Die Ursache liegt einzig und allein darin, daß die tschechische Krone derzeit mit mehr als 3 österreichischen Kronen bezahlt werden müsse. In der Zeit vom 1. Juli bis 31. September hatte das Gaswerk einen Betriebsabgang von zusammen 3 Millionen Kronen, während im Oktober allein ein Defizit von rund 6 Millionen Kronen zu gewärtigen ist. Durch die heute vorgeschlagene Erhöhung des Kokepreises könne hiervon nur ein kleiner Teil heringebracht werden. Die Bevölkerung müsse sich mit einer ausgiebigen Erhöhung der Gaspreise vertraut machen. Der Gemeinderat habe gelegentlich der letzten Regulierung das Gaswerk ermächtigt, in dieser Beziehung den Kohlepreisen entsprechend, die Tarife zu fixieren und es werde davon gelegentlich der nächsten Gasmesserablösung, das ist mit 15. November d. J. Gebrauch gemacht werden. Wenn die Kohlepreise von Oktober als Grundlage genommen werden, würde sich ein Gaspreis von K 2.40 für den Kubikmeter ergeben. Eine derartige Steigerung sei allerdings unmöglich, doch ist ebenso ausgeschlossen, mit einem solchen Riesendeizit fort zu arbeiten. Zumal der Wiener

Teil gegenwärtig unter allfälligen Umständen den Orten der niedrigste ist. In Linz und Salzburg beträgt der Gaspreis 140 Heller, in der Tschechoslowakei sogar gelten weit höhere Preise als hier, so z. B. in Brünn 108 Heller, in Prag, das mitten im Kohlengebiete liegt 100 Heller, was nach den derzeitigen Währungsverhältnissen mehr als 3 österreichischen Kronen entspricht. In Berlin beträgt der Gaspreis 1 Pfennig, in Frankfurt 21 Pfennige. Der Referent macht in diesem Zusammenhange den Stadtrat darauf aufmerksam, daß infolge der Sparmaßnahmen einerseits und der ungeheuren Steigerung der Kohlepreise andererseits alle großen städtischen Unternehmungen in geradem Maße außer Lage sind, einwand für Woche sehr bedeutsame Arbeiten aus Gemeindemitteln erfordern. Bei der Straßenbahn haben die neuen Sparverordnungen, die am 18. Oktober in Kraft getreten sind, verheerend gewirkt. An diesem Sonntag ist ein Rückgang der Einnahmen gegenüber dem letzten Sonntag um fast 300.000 Kronen zu verzeichnen.

StR. Vaugoin wünscht, daß angesichts dieser Darstellung der Minorität die Möglichkeit geboten werde, genaues Einblick zu gewinnen und daß jedenfalls die Gaspreiserhöhung, ungeachtet der seinerzeit erteilten Vollmacht, nicht als vollzogene Tatsache greeted wird.

Der Referent führt in seinem Schlusswort aus, daß das Finanzkomitee bereits für nächste Woche einberufen sei, um sich mit den erforderlichen Maßnahmen zu beschäftigen, die zwar keine Sanierung der Gemeindefinanzen bringen können, aber doch wenigstens ein Durchhalten über die längste Zeit ermöglichen sollen. Wenn die Gaspreise anlangt wird gewiß dem Stadtrat rechtzeitig ein Bericht vorgelegt werden. Die Referentenanträge, die Kokepreise um 40 Kronen und 30 Kronen, je nach den Sorten, zu erhöhen, würden sodann ohne Widerspruch angenommen.

Straßenbahnstationen Wegen einer Straßeneinengung ist das Straßenbahngeleise in der Hausofenkykkastraße nicht befahrbar und werden daher die Züge der Linie 4 bis auf weiteres in der Richtung zum Prater über Ungargasse, Invalidenstraße, Hintere Sollnstraße, Radetzkystraße und Löwengasse geführt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 17. Oktober 1919, Nr. 413.

**Kartoffelabgabe.** Samstag bis Dienstag werden 16. bis 20. Bezirk italienische Kartoffeln zum Preise von K 3.56 per kg, im 21. Bezirk inländische Kartoffeln zum Preise von K 1.80 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „P“ der Kartoffelkarte abgegeben. Ausserdem werden in den Bezirken 1, 3, 4, von Samstag bis Dienstag italienische Kartoffeln gegen Abtrennung des Buchstabens „Q“ der Kartoffelkarte abgegeben.

**Die Neubildung der Frauenarbeitskomitees.** Bgm. Reumann hat an die Bezirksvorsteher nachstehendes Schreiben erlassen: Es ist mir bekannt, daß die Frauenarbeits-Komitees, denen während des Krieges einige wichtige Fürsorgezweige übertragen waren, in einzelnen Bezirken nurmehr unvollständig zusammengesetzt sind, in anderen ihre Tätigkeit schon ganz eingestellt haben. Ich richte daher das Ersuchen, unverweilt die Neubildung des Frauenarbeits-Komitees in der Weise durchzuführen, daß hierbei auf das Parteiverhältnis in dem Bezirke angemessene Rücksicht genommen wird. Die Durchführung der Neubildung wolle der Fürsorgezentrale, Neues Rathaus, mitgeteilt werden.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 17. Oktober 1919, Nr. 414.

**Beginn des Baues der Kriegswohnhäuser.** StR. Siegl (Soz. Dem.) berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über die letzten noch zur Vervollendung gelangenden Arbeiten für die Siedlung Schnell der Kriegswohnhäuser. Nachdem nunmehr alle noch ausstehenden Beschlüsse des Stadtrates gefasst sind, wird am Montag nächster Woche der erste Spatenstich in dieser so hochbedeutenden Arbeit getan werden.

**Ein Aufruf an die Bevölkerung und das Parlament Amerikas.** StR. Täubler, Dreitner, Schorsch, Seidel, Dr. Grün, Siegl, Weigl und Müller stellten in der heutigen Stadtratsitzung folgenden Dringlichkeitsantrag: Wien steht vor einer fast unabwendbaren Katastrophe, wie sie gleich grauenvoll nie zuvor eine Großstadt betroffen hat und die unter Auflösung der ganzen sozialen Ordnung Hunderttausende mit dem Tode bedroht. Diesen furchtbaren Zusammenbruch vermögen wir aus eigener Kraft nicht abzuwenden. In diesem Winter sind wir unbedingt noch auf fremde Hilfe angewiesen! Wenn irgendjemand, so ist Amerika in der Lage, uns Rettung zu bringen. Es ist kein Zweifel, dass das amerikanische Volk, wenn es nur wirklich weiss, was für Wien auf dem Spiele steht, unserem Untergang nicht untätig zusehen wird. In Erwägung dessen stellen die Gefertigten den Antrag, die Gemeinde Wien möge sich unverzüglich mit einem Aufruf an die Bevölkerung und das Parlament von Amerika mit der Bitte um Hilfe wenden.

Zu dem Antrage, den einstimmig die Dringlichkeit zugesprochen wurde, sprach, nach dem StR. Täubler das Referat hierüber übernommen hatte, StR-Dr. Scheu und Bgm. Reumann, der mitteilte, dass dieser Notruf bereits in die Wege geleitet wurde. Bgm. Reumann erklärte, dass er schon dafür vorgesorgt habe, dass in allen amerikanischen grösseren Blättern ein solcher Aufruf vertreten wird und dass auch eine Anzahl anderer Massnahmen sich in Vorbereitung befindet. Der Antrag selbst wurde hierauf angenommen.

**Die neue Sparverordnung für die Verwendung des elektrischen Stromes in Haushaltungen.** Während die bisher in Kraft gestandene Vollzugsverordnung der n. B. Landesregierung die Verwendung des elektrischen Stromes in Haushaltungen

nur für Beleuchtungszwecke eingeschränkt, so daß elektrische Kochapparate, Bügeleisen u.s.w. ohne Beschränkung verwendet werden konnten, setzt die neue Vollzugsanweisung, die am 12. d.M. in Kraft getreten ist, für private Haushaltungen die täglich zulässige Gesamtstromverbrauchsmenge fest, mit welcher nicht nur für Lichtzwecke, sondern auch für alle übrigen Haushaltzwecke das Auslangen gefunden werden muß. Es ist somit in dieser Höchstverbrauchsmenge auch der Stromverbrauch von Kochapparaten, Bügeleisen, u.s.w. enthalten, gleichgiltig ob diese Apparate an den Lichtzähler angeschlossen sind, oder ob für dieselben ein eigener Zähler vorhanden ist. Die in der Vollzugsanweisung für Haushaltungen festgesetzte Höchststromverbrauchsmenge beträgt bis zum 15. November 1919 2 Hektowattstunden pro Tag, vom 16. November 1919 bis 31. Jänner 1920 2.7 Hektowattstunden pro Tag und vom 1. Februar 1920 an wieder 2 Hektowattstunden pro Tag. Da eine 25-kerzige Metalldrahtlampe 0.3 Hektowattstunden pro Stunde verbraucht, so kann mit der bis zum 15. November 1919 zugewiesenen täglichen Stromverbrauchsmenge von 2 Hektowattstunden 1 solche Lampe täglich rund 6 1/2 Stunden oder 2 derartige Lampen täglich 3 1/4 Stunden und mit der ab 16. November 1919 zugewiesenen täglichen Stromverbrauchsmenge von 2.7 Hektowattstunden eine derartige Lampe täglich 9 Stunden und 2 derartige Lampen täglich 4 1/2 Stunden benützt werden. Falls aber noch andere Verbrauchseinrichtungen vorhanden sind, so muß natürlich die Beleuchtungsdauer entsprechend vermindert werden. Bis zum 15. November 1919 dürfen monatlich 60 Hektowattstunden per Haushalt verbraucht werden, welche bei dem derzeit gültigen Strompreis von 22 h pro Hektowattstunde K 13.20 ohne Zählermiete kosten. Die ab 16. November 1919 bis 31. Jänner 1920 zulässige Höchststromverbrauchsmenge von 2.7 Hektowattstunden pro Tag entspricht einem monatlichen Stromverbrauche von 81 Hektowattstunden für welche K 17.82 ausschliesslich Zählermiete berechnet werden. Eine Erhöhung der festgesetzten Höchststromverbrauchsmengen ist nur dann zulässig, wenn ein Teil der Wohnung für Berufszwecke verwendet wird, wie dies bei ausübenden Aerzten, Heimarbeitern u.s.w. vielfach der Fall ist. In diesen Fällen muß aber die Erhöhung der zugelassenen Höchstverbrauchsmenge, soweit dies nicht bereits erfolgt ist, von der Behörde genehmigt werden. Die bezüglichen Gesuche sind mit einem 2 K Stempel versehen an die Polizeidirektion (Kriegswucheramt) zu richten. Die Elektrizitätswerke sind laut Vollzugsanweisung streng verpflichtet, bei jeder Ueberschreitung der festgesetzten Höchststromverbrauchsmenge die betreffende Anlage auszuschalten. Bei grösseren Ueberschreitungen erfolgt auch die Verhängung einer Geld- oder Arreststrafe durch die Polizeidirektion.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung, am 17. Oktober 1919.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Gesendet haben: Mattali Ohrenstein, Privatbeater, für die Armen des IX. Bezirkes 100 K, Isak Ohrenstein, Reisender, für die Armen des IX. Bezirkes 50 K, Kaufmann Heinrich Mast, derzeit Wien für die Armen Kinder Wiens 300 K, Firma Anton Entsch, für die Armen des XX. Bezirkes 500 K und die Firma Wilhelm Fleisch & Söhne, für die Armen des V. Bezirkes 5.732 K 80 h.

Auf eine Anfrage des StR. Dr. Glasauer (chr. ser.) in der letzten Sitzung wegen Einmündung des städtischen Kutschers Josef Graf in seiner Eigenschaft als Arbeiterrat bei der Vornahme einer Delegation teilt der Bürgermeister mit, dass sich der Vorfall in mancher Beziehung anders abgespielt hat, als in der Anfrage geschildert wird. Die Intervention Graf's hatte zunächst nur den Charakter einer gütlichen Vermittlung, um der Partei, die die Wohnung bereits 21 Jahre inne hatte und der aus geringfügigen Anlasse gekündigt worden war, noch die kurze Zeit die Besetzung dieser Wohnung zu sichern. Richtig ist, dass Graf das Einschreiten der Volkswehr veranlasst hat. Unrichtig ist aber, dass Graf bei der Intervention der Volkswehr anwesend war. Die Delegation endete damit, dass der Eigentümer des gegenüberliegenden Hauses die auf der Strasse stehenden Mobilien der delegierten Partei über Ersuchen des Arbeiterrates in sein Haus nahm. Die ganze Angelegenheit folgt wieder, dass bei dem gegenwärtigen

den Notstande Kündigungen und Delegationen nach Möglichkeit zu vermeiden sind, dass sie geeignet erscheinen, zu unliebsamen Auftritten in der Öffentlichkeit zu führen und die herrschende Aufregung noch zu steigern.

Eine Interpellation des StR. Wagnin (chr. ser.) aus der letzten Sitzung betreffend die Revision des Bezirksvorstehers Schimon in Beisein von vier Arbeiterräten im Jubiläumsspitale beantwortet der Bürgermeister wie folgt: Nach den gepflogenen Erhebungen hat der Bezirksvorsteher Schimon die in der Anfrage erwähnten Erkundigungen im Spital der Stadt Wien in seiner Eigenschaft als Bezirksvorsteher des 13. Bezirkes ein und war hierbei nicht von vier Arbeiterräten, sondern von zwei Bezirksräten, dem Obmann des Bezirksarbeiterates Hietzing und einem Funktionär der organisierten Gemeindefunktionisten von Spiesing begleitet. Zur Einsetzung der Erkundigungen war der Bezirksvorsteher ohne weiteres berechtigt, da ihn in seiner Eigenschaft auch die Beaufsichtigung der städtischen Kranken- und Humanitätsanstalten des Bezirkes zugewiesen ist. Nach der Geschäftsordnung sind die Mitglieder der Bezirksvertretung verpflichtet, sich allen Anverrichtungen zu unterziehen, die ihnen vom Bezirksvorsteher übertragen werden, und ihn jede Unterstützung zu gewähren. Daraus geht hervor, dass der Bezirksvorsteher auch berechtigt ist, Bezirksräte zu seinen eigenen Anverrichtungen zur Unterstützung beizuziehen. Im übrigen werde ich dem Bezirksvorsteher aufmerksam machen, dass es ausserhalb seines Wirkungskreises gelegen ist, zu solchen Erhebungen anstufende oder solche Personen beizuziehen, die der Bezirksvertretung nicht angehören.

In Beantwortung einer Anfrage des StR. Kunschak aus einer der letzten Sitzungen verliest Bürgermeister Reumann folgende ihm zugekommene Zuschrift des Landeshauptmannes von Niederösterreich:

Zu der mir mit dem geschätzten Schreiben von 27. 9. 1919, Pr.-Z. 19041 übermittelten Anfrage des Gemeinderates Kunschak beehre ich mich folgendes mitzuteilen: Die schweren Schäden, welche der einheimischen Bevölkerung Wiens aus dem Aufenthalte zahlreicher fremder Elemente in Wien erwachsen sind, haben die niederösterreichische Landesregierung zu weitgehenden Massnahmen veranlasst, die den Zweck verfolgen, Wien und das übrige Niederösterreich von jenen Fremden zu befreien, die hier, zum grossen Teile ohne hinlänglichen Grund, Aufenthalt genommen haben und von unseren geringen Vorräten zehren, Wohnungen besetzt halten und Arbeitsgelegenheit wegnehmen. Wie bekannt, hat die n.ö. Landesregierung schon vor Monaten für Personen, die in Niederösterreich weder heimatsberechtigt sind, noch hier ihren ständigen Wohnsitz haben, die Berechtigung zum Aufenthalte in einer Gemeinde Niederösterreichs an eine besondere Aufenthaltsbewilligung gebunden. Schon diese Massregel hat den Zustrom von Fremden nach Wien und Niederösterreich erschwert. Mit der Zurechnung der n.ö. Landesregierung vom 9. September l. d. wurde dann in radikaler Weise an die Entfernung der Fremden geschritten und es kann konstatiert werden, dass diese Massregel schon nach kurzer Zeit einen nicht zu unterschätzenden Erfolg brachte. Gegen die Zurückgebliebenen wird nun mit aller Strenge vorgegangen und deren Entfernung in Zwangswege betrieben werden. Den stellen sich wohl gewisse Schwierigkeiten in den Weg, wie die Feststellung jener zahlreichen Elemente, die sich der Kontrolle zu entziehen trachten, die ungünstigen Verkehrsverhältnisse, welche einen raschen Abtransport der zahlreichen Ausgewiesenen erschweren, die grosse Zahl der Personen, welche unter Aufklärung stichhaltiger erscheinender Gründe um Aufenthaltsbewilligung ansuchen, Gründe, die erst einer sorgfältigen und nachprüfenden Ueberprüfung bedürfen. Ich wiederhole jedoch, dass schon jetzt ein ansehnlicher Teil der Fremden Wien, bzw. Niederösterreich verlassen hat und dass auch weiterhin mit einem befriedigenden Fortschreiten der Aktion zu rechnen ist.

Schriftführer StR. Jorda verliest den Büllet.

GR. Wrttger (Deutschnational) fragt, ob der Bürgermeister in die zur Lösung der tschechischen Schulfrage in Wien einzusetzende Kommission auch deutschnationale Vertreter des Gemeinderates bzw. Vertreter des deutschen Volkerrates für Wien berufen wolle und wann dies bisher nicht geschehen ist.

Bgm. Reumann: Nach dem Stadtratsbeschluss vom 15. ds. sollen die bezirksweisen Erhebungskommissionen aus Vertretern der Schulbehörden, der deutschen Parteien und der tschechischen zusammengesetzt sein. Es ist daher nicht von Vertretern der christlichsozialen Partei allein die Rede. In übrigen wird die Zusammensetzung dieser Kommission von der Regierung und nicht von der Gemeinde bestimmt werden.

GR. Prochaska (Deutschnational) weist darauf hin, dass dem Pensionisten der Nordbahn Laurenz Fischer, einen gebürtigen Wiener, von der Bezirksvertretung Leopoldstadt die Aufnahme in den Wiener Heimatsverband, obgleich er einen zehnjährigen Aufenthalt in Wien nachweisen konnte, verweigert wurde und fragt, was der Bürgermeister zu tun gedanke, um für die Zukunft solcher ungerechtfertigter Abweisungen zu verhindern und ob er die Bezirksvertretung belehren wolle, bei Ansuchen von Einbürgerungen nach den gesetzlichen Bestimmungen vorzugehen und parteiliche Einflüsse auszuschalten.

Bgm. Reumann: Ueber das Ansuchen ist im Heimatsrechtsausschuss noch nicht entschieden worden. Fischer ist erst seit 2. Juli 1910 in Wien gemeldet und kann daher noch nicht den zehnjährigen Aufenthalt in Wien nachweisen. Zu einer Belehrung der Bezirksvertretung liegt unsoweniger ein Anlass vor, als über die Ansuchen um freiwillige Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband einzig und allein der von Gemeinderat gewählte Ausschuss nach freiem Eressen zu entscheiden hat. Die Bezirksvertretungen haben bloss ein Antragsrecht.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) fragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre für die Regelung des Strassenverkehrs und die Gewährleistung der Sicherheit der Fussgänger an den in Betracht kommenden Stellen zu intervenieren.

Bgm. Reumann: Laut Verordnung betreffend die Erlassung Sicherheitspolizeilicher Bestimmungen für den Betrieb von Kraftfahrzeugen darf die Geschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften nicht grösser sein als 15 km pro Stunde und muss bei ungünstigen Verkehrsverhältnissen sogar auf 6 km gemässigt werden. Auch dürfen in Ortschaften mit stadtratlicher Verbaumung blendende Scheinwerfer nicht verwendet werden. Die Handhabung und Ueberwachung dieser Bestimmungen fällt in den Wirkungskreis der Polizeibehörde. Der Magistrat hat in dieser Sache wiederholt Zuschriften an die Polizeidirektion gerichtet und liegt der Hauptbestand in der mangelhaften Ueberwachung der Vorgänge auf der Strasse; es stehen angeblich zu wenig im Strassenpolizeidienst ausgebildete Mannschaften zur Verfügung. Der Magistrat wird neuerlich eine dringende Zuschrift an die Polizeidirektion im Sinne der Anfrage richten.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) bespricht in einer Interpellation die in Post, Telegraphen- und Telefonbetriebe herrschende Anarchie und fragt, ob der Bürgermeistergeneigt wäre, beim Kabinettsrate unter Hinweis auf die ungesunde Bedeutung geordneter Post-, Telegraphen- und Telefonverhältnisse zu den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Wien vorstellig zu werden und eine Aenderung des gegenwärtigen unhaltbaren Zustandes energisch zu fordern.

Bgm. Reumann: Ich stimme den Ausführungen des Fragestellers vollkommen bei und werde seinem Wunsche entsprechend bei der Regierung vorstellig werden.

GR. Rudolfine Fleischner (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass die Kohlenhändler des Distriktes sich weigern, neue Rayonierungen zu übernehmen und dass sie auch die schriftlichen Zuweisungen der Parteien durch die Polizei nicht beachten und fragt, was der Bürgermeister zu tun gedanke, um dieser unsozialen Handlung der Kohlenhändler zu begegnen.

Bgm. Reumann: Der Kleinkohlenhandel ist verpflichtet, Kunden zur Belieferung anzunehmen. Falls eine Weigerung vorliegt erfolgt eine zwangsweise Zuweisung. Weigerungen der Kohlenhändler zur Uebernahme sind bisher nicht gemeldet worden. Ich habe auf Grund der Anfrage die Genossenschaft der nichtprotokollierten Händler mit Brennmaterialien beauftragt, ihren Mitgliedern die Verpflichtung zur Annahme der zwangsweise zugewiesenen Kunden entsprechend in Erinnerung zu bringen.

GR. Gabriele Walter (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, dass an allen Volksschulen mit Abschlussklassen und an den Bürgerschulen an jene Schülerinnen Koche- und Haushaltungsunterricht erteilt werde, welche im laufenden Schuljahr schulfähig werden und dass dieser Unterricht an schulfreien Nachmittagen angesetzt werde.

Bgm. Reumann: Zu dieser Frage müssen in erster Linie die Schulbehörden Stellung nehmen. Ich werde die Anfrage als Antrag behandeln und sie dem Bezirksschulrat übermitteln.

GR. Gabriele Walter (chr. soz.) interpelliert wegen Orientierung je einer sechsten Volksschulklasse für Knaben und Mädchen nach Bedarf in jedem Bezirke.

Bgm. Reumann: Auch zu dieser Frage müssen die Schulbehörden Stellung nehmen. Ich werde diese Anfrage als Antrag behandeln und den Bezirksschulrat übermitteln.

GR. Bratner (deutschnational) weist darauf hin, dass sich viele Ostjuden durch Bestechung von Konstriptionsamtsbeamten ihre Heimatszuständigkeit erwarben und fragt, ob der Bürgermeister gewillt ist, sämtliche Eingebildungen, die Ostjuden seit dem 1. Jänner erwarben, eingehend zu untersuchen und solche, welche die Heimatszuständigkeit auf unkorrekte Weise erwarben, des Wiener Heimatsrechtes verlustig zu erklären und in ihre ursprüngliche Heimat sofort abzuschleusen.

Bgm. Reumann: Der Konstriptionsamtskommissär Kreuzberger, der seit 17. September wegen Verdachtes des Verbrochens des Missbrauches der Amtsgewalt vom Dienste suspendiert und verhaftet ist, ist geständig gegen 20 Heimatscheine, ferner Auszüge aus der Gemeindegamtrik und Staatsbürgerschaftserklärungen gefälscht zu haben. Eine Ueberprüfung sämtlicher seit dem 1. Jänner 1910 an Ostjuden erfolgten Verleihungen des Heimatsrechtes wäre nur durch einer Perilustrierung des Katasters der Einheimischen und Requisition der Heimatsrechtsakten durchführbar, eine Arbeit, die einen bedeutenden Aufwand an Personal und Zeit - der Kataster der Einheimischen enthält ungefähr 900.000 Katasterblätter - erfordern würde. Die gefälschten Dokumente wurden in der Mehrzahl der Fälle den Parteien bereits abgenommen und es wird wegen Auserkraftrsetzung des ungerechtfertigt erworbenen Staatsbürger- und Heimatsrechtes das Erforderliche veranlasst. Uebrigens dürfte das gerichtliche Verfahren volle Klarheit in die Sache bringen.

GR. Körber (chr. soz.) weist darauf hin, dass im Strassenbahnhof Vorgartenstrasse an das Personal das Mittenbrot um K 2.56 abgegeben wird, während der Höchstpreis K 2.40 beträgt und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass dieser Preis auf den Höchstpreis herabgesetzt wird.

Bgm. Reumann: Das Mittenbrot wird stückweise abgegeben. Abgesehen von der Mehrarbeit des Brotteilers und den dadurch entstehenden Verlustes ist es praktisch unmöglich den sechsten Teil von K 2.40, das sind 15 h für das Stück einzubehalten. Die Strassenbahn gibt täglich 15.000 Stück Brot aus und könnten nicht ebensoviele einzelne Heller zum Herausgeben aufgebraucht werden.

GR. Körber (chr. soz.) sagt, dass in der Lebensmittelstalle der Strassenbahn Vorgartenstrasse dem Personal beim Einkauf von Konsumartikel unter der Post „Diverses“ verschiedene Beträge in Abzug gebracht werden, was bei einem grossen Teil des Personales Pönalstrafungen hervorruft. Der Interpellant fragt, wie hoch sich die bis heute unter dieser Post dem Personal abgeforderten Beträge belaufen, für welche Zwecke sie bestimmt sind und ob diese Praxis auch auf den anderen Bahnhöfen geübt wird.

Bgm. Reumann: In den Verkaufsstellen der Strassenbahnen werden unter „Diverses“ keine Beträge in Abzug gebracht. In der Verkaufsstelle Vorgartenstrasse wurde in einer der vergangenen Wochen Irrthümlich für etwas ein geringerer Betrag eingezogen als vorgeschrieben war. Damit der Verkaufsstellenleiter nicht den Schaden tragen musste, hatte er jeden Kunden in der folgenden Woche den Preisunterchied unter „Differenz“ abgezogen.

GR. Kayner (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister die Pachtdauer der bestehenden Weingärten auf 10 Jahre und bei neu anzulegenden auf 20 Jahre ausdehnen wolle und ob er veranlassen wolle, dass Pachtgründe in Neustift am Wald und Salmannsdorf nur an Bewohner und an wirkliche Weinbauer vergeben werden.

Bgm. Reumann: Mit Ausnahme von drei Weingärten sind alle in Salmannsdorf und Neustift gelagerten städtischen Gründe an in Wärdung wohnhaften Personen verpachtet. Ein Antrag auf eine bestimmte Anzahl von Jahren der Verpachtung kann nicht gestellt werden, weil wegen der Kürze der Zeit eine Anfrage bei den Fachorganen unmöglich war.

GR. Dr. Bährlich (jüd. nat.) fragt an ob das Projekt des Baudirektors Dr. Karplus wegen Herstellung von Dachwohnungen, das den Stadtrat schon seit längerer Zeit beschäftigt, geeignet ist, bereits in Erwägung gezogen und ob es durchführbar sei. Insbesondere ob mit dem Staatsamt für Finanzen Verhandlungen wegen der Steuerfreiheit solcher neuer Wohnungen eingeleitet wurde.

Bgm. Reumann: Der Stadtrat hat mit dem Beschluss vom 29. August die Nutzbarmachung von Dachbodenräumen zu Wohnungszwecken beschlossen und wurde in Ausführung dieses Beschlusses an das Staatsamt für soziale Fürsorge das Ersuchen gestellt, die Bewilligung zu erteilen, Wohnungen in Dachböden unter gewissen Voraussetzungen errichten zu können. Eine Erledigung in dieser Angelegenheit ist noch nicht erfolgt.

GR. Klinesch (Tscheche) fragt in einer Anfrage, dass dem Vorkämpfer des Vereines „Konensky“ die amtlichen Einkaufs- und Rekrutenscheine für Lebensmittel verweigert wurden und fragt, ob der Bürgermeistergeneigt wäre, die untergeordneten Organe anzuweisen, dass sie gegenüber der tschechoslovakischen Bevölkerung unparteiisch vorgehen.

Bgm. Reumann: Es ist selbstverständlich, dass die städtischen Organe sich gegenüber allen Parteien ohne Unterschied der Nationalität vollkommen objektiv und unparteiisch zu verhalten haben. Es sind mir auch Fälle, in denen es nicht geschehen wäre, bisher nicht bekannt geworden. Ich werde die in der Anfrage angeführten Fälle erheben lassen und dann das entsprechende verfügen.

GR. Klinesch (Tscheche) sagt, dass die sogenannten Volkslieder und Humoristen das Publikum nicht anders amüßigen können, als durch Verapottung und gemeine Beleidigung der tschechoslovakischen Nation und seiner Führer und dass schmäliche und ordinäre Lieder gedruckt und verkauft werden. Er fragt, ob der Bürgermeister diese Tatsache bekannt ist und ob er geneigt wäre, die angeführten Tatsachen in Zukunft zu verhindern. Weiter ob er geneigt ist, zu wirken damit weitere Beleidigungen des höchsten Repräsentanten des Nachbarstaates nicht ohne Strafe bleiben.

Bgm. Reumann: Mir sind die von Fragesteller angeführten Umstände nicht bekannt. Die Aufsicht in den öffentlichen Unterhaltungsalokalen wie nicht minder die Ausübung der Presspolizei steht in Wien der Staatspolizei zu. Ich selbst kann mich nicht als Zensurbehörde für Gassenhauer und Volksliedlieder etablieren. Nach meiner Meinung aber darf man aber nicht so feinfühlig sein, wenn man in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung die Wiener in einer solchen Weise beschimpft, wie es hier geschehen ist.

GR. Klimes (Tscheche) interpellierte wegen Schikanierung böhmischsprechender Personen auf der Strassenbahn.

Bgm. Reumann: Die in der Anfrage geschilderten Vorfälle sind mir unbekannt geblieben und könnte ich sie in Interesse des guten Rufes der Stadt Wien und seiner Bevölkerung nur auf das tiefste bedauern. Der erfriedliche und gutmütige Charakter der Wiener Bevölkerung, die sich seit jeher mit den Angehörigen aller Nationen auf das Beste vertragen hat, wird sie trotz aller Leiden der gegenwärtigen Zeit auch in Zukunft davor bewahren, diesen guten Rufe durch unüberlegte Taten zu schädigen. In übrigen wäre es nicht gerechtfertigt aus einzelnen Vorkommnissen einen allgemeinen Schluss zu ziehen.

GR. Goldmann (Pat.-Dem.) interpellierte wegen der Befreiung der Arbeiterräte zu den Wohnungsaufbaukommissionen und fragt, ob der Bürgermeister den gestrigen Stadtratsbeschluss rückgängig machen und in Einvernehmen mit allen Parteien des Gemeinderates an die Zusammensetzung der Wohnungskommissionen schreiten wolle.

Bgm. Reumann: Wir haben heute Gelegenheit über die Sache zu sprechen da sich das Referat auf der heutigen Tagesordnung befindet, wodurch auch dem Herrn Antragsteller Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben ist.

GR. Schmalzer (chr.-soz.) beantragt die Umplasterung und Ausbesserung der Kaiser-Ebersdorferstrasse.

GR. Haider (chr.-soz.) beantragt allen Strassenbahnern, die einen Tagelohn von weniger als 15 K erhalten, diesen auf 15 K zu erhöhen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

GR. Dr. Scheu (Soz.-Dem.) referiert über die gestern von Stadträte beschlossene allgemeine Wohnungsaufnahme in Wien und bespricht die Tätigkeit der Aufnahmekommissionen, die Besetzung der Mitglieder derselben und ihre Zusammensetzung. Was die Beziehung der Arbeiterräte zur Kommission betrifft, so weist der Referent darauf hin, dass die Organisation der Arbeiterräte der Natur nach eine Organisation der Konsumenten darstellt, denjenigen Teil, dessen Bedürfnisse in erster Linie befriedigt werden müssen. Die Wohnungsaufnahmekommissionen seien dazu berufen, sozusagen die Parteinteressen der Unbefriedigten, wohnungsuchenden Menschen zu erfüllen. Überall wo es sich um Interessen grosser Kreise handelt, muss auf den Grund gegangen werden und es muss die Volkskraft in den Dienst der Sache gestellt werden. Dies könnte kaum besser dadurch geschehen, als dass man jene Gruppen der Bevölkerung, die sich selbst eine Organisation geschaffen haben, die gut funktioniert, zur Mitarbeit heranzieht. Die Arbeiterräte haben sich auf dem Gebiete der Verpflegung selbst eine Aufgabe gestellt und sie auch gelöst, bis die Behörden darauf gekommen sind, dass man diese Kräfte der Allgemeinheit nutzbar machen muss. Die Verwendung der Arbeiterräte ist auch auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge kein Novum. Die Arbeiterräte antworten schon seit Monaten in den Wohnungsaufbaukommissionen und es ist über ihre dortige Tätigkeit noch nicht die geringste Klage geführt worden. Die sogenannten wilden Kommissionen von Arbeiterräten haben in diesen Anforderungskommissionen nichts zu tun. Denn dies sind jene Kommissionen, die von Bürgermeister eingesetzt wurden. Der Referent glaubt, daher den Arbeiterräten die ihnen zugehörigen Aufgaben ruhig überweisen zu dürfen, umso mehr als ihre Mitarbeit das Vertrauen bei der Bevölkerung bedeutend erhöhen wird, da man nicht weiss, welchen praktischen Wert die Aufnahmekommissionen haben werden. Es ist notwendig, dass bei der Wohnungsaufnahme jene Kreise der Bevölkerung mitwirken, die das grösste Interesse daran haben, dass so gesandhandelt wird, dass das Ergebnis für die notleidende Bevölkerung ein möglichst günstiges ist. Und wir selbst, sagt der Referent, haben Vertrauen zu den Arbeiterräten, wir stehen nicht auf dem Standpunkte, dass wir alles in die Hände der Bürokraten legen. Denn es gibt gewisse Aufgaben, für die diese unge-

eignet sind. Und es wäre ein Fehler, wenn wir die Energie, die in den Arbeiterräten ist, nicht ausnützen würden.

GR. Dr. Schwarz-Kilian (Demokrat): Auch ich bin für eine Beteiligung des Wohnungsaufbauers in Wien. Ich stimme dem Referenten gerne bei, wenn er sagt, dass die bisherige Art der Kenntnisschaffung von Leihen oder nicht genügend besetzten Wohnungen nicht die richtige war. Bisher ist die Hauptsache als Quelle hiervon die Denunziation gewesen, nicht das Mitläden für den Nebensachen, sondern Hass und Neid, menschliche Triebe, die nicht die allerschönsten sind. Soweit gehe ich mit dem Referenten. Doch befinden sich im Referate Punkte, mit denen ich in Gegensatz stehe und die ich anführen und begründen will. Vor allen bin ich, davon hat aber der Referent nichts erwähnt, der Meinung, dass der Gemeinderat nicht berechtigt ist, allein eines der wichtigsten Staatsgrundgesetze ein festgelegtes Recht der Gesamtheit der Bevölkerung, das Hausrecht aufzuheben. Ich stimme mit dem Referenten ein, dass das Hausrecht in diesem Falle beschränkt und teilweise aufgehoben werden soll. Ich verlange aber, dass ein so wichtiges Recht, denn das Gesetz hierüber stammt aus dem Jahre 1876 und ist im R.G.Bl. Nr. 142 enthalten, nicht durch die Gemeinde oder durch die Landesverwaltung, sondern nur einmütig allein von Parlamente oder von der Nationalversammlung abgeändert werden darf. Dazu war Zeit genug. Das allein wäre Grund genug, gegen das Referat zu stehen. Nun will ich auf das zweite Referat des Dr. Scheu übergehen und ich bedauere nur, dass dieses nicht unter einem mit dem vorliegenden zur Beratung kommt. Was ist mit jenen Wohnungen, die von staatlichen und anderen Behörden, insbesondere von Kriegswirtschaften in Anspruch genommen werden. Ich habe darüber schon einmal den Herrn Bürgermeister gefragt. Seinezeit gab es in Wien Behörden, die sich auf Ungarn und über die Reichslande erstreckten, jetzt sind wir ein Staat von ganz geringen Umfangs. Da muss daher der einfache Staatsbürger denken, dass mit diesen Behörden endlich einmal der Abbau begonnen werde, dass man die Beamten und die Anteräume selbst auf das Minimum reduzieren soll. Die Antwort, die ich damals vom Herrn Bürgermeister erhielt, ging dahin, dass über 1200 Zimmer von den Kriegskütern benutzt werden und noch nicht alle Hotels und Wohnungen zurückgegeben wurden, wobei zu befürchten ist, dass wir noch ganz zugrunde liquidiert werden, wenn die Liquidierung so langsam weiter geht. Wir haben in manchen Gassen noch 4 Stock hohe Häuser, die im Laufe des Krieges in Anspruch genommen werden, wo man heute noch nicht weiss, was man darin macht. Ich bin ganz abgesehen von allen politischen Motiven nicht sehr davon entzückt, dass wiederum eine derartige Masse aufgebaut wird, von aktiven und neu engagierten Beamten, das die ganze Wiener Häuslichkeit der Wiener einer Perlustringierung unterworfen wird. Man hätte die Wohnungsaufnahme auch in anderer Weise vollziehen können und zwar auf Grund des Archives des Domanes und mit Rücksicht auf die vorhandenen Meldedaten. Jetzt kommen Kommissionen, die die Wohnungen zu registrieren haben und Mitteilungen zu machen haben, inwiefern sich Wohnungen aufteilen lassen. Aus dem Referate haben wir gehört, dass die Kommissionen als Leiter einen Beamten oder einen Lehrer erhalten. Es werden Beamte Leiter von Kommissionen sein, die fachlich von der Sache nichts verstehen. Dadurch behaupte ich, wird diese Wohnungsaufnahme einen grossen Teil ihrer Bedeutung verlieren, weil sie ein Material bringen wird, das ungenügend ist. Deshalb ich für einen Fehler. Die Wohnungsaufnahme wird schon aus dem Grunde im Vergleich mit den Kosten nicht jenen Erfolg bringen, welchen wir gerne haben wollen und den ich wünsche. Und jetzt komme ich auf einen Punkt, der in den letzten Tagen in Versammlungen, in den Zeitungen und gestern im Stadtrate den Grund zu heftigen Auseinandersetzungen bildete, das ist die Zusammensetzung der Kommissionen. Dass was wir von jeder Verwaltung verlangen, ist, dass sie vollkommen gerecht ist. Sie ist es aber nur dann, wenn jeder

daran einen Anteil und die Möglichkeit hat, dass seinen speziellen Interessen Rechnung getragen wird. Diesen Grundsatz des beiderseitigen Hörens vermisste ich bei diesen Kommissionen. Kollege Scheu hat zwar davon gesprochen, dass ein Moment der neuen Demokratie das Prinzip sei nicht nur die Bürokraten sondern auch die lebendige Kraft des Volkes zur Mitarbeit heranzuziehen. Auch damit bin ich einverstanden, insofern die nicht bearbeiteten Personen keine Entscheidungen zu fällen haben. Aber Kollege Scheu hat auch den Umstand vertreten, dass ein Mitglied der Kommission ein Arbeiterrat sein muss. Ich beabsichtige nicht, die Frage der Vor- und Nachteile der Arbeiterräte zu untersuchen. Ich stelle aber fest, dass diese ein Vertreter der Parteiorganisation sei, Vertreter von Bevölkerungsschichten mit einer bestimmten Politik. Sie nennen ja nur solche Leute als Arbeiterräte, welche sich zu einer bestimmten Parteirichtung bekennen. Das zweite Mitglied soll ein Mitglied der Bezirksvertretung sein. Wir wissen ja, wie die Zusammensetzung in den Bezirksvertretungen heute ist, und so kann sich der Fall ereignen, dass ein solches Mitglied der Bezirksvertretung selbst Arbeiterrat, ein Mitglied derselben politischen Partei ist, so dass 2 Arbeiterräte neben dem Leiter fungieren. In einer demokratischen Republik aber müssen alle Parteien zu Worte kommen, in einer demokratischen Republik muss das Recht und die Möglichkeit, mitzuarbeiten allen gleich gewahrt werden. Durch die Vorlage aber wird dieses Recht verletzt. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch ein grosser Teil des Mittelstandes leidet unter der Wohnungsnot, vielleicht noch viel ärger als die Arbeiter. Wenn rechtlich entschieden werden soll, so muss eine gleichmässige Zusammensetzung der Kommissionen erfolgen. Was die Vornahme der Wohnungsaufnahme für einen Erfolg haben wird weiss ich nicht. Es sollen aber auch die leeren Wohnungen, deren es in Wien viele gibt, erfasst werden. Redner legt weiter Wert darauf, dass diese neuerliche Periode der Aufregung für die Bevölkerung ohne Zusammenstösse und ohne Gefährdung vorübergeht und dass die Sicherheit in eigenen Häusern womöglich vermehrt wird. Wenn der Referent sagt, dass es eine Reihe von Gebieten gibt, auf denen der Bürokrat nicht arbeiten kann, so wundert sich Redner, dass eine solche Aenderung der Verwaltung nicht systematisch erfolgt, sondern dass man gelegentlich schwer wiegende Eingriffe in die bisherige Verwaltung macht. Das sind Halbheiten und Halbheiten sind inner gefährlich.

GR. Ehrlich (Jüd.-nat.) führt Beschwerde, dass seitens der Wohnungskommissionäre und ihrer Organe nicht immer nach dem Gesetze vorgegangen wird, sondern dass auch nationale und religiöse Gesinnigkeiten zu Tage treten. Im Namen seiner Parteigenossen gibt er nachstehende Erklärung ab.

Wir sind grundsätzlich der Ansicht, dass lediglich solche Personen zu öffentlichen Verwaltungsakten herangezogen werden dürfen, welche für solche Funktionen im Gesetze vorgesehen sind. Dagegen besteht nach unserer Auffassung kein Bedenken dagegen zu den Wohnungsaufnahmekommissionen, soweit sie lediglich Registrierungsarbeiten besorgen, Vertreter der Bevölkerung im Interesse der Bevölkerung heranzuziehen. Insbesondere empfiehlt sich auch die Heranziehung von Vertretern der Arbeiterschaft, weil diese am meisten unter der Not leidet. Aus diesen Erwägungen haben wir gegen den Antrag des Referenten im Allgemeinen nichts einzuwenden, wünschen jedoch, dass das Prinzip, dem Kommissionen lediglich Registrierungsarbeiten zu übertragen, in keinem Falle durchbrochen werde. Dieses Prinzip wird jedoch durchbrochen, indem den Kommissionen für den Fall der Einstimmigkeit ein Entscheidungsrecht eingeräumt wird. Wir werden daher nur dann für die Anträge stimmen, falls den Beschluss der Zusatz beigefügt wird: Den Wohnungsaufnahmekommissionen steht keinerlei Anforderungs- oder sonstiges Entscheidungsrecht zu.

GR. Erntner (deutschnational) führt Beschwerde darüber, dass es den kleinen Parteien nicht möglich sei, Einblick in Vorlagen zu nehmen und dass sie immer vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Er gibt eine Erklärung in dem Sinne ab, dass er und seine Parteigenossen, zu dem ins Auge gefassten Kommissionen kein Vertrauen haben. Er könne nicht den zustimmen, dass einseitig Arbeitervertreter beigezogen werden, den dann ist auch die Tätigkeit einseitig und es werde auch den Interessen der Bevölkerung nicht Rechnung getragen. Er werde sich an der Abstimmung nicht beteiligen, weil die Kommission nicht unparteiisch zusammengesetzt ist, und weil Arbeiterräte nicht als behördliche Organe angesehen sind.

GR. Bermann (Soz. Dem.) Es handelt sich um eine Vorlage, die wir hoffentlich wollen, einigermaßen geeignet sein soll der furchtbaren Wohnungsnot in Wien unter der wir alle leiden, abzuheben. Die Kommissionen haben lediglich eine registrierende Aufgabe und es hat auch der Referent bereits betont, daß sie nicht das Recht der Anforderung besitzen. Man muß sich daher fragen, weshalb man sich so gegen die Zusammensetzung dieser Kommissionen und gegen die Beziehung der Arbeiterräte wehrt. Wir stehen mit unserer sittlichen Auffassung viel zu hoch als dass wir uns dazu hergeben würden, die Not des Volkes und den Jammer unserer Zeit in die politische Arena zu ziehen, aus einer solchen Sache ein Politikum zu machen. Die Arbeiterräte sind für uns die berufenen Vertreter der überwältigenden Majorität der Bevölkerung, die entsendet sind, zur Wahrung der Rechte dieser grossen Mehrheit. Wir wissen, daß von den 6000 Leuten, die vergeblich Wohnung suchen, der allergrösste Teil sich aus den Reihen der Arbeiterschaft und der kleinen Leute rekrutiert. An der restlosen Erfüllung, der den Kommissionen zugewiesenen Aufgabe hat daher die Arbeiterschaft das grösste Interesse. Wenn von einer einseitigen Vertretung der Arbeiterschaft gesprochen wird, müsse darauf hingewiesen werden, daß ja die Partei, von der eine Wohnung angefordert werden soll, bei der Aufnahme vertreten ist, indem sie eben in der Wohnung anwesend sein wird. Wenn über die wilden Kommissionen geklagt wird, so wollen wir eben diese damit aus der Welt schaffen. Diese wilden Anforderungen waren eben lediglich der Ausdruck der Selbsthilfe des gequälten Volkes, das nicht wusste, wie es zu Wohnungen kommen könne. Wir wissen, daß unzählige Wohnungen bis zu 6 und 8 Zimmern und auch mehr bewohnt werden von einer ungenügenden Anzahl Personen, darunter auch von in der letzten Zeit reich gewordenen Kriegsgewinnern und Schiebern und sehen andererseits, wie die Proletarier zusammengepfercht leben müssen, in Wohnstätten, die jeder Hygiene Hohn sprechen und direkte Krankheits- und Seuchenherde sind. Wir sehen aber auch Hunderte, die bei dieser Kälte in Eisenbahnwaggons hausen müssen. Ich habe schon bei der Budgetdebatte den Antrag auf Schaffung ständiger Wohnungsinspektorate gestellt, wenn ich auch weiß, daß damit allein und mit der Erfassung der überzähligen Wohnungen allein der Wohnungsnot nicht gänzlich abgeholfen werden kann. Wir werden selbstverständlich dieser Vorlage zustimmen, es wird aber auch notwendig sein, eine kleine Novellierung des Wohnungsfürsorgegesetzes zu verlangen, in welcher den Hausbesitzern für die Zeit der Not das Recht genommen wird selbstständig Wohnungen zu vermieten. Die Wohnungen dürfen in dieser Zeit nur durch das Wohnungsamt vermietet werden, weil nur so dem Wohnungswucher wirksam begegnet werden kann. Auch der Wohnungsschacher durch Annoncen muß verboten werden. Die Zeit der Not erfordert eben <sup>die</sup> Notbestimmungen und Notgesetze, deswegen bitte ich/Anträge des Referenten anzunehmen.

GR. Sirotek (Tscheche) ist auch mit einem eventuellen Bruch der Staatsgrundgesetze bei einer gerechten Sache einverstanden, ebenso mit der Betrauung der Arbeiterräte mit dieser Angelegenheit, die er dem Brokraten vorzieht. Zwei Drittel der Bevölkerung, die nichts zu verschweigen haben, wird die Wohnungsaufnahme nicht beunruhigen, denn wir armen Leute haben nichts zu fürchten. Wenn aber daraus eine Kabinettefrage gemacht wird, dass wir 200

Arbeiterräte 40 K dafür geben, dass sie für arme Leute Wohnungen finden, so finde ich daran keinen Anstand. Unsere Partei stimmt also dafür, daß die Wohnungsaufnahme so durchgeführt wird, wie es für die Gesamtheit am besten ist.

GR. Scheu richtet sich in seinem Schlusswort gegen die Auffassung Schwarz-Hiller's in der staatsrechtlichen Frage und erklärte, daß die Sache auf der Basis einer Verordnung der Landesregierung stehe. Demnach die gesetzliche Basis vorhanden sei. Es wird immer davon gesprochen als ob die Zuziehung der Arbeiterräte irgendjemand das Recht gebe, diese Kommissionen abzulehnen, oder wenigstens deren Teilnahme abzulehnen. Der Referent sagt, er möchte insbesondere die Hausherren, die verlauten lassen, daß sie den Arbeiterräten die Türe weisen werden, vor einem solchen Schritt warnen. Nicht weil die Arbeiterräte sich selbst zu helfen wissen, sondern, weil der Arbeiterrat auf Grund der heutigen Beschlüsse Mitglied einer Kommission und somit Amtsperson werde, der von der Gemeinde mit einer bestimmten Aufgabe betraut ist. Die Wohnungsaufnahme an der Hand des Stadtbaumaterials und des Meldewesens sei jedoch praktisch und technisch undurchführbar. An die Mitglieder der Kommissionen werden streng abgegrenzte Instruktionen erteilt und ausserdem Kurse abgehalten werden, damit Uebergrieffe vermieden werden. Die Interesse der Wohnungsinhaber hätte er durch einen Mietersausschuss vertreten lassen, doch gibt es keine organisierte Mieterschaft. Auf die Frage, warum die Arbeiterräte genommen werden, sei die Antwort auf der Hand liegend. Es ist klar, daß keine Organisationen in Wien besteht, die derartige geschulte Kräfte hat, ausserdem sind es Kräfte, die sich schon lange vor dem die Aufgabe stellten, die Wohnungsnot in Wien einzudämmen. Sie sind die Repräsentanten der grössten Organisation. Dass sie eine gewisse parteipolitische Richtung vertreten, macht sie nicht untauglich sie mit dieser Aufgabe zu der soziales Empfinden gehört, wenn man sie richtig durchführen will, zu betrauen. Wenn gesagt wurde, daß wir in einem Nebenfall eine neue demokratische Einrichtung einführen und eine Halbheit geschehen, so gebe ich letzteres Meinung Recht. Wir müssen in diesem Moment mit einem Provisorium rechnen, doch steht eine bedeutende Aenderung der Verfassung in Wien bevor, insbesondere aber auch auf dem Gebiete der Verwaltung, bei der wir die lebende Volkskraft heranziehen werden. Was die Anregung Bermanns anlangt, alle Wohnungen, die gekündigt sind, anzufordern, war auch meine Idee, die ich schon oft mit dem Direktor des Wohnungsamtes besprochen habe, doch scheint sie vorläufig aus technischen Gründen nicht durchführbar, da nicht die nötige Anzahl von Personal vorhanden ist. Ausser den kodifizierten Gesetzen ist im Kriege ein Kriegsnotrecht entstanden und es haben sich zu dessen Durchsetzung eigene Organe gefunden. Es sind dies die Arbeiterräte. Man kann sie als Pioniere dieses neuen Rechtes ansehen. Wenn man sie hier in der Verwaltung angliedert, kann es nur nützlich sein. Ich verspreche mir von ihrer Mitwirkung vollen Erfolg, und bitte um Annahme meiner Anträge.

Bei der Abstimmung stimmten für die Referentenanträge die Sozialdemokraten und Tschechen, während GR. Schwarz-Hiller (Demokrat) und die Zionisten sich der Abstimmung enthielten. Der Zusatzantrag Dr. Ehrlich (Zionist) blieb in der Minderheit.

GR. Dr. Scheu berichtet über die Freimachung von Büros für Wohnzwecke und beantragt, dass die Absicht der Nationalisierung des Wohnungsbedarfes auch bei jener Benutzung von Wohnungen zum Ausdruck kommt, die nicht Wohnzwecke verfolgt. Der Gemeinderat möge daher von der Staatsregierung die umgehende Einsetzung einer Kommission zur Prüfung und Bestimmung des Raumbedarfes aller Staats- und öffentlichen Behörden, Ämter u. s. w. fordern.

GR. Dr. Hleschke (jüd.-nat.) weist auf die noch vielfach von den Staatsämtern noch inne gehaltenen Räumlchkeiten hin, die zum grossen Teil wenig benützt und sogar leer stehen. Er zählt einzelne Fälle auf. Redner wünscht, dass die Wohnungskommissionen in den einzelnen Bezirken die jüdischen Parteioorganisationen ebenso behandeln wie andere Parteioorganisationen und stimmt den Anträgen des Referenten zu.

Egm. Reumann teilt hierauf dem Direktor des Wohnungsamtes Dr. Sagmeister das Wort, der einige Auskünfte über die technische Durchführung der Wohnungsauforderungen und -Aufnahmen gibt. Er teilt mit, dass bisher schon rund 15.000 Wohnräume angefordert worden sind, bezüglich rund 8000 sei die Anforderung schon in Rechtskraft erwachsen. Nach dem Stand der technischen Vorarbeiten, welche <sup>zum Teil</sup> erst auf Grund des heutigen Beschlusses besendet werden können, wird die Aufnahme der Wohnungen <sup>nicht vor</sup> beginnen können, Redner sichert zu, dass den Kommissionen der grösste Teil bei der Durchführung bei der Aufnahme wird zur Pflicht gemacht werden. Die Anträge des StR. Dr. Jochen werden hierauf angenommen.

Vize-Bgm. Emmerling bringt den Verwaltungsbericht und die Bilanz der städtischen Elektr.-Werke einschliesslich der Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf und des Ueberland-Kraftwerkes Ebenfurth für die Zeit vom Juni 1917 bis Juni 1918 zur Kenntnis. Er betont, dass von nun an darauf gesehen wird, dass solche Abschlässe nicht mehr so spät dem Gemeinderate vorgelegt werden, was allerdings durch den Krieg zum Teile verschuldet wurde. Die Elektrizitätswerke weisen einen Gebahrungüberschuss von rund 6.9 Millionen Kronen auf, darin befinden sich auch die Erträge des Zillingdorferbergwerkes mit rund 161.000 K und der Ueberlands-Zentrale in Ebenfurth mit rund 155.000 K. Dieser Gewinn der Ueberlandszentrale ist der erste dieses Unternehmens. Der Bericht des Vize-Bürgermeisters wurde zur Kenntnis genommen.

GR. Braitner (soz.-Dem.) berichtet über das Regulativ für das gemeinderatliche Komitee zur Unterstützung von Theater und Musikaufführungen für Arbeiter, Angestellte und Schüler, dann wegen Gewährung eines Zuschusses an die Gaswerks-Betriebskassen in Sinnering und Leopoldau in Betrage von je 5000 K und 27.000 K zur Beschaffung von Kriegsküchen-Inventar für die Leopoldauerküche und wegen Einsetzung eines Musealausschusses zur Förderung der archäologischen Erforschung Wiens.

GR. Richter berichtet über den Ankauf der Baracken der ehemaligen Reinigungsanstalt an Dübnerplatz in 2. Bezirk als Werkstätten für die städtischen Strassenbahnen.

GR. Dr. Finter referierte über die Aenderung, resp. Ergänzung der Bestimmungen über die Fürsorge der Gemeinde Wien für die erkrankten städt. Arbeiter. Und dann über die Stellungnahme Wiens zum Haragehilfennengesetz.

Frau GR. Lafert bemerkte, dass es endlich notwendig sei, dass das Arbeitsverhältnis der Hausgehilfin geregelt wird und begrüsste die dem Referenten beantragten Ergänzungen.

Bei der Abstimmung wurden die Referentenanträge angenommen.

StR. Breitner (Soz.-Dem.) berichtet über die Pachtung des de Major'schen Bergbaubesitzes in Ybbstaler Revier und führt dabei aus, daß durch den Zusammenbruch Deutschösterreichs insbesondere Wien in der schlechtesten Lage zurückgeblieben sei, weil eben die Kohle fehle ohne welche irgendeine Lebensmöglichkeit überhaupt nicht bestehe. Würden wir nicht in dieser Kohlennot sein, wäre es möglich, die Fabriken zu betreiben, Waren für den Export herzustellen und dadurch Lebensmittel zu erlangen. Dann hätten wir auch nicht jene furchtbar drohenden Gefahren, deren wir jetzt infolge Mangels an Haus- und Küchenbrand entgegen sehen; auch nicht die Aussicht im Winter Stockungen in den Betrieben der Gas- und Elektrizitätswerke und der Straßenbahn durch-machen zu müssen. Die Gemeinde Wien begnügt sich aber nicht damit, bloß Notschreie auszustößen und über die unglückliche Lage zu klagen, sondern sie geht in großzügiger Weise daran, die Verhältnisse so zu gestalten, daß wir schon im nächsten Winter unvergleichlich günstiger dastehen werden. Alle jenen Naturschätze, die wir in der Zeit des Reichturns vernachlässigt haben und auch vielleicht geringachten durften, müssen jetzt auf das eifrigste ausgenutzt werden. Der heute vorliegende Antrag ist nur ein Glied aus dieser Kette. Der Referent führt aus, daß zum Teil schon Beschlüsse gefasst wurden, zum Teil in der allernächsten Zeit dem Gemeinderat zugehen werden, wonach im Neufelder Revier ein neuer Tagbau begonnen wird, bei Sollemau durch eine Bohrung die mutmaßliche Fortsetzung der Zillingdorfer Kohle festgestellt werden soll. In Neufeld selbst sollen die Anlagen ausserordentlich vergrößert werden und schließlich eine Anzahl von kleineren Wasserkraften für die Stromgewinnung verwendet werden. Es wird ferner ein Drittel des Elektrizitätswerkes für Roh-Eisenerzeugung umgestaltet. Aufwendungen von insgesamt 80 Millionen die im Budget nicht vorgesehen sind, werden gemacht und dazu gehört die Beteiligung an der Ausgestaltung des Ybbstaler Bergbaubesitzes. Es kann nicht mit ungedingter Gewissheit gesagt werden, da es sich ja noch um unerschlossene <sup>das</sup> Vorkommen handelt, ob auch wirklich der erhoffte Erfolg sich <sup>voll</sup> einstellen wird. Es wurden aber, was das Wesentlichste ist, vorher die hervorragendsten Sachverständigen befragt, überdies seit Mai d.J. auf Rechnung der Gemeinde gewisse Erschliessungen auf diesem Gebiete vorgenommen, die alle übereinstimmend günstige Ergebnisse lieferten. Es wird erhofft, daß bis anfangs 1920 auf eine Tagesförderung von 10 Waggons, bis Ende 1920 auf eine solche von 20 Waggons Kohle, die von sehr guter Qualität ist, zu kommen. In der Person des Hebrates Heißler wurde ein ausgezeichnete Leiter gewonnen. Die Bedingungen gegenüber der Vorbesitzerin können als verhältnismässig günstig bezeichnet werden, in dem von vornherein keinerlei Abfindung zu zahlen ist, sondern nur ein Waggon dafür von 30 %. Durch den Umstand, dass Lokalinteressen und die Gemeinde Wien sich ursprünglich als Wettbewerber gegenüberstanden, wurde der Preis etwas hinaufgesetzt, doch ist es in Wege der Verhandlungen gelungen eine Herabdrückung unter das nehmzeitige eigene Angebot zu erwirken. Es soll eine Aktiengesellschaft mit einem vorläufigen Kapital von 15 Millionen, dessen Erhöhung auf 25 Millionen in Aussicht genommen ist, gegründet werden. Den Anträgen des Referenten wurde ohne Debatte zugestimmt.

Hr. Grünwald (Soz.-Dem.) weist darauf hin, dass es nicht angezeigt sei die Durchführung der Gesetzesbestimmungen den Gemeinden zu überlassen. Die Frage der Urlaube sei in der Gesetzesvorlage der Nationalversammlung genau geregelt. Was die Frage der Einführung der Haushaltsinspektionen betrifft, so meint Redner, dürfte man dies nicht von den Belieben der Gemeindeverwaltungen abhängig machen und er beantragt, dass der Punkt 2 der Anträge zu lauten habe; die Gemeinden wären zu ermächtigen, unter der Aufsicht des Staatsrates für soziale Fürsorge ~~zur~~ die Durchführung der Haushaltsinspektionen in den Wirkungsbereich zu ziehen und ebenso sich mit der Beschaffung der Unterkunftsräume zu befassen.

Hr. Adelheid Popp (Soz.-Dem) stimmt den Ausführungen des Verredners bei und setzt sich besonders warm für die Schaffung eines Hausgehilfenheimes ein, in dem sie darauf hinweist, dass es den stellenlosen Hausgehilfinnen in ihrer Not ein schweres Opfer sei, sich in klerikalen Anstalten Unterkunft zu suchen, deren Umgebung ihren Anschauungen widerspreche. Auch für die Schaffung von Haushaltungsschulen, die ja bereits Gemeingut aller geworden sind, setzt sich Rednerin ein.

Der Referent betont in seinen Schlussworten, dass in den Ausführungen des Hr. Grünwald dasselbe gelegen sei, was die Stadtratsanträge aussprechen und pflichtet den Anregungen der Gemeinderätin Laferl bei.

Hierauf werden die Referentenanträge angenommen.

Nach einer Reihe weiterer territorischer Referate wird die Sitzung abgebrochen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 18. Oktober 1919, Nr. 415.

**Abgabe von Margarine.** Vom 19. bis 25. ds. gelangen bei den städtischen Butterabgabestellen und bei den Konsumentenorganisationen 120 Gramm Margarine pro Kopf und Woche zum Preise von K 3.34 zur Ausgabe.

**Die Sauerkrautabgabe** ist bis auf weiteres eingestellt worden.

**Sardinenabgabe.** Von Montag, den 20. ds. werden, solange der Vorrat reicht, in den durch Ankündigungen versehenen Geschäften Sardinen zum Verkauf kommen. Jeder Haushalt bekommt ohne Rücksicht auf die Personenanzahl entweder 1 Dose zu 20 dkg oder 6 einzelne Sardinen um den Preis von K 6.20. Der Verkauf an Haushalte, die nicht Mitglieder von Konsumentenorganisationen sind, erfolgt gegen Vorweisung der gelben Mehlbezugskarte und des neuen, rotgedruckten, amtlichen Einkaufscheines. Mitglieder von Konsumentenorganisationen bekommen die Sardinen bei den Organisationen, bei denen sie auf Grund der lila Mehlbezugskarte für den Mehlbezug rayoniert sind. Der Verkäufer hat vor der Abgabe den am unteren Ende der Mehlkarte befindlichen Abschnitt „S“ zu durchlöchern oder abzutrennen und von dem neuen Einkaufschein die Ziffer „6“ abzutrennen. Die abgetrennten Abschnitte dieser Ziffer „6“ sind für die Kontrolle durch Organe des Kriegswuchers amts bereitzuhalten, spätestens aber am 31. d.M. samt dem beim Warenbezug erhaltenen Zuweisungsschein in einem geschlossenen Briefumschlag in der Konsumtionsamtsabteilung des magistratischen Bezirksamtes abzugeben. Dieser Briefumschlag hat auf der Außenseite die Aufschrift „Dritte Sardinenabgabe“, den Namen und die Adresse der Verkaufsstelle und die Zahl der inliegenden Abschnitte zu enthalten. Die von der ersten und zweiten Sardinenabgabe in den Verkaufsstellen noch erliegenden Abschnitte mit der Ziffer „63“ des Einkaufscheines sind in einem zweiten Briefumschlag mit der Aufschrift „Erste und zweite Sardinenabgabe“ und den anderen Vermerkungen zur gleichen Zeit beim magistratischen Bezirksamte abzugeben.

**„Zeriverba“.** Rayoniert pro Kopf: 1/4 kg Mehl, 1/4 kg Bohnen, 12 dkg Margarine und kleine Zubußen. An die bei uns mit Mehl rayonierten Kunden wird gegen Abtrennung des Abschnittes „4“ des braunen resp. blauen Einkaufscheines nur für Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre 1 kg Kindermehl zum Preise von K 5.40 abgegeben. Mit 22. November gelangen neue Mehlbezugscheine zur Ausgabe und ersuchen wir alle jene Kunden,

welche ab 22. November l.J. bei uns sich rayonieren lassen wollen, dies bis spätestens 31. Oktober l.J. bei ihrer zuständigen Brotkommission zur Anzeige bringen, um einen blauen Mehlbezugschein<sup>zu</sup> erlangen.

**Kartoffelabgabe.** Von Sonntag bis Dienstag werden im 5. bis 9. Bezirke italienische Kartoffeln zum Preise von K 3.56 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „Q“ der Kartoffelkarte abgegeben.

**Kondensmilchkarten für Kinder und Kranke Mindestbemittelter und Arbeitsloser.** Um den Preis der Kondensmilch für die Kranken und Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre der mindestbemittelten Haushalte aller drei Gruppen und der mit der Zusatzkarte für Arbeitslose beteiligten Arbeitslosen gegenüber der übrigen Bevölkerung differenzieren zu können, gelangen für diese Personen besondere Milchkarten zur Ausgabe, an welchem eine entsprechende Anzahl Abschnitte für Kondensmilch angebracht sind. Die Karten für Kinder dieser Personen vom 1. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre gelangen nach den Anfangsbuchstaben des Familiennamens A - H am 21. Oktober, J - Q am 22. Oktober und R - Z am 23. Oktober in der Zeit von 2 bis 5 Uhr nachmittags bei den zuständigen Brotkommissionen zur Ausgabe. Mitzubringen sind die derzeitigen Kindermilchkarten und die derzeit gültigen Einkaufscheine für Mindestbemittelte (grün, blau, braun) bzw. die in Geltung stehende Zusatzkarte für Arbeitslose. Die Besitzer dieser neuen Kindermilchkarten haben längstens 2 Tage nach Erhalt derselben sich bei ihrem bisherigen Milchverschleisser in die vorgeschriebene Kundenliste eintragen zu lassen. Eine verspätete Eintragung kann eine Stockung in der Möglichkeit des Milchbezuges hervorrufen. Für Kranke aus dem Stande der Mindestbemittelten bzw. mit der Zusatzkarte für Arbeitslose beteiligten Arbeitslosen werden über Verlangen bei den zuständigen Magistratischen Bezirksamte unter Vorlage des mindestbemittelten Einkaufscheines bzw. der Zusatzkarte für Arbeitslose und der bisherigen Milchkarte für Schwerkranke in der Zeit vom 3. bis 7. November während der Amtsstunden die neuen Milchkarten ausgefertigt. Auch diese haben längstens innerhalb zweier Tage nach Erhalt der neuen Milchkarte die Eintragung in die vorgeschriebene Kundenliste bei ihrer bisherigen Milch-<sup>Milch-</sup>Verkaufsstelle vornehmen zu lassen. Die neuen Karten sollen am 28. November in Kraft treten.

## 2. Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 18. Oktober 1919, Nr. 416.

**Die Wohnungsanforderungen in der ersten Oktober-Woche.** Die nachstehenden Ziffern über die in der Zeit vom 29. September bis 5. Oktober angeforderten Wohnungen zeigen, dass die Wohnungsanforderungen mit dem größten Nachdruck betrieben werden und mit einem, für die ungünstigen Wiener Wohnungsverhältnisse ganz beträchtlichen Ergebnisse vor sich gehen. Wenn dies in der Gesamtlage des Wohnungsmarktes nicht zum Ausdruck kommt, so ist dies in dem immer steigenden Wohnungsbedarfe, der zum großen Teil auch in der Ausweisung oder Verdrängung aus den Nachbarstaaten begründet ist, gelegen. Die Zahl der Wohnungsbewerber beträgt derzeit rund 6000. In den 21 Wiener Gemeindebezirken wurden in der genannten Woche 247 Wohnungen und 35 einzelne Wohnräume angefordert. Von diesen Wohnungen entfallen auf Kleinwohnungen 132, auf kleine Mittelwohnungen 64, auf grössere Mittelwohnungen 28 und auf Grosswohnungen 23. Wohnungsbestandteile enthalten sie 400 Zimmer, 150 Kabinette, 223 Küchen, 85 Vor-, 49 Diener- und 44 Badezimmer. Von den in der genannten Zeit in Rechtskraft erwachsenen Anforderungen werden 119 Wohnungen getroffen. Hierüber konnte aber das Wohnungsamt nicht gleich verfügen, da einerseits ein grosser Teil dieser Wohnungen bereits von den Bezirksvorstehungen an Wohnungssuchende zugewiesen wurde und andererseits die Räumungsfrist noch nicht abgelaufen war oder bauliche Herstellungen notwendig waren.

**Lizenzen für öffentliche Vorführungen.** In Zukunft werden für alle öffentlichen Vorführungen und Tanzunterhaltungen in Wien, von denen nach den gesetzlichen Bestimmungen an die Gemeinde Wien und das Land Niederösterreich eine Lustbarkeitsabgabe oder Ergänzungs-Lustbarkeitsabgabe zu entrichten ist, von der Polizeidirektion Lizenzen nur dann erteilt werden, wenn sich die Veranstalter bei ihrem Ansuchen, das in der Regel 3 Tage vor Beginn bei der Polizeibehörde einzubringen ist, dort darüber ausweisen, dass sie die gesetzlichen Anzeigen bezüglich der Abgaben sowohl in der Abteilung II des Wiener Magistrates als auch beim Landesabgabeninspektorate erstattet haben.

**Der neue Steueramtsdirektor.** Zum Direktor des Steueramtes wurde der Oberkontrollor Rupert Novoral ernannt.

**Sitzungen im Rathause.** Der Stadtrat hält Mittwoch, Donnerstag und Freitag vormittags Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittag zu einer Geschäftsitzung zusammen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

---

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 20. Oktober 1919, Nr. 417.

---

Bohnen für Mindestbemittelte. In der 120. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der neuen rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch  $1/8$  kg Bohnen pro Person zum Preise von 80 h gegen Abtrennung des Abschnittes „D“ in den Geschäften der Großschlächterei an folgenden Tagen: Montag, den 20. Oktober für A - F, Mittwoch, den 22. Oktober für G - K, Freitag, den 24. Oktober für L - R, Samstag, den 25. Oktober für S - Z. Ausserdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in den Ständen: Dornierplatz, Derabach Alzelle und Watterasse im VIII. Bezirke registriert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer 1 gekennzeichnete Wochenabschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person werden 10 dkg zum Preise von K 1.- abgegeben. Die Abgabetermine sind dieselben wie für Bohnen. An die offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 127. Fürsorgeweche für jede Person  $1/8$  kg Bohnen zum Preise von 80 h, an die unentgeltlichen Ausspeisestellen für jede Person  $1/8$  kg Bohnen unentgeltlich abgegeben werden.

Kein Allerseelenverkehr der Strassenbahn. Wie die in den Strassenbahnwagen angebrachten Plakate mitteilen, ist es mit Rücksicht auf die Kohlennot unmöglich, in der Allerseelenseit einen verstärkten Strassenbahnverkehr zu den Wiener Friedhöfen einzurichten. Es wird daher dringend empfohlen, von Gräberbesuchen in den letzten Tagen des Oktober und in den ersten Tagen des November Abstand zu nehmen, da die Friedhofbesucher nicht auf die Beförderung mit der Strassenbahn rechnen können.

Vom Ringtheater Kuratorium. In der letzten Sitzung des Ringtheater Kuratoriums wurden ausser mehreren Rentenverlängerungen an 17 Parteien Unterstützungen im Betrage von 2890 K bewilligt und weiters jedem der 97 Mitglieder der Waisen-Assoziation als diesjähriger Anteil aus den freigewordenen Kapitalien ein Betrag von je 600 K zugesprochen. Bis Ende 1918 wurde den Mitgliedern der Waisen-Assoziation ein Betrag von 1,426.600 K in Wertpapieren und 1,931.651 K in baren Beträgen angewendet. An Renten wurden bis zu diesem Zeitpunkte 2,305.582 K, an Abfertigungen und Unterstützungen 708.218 K ausbezahlt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen  
Wien, 1., Neues Rathaus.

---

25. Jahrgang. Wien, Dienstag, den 21. Oktober 1919, Nr. 418.

---

Gewerbegerichtswahlen. Die Landesregierung hat mit Kundmachung vom 21. ds. die Wahlen für das Gewerbegericht Wien und für das Berufungsgericht in gewerblichen Streitsachen in allen solchen Gruppen ausgeschrieben. Es haben daher sämtliche Inhaber (Stellvertreter, Geschäftsführer, Pächter, Betriebsleiter) der in Wien befindlichen Betriebe, auf die sich die Zuständigkeit des Gewerbegericht erstreckt, auf bestimmten Formularen, die bei den magistratischen Bezirksämtern oder bei den Zentral-, Wahl- und Steuerkataster im neuen Rathaus erhältlich sind, ein vollständiges Verzeichnis der am 21. Oktober in ihrem Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeiter, b. bzw. Dienstnehmer, welche das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, so mindestens einem Jahr in Arbeit stehen und nicht dem Stande der Lehrlinge angehören anzulegen und auf den Formularen die zur Anlegung der Wählerliste des Wahlkörpers der Unternehmer erforderlichen Daten anzuführen und die ausgefüllten Formularen bis längstens 12. November bei der Magistratsabteilung 19, Neues Rathaus einzusenden.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Freitag werden im 2., 10., 11., 12. und 13. Bezirk italienische Kartoffeln zum Preise von K 3.56 pro kg,  $\frac{1}{2}$  kg pro Person, gegen Abtrannung des Buchstabens „Q“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Der Frühling in Museum der Stadt Wien. Hans Makart's letztes grosses Gemälde „Der Frühling“, das vom Besitzer Otto M. Miethke dem Museum der Stadt Wien als Leihgabe überlassen wurde, ist dort aufgestellt und Dienstag und Donnerstag von 9 bis 2 Uhr und an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr zu besichtigen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 23. Oktober 1919, Nr. 421.

## Maßnahmen gegen die Schädigung der Wiener Kinder durch die Kohlennot.

Im Stadtrate berichtete heute StR. Hellmann über die Beschlüsse des Komitees bezüglich der notwendigen Vorkehrungen, um arge Störungen des Unterrichtes in unseren Schulen infolge der Kohlennot während des Winters hintanzuhalten. Die Kinder müssen endlich einen geregelten Unterricht genießen, von dem leider während der langen Kriegsdauer keine Rede war. Darum ist es notwendig, daß die Gemeinde Wien unter allen Umständen die Bewilligung erwirkt jene Schulen mit Gas beheizen zu dürfen, die für Gasheizung eingerichtet sind. Von den für Unterrichtszwecke nicht benützten Räumen darf nur einergeheizt werden, und zwar der, in dem sich die Lehrkräfte während der freien Stunden aufhalten. Die Maximaltemperatur wird auf 18 Grad Celsius herabgesetzt. Die Turnsäle, welche nicht Ausspeisewecken dienen oder als Kälteschutzaktion bestimmt werden, dürfen nicht beheizt werden, doch wird schon jetzt ins Auge gefasst, bei eventuellen Kälteferien diese Turnsäle allen Kindern als Wärmestube zugänglich zu machen, die zu Hause eines geheizten Zimmers entbehren. Hinsichtlich der Beleuchtung wird verfügt, daß kein Raum dem Schulhause länger als bis zur Torsperre beleuchtet werden darf. Für alle Vereine, die Bildungszwecke dienen und dazu Lehrzimmer oder Turnsäle der Schulen benutzen, wird die Beleuchtung bis 9 Uhr gestattet. Behufs strengster Einhaltung der verfügten Maßnahmen werden eigene Vorkehrungen bezüglich einer stetigen Ueberwachung getroffen. Alle diese Maßnahmen haben den Zweck jede Unterbrechung des Unterrichtes während des Winters zu verhindern.

**Neuregelung des deutschösterreichischen Staatsbürgerrechtes:** StR. Dr. Winter referierte in der heutigen Sitzung des Stadtrates über die Neuregelung des deutschösterreichischen Staatsbürgerrechtes. Diese Frage sei durch die Gesetze, welche bei der Schaffung der Republik geschaffen wurden, eine brennende geworden. Da sie auch eine sehr komplizierte ist, so beantrage er zur Lösung derselben die Einsetzung eines Ausschusses. Dieser Ausschuss solle nur die Kompetenz haben Vorschläge auszuarbeiten, welche dann der Nationalversammlung zur Nachachtung vorgelegt werden können. Der Antrag des Referenten wurde angenommen.

**Der städtische Oberbaurat Wilhelm Lehnerl gestorben.** Der seit dem Jahre 1908 im Ruhestand befindliche städtische Oberbaurat Wilhelm Lehnerl ist gestern gestorben. Er stand seit dem Jahre 1892 bis zum Jahre 1908 in den Diensten der Gemeinde Wien und genoss allgemeine Wertschätzung.

**Kartoffelabgabe.** Von Freitag bis Sonntag werden in 17 Bezirke italienische Kartoffeln zum Preise von K 3.56 per kg, und zwar  $\frac{1}{2}$  kg pro Person Abtrennung des Abschmittes „Q“ der Kartoffelabgabe abgeben.

**Bericht des Bürgermeisters über die Kohlenversorgung.** Bgm. Neumann berichtet in der heutigen Stadtratsitzung über den gegenwärtigen Stand unserer Kohlenversorgung und teilte mit, dass die Verhältnisse sich in den letzten Tagen nicht gebessert haben. Die Anlieferungen in der letzten Woche gestalteten sich folgender Massen: Am 16. Oktober erhielten die Elektrizitätswerke 329 Tonnen, am 17. Oktober 688 Tonnen, am 18. Oktober 559 Tonnen, am 19. Oktober 804 Tonnen, am 20. Oktober 535 Tonnen, am 21. Oktober 520 Tonnen und am 22. Oktober 1018 Tonnen. Der Bedarf der Werke schwankte zwischen 507 Tonnen und 1088 Tonnen. Der gestrige Verbrauch der Elektrizitätswerke betrug 3085 Tonnen. Die Gaswerke erhielten in der gleichen Zeit täglich 974 Tonnen ist gleich 92% des Bedarfes. Dieser Bedarf ist jedoch nur noch für die längeren Tage

sehr gering und nimmt zusehends zu. Sollten sich die Anlieferungen an Gas-kohle nicht erhöhen, so wird eine Einschränkung des Bedarfes von Gas in der allerhöchsten Zeit notwendig sein. Noch trostloser ist die Lage der Hausbrandkohle. Bei einem Bedarf von täglich 2500 Tonnen muss ein Abgang von 2074 Tonnen festgestellt werden. Die katastrophale Lage der Versorgung Wiens mit Hausbrandkohle erhellt aus dem Beschlusse des städtischen Kohlenkomitees der heute gefasst wurde, dass die Küchenbrandmenge für Braunkohle von 20 auf 10 kg Braunkohle bzw. von 15 kg auf 7 kg Steinkohle herabgesetzt werde. Die heutige Demonstrationsversammlung der Kohlenhändler wird wohl die schlechteste Belieferung mit Hausbrandkohle zum Anlass heftiger Angriffe auf die Gemeindeverwaltung benützen, Tatsache aber ist, dass diese Angriffe vollkommen unberechtigt sind und dass die Gemeinde alles aufgeboten hat, um eine bessere Belieferung durchzusetzen. Was die Belieferung Wiens mit amerikanischer Kohle anlangt, so wurden alle ernstzunehmenden Offerte geprüft und es ist zu hoffen, dass bereits in den nächsten Tagen ein günstiges Ergebnis erzielt werden wird. Ich habe dem amerikanischen Bevollmächtigten in Wien in einer einstündigen Audienz die furchterliche Lage geschildert und hoffe, dass der eingehende Bericht, den ich ihm erstattet habe, den nötigen Erfolg herbeiführen wird. Auch in der Frage der Beschaffung von Waggons ist alles Notwendige getan worden und ich hoffe, dass auch in dieser Frage ein baldiger Erfolg erzielt werden wird. Ich werde auch nicht ermangeln, der Reparationskommission sobald sie eingesetzt ist, eine ausführliche Darstellung zukommen zu lassen und von ihr eine tatkräftige Hilfe für Wien zu erbitten.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde zur Kenntnis genommen.

**Vereinheitlichung des Ausspeisedienstes der Stadt Wien.** In der heutigen Stadtratsitzung erstattete Bgm. Neumann ein Referat über die Vereinheitlichung des Ausspeisedienstes in der Stadt Wien. Mit Rücksicht darauf, dass infolge der Kohlennot die Ausspeisestellen im heurigen Winter mehr als je wahrscheinlich in Anspruch genommen werden, habe man sich in der Gemeinde die Frage vorgelegt, ob es nicht zweckmäßig wäre im Bezug des Ausspeisedienstes eine durchgreifende Reform vorzunehmen. Diese Frage sei bejaht worden und in einer Anzahl von Unterredungen mit der amerikanischen Hilfsaktion sei man sich darüber schlüssig geworden, dass namentlich die Amerikaner, welche bisher die Ausspeisung der Kinder durchführten, auch die Ausspeisung der Erwachsenen übernehmen sollten. Wir erwarten uns in dieser Beziehung sowohl in organisatorischer Richtung, als auch im Bezug auf die Beschaffung der Lebensmittel eine Erfolg versprechende Aktion. Ich bitte deshalb folgenden Antrag anzunehmen: Auf Grund der zwischen dem Bürgermeister und dem Vertreter der amerikanischen Hilfsaktion Dr. Geist gepflogenen Vorbesprechungen beauftragt der Stadtrat in Einvernehmen mit der n.b. Landesregierung und dem Ernährungsamte den Vertreter dieser Hilfsaktion Herrn Dr. Geist mit der obersten Leitung dieser Ausspeisestation für das Gebiet der Stadt Wien.

Frau StR. Seidel begrüßte es, dass die Ausspeiseaktion der Verantwortung der Gemeinde Wien abgenommen werde. Das Kriegsküchekomitee, welches kürzlich eingesetzt wurde, sei noch nicht in der Lage gewesen, alle Küchen zu inspizieren, was es aber deswegen ungeachtet bisher gesehen habe, das sei eine grandiose Miswirtschaft in fast allen diesen Küchen. In einer dieser Küchen haben wir gefunden, dass seit dem Jahre 1917 bis jetzt Hunderte Flaschen Weis für die Leitung angekauft wurden, dutzende Flaschen von Bier und Cognak. Dem Personale wurde Kalbfleisch verabfolgt. Es herrscht in allen diesen Küchen eine Korruption, welche bei der Leitung anfängt und beim Personal aufhört. In einer weiteren solchen Küche haben wir festgestellt, dass für 500 Portionen, welche ausgegeben wurden, eineinhalb Kilogramm Fett genommen wurden, während man für bloss 15 Angestellte  $\frac{1}{2}$  kg Fett verwendete. Überall konnten wir die Beobachtung machen, dass die Leitung d. des Personales ungeheurer bevorzugt werden. Dazu kommt noch, dass in vielen Küchen auf dreierlei Art gekocht wird: Für die allgemeine Ausspeisung, für die Teilnehmer der Kriegsküche und für die Teilnehmer der Besatzungsküche. Das Personal hat selbstverständlich die teuerste Küche für sich. Wir haben

festgestellt, dass die Besatzungsküche täglich per Portion einen Bedarf von über 5 Kronen erfordert, während 3 Kronen nur eingehoben werden. Bei den Kriegsküchen teilnehmern war der Durchschnitt bedeutend über 3 K und 2 Kronen wurden nur eingehoben. Das ist natürlich alles auf Kosten der allgemeinen Ausspeisung gegangen. In allen Kriegsküchen wurde festgestellt, dass eine ganz ungläubliche Miswirtschaft herrscht. Man kann behaupten, dass das Personal dieser Küchen vier-, fünf- und sechsfach versorgt ist gegenüber der grossen Masse der Bevölkerung. Die Folge davon ist, dass wahrscheinlich die meisten Küchen auch passiv sind. Man muss auch sagen, dass sich von der Zentralstelle niemand um die Vorkommnisse in den Küchen gekümmert hat. Jede Küche führt ihre Bücher so wie sie will. Diese Misstände sind zum grossen Teile deshalb eingetreten, weil man anfänglich mit keiner langen Dauer dieser Küchen gerechnet hat und es daher nicht für notwendig gefunden hat, eine geordnete Kontrolle einzusetzen. Aus allen diesen Gründen begrüsse ich es daher, wenn in Zukunft die Ausspeisung getrennt von der Gemeinde Wien erfolgt.

StR. Breitner: Die Gemeinde hat sich in den letzten Monaten intensiv damit befasst, für den Fall Vorsorge zu treffen, dass im Winter viele 10.000 von Haushalten nicht mit den notwendigen Brennstoffen versehen werden können und auf die öffentlichen Küchen angewiesen sein werden. Im Zuge dieser Bemühungen ist es gelungen, die leitenden Personen der amerikanischen Kinderhilfsaktion für das Problem zu interessieren. Herr Dr. Geist, der die Kinderaktion mit glänzendem Erfolge organisiert hat, ist mit Zustimmung Hoovers bereit sich auch dieser neuen, noch viel grösseren Aufgabe zu widmen, da in letzter Linie vielleicht auf eine öffentliche Versorgung von bis zu einer Million Menschen in diesem Winter gerechnet werden muss. Die Kriegsküchen der Gemeinde Wien sind jetzt infolge der notgedrungenen unzulässigen Darbietungen schlecht besucht, von über 60 Küchen sind überhaupt nur 48 im Betrieb und auch dort ist die Zahl der Portionen von 200.000 auf 60.000 zurückgegangen. Es sollen nun zunächst bezüglich der Kriegsküchen, zum weiteren Verlaufe auch bezüglich aller Gemeinschaftsküchen, Anstalts- und Betriebsküchen eine Reorganisation und Zusammenfassung erfolgen. Es macht dies natürlich notwendig, dass dem Dr. Geist sehr weitgehende Vollmachten gegeben werden und er von jeder bürokratischen Bevormundung frei bleibt. Jene Lebensmittel, die schon gegenwärtig durch die Gemeinde, bzw. durch das Volksernährungsamt den Kriegsküchen zur Verfügung gestellt werden konnten, werden dem Dr. Geist zu Gebote stehen und er wird den Versuch unternehmen durch eine bessere Organisation mehr Leistungen zu erzielen und auch, was das entscheidende und massgebende ist, Lebensmittelbestände aus dem Auslande zu sichern, nachdem weder wir noch der Staat die hierzu erforderlichen Fremdenkredite beschaffen können. Wenn wir auch in dieser Beziehung auf die Hilfe des Auslandes angewiesen sind, so wollen wir doch nicht, dass gegenüber der heimischen Bevölkerung diese Aktion den Charakter einer Wohlfahrtseinrichtung trägt. Die Zahlung soll nach den sich in österreichischer Fährung ergebenden Kosten voll geschehen und das, was wir von den Amerikanern erhoffen ist zunächst, dass sie diese Bahnknoten in irgendeiner Form in Zahlung nehmen. Ich betone, dass die offiziellen Personen der amerikanischen Hilfsaktion sich ausserordentlich lebhaft für diese Angelegenheit interessieren und ihre werktätige Unterstützung zugesagt haben, insbesondere möchte ich hervorheben, dass Herr und Frau Stebborough in hohem Masse zum Danke verpflichtet sind. Wir dürfen hoffen, dass damit auch der Zweck erreicht wird, Amerika über die ~~Wohn~~ Verhältnisse hier aufzuklären. Wie wir feststellen konnten, ist es tatsächlich so, dass man unseren Notschrei einfach nicht glaubt. Wenn nun Dr. Geist, der offiziell dem Hoover'schen Volksernährungsamt angehört, sich aus eigenen Augen machen über die Geringfügigkeit der kommunalen Vorräte überzeugt haben wird und darüber dann dem Hoover berichtet wird, so können wir vielleicht in höherer Masse als bisher auf Berücksichtigung rechnen. Bemerken will ich noch, dass gleichzeitig Dr. Geist auch durch einen Akt der Staatsregierung mit weitgehenden Vollmachten im Volksernährungsamt betraut werden soll. Es könnte sein und wir würden gewiss nur begrüssen, wenn sich daraus für diesen Winter eine Art amerikanische Lebensmittelkategorie entwickeln würde.

Herausgeber Franz Michen, Wien, 1., Neues Rathaus.  
Verantwortl. Redakteur Franz Michen, Wien, 1., Neues Rathaus.  
Druck: Wiener Verlagsanstalt, Wien, 1., Neue Marktgasse 10.  
Vertrieb: Wiener Verlagsanstalt, Wien, 1., Neue Marktgasse 10.  
Abbestellung: Wiener Verlagsanstalt, Wien, 1., Neue Marktgasse 10.  
Anzeigen: Wiener Verlagsanstalt, Wien, 1., Neue Marktgasse 10.  
Korrespondenz: Wiener Verlagsanstalt, Wien, 1., Neue Marktgasse 10.

Für die Wiener Bevölkerung kann es von Interesse sein, dass die Ernährungs- und Verpflegungsdirektion, dem Dr. Geist, was nur vorübergehend, für den Herbst der Wiener Bevölkerung eine entsprechende Verpflegung in Form von Speisestellen, dann Küche an der Universität, unter anderem auch in der Universitätsgasse, über diesen Punkt der Verpflegung für die Wiener Bevölkerung einleitend sein wird. Bei der Abhaltung wird der Bericht des Bürgermeisters einleitend sein.

nicht Leute sondern Menschen heranwachsen. Im Namen des Denkma-  
lites dankte Professor Edmund Hellmer für jegliche Unterstützung  
die die Errichtung des Denkmals möglich machte, und dankte  
besonders der Schuljugend, die durch Sammlungen ihr Scherflein  
beitrug. Vizebürgermeister Winter übernahm das Denkmal in die  
Obhut der Gemeinde Wien und betonte, dass die Gemeinde es treu  
bewahren werde, als das Denkmal eines <sup>Mannes</sup> ~~Mannes~~, der als Mensch  
zu Menschen gesprochen hat. Was bei Stifter am höchsten zu wer-  
ten sei, das ist seine nie versagende Liebe zu den Menschen. In  
den schweren Oktobertagen des Jahres 1848 habe sich Stifter zum  
ersten Male zum Kinde geflüchtet, indem er sagt, „Lasset die  
Kleinen zu mir kommen, denn durch sie kann allein die Vernunft  
der Freiheit begründet werden.“

#### Wiener Rathauskorrespondenz

Wien, Donnerstag, den 23. Oktober 1919.

Aberausgabe.

Die Enthüllung des Adalbert Stifter Denkmals. Heute, am 114.  
Geburtstage des Dichters, fand im neuen Teile des Türkenschanz-  
parkes die Enthüllung des vom Bildhauer C. Phillip geschaffenen  
Denkmals Adalbert Stifters statt, des dritten Denkmals, das  
der Dichter in Deutschösterreich besitzt. Das Denkmal zeigt den  
Dichter in Lebensgröße in der einen Hand seinen Stock, in  
der anderen Hand seinen Schlapphut haltend, an einer Felsblock  
gelehnt. Zur Feier hatten sich Unterstaatssekretär Glöckel,  
Landeshauptmann Sever, Vizebürgermeister Winter, StadtbauDirek-  
tor Goldemann, Archivar der städtischen Sammlungen, mehrere  
Stadt- und Gemeinderäte und viele Gäste eingefunden. Professor  
Gustav Wilhelm hielt eine warmempfundene Gedächtnisrede, in  
der er den Dichter als Menschen, als Künstler und als Anwalt  
der Jugend vorführte und in der er besonders markante Züge aus  
dem Leben des Dichters mit Beziehung auf die heutigen Verhält-  
nisse betonte. Das zu enthüllende Denkmal soll uns daher alle  
aus dem alten Oesterreich, dem der Dichter angehörte, den wir  
alle entstammen, hindüberführen in den neuen Staat, zurückwei-  
send auf eine vergangene Zeit und als Mahnzeichen für die Gegen-  
wart, dazu bestimmt, in uns den Glauben daran zu verfestigen, daß  
das Reich des Dichters mit den Idealen, die er seinerzeit ver-  
kündete, nicht von gestern und nicht von heute ist, sondern  
der Ewigkeit angehört. In unserer wildverworrnen Zeit soll er  
einer uncerergeistigen Führer sein und uns mithelfen, das Volk  
und die Jugend durch Bildung und Kunst zu erziehen, „damit das  
Gute wirke, wachse, fromme, damit der Tag den Edlen endlich kom-  
me.“ Der Obmann der Stifter Gesellschaft Schriftsteller Schöpl  
dankt Allen, die an der Ehrung des Dichters mitgewirkt haben,  
und weist darauf hin, dass es Fügungen gebe, die einem wie ein  
Wunder anmuten. Ein solches Wunder sei für uns, nach den bluti-  
gen Jahren, die wir hinter uns haben und in denen wir noch leben,  
Adalbert Stifter. Stifter trug Ideale in seiner Brust und hatte  
eine Weltanschauung wie ein Religionsstifter. Von seinem Bekennt-  
nis „Jede soziale brennende Frage ist aus einem einzigen Wort  
zu lösen, dem Worte der Liebe“ seien wir heute noch sehr weit ent-  
fernt. Die Stifter Gesellschaft habe es sich zur Aufgabe gemacht,  
Stifter zu popularisieren, damit seine Anschauungen eindringen  
in die Herzen der Menschen und der Jugend, damit sie

Neue Gemeindesteuern.

Voraussichtlicher Ertrag 100 Mill. K.

Heute Nachmittags hielt das Finanzkomite eine Sitzung ab, welcher die Christlichsozialen ferngeblieben waren. In derselben wurde beschlossen, dem Stadt- und Gemeinderat 4 Gesetzentwürfe über Steuern zu unterbreiten, durch welche der Gemeinde Neuzulagen von rund 100 Mill. K gesichert werden sollen. Die Vorlagen sind folgende:

Gesetzentwurf betreffend Einhebung einer Gemeindeabgabe vom höheren Mietzins mit einem Jahresertrage von rund 60 Mill. K. Diese neue Steuer soll mit 1. Februar 1920 im Kfart treten. Zur Entrichtung der Abgabe sind die Mieter, bzw. Die Eigentümer von Häusern bez- der von ihnen selbst benützten Räume verpflichtet. Die Mietabgabe beginnt bei einem Jahreszins von 900 K und ist progressiv. Die Skala ist: 9-1200 K 5%, 12-1500 K 10%, 1500-2000 K 15%, 2-3000 K 20%, 3-5000 K 25%, 5-10.000 K 30%, 10-15.000 K 35%, 15-20.000 K 40%, 20-30.000 K 45% über 30.000 K 50%. Mehrere Mietobjekte desselben Inhabers die sich im gleichen Hause befinden werden nur dann als ein Mietobjekt gerechnet, wenn sie unmittelbar räumlich zusammenhängen. Die Einhebung der Abgabe obliegt dem Hauseigentümer gleichzeitig mit der Einhebung des Mietzinses. Der Hauseigentümer ist verpflichtet, dem Magistrat alle Nachweise über die Mietparteien, die Bemessungsgrundlage und deren Veränderungen zu liefern und haftet für die zeitgerechte Abfuhr der eingehobenen Abgabe, sowie für jeden Schaden der der Gemeinde aus der Nichterfüllung der auferlegten Verpflichtung erwächst. Der Ausarbeitung dieser Vorlage sind sehr umfangreiche Erhebungen über die in Wien entrichteten Mietzinse vorangegangen, da eine diesbzgl. Statistik bisher überhaupt nicht bestanden hat. Das Ergebnis ist, dass Wien tatsächlich als eine sehr arme Stadt bezeichnet werden muss und die Masse der Bevölkerung auch schon vor der grossen Wohnungsnot in durchaus unbefriedigenden Wohnungsverhältnissen gelebt hat. Durch die neue Abgabe werden nämlich volle 80% der Bevölkerung nicht berührt. In der Gruppe von 900-1500 K Jahreszins sollen insgesamt 5.4 Mill. aufgebracht werden, das sind 11% aller Mietobjekte, während der gesamte Rest der Abgabe durch die verbleibenden 9% der Mieter getragen werden muss.

Die 2. Steuer betrifft die Einführung einer Abgabe vom gemeinen Wert, die schon gelegentlich der Budgetberatung vom G.R. grundsätzlich beschlossen worden ist. Die Abgabe beträgt 5 Promille und wird sowohl auf verbaute als auch auf unverbaute Grün-

de eingehoben. Der Abgabebemessung wird der gemeine Bodenwert zu Grunde gelegt und als solcher jener angenommen, den der Boden beim Verkaufe für jedermann hat. Als Stichtag für die erste Veranlagungsperiode gilt der 1. Oktober 1919. Da es in Wien einen Kataster über den Wert der 200.000 Parzellen nicht giebt wird die Abgabe auf Grund der Selbsteinschätzung bemessen. Die Gemeinde hat jedoch das Recht 1½ Jahre nach Zustellung des Zahlungsauftrages die Selbsteinschätzung zu beanstanden. Falls sich ergibt, dass die Selbsteinschätzung nicht einmal die Hälfte des wirklichen Bemessungswertes erreicht hat, so erhöht sich die Abgabe für die ganze Periode auf das Doppelte. Sehr wichtig ist der § 14, welcher lautet: Die Bodenwertabgabe darf nicht auf den Bestandsnehmer überwältigt werden und rechtfertigt und daher nicht eine Erhöhung des Mietzinses. Der Ertrag dieser Abgabe ist auf 17 Mill. veranschlagt, wovon 14½ Mill. auf verbaute Flächen entfällt.

Die 3. Massnahme ist eine zeitgemässe Erhöhung der Abgabe auf Alkohol, Bier und Wein und die Einführung eines Gemeindegulages zur Schaumweinsteuer. Bisher war die Steuer auf 1 Liter Alkohol 50 h, sie wird nun auf 5 K erhöht, genau jener Verzehnfachung entsprechend die der Staat im Kriege vorgenommen hat. Die Bierabgabe soll von 2 auf 10 K pro Hektoliter erhöht werden, was bei den gegenwärtigen Bierpreisen nicht entscheidend ins Gewicht fällt. Die Gemeindeabgabe von Wein erfährt eine Erhöhung von 8 auf 40 K pro Hektol und wird nun ebenso hoch ein als die staatliche Weinsteuer. Angesichts der jetzigen Hektoliterpreise für Wein, die sich zwischen 1800 und 2400 K bewegen können selbst beide Abgaben zusammen für die Preisbildung kaum in Betracht kommen. Bisher war Schaumwein genau so wie Wein besteuert, nun tritt als Ergänzung ein 100% iger Zuschlag zur staatlichen Schaumweinsteuer hinzu, die je nach dem Faktorenpreis gestaffelt ist. Die Gesamterträge dieser Steuer werden mit rund 25 Mill. für das Gebrauchsjahr veranschlagt.

Schliesslich wurde noch eine Novellierung der Wertzuwachssteuer beschlossen, deren wesentlichste Bestimmung die Fortführung der bisherigen Skala von 25% bis zu 50% bei dem über 200% hinausgehenden Wertzuwachs ist.

Anschliessend an diese Beratung gab der Finanzreferent St.R. Breitner noch eine Darlegung über die gegenwärtige Finanzlage der Gemeinde, insbesondere mit Bezug auf die 3 grossen Unternehmungen. Von den 100 Millionen, die durch die neuen Gesetze eingehen sollen, sind 23 schon bei der Budgetberatung präliminiert worden, die verbleibenden rund 80 Mill. werden im gegenwärtigen Verwaltungsjahr nur zur Hälfte in Erscheinung treten. Diese 40 Mill. sind indess durch die ausserordentlichen Steigerungen, die alle sachlichen Auslagen erfahren haben, längst aufgebracht und es wird notwendig sein das gesamm-

Beiprogramm... und einschneidenden Verringerung zu unterziehen. Der Gesamtumfang der drei grossen Unternehmungen stellt sich infolge der bekannten Verhältnisse bereits auf 200 Millionen Kronen, dazu kommt, dass alle Angestellten und Arbeiter infolge der unausgesetzten Verteuerung neuerlich in Unruhe versetzt sind und auch auf diesem Gebiete Ausgaben nicht zu vermeiden sein werden.

Das Finanzkomite beschloss diese so einschneidende Frage schon in der allernächsten Zeit zum Gegenstande besonderer Beratung zu machen.

Im Kohlenbericht des Bgm. ist auszubessern:

2. Spalte, 15. Zeile  
dass  
„dass die Bemühungen, die darauf abzielen, ein entsprechendes Ergebnis zeitigen werden“ ( an Stelle des alten Satzes)

nächste Zeile: Generalkonsul Halstead

endlich 20. Zeile

„ und die einschlägigen Aemter pflegen eingehende Beratungen statt: .... ich hoffe etc.“

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 24. Oktober 1919, Nr. 422

**Selbstversorgung mit Kartoffeln.** Die Bevölkerung wird neuerlich aufmerksam gemacht, dass für die Gesuche um Bewilligung zur Selbstversorgung mit Kartoffeln ausschließlich die amtlich aufgelegten Formulare zu verwenden sind. Sie sind von Sonntag, den 20. Oktober ab beim Portier der Landesregierung, I., Herrengasse Nr. 11 zum Preise von 20 h per Stück erhältlich. Die Gesuche sind beim magistratischen Bezirksamt des Wohnortes der ansuchenden Partei einzubringen, wenn der Bezugsort im Gemeindegebiete Wien selbst liegt. Liegt der Bezugsort ausserhalb Wiens, so sind die Gesuche bei der Kartoffeltransportstelle im Gebäude der Landesregierung einzubringen. Der Verzicht auf die Kartoffelkarten ist beim magistratischen Bezirksamt des Wohnortes der ansuchenden Partei, und zwar gleichfalls ausschliesslich unter Bewilligung des erwähnten Formulars anzusprechen. Mitzubringen sind der amtliche Einkaufsschein und sämtliche Kartoffelkarten samt Rayonierungsabschnitten. Diese Abschnitte sind bei der Kartoffelabgabestelle, bei der die Haushaltung rayoniert ist, zu beheben. Lehr- und Erziehungsanstalten, Klöster, Kranken- und Versorgungshäuser haben bei der zuständigen Konstriptionsabteilung des magistratischen Bezirksamtes eine Bestätigung über den Personalstand und unter Vorweisung dieser Bestätigung bei der Wiener Gemüse- und Obst-Übernahme- und Verteilungstelle, Wien, I., Bauernmarkt Nr. 22 eine Bescheinigung über den Verzicht auf die Kartoffelbelieferung zu beheben.

**Kartoffelabgabe.** Samstag bis Dienstag werden im 1., 18. und 20. Bezirk  $\frac{1}{2}$  kg Kartoffeln pro Person zum Preise von K 3.56 gegen Abtrennung des Abschnittes „R“ im 1. Bezirk und des Abschnittes „Q“ in den beiden anderen Bezirken abgegeben. Im 21. Bezirk kommen inländische Kartoffeln zum Preise von K 1.80 das kg gegen Abtrennung des Buchstabens „Q“ der Kartoffelkarte zum Verkauf.

**Die Holzaufbringung.** In der heutigen Stadtratssitzung berichtete StR. Hackl über die Holzaufbringung für Wien. Er führte diesbezüglich aus: Nach den Bestimmungen der Landesverordnung vom 27. September 1919 sind die Bezirkshauptmannschaften verpflichtet 800.000 Raummeter Holz von den Waldbesitzern für die Gemeinde Wien anzufordern. Die Waldbesitzer sind wieder verpflichtet, das angeforderte Holz zu schlägern und auf einem fahrbaren Weg gegen Vergütung der Selbstkosten zu bringen. Ausserdem fixierten Stockzins von K 20.22 und 25 K für den Raummeter sind die Selbstkosten für die Schlägerung und Rückung nach den ortsblichen Löhnen und Fuhrwerkskosten zu vergüten. Die Bezirkshauptmannschaften haben die Holzbringung dadurch erledigt, dass sie nach wiederholten Urgenzen durch die Holzstelle ein Verzeichnis der Waldbesitzer mit einer vorgeschriebenen Menge an Holzstelle eingeschickt haben. In der Voraussetzung, dass die Holzaufbringung im Sinne der Verordnung nach Menge und Preis endgültig erledigt haben, unsere schriftlichen Anträge bei den Waldbesitzern unerledigt blieben, hat die gemeinderätliche Holzversorgungskommission verfügt, die Waldbesitzer persönlich aufzusuchen, bzw. Lieferungsverträge abzuschliessen. Zu den Kommissionen wurden je ein Verwaltungsbeamter, ein städtischer Forstbeamter und ein Vertreter der Genossenschaft der Holzgrosshändler beigezogen. Mündliche Verhandlungen wurden gepflogen: Mit den Waldbesitzern in den Bezirkshauptmannschaften St. Pölten, Rätzing und Umgebung, Horn, Krens, Yornenburg und Mistelbach. Zur Konstatierung der Bringungsmöglichkeit wurden die zugewiesenen Waldreviere aufgesucht und haben mittellweise Bagehungen der Reviere zwei Tage in Anspruch genommen und es wurde konstatiert, dass der Gemeinde Wien die am schwersten bringbaren Holzschlägerträge zugewiesen wurden. Die Verhandlungen mit den Waldbesitzern haben

ergeben: Die Bezirkshauptmannschaften haben an die Waldbesitzer schriftliche Aufträge für bestimmte Mengen Brennholz erteilt. Die Waldbesitzer haben gegen die Aufträge protestiert und haben nur mit wenigen Ausnahmefällen im Sinne der Landesverordnung Schlägerungen vorgenommen. Die Bezirkshauptmannschaften haben in keiner Gemeinde die ortsblichen Taxelöhne- und Fuhrwerkskosten bestimmt, sodass in jenen Gebieten in der Umgebung Wiens, wo von den ländlichen Fuhrwerkbesitzern mit Brennholz Schleifhandel getrieben wird, für ein Tagesfuhrwerk 200 K verlangt wird. In jenen Revieren, wo geschlägertes Holz vorhanden ist, wird es für den Lokalbedarf für ältere Pachtverträge, für Industries Zwecke und Händler beansprucht und werden für die Mehrleistung von Rückweg bis zur Strasse ungerechtfertigt hohe Preise verlangt, sodass in jeder einzelnen Forderung, die in der Landesverordnung nicht ausgesprochen wurde, eine behördliche Entscheidung erforderlich ist, damit der Gemeinde Wien nicht der Vorwurf der Preistreiberei gemacht werden kann.

Sämtliche Zuweisungen aus der Bezirkshauptmannschaft Mistelbach (62.000 Raummeter) können kaum im einen Sechstel realisiert werden, hievon die Hälfte Büttelholz, weil nach unseren sachverständigen Gutachten die Abforstung von 16 jährigen Forsten vorgenommen werden müsste, der Lokalbedarf unversorgt bliebe, die ländliche Bevölkerung bei der Holzbringung nicht nur nicht mithelfen würde, sondern gegen die Schlägerung und den Transport ersten Widerstand leisten würde. Da die vorhergezeichnete Art der Verhandlungen sehr zeitraubend, die Aufbringung, Schlägerung und Rückung, etc. eine Angelegenheit der zuständigen Bezirkshauptmannschaften ist, so unterbreite ich folgenden Vorschlag: Die n.ö. Landesregierung wird ersucht, in die drei gemeinderätlichen Kommissionen je einen Landesbeamten und einen Vertreter der zuständigen Bezirkshauptmannschaft zu delegieren. Die Kommissionen haben an Ort und Stelle mit den Waldbesitzern die Lieferungsverpflichtungen protokollarisch festzustellen, bzw. einen Lieferungsvertrag abzuschliessen. Die Kommissionen haben spätestens am Dienstag, den 28. Oktober ihre Tätigkeit zu beginnen. Die Landesregierung ist zu ersuchen den Waldbesitzern solange bis das kontingentierte Holz nicht vollständig abgeführt ist, zu verbieten, Holz an Private abzugeben. Die Gemeinde Wien stellt den Kommissionen für Ausnahmefälle nötige Zubehöre an Fahrzeugmitteln, Futterstoffen und Benzin für die Holzbringung zur Verfügung. Die bestehende Holzkommission ist von drei auf neun Mitglieder zu ergänzen.

Bgm. Reumann anerkennt die überaus erspriessliche Tätigkeit des StR. Hackl und des StR. Kopriva, aber er könne die Beförderung nicht verhehlen, dass man von lauter Anträgen und Beschlüssen schliesslich kein Holz bekommen werde. Die bisherigen Aufbringungsergebnisse sind die denkbar traurigsten. Die Landesverordnung ist am 27. September erschienen und bis heute habe er nicht in Erfahrung bringen können, wieviel Holz tatsächlich aufgebracht wurde. Wenn die Tätigkeit in solcher Weise fortgesetzt werde, so wird wahrscheinlich für den Winter auch nicht ein Bruchteil von den 800.000 Raummetern aufgebracht werden. Er sei deshalb nach seiner Ueberzeugung ganz ausgeschlossen, dass so weiter fortgearbeitet werden könne. Wenn die Gemeinde Wien nicht in der Lage sei, Holz zu bringen, dann müsse eben die Bringung jemand anderem überlassen werden. Jedenfalls habe er aber die Ueberzeugung, dass mit Rücksicht auf die enorme Kohlennot Holz soviel als möglich herbeigebraucht werden muss. Das sind wir der Bevölkerung schuldig und es müssen deshalb alle Kräfte angespannt werden, um dieses nötige Brennmaterial der Wiener Bevölkerung zu bringen.

Mag. Sekr. Dr. Holzer von der Holzversorgungsstelle der Gemeinde wies darauf hin, dass die Hauptschwierigkeiten in der Bringung darin gelegen seien, dass die Landesverordnung leider erst im August herausgekommen sei. Unsere Aufgabe bestand darin, mit den Waldbesitzern in Fühlung zu treten, damit das Holz herbeigebraucht wird. Dieser Aufgabe haben wir entsprochen, allein es darf nicht übersehen werden, dass die meisten Waldbesitzer passive Re-

sistenz machen, weil sie mit den Preisen, die man ihnen bietet, nicht einverstanden sind. Das ist ebenfalls eine sehr grosse Schwierigkeit, die sich entgegenstellt und die wir bisher zu überwinden nicht in der Lage waren.

StR. Schorsch: Nach den Berichten, die wir heute gehört haben, steht die Sache mit der Holzbringung noch viel schlimmer als wir angenommen haben. Es ist aber kein Zweifel, dass wir Holz brauchen, denn bei dem neuerlich reduzierten Kohlequantum können die Haushalte, mit den ihnen zugewiesenen Kohlemengen das Anslangen absolut nicht finden. Heute ist die Situation in den Haushalten eine bereits derartige, dass die Frauen nicht genug Brennmaterial aufreiben können. Nur Not behelfen sie sich jetzt noch gegenseitig. Wie werden sie sich aber dann helfen, wenn das Kohlequantum noch mehr gekürzt wird? Das ist dann eine Unmöglichkeit. Deshalb müssen wir trachten, dass die Bevölkerung unter allen Umständen Holz bekommt. Denn was helfen schliesslich der Bevölkerung Lebensmittel, wenn sie kein Holz und keine Kohle hat, um sie zubereiten zu können. Schon jetzt ist die Stimmung der Bevölkerung eine gereizte, infolge des Nahrungsmangels

und wenn jetzt auch noch die Kälte in den Wohnungen dazu kommt, so weiss man nicht, was geschehen kann. Ich möchte deshalb bitten, dass noch im letzten Momente alles geschieht, was Menschen möglich ist, damit wir der Bevölkerung Holz zum heizen bieten können.

StR. Breitner: Ich muss vor allen anderen feststellen, dass wenn von Versäumnissen in der Holzversorgung gesprochen werden kann, diese in jene Zeit zurückgreifen, in der wir noch nicht die Verwaltung der Stadt zu führen hatten. Es ist seit jeher so, nicht nur in Wien, sondern in der ganzen Welt, das Holz, das zur Verwendung kommt, im Vorjahre bereits, wenn nicht schon zwei oder drei Jahre vorher geschlägert werden muss, sonst ist das Holz nass und zum grossen Teile un verwendbar. In den meisten Waldlagen ist es aber überhaupt unmöglich Holz in einer anderen Jahreszeit als im Winter herunterzubringen, wo eben die Schneelage das Abfahren ermöglicht. Es hätte also, was ausdrücklich festgestellt werden soll, schon im Vorjahre mit den Schlägerungen begonnen werden sollen und das wäre umso mehr am Platze gewesen, als wir ja schon im vorigen Winter unter den ausserordentlichen Schwierigkeiten in Bezug auf die Kohlenversorgung zu leiden hatten. Dieses Versäumnis im Sommer nach-zuholen, ist einfach unmöglich, und es kommt eben jener Fehler zu Tage, welchen die Christlichsozialen seit dem Herbste 1918 begangen haben. Es muss weiter hervorgehoben werden, dass es auch an und für sich unmöglich ist eine so grosse Stadt wie Wien durch Holzaufbringung zu erhalten. Was in früheren Zeiten an Holz nach Wien gekommen ist, stammte aus der Tschechoslowakei, aus Slavonien, aus Ungarn, aus den Sukzessionsstaaten, die sich gegenwärtig absperrten oder zumindestens das Wagenmaterial nicht zur Verfügung stellen. Wenn man bedenkt, dass Holz auch im trockenen Zustande nur ein Drittel des Heizwertes der Kohle hat, so kommt man darauf, dass die Holzversorgungsfrage auch in allerhöchsten Masse eine Transportfrage ist. Die 800.000 Raummeter, die aus Niederösterreich zugesagt sind, entsprechen 40.000 Waggonladungen. Es ist jedermann klar, dass abgesehen von der allernächsten Umgebung, bei der noch irgendwie das Fuhrwerk in Betracht kommt, das rollende Material einfach nicht zur Verfügung steht. Trotzdem muss aber doch gesagt werden, dass die Verordnung der Landesregierung nicht bloss zu spät erschienen ist, sondern auch das Problem falsch angedacht wurde. Es hätte den Waldbesitzern die Verpflichtung auferlegt werden müssen, das Holz zur Bahn zu bringen und es hätte jede Ausfuhr von Holz aus den Bezirken im Voraus verboten werden müssen, als nicht das Kontingent wirklich greifbar für die Gemeinde Wien sichergestellt war. Nachdem das private Publikum, mit dem die Gemeinde Wien, das heisst die Massen der Besitzlosen in Wien, bezüglich der Preise nicht konkurrieren kann, immerhin noch als Käufer für das übrige Quantum auftritt, so wäre für die Waldbesitzer ein Anreiz vorhanden gewesen, sich ihrer Verpflichtung rasch zu entledigen, die 800.000 Raummeter zu liefern und dann im freien Handel sich glänzende Preise zu holen. So aber wird der Gemeinde Wien das Holz an ganz unzugänglichen Stellen

len zugewiesen, während das wirklich greifbare und schon geschlagene Holz an die Reichen zum Verkauf gelangt. Was den Bestimmungsmangel anlangt, so ist er tatsächlich sehr bedeutend. Aber auch in dieser Beziehung muss rücksichtslos vorgegangen werden. Wenn wir die Wahl haben zwischen der Hereinbringung des Holzes und insbesondere der schon geschlagenen 60.000 Raumneter, die der Gemeinde Wien gehören und fortwährenden Diebstählen ausgesetzt sind, und etwa der Aufrechterhaltung des Autobusverkehrs durch die Innere Stadt, so kann es für uns kein Schwanken geben. Es ist besser den Betrieb für 8 Tage einzustellen, auch den Lohnfuhrwerksbetrieb zu sistieren und alles Besten dazu zu verwenden, um das Holz hereinzubringen. Es liegen draussen in den Wäldern etwa um 30 Millionen K Holz. Wir werden zwar mit allen diesen Mitteln und Mitteln die Katastrophe nicht abwenden, aber es ist unsere Pflicht alles das zu tun, was nur irgendwie möglich ist und wenn damit auch nur die Rettung eines einzigen Menschen in Wien bewirkt wird.

StR. Sirotek ist ebenfalls der Ansicht, dass alles geschehen müsse, um das Holz so rasch als möglich nach Wien zu bringen, denn infolge des Kohlenmangels sei jede auch die geringste Holzmenge notwendig.

StR. Speiser beantragte das bisherige Holzkomitee um zwei Stadträte zu erweitern, und zwar schlug er dafür die StR. Isler und Schorsch vor.

Nach dem Schlussworte des Referenten wurden die Referentenanträge sowie die Anträge des StR. Freitner sofort eine Abänderung des Landesgesetzes betreffend die Holzaufbringung zu fordern und das geschlagene Holz, das der Gemeinde gehört in den nächsten Tagen zu bringen, sowie der Antrag des StR. Speiser auf Ergänzung des Komitees durch die StR. Isler und Schorsch einstimmig angenommen.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung, am 24. Oktober 1919.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass Advokat Dr. Bieneffeld 300 K für die Armen des VI. Bezirkes gespendet hat. Hiesauf wird der Einlauf verlesen.

GR. Bratner (Deutschnational) sagt, dass sich der Erfüllung des Vertrages betreffend die Lieferung von 60 Zisternen Rohöl aus Polen für die Elektrizitätswerke unerwartete Hindernisse entgegenstellten. Die Polen verlangten die Beistellung von Zisternen. Solche standen genügend in Blumau. Der Arbeiterrat von Blumau verweigerte die Beistellung dieser Zisternen. Die Intervention des Bürgermeisters blieb ohne Erfolg; erst nachdem ein Mitglied der amerikanischen Mission in Blumau intervenierte, wurde die Abgabe der Zisternen zugesagt, mit der Erklärung, dass die in den Zisternen befindliche Schwefelsäure aus diesen entleert werden müsse. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister gewillt ist, die Angelegenheit aufzuklären und bei der Regierung dahin zu wirken, dass künftighin derartige Eingriffe der Arbeiterräte nicht mehr Platz greifen und eine solche Nebenregierung in ihre Grenzen zurückgewiesen wird.

Bgm. Reumann: Da bei allen Mineralölbezügen aus dem polnischen Staate der Käufer die zum Transporte erforderlichen Kesselwagen zu besorgen hat, so war die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke sofort nach Genehmigung des Ankaufes der 3600 Zisternen Heiz- bzw. Gasöl bemüht, 140 Kesselwagen behufs Einleitung eines regelmäßigen Transportes sicherzustellen. Hierbei hat sich die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke auch von der Erdölstelle 60 Stück der in der Staatsfabrik Blumau befindlichen Kesselwagen zuweisen lassen und alle Schritte zur Erlangung derselben eingeleitet. Der Abtransport dieser Wagen war aber nicht ohne weiteres möglich, da gerade die deutschen österreichischen Wagen in Blumau mit verschiedenen chemischen Produkten befüllt und überdies alle Waren reparatur- oder mindestens revisionsbedürftig waren. Aus diesen Gründen hat sich die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke an mich gewendet, damit ich dahin wirke, dass die Leitung der Staatsfabrik in Blumau das Entleeren und Revidieren der für die städtischen Elektri-

zitätswerke bestimmten Kesselwagen mit der grössten Beschleunigung durchführen lasse. Eine Intervention zur Behelung eines Widerstandes gegen die Auslieferung der Kesselwagen war deshalb nicht notwendig, da von keiner Seite ein solcher Widerstand geleistet worden ist. Auch der Leiter der amerikanischen Militärmission, Herr Oberst Gray, der sich bemüht, die Transporte des Heizöles für die städtischen Elektrizitätswerke nach Möglichkeit zu fördern, hat, als er erfuhr, dass umfangreiche Arbeiten vor Abtransport der Kesselwagen notwendig sind, einen seiner Offiziere nach Blumau entsendet und um mögliche Beschleunigung dieser Arbeit ersuchen lassen. Die Staatsfabrik hat in anerkennenswerber Weise tatsächlich ihr Möglichstes getan, sodass trotz aller technischen Schwierigkeiten bereits 26 Kesselwagen abgeholt werden konnten und sich 14 weitere Kesselwagen in Heimbau der Militärachleppbahn in Reparatur befinden. Es konnten bereits 2 komplette Züge zusammengestellt werden, von denen der erste am 7. Oktober 1919 und der zweite am 18. Oktober 1919 nach Polen abgefahren ist. Der erste Zug befindet sich bereits in befülltem Zustande auf der Rückfahrt und wird an den allernächsten Tagen eintreffen, um sofort wieder nach seiner Entleerung nach Polen abzugehen. Von anfangs November ab werden 4 geschlossene Kesselwagenzüge in regelmässigen Verkehr für den Heizöltransport der städtischen Elektrizitätswerke stehen. Zu irgendeiner Intervention meinerseits in Sinne der Anfrage fehlt demnach jede Veranlassung.

GR. Forstner (Soz.-Dem.): Schon wieder eine unwahre Geschichte von einer Nebenregierung.

Bgm. Reumann: Ja, es werden oft unwahre Sachen als Grund zu einer Interpellation angesehen. Es ist gut, wenn solche Interpellationen gestellt werden, da dann die Richtigkeit der Behauptung festgestellt werden kann.

GR. Kliona (Tscheche) interpelliert wegen der Abschaffung aller Benennungen in Wien die an die monarchistische und dynastische Zeit erinnern.

Bgm. Reumann: Es besteht bereits ein sechsgliedriges Stadtratskomitee zur Benennung von Strassen und Plätzen, das sich auch bereits, namentlich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und heute nachmittags Beschlüsse in dieser Richtung gefasst hat. Die Interpellation kommt etwas spät, denn wie Sie sehen, sorgen wir für alles vor.

GR. Machet interpelliert wegen Sperrung der einzigen tschechischen Volksbibliothek im 21. Bezirk durch die Wohnungskommission.

Der Bürgermeister bemerkt, dass die Anfrage erst um 1/2 2 überreicht wurde, er war daher nicht mehr in der Lage, einen Bericht vom Magistrat einzuholen und könne daher auch nicht beurteilen, ob ein Uebergreif vorliegt. Er würde die Angelegenheit prüfen und nach Massgabe des Ergebnisses der Prüfung das Entsprechende verfügen.

GR. Jenachick (Soz.-Dem.) weist darauf hin, dass jene „V“ Wagen der Strassenbahn, die in die Remise in Hernals fahren, durch die Abnahme der Brustwandtafel gekennzeichnet sind und wünscht eine deutlichere Bezeichnung dieser Wagen. Weiters regt er die Wiederaufrichtung der Haltestelle Hormayrgasse-Blumengasse an und verlangt die Verlegung der Haltestelle für die Strassenbahnwagen, die von der Freyungasse gegen den Elterleinplatz fahren, beim Elterleinplatz.

Bgm. Reumann: Ich werde über diese Wünsche einen Bericht der Strassenbahn einholen und nach Massgabe desselben das Weitere verfügen. Was die Haltestelle in der Hormayrgasse anlangt, wird mit Rücksicht auf die verordneten Sparmassnahmen kaum dem Wunsche des Interpellanten Rechnung getragen werden können.

GR. Dr. Plaschke (Jüdischnational) interpelliert wegen schikanöser Behandlung von Ärzten durch die beim städtischen Gesundheitsamt eingesetzte Ueberprüfungskommission. Der praktische Arzt Dr. Hugo Strauss ist seit 1. Oktober 1910 in Wien wohnhaft und hat im Dezember vergangenen Jahres die Staatsbürgerschaftserklärung abgegeben und es wurde ihm im April das Heimatsrecht der Stadt Wien verliehen. Von der Ueberprüfungskommission wurde ihm mitgeteilt, dass seine Praxis voraussichtlich nicht genehmigt würde, weil er angeblich zu Unrecht die Staatsbürgerschaftserklärung

nur abgegeben habe. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister seinen Einfluss geltend machen wolle, dass den von städtischen Behörden ordnungsgemäss angefertigten Urkunden Glauben geschenkt wird.

Bgm. Reumann: Ueber Auftrag der Landesregierung ist von einer Kommission zu überprüfen, ob bei allen seit dem 1. August 1914 im Gebiete Deutschösterreichs zur Ausübung der ärztlichen Praxis zugelassenen Ärzten die Bedingungen zutreffen. Diese Kommission besteht aus Vertretern des Magistrates, der Wiener Ärztekammer und der Wiener ärztlichen Kommission und amtiert im städtischen Gesundheitsamt. Was den speziellen Fall der Interpellation anlangt, so dürfte hier eine unrichtige Information vorliegen, da die Ueberprüfungskommission in ihrer Sitzung vom 20. Oktober des J. auf Grund der polizeilichen Erhebungen dem genannten Arzte die Bewilligung zur Ausübung seiner Praxis zuerkannt hat. Zu einer Intervention meinerseits liegt somit kein Anlass vor.

GR. Adelheid Foyp (Soz.-Dem.) weist auf die Zustände hin, die auf den städtischen Kohlenablageplätzen herrschen, wo die rayonierten auf ihre Kohlen warten und fragt, ob es nicht möglich sei, ein System anzuwenden, wonach die Frauen rechtzeitig unterrichtet werden, damit sie nicht umsonst warten und damit diejenigen zuerst befriedigt, die am längsten auf Kohle warten.

Bgm. Reumann: Die städtischen Kohlenverkaufsplätze haben einen Massenbedarf zu decken. Es sind z. B. auf dem städtischen Kohlenlagerplatz in Ottakring über 19.000 Haushalte und auf dem Kohlenlagerplatz Westbahnhof über 21.000 Haushalte rayoniert. Solange entsprechende Kohlenmengen zur Verfügung standen, hat der Betrieb nach Einführung der Kohlenkarte klaglos sich abgewickelt. Die sich aus dem Kohlenmangel ergebenden Unzukömmlichkeiten, die sich insbesondere in dem stundenlangen Anstehen und in der Unmöglichkeit, alle Parteien zu befriedigen, äussern, sind mir bekannt. Ich mache darauf aufmerksam, dass auf den städtischen Kohlenlagerplätzen 90 Waggons Kohle, 10 Waggons Hausbrandkohle, heute eingelangt sind. Für die Versorgung des Hausbrandes ist die Lage äusserst katastrophal und es ist nicht vorzusehen, ob in der nächsten Zeit eine Besserung eintreten wird.

GR. Grünfeld (Soz.-Dem.) weist darauf hin, dass die Schulinventars der von den Militärbehörden benutzten Schulgebäude vielfach grossen Schaden gelitten haben. Für die Schule am Sterneckplatz in der Leopoldstadt wurde ein Betrag von 239.000 K von der in Betrach kommende Uebernehmenskommission festgestellt, es ist aber zu befürchten, dass dieser und auch andere Beträge bei anderen Schulen von der Militärverwaltung nicht heringebracht werden. Der Interpellant fragt, was der Bürgermeister gegen die Verwalter und Schulbehörden vom Jahre 1914, die an dieser Schädigung der Gemeinde mitschuldig sind, zu unternehmen gedenke.

Bgm. Reumann: Eine Uebergabe der Schulgebäude kann mit Rücksicht darauf, dass die Schulgebäude von der Heeresverwaltung kurzerhand besetzt wurden, von Seiten der Schulbehörden überhaupt nicht statt. Zur Sicherung des wertvollen Schulinventars wurde sofort nach der Besetzung die Verwahrung der Sammlungen in eigenen Räumen und wenn es möglich war, unter besonderer Sperre veranlasst. Die Sicherung des Gemeindegutes wurde aber vielfach dadurch unmöglich gemacht, dass nicht militärischen Personen der Zutritt in die Schulgebäude verwehrt und ihnen auch verwehrt blieb. Bei der Rückstellung der Schulgebäude konnte vielfach festgestellt werden, dass auch die besonders versicherten Räume erbrochen und die aufbewahrten Gegenstände häufig verschleppt worden waren. Die in der Anfrage genannte Entschädigung betrifft nur den Gebäudeteil II., Sterneckplatz 1, während für die übrigen 3 Teile des Gebäudes 410.000 K als Entschädigung festgestellt wurden. Ausserdem steht als Ersatz für die beschädigten Sammlungen und Bibliotheken die Leistung einer besondern Entschädigungssumme seitens der *Heeresverwaltung an die Gemeinde in Verhandlung.*

Zum Stadtratsbericht über die Holzaufrichtung. Wir bitten der Rede des StR. Schorsch im Stadtratsberichte über die Holzaufrichtung folgenden Schluss passus anzufügen:

Schliesslich muss ich sagen, dass es leider auch noch immer Menschen gibt, die die Not der Bevölkerung, die gegenwärtigen tristen Verhältnisse für ihre egoistischen Parteizwecke ausnützen wollen. Leider gibt es noch immer solche Menschen, die, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von sich den eigentlichen Schuldigen an den heutigen Verhältnissen abzulenken behaupten, dass nichts oder zu wenig getan werde. In der Tat könnten aber auch Engel, wenn sie von Himmel steigen würden, die Verhältnisse nicht bessern. Auch aus diesem Grunde ist es daher notwendig, dass wir alles, was nur überhaupt möglich ist, im Interesse der Bevölkerung vornehmen.

Die neuen Grundsteuern. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Breitner über die neuen Gesetzesentwürfe betreffend die Erhebung einer Gemeindeabgabe von höheren Mietzinsen, von gemeinen Bodenwerten, von gebrannten geistigen Flüssigkeiten und von Schaumwein. Der Referent wies darauf hin, dass alle diese Gesetze zusammen einen Betrag von 100 Millionen Kronen an Steuern einbringen werden und dass diese 100 Millionen Kronen ungefähr jener Summe gleichkommen, welche bisher aus den Gemeindeabgaben vereinnahmt wurde. Diese neuen Steuern unterscheiden sich aber von jenen, die bisher eingehoben wurden dadurch, dass sie nicht wahllos alle Bevölkerungsschichten treffen, sondern nur jene, die zu den besseren zählen. Die Tatsache, dass die Wohnungsaufwandsteuer nur jene Bevölkerungskreise trifft, welche weniger als 900 Kronen für Miete ausgeben, bringt es mit sich, dass 80% der Bevölkerung, und zwar jene, die weniger leistungsfähig sind, von der Steuer überhaupt nicht getroffen werden.

StR. Dr. Scheu berichtete in Anschluss daran über die Neuregelung des Gesetzes über die Wertzuwachssteuer von Liegenschaften im Gebiete der Stadt Wien. Er wies darauf hin, dass das gegenwärtige Gesetz von verschiedenen Seiten deshalb angefochten wurde, weil es nicht auf einen Beschluss des Landtages, sondern nur auf einen Beschluss des Landesauschusses beruhe. Die neue Fassung des Gesetzes, welche nunmehr der Landesversammlung unterbreitet werden soll, wird gegenüber dem alten Gesetze eine Erhöhung des Steuersatzes vorsehen. Es werden von Zuwachse des Wertes bis zu 50 % an Steuern eingebracht werden. In der Beratung über die Anträge der Referenten bemerkte StR. Seidel, dass diese neuen Steuern ein ganz anderes Bild aufweisen, als sie es noch vor zwei oder drei Jahren aufgewiesen hätten. Damals wurden die Steuern ohne Ausnahme auf alle Bevölkerungsklassen gelegt, jetzt aber wurde darauf Bedacht genommen, dass die Steuern nur auf leistungsfähige Kreise überwält werden. Auch die Geschäftskonten, welche durch diese Steuer getroffen werden dürften zum grossen Teil nur Luxusgeschäfte sein, die nur leistungsfähige Leute zu Kunden haben. Wenn auf diese die neuen Steuern überwält werden, so kann das den ärmeren Volke nicht schaden.

VB. Winter führt darüber Beschwerde, dass bei der Alkoholsteuer der Branntwein bedeutend stärker getroffen wurde als das Bier und der Wein. Beim Branntwein, der gerade von den Ärmsten der Armen getrunken wird, mache die Steuer 1/20, beim Abzugbier 1/24, beim Lagerbier 1/40 und beim Wein 1/50 des Wertes aus. Er erblicke darin eine Ungerechtigkeit und ersuche den Referenten, wenn es möglich wäre, bei künftigen Verhandlungen mit dem Staate darauf hinzuwirken, dass diese Ungerechtigkeit ausgeglichen werde.

Auch StR. Sirotek ist damit einverstanden, dass die Wohnungsaufwandsteuer erst die teureren Wohnungen erfasse. Bezüglich der Steuer von gebrannten geistigen Flüssigkeiten müsse er nur bedauern, dass sich noch so viele Arbeiter dem Genuss von Alkohol hingeben. Bei dieser Steuer müsse man eigentlich wünschen, dass sie möglichst wenig Ertrag erwerbe, weil

dies im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung am besten wäre.

StR. Heilmann stellt fest, dass die Wohnungsaufwandsteuer bei Wohnungen von 900 Kronen noch zahlreiche Angestellte und Lehrer sehr hart treffe, weil ja gerade die Beamten und Lehrer in der heutigen Zeit viel schlechter dazurück sind, als viele Angehörige des sogenannten Proletariates, die infolge der jetzt üblichen hohen Löhne eine solche Wohnungsaufwandsteuer leichter ertragen würden, als die sogenannten Intelligenzproletarier. Er müsse unter dem Zwange der Not für die Steuer zwar stimmen, könne dies aber nur mit schweren Herzen tun, weil er wisse, dass durch sie den Beamten und Lehrern eine schwere Last aufgebürdet werde.

StR. Siesel erklärt, dass die Steuer von gemeinen Bodenwerten und die Wertzuwachssteuer in einem Ausserordentlichen Umfange beantragt sei. Er bedauere, dass in dem Gesetzesentwurf für die Abgabe von gemeinen Bodenwerten die Selbsteinschätzung eingeführt werde. Er wisse zwar, dass es jetzt unmöglich sei in kurzer Zeit einen Rodenkataster anzulegen, doch sollte wenigstens in dem Gesetze eine Bestimmung festgelegt werden, der zufolge der Gemeinde Wien das Recht zustünde, alle Grundstücke zu dem Selbsteinschätzungspreise anzukaufen. Auf diese Weise würde es möglich sein, viele Grundstücke für die Gemeinde Wien und das Fleingartenwesen zu erwerben.

StR. Dr. Grün begründet die Einführung einer Gemeindeabgabe von Schaumwein und betont, dass die Referentenanträge nur eine Mindesthöhe des Steuersatzes beinhalten dürften.

StR. Breitner erklärt in seinen Schlussworten gegenüber der Anregung des VB. Winter, dass der Gemeinde Wien auf die Höhe der Abgaben von geistigen Flüssigkeiten kein besonderes Unterscheidungsrecht zustünde, nachdem die Abgabe nur in Zuschlägen zu bereits vorhandenen staatlichen Abgaben bestünde.

Zu den Ausführungen des StR. Heilmann bemerkt StR. Breitner, dass gewisse ein Teil der Beamten und Lehrer von der Wohnungsaufwandsteuer betroffen werden, doch könne dies nur ein Ausserordentlich geringer Teil sein und auch dieser Teil komme nur für die geringeren Prozentsätze dieser Steuer in Betracht. Die geringe Höhe der Abgabe von gemeinen Bodenwerten, welche von StR. Siesel beantragt wurde, sei darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Wien im Bezug auf die Höhe der Steuer durch den Staat eingeschränkt worden sei. Das von StR. Siesel gewünschte Anforderungsrecht der Gründe zum Selbsteinschätzungspreise habe für Wien nur eine geringe Bedeutung, da es sich bei dieser Steuer zum grossen Teile um bereits verbaute Flächen handelt, bei denen ein solches Anforderungsrecht des Bodens allein wenig Bedeutung hätte.

Die Anträge der Referenten wurden hierauf einstimmig angenommen.

*Fortsetzung Gemeinderatsberichts*

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

GR. Hackl (Soz.-Dem.) berichtet über den Verkauf von Milchkühen in Pernhofen. Aus Anlass des Ablaufes und der Nichterneuerung des Mähe-Einstellungsvertrages auf Pernhofen überlässt die Gemeinde an Jaques Weiner im Interesse des rationellen Betriebes der auf dem Gute unter Beteiligung der Gemeinde errichteten Schweinemastanstalt 69 Kühe und 1 Stier zum Durchschnittspreis von 18 K pro 1 kg Lebendgewicht ab Stall. (Angenommen).

Nach einem Berichte des GR. Kokrda (Soz.-Dem.) wird der Verkauf von unbrauchbaren Alteisenmaterialien der Strassenbahnen im Werte von ca. 400.000 K genehmigt.

GR. Schorsch (Soz.-Dem.) berichtet über den Verkauf der 13 kleinen Elektrobusse der ehemaligen Kraftstellwagenlinie Stefansplatz-Volksoper ohne Batterien und Bereifung an Dr. Ing. Goldberger in Bukarest um den Betrag von 95.000 Lei.

GR. Dr. Schwarz-Hiller fasst an, ob abgesehen von der Vereinbarung

des Aufschlusses an die Ausfuhr der Industrieartikel, die heute im Auslande besonderen Wert haben, weil man sie dort nicht herstellen kann, gleichzeitig die Bedingung eines Kompensationsgeschäftes in Lebensmitteln oder Rohöl geknüpft wurde. Der Redner stellt weiters die Anfrage an den Referenten, ob nicht die Gemeinde dadurch geschädigt werden könne, dass der Kurswert der Lei jetzt gesunken sei und hoffentlich noch weiter sinken wird.

Der Referent GR. Schorsch erwidert in seinem Schlussworte, dass das Anbot des Käufers seinerzeit auf 250.000 K oder 95.000 Lei gestellt wurde. Er teilt mit, dass mit den 95.000 Lei in Rumänien Öl gekauft werden soll, da für die Kraftstellwagen gebraucht wird.

Kompensation sei keine vereinbart worden.

Der Antrag des Berichterstatters wird hierauf mit mehr als 80 Stimmen angenommen.

Nach einem Antrage des GR. Weigl wird der Verkauf alter Strassenbahnschienen um den Gesamtpreis von 900.000 K genehmigt.

GR. Schorsch berichtet über die Kosten für die Herstellung der Glasverschalung um die Führersitze der Oberdeckkarouserien der Kraftstellwagen wofür um die Genehmigung des Sachkredites in der Höhe von 96.000 K ersucht wird.

GR. Forstner (Soz.-Dem.) wünscht, dass die Glasverschalung um die Führersitze bei allen Automobilen der Gemeinde durchgeführt werden möge, und dass mindestens vor dem Führersitze eine verstellbare Glaswand angebracht werde. Ferner verweist er auf die zahlreichen Unglücksfälle bei Chauffeuren infolge der Schwierigkeit des Ankurbelns der schweren Lastkraftwagen und regt an, dass bei allen Lastkraftwagen der Gemeinde die automatische Bindung eingeführt werde. Er verlangt ferner, dass auf den Lastkraftwagen die Sitze für den Kraftwagenführer aber auch für den Mitfahrer nicht nur gepolstert, sondern auch mit Feder versehen werde. Schliesslich tritt der Redner für eine Beschränkung des Ladegewichtes, das heute von 30 und 35 Meterzentner auf 65, 70 ja sogar 80 Meterzentner gestiegen sei, ein. Dadurch seien die Einnahmen der Fuhrwerksbesitzer geringer geworden, und dies drücke wieder auf die Löhne der Arbeiter. Mit den Bestimmungen die sich alle auf das bekannte Krügelpatent, das nach den Erklärungen des Staatskanzlers demnächst abgeschafft werden soll, stützen, sei nichts getan, es müsse endlich eine klare Bestimmung in Bezug auf das Ladegewicht hinsichtlich des Schutzes der Tiere aber auch hinsichtlich des Schutzes der Menschen, die mit solchen Wagen zu tun haben, erlassen werden.

Das Ladegewicht sei höchstens mit 35 Meterzentner für 2 spännige und mit 15 Meterzentner für einspännige Wagen festzusetzen. Für die Autos müsse auch endlich Platz am Lastwagen selbst geschaffen werden und die Bremse müsse vorne am Wagen angebracht werden, so dass sie vom Kutschbock aus zu handhaben ist. Redner trat zum Schlusse noch für die Einführung des Kreuzzügels gegen eine zu grosse Sattelung der Strassen ein und stellte dann diesbezügliche Anträge.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Referentenantrag angenommen, die Anträge des GR. Forstner finden genügend Unterstützung und werden an den Stadtrat geleitet.

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

GR. Siesel (Soz.-Dem.) berichtet über vorzunehmende Umbauten und Adaptierungen im Barackenlager am Dürnkrotplatz für Zwecke der Strassenbahn. Es sollen dorthin die in den verschiedenen Bahnhöfen untergebrachten Hochdruckwerkstätten verlegt werden. Für die notwendigen Adaptierungsarbeiten beantragt der Referent einen Betrag von 180.000 K zu bewilligen. Der Antrag wird angenommen.

Nach einem Antrage desselben Referenten wird der Pflanzung und Erneuerung der Einfriedung der Lagerhäuser in der Ausstellungsstrasse im Betrage von 230.000 K zugestimmt.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) referiert weiter über die Grundpachtung für die auf der Schmelz zu errichtenden Kriegswohnhäuser in Gesamtbetrage von 35 Millionen Kronen. Die Verhandlungen waren seinerzeit mit dem Eigentümer, der Militärverwaltung fast bis zum Abschluss gebracht worden. Durch den Umsturz kamen sie ins Stocken und wurden dann durch das Eingreifen durch das Staatsamt für Finanzen wesentlich verschlechtert. Nach dem Antrage des Referenten sollte die Grundpacht auf der Schmelz auf 30 bis 40 Jahre gegen einen Anerkennungszins von 100 K jährlich gepachtet werden.

GR. Broczyner (Soz.-Dem.) weist darauf hin, dass es vorteilhaft wäre bei der Vollendung der vor dem Kriege begonnenen Bauten der Gemeinde das Einküchensystem einzuführen. Hierdurch würde mit der Arbeitskraft und dem Material in der Hauswirtschaft und besonders mit dem Brennmaterial gespart werden. Redner hofft, dass das Einküchensystem nach einer gewissen Zeit der Entwicklung auf jene Höhe kommen wird, die der Wiener Gaumen von seinen Erzeugnissen verlangt.

GR. Forstner (Soz.-Dem.) begrüsst als Vertreter des 15. Gemeindebezirkes die in Rede stehende Vorlage und wünscht unter dem Hinweis darauf, dass in diesem Bezirke eine sehr grosse Wohnungsnot herrsche, die baldigste Entstandsetzung der Bauten.

Der Referent bemerkt in seinen Schlussworte, dass der Wunsch seines unmittelbaren Vorredners eigentlich schon erfüllt ist und dass die Hoffnung besteht den grössten Teil der Wohnungen dort bald beziehen zu können. Von den vielen vor Kriegsbeginn begonnenen Bauten warten nur mehr 6 Objekte auf ihre Vollendung. Was die Einführung des Einküchensystems anlangt, so wird dies bei den Eisenbahnerhäusern im 21. Bezirk angewendet werden. Der Referent meint, dass bezüglich des Einküchensystems die Ansichten auseinander gehen und dass das Beispiel der gemeinsamen Ausspeisung während des Krieges die Idee des Einküchensystems nicht gefördert haben dürfte. Seine Anträge werden angenommen.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet über Aenderungen der Einteilung verschiedener Kategorien von Angestellten der Gemeinde und zwar der Inkassanten der städtischen Leichenbestattung, der Aufseher des Asyl- und Werkhauses und der Kraftfahrgehilfen und Monteure des Sanitätspersonales, welche genehmigt werden.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet weiter über die Neuwahlen der Armenräte für 1920 bis 1925, welche zwar auf Grund der bisher geltenden Vorschriften für die Armenpflege vorgenommen werden sollen, wobei aber die Abänderung Platz zu greifen habe, dass die Wahlvorschläge vom Bezirksvorsteher nach Anhörung der Vorstände der Armeninstitute zu erstatten sind. Es stehen nämlich verschiedene Neuerungen in der Organisation der Armenpflege bevor, die jedoch aus Zeitmangel noch nicht vorgenommen werden können, weshalb man sich bei den Armenratswahlen mit der vorstehend beantragten Abänderung vorerst begnügen müsse.

GR. Plaschkes (Jüdischnational) richtet an den Referenten die Anfrage, welche Neuerungen bezüglich des Armenwesens geplant seien insbesondere ob es wahr sei, dass, wie in der Bezirksvertretung Leopoldstadt besprochen wurde, die Absicht bestehe Beamtete Armenräte zu bestellen und zwar in einer sehr grossen Zahl/relativ sehr hohen Gehältern, die in ihrer Gesamtheit das Budget der Gemeinde in ganz besonderer Weise belasten würden. Redner fragt weiters, ob es nicht möglich wäre im Einvernehmen mit allen Parteien eine Reorganisation des Armenwesens in der Weise vorzunehmen, dass ohne eine finanzielle Belastung der Gemeinde und ohne Einstellung von Beamten die Armenpflege verbessert werden könnte, denn der bisherige Vorgang im Armenwesen könne keineswegs gebilligt werden.

Bezirksvorsteher Berdiczower (Sozdem) tritt der Behauptung entgegen, dass in der Bezirksvertretung ein Beschluss gefasst worden sei, es haben nur einer der jüdischnationalen Bezirksräte die Anregung gemacht, Beamtete Armenräte einzuführen. (Zwischenrufen) Erst regen Sie an, dann interpellieren Sie.)

GR. Dr. Plaschkes (Jüdischnational): Nein das ist unrichtig, es ist doch keine Anregung gemacht.

Vorsitzender VB- Emmerling: Herr Dr. Plaschkes. Sie können sich ja zu einer tatsächlichen Berichtigung melden.

Bez. Vorsteher Berdiczower (Soz.-Dem.): Ich stelle fest, dass eine Anfrage gestellt worden ist.

Der Referent erklärt in seinen Schlussworte: Ich stimme mit dem Vorredner damit überein, dass das derzeitige Armenwesen unmöglich ist und in dieser Form, wie jetzt, nicht weiter bestehen kann, wenn gefasst wird, welche Aenderungen geplant sind, so kann ich noch keine Auskunft geben. Ich kann aber sagen, dass niemals daran gedacht worden ist beamtete Armenräte insbesondere aber nicht solche mit hohen Bezügen einzusetzen. Wenn ein neues Armenstatut, wenn es überhaupt nicht diesen Namen tragen wird, geschaffen wird, dann wird das Einvernehmen mit allen arbeitwilligen Parteien gewiss gepflogen werden.

GR. Dr. Plaschkes (Jüdischnational) berichtet tatsächlich, dass nicht seitens seines Bezirksvertreters eine Anregung gestellt wurde, sondern dass die gleiche Anfrage gestellt wurde, die jetzt Redner vorgebracht habe. Die Anträge des Berichterstatters werden hierauf angenommen.

GR. Weigl (Soz.-Dem.) berichtet hierauf über die Grundsätze für das Ankwündigungswesen bei den städtischen Straßenbahnen, wobei er beantragt, dass Ankwündigungen nur im Innern der Straßenbahnwagen zulässig sein solle, und darauf hinweist, dass sich die Gemeinde das Recht der Zensurierung jeder einzelnen Ankwündigung vorbehalten werde.

GR. Julius Müller (Soz.-Dem.) weist darauf hin, dass die Reklame in den Straßenbahnwagen der Gemeinde auch vor dem Kriege kein nennenswertes Ertragnis abgeworfen habe. Seinerzeit habe dieses 10.000 Kronen Betragen und sei dann bis auf 2.000 Kronen herabgesunken. Redner betont, dass das Ertragnis der inneren Reklame nach Aeusserungen von Sachverständigen in gar keinem Verhältnis zu jenem stehen werde, wenn die Reklame aussen auf den Straßenbahnwagen gestattet würde. Das Ertragnis der inneren Reklame könne sich auf zwei bis zwei einhalb Millionen Kronen stellen. Dagegen erklären Sachverständige, dass die Aussenreklame geeignet wären, Einnahmen von 4 bis 6 Millionen Kronen zu verschaffen. Er meint, der Referent solle sich nicht allzu streng an die Vorschläge der Straßenbahndirektion halten, denn die Rücksichtnahme auf die Aesthetik so sehr sie am Platze war, sei heute wo es sich um Brot drehe, nicht allzusehr in Betracht zu ziehen. Der Redner fordert, dass der Referent schon jetzt Fachleute zu Rate ziehen möge.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) betont, dass die in den heutigen Tagesblättern publizierten neuen Steuerprojekte allen Grund geben nach neuen Einnahmsquellen zu suchen. Hierher gehört auch die Reklame. Wenn eingewendet wird, dass durch die Einführung der Reklame, die ja einen angeheuren Geldwert hat, die Aesthetik des Straßenbildes verdorben wird, so dürfe man in Wien, wenn man an die Mistkisten in den Straßen denkt, wohl nicht von Aesthetik reden. Die Reklame in den Straßenbahnwagen müsse aussen als auch Innen vergeben werden. Bei der Aussenreklame müsse darauf gesehen werden, dass die Orientierung des Publikums nichtleide. Redner spricht sich gegen die Verwendung der Fenster für Reklanzwecke aus, setzt sich

aber für die Uebernahme des Reklamewesens im Eigenbetriebe der Gemeinde unter fachmännischer Leitung ein. Er regt an, einen grundsätzlichen Beschluss zu fassen, die Sache einmal ein Jahr lang im Eigenbetriebe zu führen. Eine wichtige Frage spiele in der Angelegenheit der Reklame auch die Frage der

Zensur und da müsse unbedingt darauf gesehen werden, dass die Zensur wirklich arbeitet, und dass nicht Ankündigungen zu sehen sein werden, wie sie jetzt an allen Orten zu finden sind. Redner wendet sich auch gegen die Ausnützung der Reklame für parteipolitische Zwecke und Betätigung. Bei dieser Gelegenheit gibt Redner auch der Meinung Ausdruck, ob es nicht zweckdienlich wäre, die Frage der Einführung der Zeitungskioske in den Kreis der Erwägungen zu ziehen.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) macht aufmerksam, dass es nicht angehe, dass die Zensur von einem einzigen gehandhabt wird, sondern dass hierzu ein Komitee notwendig sei. Diesem Komitee wird die Frage der Aufnahme der Ankündigungen und deren Würdigkeit zu prüfen überlassen sein und es darf nicht vorkommen, dass die Bevölkerung durch Ankündigungen irregeführt, belogen oder betrogen wird, wie es bei Ankündigungen vielfach geschieht.

Der Referent weist in seinem Schlusswort darauf hin, dass der Antrag vorsichtig abgefasst worden sei und kommt auf die Ausführungen in der Debatte zu sprechen. Er betont, dass das vorliegende Referat vorläufig nur ein Versuch mit dem Ankwündigungswesen sein solle, dem ja gegebenenfalls Weiterungen und Neuerungen folgen sollen. Die Referentenanträge wurden angenommen.

Str. Weigl berichtet über die Vergrößerung der Anstaltsküche in Strassenbahndirektionsgebäude mit dem Kostenbetrage von 140.000 K. (Angew.)

Nach einem weiteren Antrage des Str. Weigl werden in Stände der Feuerwehr neue Oberkutscherstellen systemisiert und dafür Kutscherstellen im Stände der Mannschaft aufgelassen.

Str. Weigl berichtet über die Anlage je einer Verbiängungskurve der Strassenbahn von der Thalstrasse und von der Ottakringerstrasse zur Ebnelstrasse, welche wegen der Unterbrechung der Strassenbahn in der Ottakringerstrasse notwendig geworden sind.

GR. Witzmann Johann (Soz.-Dem.) wünscht eine Verbindung des Bezirkes Ottakring mit dem Meidlinger Bahnhof, weist darauf hin, dass sich eine solche Verbindung von Meidling über die Ullmannstrasse bis zur Schmelzbrücke herstellen lasse und diese Linie könnte dann fortgesetzt werden über die Schweglerstrasse nach Ottakring. Dieses Projekt werde aber durch die derzeitige Unmöglichkeit die Schmelzbrücke umzubauen nicht durchzuführen sein und es solle der wenigstens eine Verbindung durch die Johnstrasse herstellen und diese Linie dann bis zur Panikengasse verlängern. Die Erbauung der Kriegshäuser auf der Schmelz mache eine solche Verbindung zur unabweislichen Notwendigkeit.

GR. Sudhacek (Soz.-Dem.) wünscht eine Beschleunigung des Kanalbaus in der Neulerehenfelderstrasse und eventuell die Schaffung einer Strassenbahnlinie auf der Ottakringerstrasse.

Der Referent erklärt in seinen Schlussworte die Wünsche des GR. Joh. Witzmann seien der Strassenbahndirektion bekannt, wenn es nicht zur Durchführung der Linie Ottakring-Meidlinger Bahnhofs komme, so sei dies auf des Mangel an Materialien und die hohen Kosten einer solchen Linienführung zurückzuführen. Auf die Ausführungen des GR. Sudhacek erwidert der Referent, dass auch die Verzögerung des Kanalbaus auf den Materialmangel insbesondere auf die Schwierigkeiten der Zementbeschaffung zurückzuführen sei und betont, dass eine Strassenbahnlinie in der Ottakringerstrasse als Parallellinie nicht rentabel wäre.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Ueber Vorschlag des GR. Bombel (Soz.-Dem.) werden für die Arbeiter der städtischen Gaswerke an Stelle von Lebensmittelzubehörsverwaltung- und Kinderzulagen bewilligt.

Nach einem Antrag des GR. Kellmann (Soz.-Dem.) werden dem Verein für volkswirtschaftliche Auskulturgegenstände hinsichtlich der Mitbenützung von Schulräumen die Berechnungskosten nachgesehen.  
GR. Rudolf Müller (17) legt den Entwurf für die Angestaltung der Strassenflächen vor der Hauptfront des städtischen Lagerhauses als Planentwurf mit dem Kostenbetrage von 51.000 Kronen vor (Ang.)

GR. Breitner (Soz. Dem.) berichtet über die Bestellung von Hilfsarbeitern für Kohlen- und Schlackenförderung im Fernheizwerk des Jubiläums-Spitals. Hielf. sind 30.000 K notwendig.

GR. Grünwald (Soz. Dem.) bringt anlässlich des Referates eine Beschwerde der Arbeiterschaft vor, die dahin geht, daß Arbeiter von der Gemeinde verbannt wurden, diese Arbeiter sich auch bei den betreffenden Arbeitnehmern meldeten, der aber auf Urlaub war. Es wurde ihnen gesagt, sie sollen in acht Tagen wieder kommen, als sie aber dann wieder vorkamen, waren die Stellen bereits besetzt. In diesem Falle seien Verstöße begangen worden und die betreffenden Arbeiter seien auch materiell geschädigt worden. Die Behandlung von Arbeiterfragen und der Verkehr mit den Arbeitern müsse, so sei anlässlich der Budgetdebatte betont worden, ein anderer werden, als er früher war. Bei der Arbeitsvermittlung sei aber, wie der angeführte Fall zeigt, keine Änderung eingetreten. Auch für die Gemeinde gelten bei der Aufnahme von Arbeitern, dieselben Bestimmungen wie für die privaten Unternehmer. Er beantragt, daß sich die Gemeinde bei der Verschaffung von Arbeitern nur der hierzu zuständigen Arbeitsnachweise bedienen solle und daß nur dann Ausnahmen zulässig seien, wenn der Arbeitsnachweis den Wünschen nicht entsprechen könne oder wenn unvorhergesehen Fälle eintreten.

Der Referent erklärt sich mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden und betont, daß die Angestelltenfragen einer Modernisierung bedürfen. Die städtischen Betriebe müssen denselben Weg wie alle anderen Arbeitgeber gehen. Die Referentenanträge werden angenommen.

Nach einem Antrage des GR. Breitner (Soz.-Dem) wird die Auflösung des Pensionsinstitutes für die Beamten und Beamtinnen der Strassenbahnen beschlossen.

Nach einem Antrage des gleichen Berichterstatters wird eine eigene Telefon für das Gemeinderatspräsidium systematisiert.

Ueber Antrag des GR. Richter (Soz.-Dem.) beschliesst der Gemeinderat für solche Angelegenheiten des Arbeitsnachweises der Stadt Wien, die Berufsgruppen betreffen, für welche eigene Abteilungen bestehen, paritätische Unterausschüsse einzusetzen.

GR. Dr. Winter (Soz.-Dem) beantragt zur Vorberatung von Vorschlägen wegen Reform des Heimat- und Staatsbürgerrechtes einen gemeinderätlichen Ausschuss einzusetzen, der nach seinem Vorschlage aus 11 Mitgliedern bestehen soll.

GR. Pldersoh (Soz. Dem.) begrüsst es, dass der Gemeinderat bei den schwierigen Fragen der Regelung des Heimat- und Staatsbürgerrechtes behilflich sein

Durch eine Reihe von Augenblicken, die aber sind in dieser Frage verschiedene Schwierigkeiten aufgetaucht; wir haben eine grosse Zahl von Staatsbürgern, die ihre sogenannte Staatsbürgerschaftserklärung abgegeben haben, die meisten zu recht, manche zu Unrecht, weil ja die Verbedingungen für die Berechtigung nicht alle geprüft werden konnten. Aber auch bei jenen, welche diese Erklärung zu Recht abgegeben haben, fehlt jetzt die Heimatsberechtigung in einer deutschösterreich. Gemeinde. Es wird also ein Gesetz dafür Vorsorge zu treffen haben, dass jene, welche deutschösterreich. Staatsbürger geworden sind, auch einer deutschösterreich. Gemeinde bezüglich ihres Heimatrechtes zugewiesen werden. Ich kann mir die Lösung dieser Frage nicht anders denken, als das man diese Personen ihrer Aufnahmegemeinde zuweist und da wird Wien, wo ja diese Staatsbürgerschaftserklärungen in besonders grosser Zahl abgegeben worden sind, stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Nun haben wir aber auch eine Menge von Personen, die nicht in der Lage waren, auf Grund des seinerzeitigen Gesetzes ihre Staatsbürgerschaftserklärung abzugeben, wie Polen, Dalmatiner, u.s.w.; diese haben versucht auf anderem Wege zur Staatsbürgerschaft zu kommen, dadurch, dass sie in kleinen Gemeinden - vielleicht ist es auch in Wien geschehen - die freiwillige Aufnahme erwirkt haben und dann die Staatsbürgerschaft angestrebt und vielleicht auch erreicht haben. Es hat sich nun herausgestellt, dass diese Bestrebungen nicht immer der Ausfluss berechtigter Interessen gewesen sind. Zum Teile ist dieser Weg auch gewählt worden von Personen, die zu irgend einer Versorgung gelangen wollten, oder das Recht auf eine Anstellung auf eine Alimentierung durch den Staat erwerben wollten. (Rufe: Bei den Offizieren). Man hat versucht diesen Bestrebungen entgegenzuwirken, doch mit wenig Erfolg. Die kleinen Gemeinden haben um pekuniärer Vorteile wegen die Zusicherung erteilt. Nun ist das Gesetz von der Nationalversammlung angenommen worden. Es sind aber wieder Schwierigkeiten in der Interpellation aufgetaucht. Es gibt eine Gruppe von Staatsbürgern, die eigentlich deutschösterreich. Staatsbürger sind, die Deutschböhmen, Deutschmährer, Schlesier, u.s.w. Nun wird von den Juristen erklärt, dass das letzte Gesetz diesen Deutschösterreichern das Staatsbürgerrecht übererkennt. Dem ist nicht zuzustimmen. Am besten wäre es, alle Kronjuristen zu einer Klausur zu verurteilen. (Rufe: Sehr richtig). Wenn der Standpunkt richtig wäre, dass man durch die Aenderung des ~~Kanzler~~ Passus den Friedensvertrag lukriert, so ~~steht~~ steht dem Deutschböhmen die Lukrierung des Friedensvertrages durch Obliegen zu. Die Schwierigkeiten, die sich bei den Fragen der Staatsbürgerschaft ergeben, sind sehr mannigfaltig.

... die ... an ...  
... diese Fragen zu beteiligen nur zu begründen, und es ist bei der reichen Erfahrung der Gemeindeverwaltung auf diesem Gebiete anzunehmen, dass die Regierung, ihren Vorschlägen gebührende Beachtung schenken wird.

GR. Dr. Winter <sup>gibt</sup> sagt in seinem Schlussworte die Schwierigkeiten, die bei den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen auftauchen zu, meint aber, dass er nicht für die Klausur der Kronjuristen, zu denen er sich nicht zählen, eintreten wolle, da diese Frage vom juristischen Standpunkte allein aus überhaupt nicht gelöst werden könne.

Bei der Abstimmung schlägt der Vorsitzende Vize-Rat Hammerl ex praesidio vor, den zu wählenden Ausschuss, um allen die Möglichkeit zu geben, darin vertreten zu sein, auf 12 Mitglieder zu erhöhen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge einstimmig genehmigt. Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung vollkommen erschöpft.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 25. Oktober 1919, Nr. 423.

**Abgabe von Schweinefett.** Vom 26. Oktober bis 1. November werden 12 dkg Schweinefett pro Person zum Preise von K 7.44 bei den städtischen Schweinespeckabgabestellen gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 163 und der beiden Abschnitte Nr. 163 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit lila Mehlbezugsschein erhalten die Fettquote bei ihrer Konsumentenorganisation.

**Kartoffelabgabe.** Sonntag bis Dienstag werden im 2., 4., 6. und 7. Bezirk italienische Kartoffeln, im 3. und 5. Bezirk inländische Kartoffeln zu den üblichen Preisen pro Person  $\frac{1}{2}$  kg gegen Abtrennung des Abschnittes „R“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 25. Oktober 1919, Nr. 424.

**Die steckengebliebenen Bauten.** Aus einem Berichte, den StR. Siegl im Stadtrate über die vor dem Kriege begonnenen Bauten erstattete, entnehmen wir: Der Kriegsbeginn hat die Bautätigkeit in Wien gerade in einer aufsteigenden Linie überrascht. Die immer auf sehr unsicherer finanzieller Basis fußende Bauspekulation brach durch den Krieg momentan zusammen. Der äussere Ausdruck dieser Katastrophe war die Einstellung einer Reihe von Bauten. Im Laufe der Zeit wurden nun doch viele Bauten privaterseits fertiggestellt, insbesondere als die Arbeiten so weit gediehen waren, dass das darin investierte Kapital nach Benützung des Hauses drängte und deren Fertigstellung nicht mehr viel Geld und Arbeit erforderte. Zurzeit können noch von den in dieser Beziehung in Betracht kommenden Objekten nur mehr sechs in Frage. Die übrigen steckengebliebenen Bauten können für die Fertigstellung deswegen nicht in Frage kommen, weil der Fortschritt der Bauten ein ganz geringer ist. Die sechs noch fertigzustellenden Bauten, von denen sich fünf unter Dach befinden, sind: II., Wohlstrasse 160/162 mit 124 Wohnungen (145 Zimmer), XX., Fraustrasse 31/33 mit 70 Wohnungen (102 Zimmer), XX., Engerthstrasse 88 mit 39 Wohnungen (44 Zimmer), V., Stebenbrunnengasse 21 mit 72 Wohnungen (129 Zimmer), XV., Schweglerstrasse 50 mit 36 Wohnungen (46 Zimmer), VI., Horapostelgasse mit 43 Wohnungen (87 Zimmer). Es muss gesagt werden, dass alle diese Häuser den ärgsten Spekulationstypus darstellen, mit den berüchtigten finsternen, unluftbaren Gangküchen und Kabinetten. Die Besitzer dieser Häuser würden wohl sehr gern sehen, wenn ihre Häuser mit Hilfe der öffentlichen Mittel fertiggestellt würden. Diese Fertigstellung kostet nun heute eine ungeheure Summe. Die Objekte haben zusammen einen Bauwert von zirka 3 Millionen Kronen, während für die Fertigstellung 15 Millionen Kronen notwendig sein werden, die nahezu vollständig als verlorener Bauaufwand anzusprechen sind.

Solange die Mieterschutzverordnung, an deren Beseitigung nicht gedacht werden kann, und die <sup>irrsinnig</sup> jetzigen hohen Baukosten bestehen, kann an eine private Bautätigkeit nicht gedacht werden. Was jetzt gebaut wird, würde den vier- bis zehnfachen Betrag der jetzt üblichen Mietzinse erfordern. Daher ist an eine regelmässige Bautätigkeit nicht zu denken. Wenn jetzt gebaut wird, geschieht dies mit nachhaften finanziellen Zuschüssen der Gemeinde und des Staates. Die jetzigen Baukosten sind 10 bis 12 mal höher wie vor Kriegs-

Art der ausbrich. Mit Hilfe der Gemeinde werden auch diese Häuser in der Längenfeldgasse um 14 Millionen Kronen, an Margaretengraben 11 Millionen, die Kolonie in Jedlersdorf um 12 Millionen gebaut; zusammen 487 Wohnungen; mit 982 Zimmern. Selbst baut die Gemeinde die Scharnsteinsiedlung mit 329 Wohnungen, deren Kosten sich auf rund 40 Millionen Kronen belaufen. Die

Häuser in der Tannbrunnengasse, die auch steckengebliebene Bauten sind, stellt die Gemeinde um  $\frac{1}{2}$  Millionen fertig, die 55 Wohnungen mit 70 Zimmern aufweisen. Die von der Gemeinde Wien in Angriff genommenen Neubauten werden erstklassige Häuser sein, die den Anforderungen der Neuzeit entsprechen.

Die übrigen steckengebliebenen Bauten, deren Vervollendung die Gemeinde bisher nicht in Angriff genommen hat, sind fast durchwegs technische Sekundärbauten und lassen in Bezug auf Wohnungshygiene und sonstige Anforderungen für gesundes und bequemes Wohnen alles zu wünschen übrig. Für solche Objekte aus die notwendigen Millionen, bei dem bekannt schlechten finanziellen Stand der Gemeinde aufzuwenden, konnte sich die Verwaltung der Stadt nicht entschliessen, umso mehr als diese Häuser neuer auch nicht mehr benützungsfähig geworden wären. Für die nächste Bausaison soll aber diese Sache wieder in den Kreis der Erwägungen gezogen werden. Die Gemeinde Wien verbaut zu Wohnungszwecken mit teilweiser Hilfe des Staates zurzeit 80 Millionen Kronen, die nur zu einem Achtel bis zu einem Zwölftel ihre normale Verzinsung durch den Mietzins finden. Dies kann nur ein Irrsinniger/oder vielleicht im nächsten Jahr die durch die Wohnungskatastrophe dazu getriebene Gemeinde Wien tun müssen. Heute muss sie es noch nicht tun.

**Sitzungen im Rathaus.** Der Stadtrat tritt Mittwoch und Donnerstag vormittags zu Sitzungen zusammen. Der Gemeinderat hält am Mittwoch um 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung befinden sich unter anderem auch die Berichte über die neuen Gemeindefeuern.

**Schliessung der Schwimmhalle im Kaiser-Franz-Josefsbad.** Die Schwimmhalle des städtischen Bades in der Jägerstrasse wird mit Rücksicht auf die Kohlennot ab Sonntag den 26. Oktober bis auf weiteres ausser Betrieb gesetzt.

**Der Verband der Fleischhauer- und Fleischselchergewerkschaften** hält Mittwoch den 29. Oktober um  $\frac{1}{2}$  10 Uhr vormittags im Festsaal der Bäckergewerkschaft seine vierte Versammlung ab. Auf der Tagesordnung befinden sich ausser verschiedenen wirtschaftlichen Fragen auch die Frage der Stellungnahme gegen die zentrale Bewirtschaftung von Vieh und Fleisch und gegen die Kommunalisierung der Fleischverarbeitenden Gewerbe und gegen die Eingriffe der Konsumvereine in die Gewererechte, Berichte über den Bürger-Stände- und Gewerberat und über die Wirtschaftsinstitute im Gewerbe.

**Die Brotkommissionen zu Allerheiligen.** Samstag, den 1. November (Allerheiligen) und Sonntag, den 2. November sind die Kommissionslokale geschlossen. Montag, den 3. November halten die Brotkommissionen nicht nachmittags, sondern zwischen 9 und 11 Uhr vormittags Dienst.

**Der Gräberbesuch zu Allerheiligen.** Wie bereits gemeldet, findet zu Allerheiligen keine Verstärkung des Verkehrs der Strassenbahn nach den Friedhöfen statt und es entfallen auch die übrigen bisher alljährlich von der Gemeinde zur Erleichterung des Gräberbesuches getroffenen Massnahmen. Die Friedhöfe werden ausnahmslos schon bei Eintritt der Dunkelheit geschlossen. Hierauf wird die Bevölkerung aufmerksam gemacht.

**Kraut für Mindestbemittelte.** In der 123. Aktionswoche bekommen alle Besitzer der neuen rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch frisches Kraut

zum Preise von 80 h per kg gegen Abtrennung des Abschnittes „E“ in den Geschäften der Großschlächtereien in folgenden Tagen:

Mittwoch, den 27. Oktober für A - P, Freitag, den 31. Oktober für G - K, Montag, den 3. November für L - R und Mittwoch, den 5. November für S - Z. Es erhalten: Einzelpersonen  $\frac{1}{2}$  kg, Haushalte mit 2 bis 3 Personen 1 kg, Haushalte mit 4 bis 5 Personen  $1\frac{1}{2}$  kg und Haushalte mit 6 und mehr Personen 2 kg. Ausserdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in den Ständen: Phorushalle und Naschmarkt im IV. Bezirk rayoniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer 1 gekennzeichnete Wochenabschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von K 1.- abgegeben werden. Die Abgabetermine sind dieselben wie für Kraut.

An die offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 123. Fürsorgeweche für jede Person  $\frac{1}{2}$  kg Bohnen zum Preise von 80 h, an die unentgeltlichen Ausspeisestellen für jede Person  $\frac{1}{8}$  kg Bohnen unentgeltlich abgegeben werden.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 27. Oktober 1919, Nr. 425.

Fortsetzung der Schweizer Hilfsaktion für die Wiener Kinder. Der Schweizer Oberst R. Frey, dessen Persönlichkeit in Wien durch seine aufopfernde Tätigkeit im Dienste für die Wiener Kinder noch in Erinnerung sein dürfte, erschien gestern in seiner Eigenschaft als Präsident des Internationalen Kinderhilfs-Komitees beim Bgm-Reumann, mit dem er eine längere Aussprache über eine neue Aktion des Schweizer Hilfswerkes der „Wäschsammlung für die Wiener Kinder“ hatte. Oberst Frey, berichtete dem Bürgermeister ausführlich über diese Aktion, bei welcher in erster Linie die Kinderspitäler und Kinderanstalten in Betracht kommen und teilte mit, dass bereits zwei Waggon Kinderwäsche von der Schweiz gegen die Grenze abgegangen seien. Die Verteilung dieser neuen Schweizer Liebesgaben wird in Wien die Internationale Spitalhilfskommission, an deren Spitze Prof. Wenckebach steht, im Vereine mit der Schweizer Delegation des internationalen Roten Kreuzes vornehmen; unterstützt werden die genannten Körperschaften von einem Komitee, dem Schweizer und Wiener Damen angehören werden. Oberst Frey wird sich durch sein neuerliches menschenfreundliches Wirken den Dank der Wiener Wächern.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 27. Oktober 1919, Nr. 425.

Zwischen. Ab Mittwoch, den 29. Oktober, ausser den rayonierten Waren war Abschnitt „Q“ der Kartoffelkarte  $\frac{1}{2}$  kg 90 h, pro Mehlbezugschein  $\frac{1}{4}$  kg Mehlrest K 2.40. Sonst die laufenden Artikel. Neu eingelangt: Sardellen, Anonovys und Sandwichpasta, je K 3.80, Gulaschzutat per Dtd. K 11.-, Schmollpasta, weiss, gelb und schwarz per Dose K 2.20.

Die Verpflegung in den städtischen Humanitätsanstalten. Der Stadtrat hat zur Überwachung und Überprüfung der Kost in den städtischen Humanitätsanstalten eine Kommission bestehend aus den Stadträten Dr. Grün, als Obmann, Vangojn, Kokrida, Linder, Analle Seidel, Dr. Alma Seitz und Rummelhardt und den Gemeinverrätern Dr. Haas als Obmannstellvertreter, Schleifer, Grünfeld und Dr. Plaschkes eingesetzt. Diese Kommission hat nun die städtischen Humanitätsanstalten Jubiläumsspital, die Versorgungsheime in Lainz, Mauerbach, St. André an der Traisen, Ybbs an der Donau, Liesing, das Bürgerversorgungshaus im IX. Bezirk, die Waisenheilanstalt Steinklamm, die Kinderübernahmestelle in der Siebenbrunnengasse, städtische Waisenhäuser und die meisten Grundarmen Häuser besichtigt und überprüft. Ueber diese Arbeit erstattete die Kommission einen Bericht an den Bürgermeister, der diesen im Stadtrate zur Kenntnis brachte und dem zu entnehmen ist: Die Kommission hat sich mit der Zeit allerdings nicht auf die Überprüfung der Kost beschränkt, sondern hat alle zu Tage tretenden Uebelstände und die Fragen der Dienstverfüllung der Aerzte und des Pflegepersonals und sonstiger mit den Anstalten verbundenen Angelegenheiten in gründlicher und von keinem politischen Moment beeinflusster Weise überprüft. Die Inspizierungen der Kommission waren, einen Fall ausgenommen, stets unangesehen und die Pflöglinge und Patienten wurden über erstattete Beschwerden und Uebelstände in Abwesenheit der Beamten und Pflegepersonen befragt. Bereits nach den ersten Inspizierungen, die bekannt geworden waren, rückten die Pflöglinge auf den Besuch der Kommission und die Erklärung ab, dass

sie es nie so rein und gut gehabt hätten und dass die Kost niemals verhältnismässig so gut gewesen sei, wie vor einer bevorstehenden Besichtigung. Es ist eine nicht zu bestreitende Tatsache, dass während des Krieges die Besichtigung einzelner Anstalten mehr als ungeliebt war. Als Beweis hierfür wurde festgestellt, dass das Versorgungshaus in Ybbs das letzte Mal vor 6 Jahren und St. André ebenfalls vor geraumer Zeit überprüft wurde. Die Folge hiervon war, dass in Ybbs gewisse Zubereitungen an Mahlprodukten für die Pflöglinge weder aus eigenem angelangt, noch von den dortigen Beamten angesprochen waren. Was die Unterbringung der Patienten und Pflöglinge betrifft, ist es naturgemäss, dass in Wien der grösste Andrang und Ueberbeleg vorhanden ist, während in den Anstalten ausserhalb Wiens die Zahl der Untergebrachten immerhin geringer ist. Ausserdem hat sich in Lainz und in anderen Wiener Heimen die Gewohnheit herausgebildet, dass man die Transferierung in nicht in Wien befindliche Heime als Strafmittel für Patienten und Pflöglinge anwendete. Dies wurde von der Kommission abgestellt.

Im Jubiläumsspital ist ein durchwegs würdiger und hygienischer Aufenthalt der Patienten festzustellen und müssen die Aufenthaltsräume, die Hilfsanstalten, die Operationssäle und die therapeutischen Mittel als einwandfrei bezeichnet werden. Dagegen ist festzustellen, dass die Professionsräte und ihre Werkstätten schlecht untergebracht sind. Ausserdem sind einige widmungsfähig für Aerzte bestimmte Wohnräume zu Wohnzwecken für begünstigte Personen vergeben worden. Elf Aerztewohnungen wurden einer für sie nicht bestimmten Verwendung zugeführt und es dient z.B. eine Sekundärarztwohnung als Kapelle, eine andere als Rechnungskanzlei, zwei als Priesterwohnungen, eine als Mesenerwohnung. Laut Spitalstatut haben aber ausser den Hilfsärzten nur Direktor und Verwalter Anspruch auf Wohnung im Spital. Es könnten also alle Aerzte im Spital wohnen, wenn man allen die Wohnung gelassen hätte.

Das Versorgungshaus in Lainz entspricht in baulicher Beziehung den Begriffen einer guten kasernmässigen Unterkunft, doch ist die Zahl der Pflöglinge zu gross. Die Insassen, oft auch Kranke, müssen auf Erdlagern schlafen, an denen 200 bis 400 zu zählen sind. Dies ist ungesund, weil man nicht die leichtest erkrankten Patienten und Pflöglinge für dieses Lager auf den Steinfliesen bestimmte. Es waren oft aus dem Spital in Lainz nach schweren Operationen gebrachte Personen, die auf dem Boden lagen und dort chirurgisch behandelt werden mussten. Hierbei spielt auch eine gewisse Lässigkeit in Bezug auf die Fortgestaltung von Pavillonen mit, die im Krieg ihrem Zweck entzogen waren und schon längst hätten fertig gestellt sein müssen.

Als unwürdig ungesund und das Befinden der Pflöglinge schädigend muss die Anstalt in Mauerbach bezeichnet werden. Das 800 Jahre alte Gebäude in St. André ist sehr reparaturbedürftig, doch ist der Aufenthalt dort durch peinlichste Reinlichkeit und landschaftliche Schönheiten verbessert.

Am schlechtesten und für eine Grossstadt am unwürdigsten muss die Kinderübernahmestelle in der Siebenbrunnengasse genannt werden. Dort wurde bei der ersten Besichtigung eine solche Ueberfüllung mit Kindern festgestellt, dass oft zwei bis drei Säuglinge, oftmals sogar mit verschiedenen Infektionskrankheiten, in einem Bettchen lagen.

Nicht viel besser, vielleicht sogar noch schlechter sind manche Grundarmen Häuser, die in baulicher Beziehung alles zu wünschen übrig lassen. Als Hauptgrund der Uebelstände muss jedoch hervorgehoben werden, dass die Bedingungen für den Aufenthalt in einem Versorgungshaus bezüglich der Aufnahme keinen Unterschied machen, dass daher Personen, die nicht zusammengehören, in manchem Hause hundertweise beisammen sind. Versorgungshäuser sind eigentlich dazu bestimmt, dass sie alte Leute aufnehmen und ihnen Kost und Verpflegung in einem menschlichen Masse sicherstellen. Ob aber Siehe aller Altersstufen mit unheilbaren und ansteckenden Krankheiten zu alten und nicht erkrankten Pflöglingen gehören, ist eine Frage. Wenn z.B. 14 jährige Kinder

inmitten von alten Leuten weilen, wenn 30 und 40 jährige Männer und Frauen, die beispielsweise an chronischen Exzess leiden, ihre Tage inmitten von Idioten und Geisteskranken zubringen müssen, ist dies ein unhaltbarer Zustand. Abgesehen davon, dass das sittliche Gefühl von Kindern durch das Zusammenleben von Geistesgeschwachen Personen nicht besonders günstig beeinflusst wird, ist es mit den modernen Prinzipien unvereinbar, dass inoperable Kranke mit gesunden Pflöglingen im selben Hause weilen. Ganz drastisch tritt diese Fahrlässigkeit bei der Aufnahme in die Kinderübernahmestelle in Erscheinung, wo nahezu die Hälfte des Bestandes an offener Tuberkulose leidet, sodass der Aufenthalt für gesunde Kinder mit der Ansteckung und nahezu sicheren Erkrankung endet. Auch muss festgestellt werden, dass für die Entlassung der Aufzunehmenden keine genügenden Verkehren getroffen sind. Hier spielt auch der Mangel an Wäsche mit, der zur Verunreinigung und Unreinlichkeit der Pflöglinge nicht selten beiträgt. Menschenunwürdig muss in dieser Hinsicht der Zustand in der Kinderübernahmestelle bezeichnet werden, wo die Kinder mangels Wäsche und genügender Zuteilung von solcher oft zwei bis drei Wochen in nasser Wäsche lagen. Für Wäsche, Fleider und Schuhe ist nirgends ordentlich gesorgt. Krass sind die Verhältnisse bei der Zuteilung der Seife.

Was die Verpflegungsverhältnisse anlangt, so bildet die in den Versorgungshäusern verabreichte Kost wohl das traurigste Kapitel der Leidensgeschichte der dortselbst verpflegten Personen. Es soll nicht übersehen werden, dass schon die Verringerung der Quantitäten gegenüber der Friedenszeit eine grosse Unzufriedenheit in den Anstalten und bei der Zivilbevölkerung hervorgerufen hat. Um den Unterschied zur früheren Verpflegung entsprechend zu kennzeichnen sei angeführt, dass mit Gemeinderatsbeschluss von November 1907 es den Pflöglingen der Versorgungshäuser frei gestellt wurde, entweder ein Handgeld zur Selbstverköstigung von täglich 52 h oder Frühstück, Mittagsmahl und Abendmahl, nebst täglich 11 h Handgeld oder Frühstück und Mittagsmahl nebst täglich 16 h Handgeld zu nehmen. Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse machten eine Aenderung der Auspeisungsvorschriften notwendig und es wurde im Dezember 1914 ein dritter Fleischloser Tag wöchentlich eingeführt. Im März 1915 wurde bestimmt, dass die tägliche Brotmenge für die Versorgungshaus-Pflöglinge 210 Gramm betragen soll, dass die Verabreichung von Festtagskost eingestellt wird, dass die Gemüseportionen von 0.3 Liter auf 0.4 Liter erhöht werden, dass als Abendessen entweder eingekochte Suppe, Gemüse oder Mehlspeise verabreicht wird und dass an Stelle des Frühstücks oder Jausenkaffees bei Milchknappheit auch Einbrennsuppe, Tee oder schwarzer Kaffee geget werden kann. Auch wurden die Fleischportionen des Mittagmahles bei den Pflöglingen von 8 auf 6 Jkg herabgesetzt, die Gemüsemenge wurde später von 0.4 Liter auf 0.5 Liter erhöht.

Die Besichtigungen haben ergeben, dass die Pflöglinge nicht einmal das verringerte Quantum erhalten haben. Wenn auch diesen Anstalten zugewiesenen Verpflegungsartikel buchhalterisch verrechnet erscheinen, so musste konstatiert werden, dass die der Kinderübernahmestelle zugewiesenen, auch für die Waisenhäuser bestimmten Liebesgaben entweder nicht richtig abgeliefert oder ihr Empfang nicht richtig ausgewiesen worden war. Aber auch die ausgewiesenen und verbrauchten Lebensmittel wurden im allgemeinen nicht entsprechend verwendet. In der Kinderübernahmestelle wurde festgestellt, dass der gute Kalbsbraten für das Personal, das ohne Rindfleisch, wenn es nicht Pferdefleisch war, für die Kinder und Pflöglinge bestimmt erschien. Im Jubiläumsspital erhielt bei einem Besuche der Kommission das Personal sogenannte gebackene Mäuse, während die Pflöglinge eine andere, wenn auch nicht gerade schlechte, aber doch bedeutend weniger Fett erforderliche Mehlspeise bekamen. Die Kommission hat den Uebelstand abgeschafft, dass die gesunden Pflöglinge zu Gunsten

der Kranken ausserordentlich verkürzt wurden, das heisst, es wurden für die Kranken qualitativ und quantitativ halbwegs zufriedenstellende Speisen bereitet, was die gesunden Pflöglinge insofern büssen mussten, als sie in beiden Richtungen in Mangel waren. Die Kommission hat daher eine getrennte Verrechnung der Lebensmittel für Gesunde und Kranke verfügt. In Versorgungshäusern in Ybbs wurde festgestellt, dass eine Minder- oder Unterernährung besteht und dass die Pflöglinge um ein Drittel weniger als das Mindestmass bekamen. Auch die Zubereitung des Dörrgemüses liess vieles zu wünschen übrig, das auch oft statt des frischen Gemüses verwendet wurde. Auch die von den Pflöglingen vorgebrachte Klage über den Zuckermangel ist berechtigt und es wurde festgestellt, dass in der Anstalt in Liesing statt des Zuckers einige Liter Wasser von abgekochten Dörrzwetschen dem Kriegskaffee beigegeben wurde. An diesen Zuständen der Ernährung der Insassen der Humanitätsanstalten ist auch die Beschaffung der Lebensmittel schuld, die im Frieden meist nur im Handeinkauf durch die Verwaltungsorgane erfolgte. In Kriege erlitt dieses System Schiffbruch und versagt auch heute noch. Die Verwalter der Anstalten mussten die einzelnen Lebensmittel bei den verschiedenen Zweigstellen anfordern und bei verschiedenen Stellen beheben. Für rayonierte Lebensmittel, die bei einer Stelle nicht oder nicht in genügender Menge zu bekommen waren, konnte weder im Handeinkauf noch bei anderen Wirtschaftsstellen ein Ersatz geschaffen werden. Allgemein wurde auch über die unzureichende Brotmenge geklagt. Normal erhielten die Pflöglinge täglich 180 Gramm Brot, jene die zur Arbeit verwendet wurden bekamen 215 Gramm. Dies wurde insofern gebessert, als allen Pflöglingen ein unentgeltlicher Jansenkaffee mit 60 Gramm Brot als Zubusse verabreicht wird. Die Versorgungshäuser Liesing, Mauerbach, St. Andrä und Ybbs hatten noch mehr an der mangelhaften Belieferungsorganisation zu leiden, wie die im Gemeindegebiete von Wien. Die Versorgung durch die Provinzabgabestellen war unregelmässig und vielfach wenig wohlwollend. Es traten auch Stockungen in der Zufuhr ein.

Die Kommission hat festgestellt, dass bei der heutigen Entwertung des Geldes die Zuwendung von 11 h täglich unzureichend ist. Davon mussten die Pflöglinge aber bisher die Jause bezahlen und mussten sich verschriftmässig wöchentlich einmal rasieren und alle vier Wochen einmal die Haare schneiden lassen. Die Kommission hat daher beschlossen, für alle Versorgungshäuser Friseure zu bestellen, welche die Bart- und Haarpflege bei den Pflöglingen unentgeltlich besorgen. Aber auch dabei werden die Pflöglinge nicht besonders gut auskommen.

In den Grundarmenhäusern haben die Insassen unentgeltliche Unterkunft, für Kost und alle sonstigen Bedürfnisse erhalten sie täglich 1 K.

Der Bericht enthält nachstehende prinzipielle Anträge: 1.) Das derzeitige System der Versorgungsstellen für die einzelnen Bedarfsartikel für die Humanitätsanstalten ist zu ändern und durch eine zentrale Versorgungsstelle für sämtliche Notwendigkeiten zu ersetzen, damit eine einheitliche Versorgung ermöglicht wird. 2.) An Stelle der Kommission zur Überprüfung der Kost in den Humanitätsbetrieben ist eine ständige vom Gemeinderat zu wählende „Nachschaukommission der städtischen Humanitätsanstalten“ zu organisieren, deren Rechte sich auf alle Zweige der Tätigkeit der genannten Anstalten erstrecken. 3.) Es ist auf eine möglichst gleichartige Besetzung der Humanitätsanstalten Gewicht zu legen, so zwar, dass solche aller Art in eine Anstalt getrennt von gesunden Pflöglingen kommen, dass aber jedenfalls ansteckend oder chronisch Erkrankte nicht mit gesunden Pflöglingen in denselben Räumen untergebracht werden. In der Kinderübernahmestelle sind die offenen Tuberkulösen sofort in eigenen Anstalten unterzubringen und muss die Ansteckung der gesunden Pflöglinge streng vermieden werden. In den Grundarmenhäusern ist die bisherige Versorgung der Pflöglinge mit einer Krone täglich insofern zu ändern, dass die Pflöglinge mit Beibehaltung dieser Krone aus einer der nächstgelegenen Ausspelsegelegenheiten den Umständen entsprechend verpflegt werden. 4.) Der Personalstand und die Zahl der Pflegepersonen ist von einer Fachkommission zu überprüfen und den Stande ent-

sprechend zu regeln. Ausser diesen prinzipiellen Anträgen stellt der Bericht spezielle Anträge betreffend das Jubiläumskrankenhaus, das Versorgungshaus in Lainz, das Bürgerversorgungshaus im IX. Bezirk, die Kinderübernahmestelle die Versorgungshäuser in Liesing, St. Andrä, Mauerbach und Ybbs und die Waisenhäuser.

Anschliessend an den Bericht gab Bgm. Reumann seiner Befriedigung darüber Ausdruck, dass sich die Kommission bei ihren Besichtigungen nicht auf die Überprüfung der Post allein beschränkte, sondern sich mit allen die Humanitätsanstalten betreffenden Angelegenheiten befasst habe. Er sprach der Kommission für ihre umfangreichen und segensreichen Arbeiten den wärmsten Dank aus.

In der Debatte brachte VB. Winter im besonderen die Zustände in den städtischen Waisenhäusern zur Sprache und wünschte, dass in diesen die ärztliche Überwachung eine bessere werde. StR. Sirotek begrüsst die Tätigkeit der Kommission und stellte fest, dass an den Pflöglingen der Humanitätsanstalten sehr viel verbrochen wurde. Er wendete sich dagegen, dass aus diesen Anstalten tschechische Kinder oft ohne jede ärztliche Untersuchung in ihre Heimat geschickt werden. StR. Dr. Grün erörterte die Arbeit des Komitees und wies auf verschiedene schwere Fehler hin, die von der Kommission aufgedeckt wurden. Mit besonderer Schärfe wendete er sich gegen die Zustände in der Kinderübernahmestelle in der Siebenbrunnengasse. Bgm. Reumann verlangt gleichfalls eine bessere ärztliche Überwachung der Waisenhäuser, wozu sich Oberstadtphysikus Dr. Böhm, welcher der Beratung beigezogen war in eingehender Weise äusserte. Der Bürgermeister machte auch darauf aufmerksam, dass auch den Bezirksvertretungen die Beaufsichtigung der Humanitätsanstalten, Waisenhäuser u.s.w. obliege und dass die Bezirksvorsteher ein Recht zur Revision haben und dass sogar die Bezirksvertretungen aufmerksam gemacht werden müssen, dass von ihrer Seite eine intensive Überwachung stattfindet. Der der Beratung beigezogene Magistratsrat Dr. Kratsch betonte, dass die resultierenden Zustände in der Kinderübernahmestelle hauptsächlich auf den Spitalsmangel zurückzuführen seien und dass alle Kinder an die Übernahmestelle abgegeben würde, da weder das Zentralkinderheim noch eine andere Stelle Kinder übernehmen. StR. Speiser beantragte die Einsetzung eines 18gliedrigen Komitees zur dauernden Überwachung der Humanitätsanstalten und StR. Amalie Seidel ergänzte ihn dahin, dass zur leichteren Überwachung in jedem Bezirk eine Art Subkomitee zu wählen sei, dass die Anstalten des betreffenden Bezirkes zu kontrollieren haben soll.

Bei der Abstimmung wurde der Bericht der Kommission zur Kenntnis genommen und die Anträge Speiser und Seidel angenommen.

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Donnerstag werden im 8. Bezirke italienische Kartoffeln zum Preise von K 3.56 per Kg gegen Abtrennung des Buchstaben „R“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Leiterbestellungen. Der Bürgermeister hat den bisherigen Leiter des mag. Bezirksamtes für den VI. Bezirk, Mag. Rat Dr. Michael Plachy, zum Leiter des mag. Bezirksamtes für den XV. Bezirk, Mag. Rat Dr. Josef Kerschmann, zum Leiter des mag. Bezirksamtes für den VI. Bezirk bestellt.

Bodenkreditanstalt. Die ausserordentliche General-Versammlung der Allgemeinen österreichischen Boden-Kreditanstalt wird am 17. November 1919, um 11 Uhr vormittags, in Wien, I., Teinfaltstrasse Nr. 8 abgehalten.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mische.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 26. Oktober 1919, Nr. 427.

Die Wohnungsverhältnisse im September. Die Verhältnisse auf den Wiener Wohnungsmärkten haben sich im September gegenüber den Vormonaten nicht wesentlich verändert. Betrug die Zahl der vermietbaren unmöblierten Wohnungen im August 120 so ist sie im September auf 117, darunter 109 leerstehende zurückgegangen. Diese Wohnungen sind aber fast alle infolge baulicher Mängel oder aus sanitären Gründen nicht bewohnbar. Von diesen 109 Wohnungen entfallen auf die Kleinwohnungen 70, auf die kleineren Mittelwohnungen 15, auf die grösseren Mittelwohnungen 8 und auf die grossen Wohnungen 6. Die vermietbaren möblierten Wohnungen und Zimmer sind im Berichtemonte um 27 auf 123 zurückgegangen, wovon 115 sofort bezichtbar sind. Die vermietbaren Geschäftslokale sind im September zurückgegangen und betragen 789, darunter 303 leerstehende. Die Besucherzahl der Stellen des Wohnungsbuchweises ist im September um rund 2000 auf 13000 gestiegen.

Gewerbegerichtswahlen. Es wird neuerlich darauf aufmerksam gemacht, dass sämtliche Gewerbetreibende im Wiener Gemeindegebiet verpflichtet sind, dem Wiener Magistrat bis längstens 12. November die zur Anlegung der Wählerlisten für die Gewerbegerichtswahlen erforderlichen Daten unter Benützung der bei den magistratischen Bezirksämtern erhältlichen Formulare abzugeben. Nichterstattung der Anmeldung ist unter Strafe gestellt.

Die Preisanschreibung für Holz und Kohlen. Die nach den gesetzlichen Bestimmungen vorgeschriebene Preisanschreibung der Kleinhandelspreise für Holz und Kohle an einer von der Strasse aus deutlich sichtbaren Stelle des Geschäftslokales wird vielfach nicht eingehalten. Die Marktantsdirektion macht auf diese Verpflichtung neuerlich mit dem Bemerkten aufmerksam, dass künftighin jede Unterlassung dieser Preisanschreibung zur Anzeige gebracht wird.

Kartoffelkartens. Mittwoch bis Freitag werden im 9. und 10. Bezirk italienische Kartoffeln zum Preise von K. 3.56 pro kg gegen Abtrennung des Abschnittes „R“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Führung der Linie 58 der Strassenbahn durch die Hofallee. Die Bezirksvertretung Mieden hat beantragt, die Linie 58 der Strassenbahn nicht mehr durch die Winkelmannstrasse sondern wieder wie früher durch die Hofallee zu führen. Die Strassenbahndirektion hat sich dagegen ausgesprochen, weil durch die Hofallee ohnedies zwei Linien der Strassenbahn gehen und StR. Weigl hat sich in Stadtrate unlänglich seines Berichtes über diese Angelegenheit dem Gutachten der Strassenbahndirektion angeschlossen. Der Antrag der Bezirksvertretung wurde nicht stattgegeben.

Ein Armenhaus als Wohnhaus. Im Stadtrate berichtete StR. Dr. Grün über die vorübergehende Benützung des Armenhauses in der Trauttmansdorffgasse 24 zu Wohnzwecken. Da in diesem Armenhaus nur zwei Pfleglinge untergebracht sind, die auch im kaiserlichen Versorgungsbaus Unterkunft finden können, steht der gedachte Benützung des Armenhauses nichts im Wege. Die bezüglichen Anträge des Referenten wurden genehmigt. StR. Weigl berichtete über die Verwendung der auf der ehemaligen Schule in der Alleeasse 44 zu Wohnzwecken. Die Täulichkeiten sollen für Jugendfürsorgewecke verwendet werden. Der Stadtrat stimmte den Anträgen des Referenten zu.

Die Gesundheitsverhältnisse im September. Die Gesundheitsverhältnisse Wiens zeigen im September eine bedeutende Zunahme des Krankenstandes im Vergleich zum Vormonate, während in normalen Zeiten ein Sinken des Krankenstandes je nach den Witterungsverhältnissen bis in den November beobachtet werden konnte. Von den der Anzeigepflicht unterliegenden Infektionskrankheiten kamen 222 Fälle gegen 181 im September zur Behandlung. Hiervon entfallen auf Scharlach 111, auf Diphtherie 141, auf Typhus 60, auf Ruhr 608, auf Blattern 1 und auf Varizellen 27. Die Sterblichkeit war geringer als im Vormonate, noch geringer als im September des Vorjahres als die Grippe herrschte, aber soweit die Wiener Bevölkerung in Betracht kommt grösser als im September der Kriegsjahre 1915 und 1916. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf Lungentuberkulose und Skrophulose mit 548 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 45, das weibliche mit 55 Prozent beteiligt.

Emil Kirst, Direktor der Gaswerke i. P., gestorben. Gestern starb der Direktor der städtischen Gaswerke i. P. Emil Kirst. Er trat im Jahre 1891 in den Verwaltungsdiens beim Magistrat, wurde im Jahre 1899 als Verwaltungsekretär in den Dienst der Gaswerke genommen und mit der Führung der administrativen Geschäfte beim Bau der Gaswerke, bei deren Vorarbeiten er schon mitgearbeitet hatte, betraut. 1903 wurde er zum Direktionsrat und sechs Jahre später zum Direktor-Stellvertreter ernannt. Vor einem Monat trat er in den Ruhestand, aus welchem Anlasse ihm in Anerkennung seiner vieljährigen verdienstvollen Tätigkeit der Titel Direktor verliehen wurde.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 29. Oktober 1919, Nr. 428

**Entfallender Empfang.** Am nächsten Montag entfällt der Empfang bei Bürgermeister Reumann wegen dessen dienstlicher Verhinderung.

**Kartoffelabgabe.** Von Donnerstag bis Samstag werden im 11. und 12. Bezirke inländische Kartoffeln zum Preise von K 1.80 per kg gegen Abtrennung des Buchstabens „R“ der Kartoffelkarte abgegeben.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 29. Oktober 1919, Nr. 429

**Interessengemeinschaft mit der Produktivgenossenschaft der Fleischselcher.** Die Gemeinde Wien steht mit der Produktivgenossenschaft der Wiener Fleischselcher wegen der Schaffung einer Interessengemeinschaft betreffs der Anlagen dieser Genossenschaft in St. Marx in Unterhandlungen. Heute besichtigte nun unter Führung des <sup>der Stadtrat</sup>VR. Hoserling die Anlagen der Produktivgenossenschaft in St. Marx. An der Besichtigung nahmen auch der Generaldirektor der antiken Uebernahmsstelle für Vieh und Fleisch Hofrat Stern, Mag. Dir. Dr. Hartl und Mag. Rat Dr. Roskopf teil. Die Vorstandmitglieder Hartl, Ronberger, Klein, Schedl und Schindler, sowie Direktor Scholz übernahmen die Führung. Die Anlagen samt Stallungen für rund 3000 Schweine, dann Schlachtungs- und Kühlräume, Solcherei und Würsterei und was eben zu einem solchen Grossbetrieb gehört. Die Anlagen sind, soweit man es bei einer Besichtigung beurteilen konnte, zweckmässig eingerichtet und haben nur den einen Hauptfehler, dass sie jetzt wegen Schweinemangel nicht im Betrieb stehen, was leider nicht so bald wird behoben werden können. Die Teilnehmer der Besichtigung gewannen einen guten Eindruck. Natürlich sind, wenn die Gemeinde Wien in die Interessengemeinschaft eintritt, eine Reihe von notwendigen Reparaturen vorzunehmen, die insbesondere in der Kriegszeit und in der Zeit des Betriebsstillstandes nicht vorgenommen wurden. Auch müssen die Anlagen noch weiter ausgestaltet werden. Stadt- und Gemeinderat werden sich schon in naher Zeit mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben.

**Erweiterung des Kraftstellwagenbetriebes.** Ab 1. November 1919 werden die städtischen Kraftstellwagen nachstehende Routen befahren: 1.) Schottentor - Stefansplatz - Wallzeile - Pflanzentheater und zurück. 2.) Nordbahnhof - Stefansplatz - Färntnerstrasse - Allegeanne - SSB- und Ostbahnhof und zurück. Die direkte Linie Schottentor - Stefansplatz - Nordbahnhof wird mit denselben Tagen eingestellt. Der Betrieb beginnt um 7 Uhr früh und endet um 2 1/2 Uhr nachts.

**Die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung.** Bgm. Reumann berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über eine Sitzung, welche gestern unter Teilnahme der Mitglieder der Reparationskommission stattgefunden hat, welche sich mit der Versorgung Österreichs mit Lebensmitteln befasste. Bgm. Reumann teilte mit, dass aus dem Ergebnisse dieser Sitzung die Aussichten besonders der Versorgung Wiens, äusserst ungünstige seien und dass die Hilfe der Entent nicht so unmittelbar bevorstehe, wie es unsere fürchterliche Ernährungslage hätte erwarten und erhoffen lassen. Nach einem Antrage des Bürgermeisters wird sich in den nächsten Tagen das Gemeinderatspräsidium sowie die Stadträte Fohrda und Amalie Seidel zum Staatskanzler begeben und ihm den deprimierenden

Eindruck, den diese Sitzung auf den Gemeinderatsrat hinterlassen hat, mit der Bitte zur Kenntnis bringen, dass er für eine möglichst schnelle Hilfeleistung der Reparationskommission für Wien nötiger Schritte einzuleiten möge.

**Kohlenbericht.** Bgm. Reumann erstattete in der heutigen Stadtratsitzung neuerlich einen Bericht über die Belieferung Wiens mit Kohle, den zu entnehmen ist, dass entgegen andern lautenden Meldungen eine Besserung der Kohlenversorgung nicht eingetreten ist. So beträgt der Einlauf aus Nordwestböhmen bei den Gaswerken fürdermäßig durchschnittlich 276 Tonnen, das sind 20% der Sollmenge von 1100 Tonnen, bei der Elektrizitätswerken im fürdermäßigen Durchschnitt 183 Tonnen, das sind 20% der Sollmenge und bei Hausbrand, Gewerbe und Industrie nur 284 Tonnen, das sind 11% der Sollmenge von 2500 Tonnen. Vergleicht man diese Einlaufziffern mit denen der Vorwoche, so zeigen sie eine weitere Verschlimmerung. Eine Besserung ist nur im ober-schlesischen Kohleneinlaufe zu verzeichnen. Während nämlich in der Woche vom 12. bis 18. Oktober fürdermäßig durchschnittlich 247 Tonnen einlangten, war der durchschnittliche Tageseinlauf in der Vorwoche 951 Tonnen. An dem Gesamtbilde ändert dies leider nichts. Auch der Einlauf des gestrigen Tages rechtfertigt es nicht, von einer Besserung zu sprechen, denn der Umstand, dass an Montagen die Einlaufziffern gegenüber denen der letzten Tage der Woche höher sind, gibt keinen Anlass zu einem Optimismus. An Sonntagen wird Kohle auf den Bahnhöfen nicht beigelegt und es erscheint daher der Einlauf an Montagen höher, da er die Einlaufsmenge von mehr als 24 Stunden ist. Es ist also trügerisch, in einem solchen Falle von einer Besserung der Situation zu sprechen. Auch bei gleicher Verladung bei den Gruben ist oft in Gründen des Eisenbahnbetriebes, Stauungen etc. die Ursache dafür gegeben, dass die Einlaufziffern verschiedentlich hoch sind.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 29. Oktober 1919.

Vorsitzender Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und bringt zur Kenntnis, dass die Kellner des Hotel Kaiserhof in Chicago 1780 K als Ueberschuss des Ertrages eines am 6. März 1916 veranstalteten Balles für die Witwen und Waisen gefallener Krieger gespendet haben. Ferner spendete Direktor Rudolf Petzl den neuesten Band der Jahrbücher über den Elementarunterricht in Urquai.

In Beantwortung einer Interpellation des GR. Machat (Tscheche) aus der letzten Sitzung wegen Sperrung der tschechischen Volkabibliothek bringt der Bürgermeister folgenden Bericht des Wohnungsamtes zur Kenntnis: Der fragliche Raum, nach den Lokalerhebungen eine Wohnkloche, deren Benützung als Volkabibliothek bisher nicht bewilligt und auch nicht an-gesucht wurde, ist auf Grund wiederholter Anzeigen mit Bescheid vom 18. Oktober 1919 von Wohnungskommissär des XXI. Bezirkes angefordert worden, da die Erhebungen ergaben, dass der Raum seit ungefähr August 1. J. als Bibliotheksraum benützt wurde. Gegen diese Anforderung wurde seitens des „Svatopluk Goch“ am 22. Oktober 1919 ein fristgerechter Einspruch beim Wohnungskommissär des XXI. Bezirkes eingebracht.

Ueber diesen Einspruch wird in einer der nächsten Mitantsitzungen entschieden und festgestellt werden, ob die Anforderung rechtmässig erfolgt ist.

Wie erhob, sprach bei den beiden Vorsitzenden des Mitantes des XXI. keiner der Funktionäre des „Svatopluk Goch“ vor, sondern wurde lediglich den bei dem Wohnungskommissär für den XXI. Bezirk erscheinenden Vertreter des genannten Vereines angeraten, den in Gemesse vorgezeichneten Einspruch auf jeden Fall einzubringen. Es wurde hierbei weder auf die Zwecklosigkeit eines solchen Einspruches noch auf eine angebliche Evakuierung deutscher Eisenbahnen in der Tschechoslowakei hingewiesen.

Die Anforderung erfolgte ausschließlich infolge wiederholter Anzeigen wohnungsberechtigter Personen und kann nicht weniger behauptet werden, dass ein nationaler Hass hierbei die Hauptrolle gespielt hat, wie auch gleichartige Lokale anderer und zwar deutscher Vereine in gleichen Bezirken besetzt wurden. Der in Frage stehende Bibliotheksraum wurde in Folge des Verfahrens nicht gesperrt, sondern - wie in diesem Verfahren gesetzlich vorgeschrieben - lediglich der Wohnungstag bekanntgegeben, und zwar als solcher der 5. November 1919 bestimmt.

Schriftführer GR. Hammerschmid verliest den Einlauf.  
GR. Dr. Schwarz-Miller (Demokrat) interpelliert wegen der jetzt über-handnehmenden Verbreitung demagogischer Schundliteratur.

Bgm. Reumann: Ich kann dem Wunsche des Interpellanten nur insofern Rechnung tragen, als ich die Interpellation samt Beilagen der Pressebehörde übermittle.

GR. Dr. Schwarz-Miller (Demokrat) stellt folgende Interpellation: Durch das rasche Fahren von schweren Automobilfahrzeugen ohne Bereifung wird nicht nur das Ruhebedürfnis der Bewohner unserer Stadt in den verschiedenen Tages- und Nachzeiten in empfindlichster Weise verletzt, sondern auf treiben auch an zahlreicheren Gebäuden schwere Schädigungen in Dunkelstunden ein, welche gerade in der heutigen Zeit von grosser Bedeutung sind, weil Reparaturen nur mit ausserordentlich hohen Kosten oder gar nicht durchzuführen sind.

Bgm. Reumann antwortet: Der § 46 der Automobilverordnung betreffend die Fahrgeschwindigkeit der Kraftwagen ist geschlossenen Ortschaften durch die Min. Vdg. vom 19. III. 1917 dahin ergäntzt, dass Lastkraftwagen ohne Bereifung nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von 9 km per Stunde auf gepflasterten und 12 km auf ungepflasterten Fahrbahnen fahren dürfen. Nach § 2 der Automobilverordnung muss jedes Kraftfahrzeug soart gebaut sein, dass übermässiger Geräusch vermieden wird. § 27 der Fahr- und Ordnung für Wien besagt, dass durch die Fortbewegung der Lastkraftwagen und ihrer Anhänger keine unzulässige Bodenschütterung oder Lärmbelästigung hervorgerufen werden darf. Ferner besteht noch ein Hoffmandel-Dekret in Kraft, wonach die Fläche jedes Radreifens eben hergestellt sein muss und ferner diese Verordnung auch eine Handhabe gegen die unzulässigen Gleitvorrichtungen, die einen fürchterlichen Lärm und eine arge Beschädigung der Strassen verursachen. Schliesslich wurde das Befahren einer grossen Zahl von Strassen durch Lastkraftwagen seitens des Magistrates verboten. Es fehlt also nicht an Verordnungen und handelt es sich nur um eingehende Uebersetzung ihrer Befolgung durch die Organe der zur Handhabung dieser Verordnungen allein kompetenten Polizeibehörde. Der Magistrat hat diese Punkte in der letzten Zeit wiederholt und eindringlich auf die betreffenden Uebelstände aufmerksam gemacht und um Erteilung entsprechender Weisungen an die Tacheu erreicht. Der Magistrat wird neuerlich das Uebereinstimmen mit der Polizeidirektion in dieser Angelegenheit pflegen und hierbei auch die Erweise einer zeitlichen Einschränkung des Lastkraftwagenverkehrs zur Sprache bringen.

GR. Dr. Schwarz (Soz. Dem.) ...

Der Bürgermeister erwidert: Die Handhabung der Vorschriften, die hinsichtlich der Auflage in Betracht kommen obliegt nicht mir, sondern der Stadtpolizei.

GR. Anton Janschitz (Soz. Dem.) stellt folgende Anfrage: Der 12. November, der Tag der Erklärung der Republik, wird als Nationalfeiertag gefeiert.

Bgm. Reumann: Die letzte Vollzugsanweisung, betreffend die Einschränkung beim Verbrauche von Gas und Elektrizität hat in § 14 die Gewährung von Ausnahmen...

GR. Peter Schön (Soz. Dem.) verweist in einer Interpellation auf den Mangelzustand, dass in einzelnen magistratischen Bezirkskantonen keine allgemeine Einlaufstelle besteht...

Bgm. Reumann erwidert: In jedem magistratischen Bezirkskanton besteht ohne dies eine Einlaufstelle, wo in der Zeit von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends Einlagen entgegengenommen werden.

GR. Seidner (Soz. Dem.) stellt folgende Anfrage: Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 12. Oktober 1910 über die Abänderung des Gesetzes über das demokratische Staatsbürgerrecht...

meindernehmung mit Arbeitslosenunterstützung ...

Bgm. Reumann bringt folgenden Bericht: Der Gemeinderat hat seinerseits den Beschluss gefasst, dass die Gemeinderatschüsse zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung den Staatsangehörigen der tschechoslowakischen Republik nur dann geholfen wird...

GR. Julius Müller (Soz. Dem.) in Wien wird über den Bericht, die Koks, dass vor mehreren Jahrzehnten, als man den Heizwert von Koks noch nicht richtig einschätzen wusste, die Koks allgemein zu Planierungszwecken verwendet wurden...

Bgm. Reumann: Es ist ausserordentlich unwahrscheinlich, dass Koks in Wien jemals zu Planierungszwecken verwendet wurde. Das Gaswerk Fünfhaus, von dem der Koks nach der Anfrage genannten Oertlichkeit hätte herrühren können...

GR. Anton Wimmer (Soz. Dem.) stellt folgende Anfrage: Eine große Anzahl von Arbeitern, die in Kolleredorf und Kolleredorf arbeiten und in XVII. oder XVI. Bezirk wohnen...

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Frau GR. Seidel (Soz. Dem.) legt einen Bericht über die Ausspeisung der Pflanzlinge dar...

antrag, für die Ausspeisung der in diesen Anstalten untergebrachten Pflanzlinge einen Höchstbetrag von 8000 K zu genehmigen...

GR. Dr. Ilaschke (Jüdischnational) erklärt, man könne den Antrag der Berichterstatterin nur auf das nachdrücklichste unterstützen, denn er sei vielleicht endlich ein Schritt zur Besserung der Verhältnisse in diesen Anstalten...

GR. Grünfeld (Soz. Dem.) bezeichnet die Verhältnisse im Grundarmenhaus im 2. Bezirk wie man sie bei der Inspizierung vorgefunden habe, als schauerhaft. Er verweist gegenüber dem Behauptungen der „Reichspost“...

Die Referentin verweist in ihren Schlussworte darauf, dass gelegentlich des Besuches der Untersuchungskommission Gelegenheit sein werde, über alle in den Armenanstalten vorgekommenen Missetände zu sprechen...

Der Antrag der Referentin wird hierauf zum Beschlusse erhoben.

Nach einem Antrage des GR. Dr. Grün (Soz. Dem.) wird eine Entschädigung für die Hilfsärzte in der Lungenheilstätte Steinklamm bewilligt.

Die Regelung der städtischen Angelegenheiten... Die Gemeinde Wien...  
 und Arbeit  
 Angestellten der Gemeinde Wien sind vor einigen Tagen an die Gemeindevorwaltung wegen Erhöhung der Steuerzuschläge für die aktiv Bediensteten und Pensionisten, sowie wegen eines Anschaffungsbeitrages herangetreten. Da es bei der bekannten finanziellen Lage der Gemeinde demnächst ausschließen wäre, die Wünsche der Beamten, Lehrer und Angestellten zu erfüllen, hat sich am 26. Oktober eine Abordnung der Gemeinde unter Führung des Vize-Bürgermeisters Demarling, bestehend aus den Stadträten Breitner und Speiser an den Staatskanzler mit der Bitte auf an Aufschluss darüber gewendet, welche Preisbewegung auf dem Lebensmittelmarkt vorzusprechen sind und welche Aussichten die Gemeinde bei der Zuteilung neuer ausgiebiger Steuerquellen hätte. Das Ergebnis dieser Vorgespräche lag heute in Stadtrat in einer Zuschrift des Staatssekretärs für Finanzen welche ~~an~~ <sup>an</sup> Herrn Reumann zur Kenntnis brachte, vor. In der Zuschrift heisst es: Der Herr Staatskanzler hat gegenüber einer Abordnung des Wiener Stadtrates, die am 25. ds. Mts. bei ihm vorgesprochen hat, ein einheitliches Vorgehen des Staatsrates für Finanzen des Landes Niederösterreich und der Gemeinde Wien in Fragen der Besoldung der Lehrer, Beamten und Angestellten als höchst wünschenswert bezeichnet und zu diesem Zwecke die Einsetzung einer aus Vertretern dieser 3 Stellen zu bildenden Kommission in Vorschlag gebracht, die aus 5 Vertretern des Staatsamtes, und aus je 2 Vertretern der Landesregierung und des Stadtrates zu bestehen hätte." Der Stadtrat delegierte nunmehr in diese Kommission auf Antrag des Bürgermeisters Reumann die Stadträte Hellmann und Speiser

OK. Breitner (Soz.-Dem.) legt nunmehr die Gesetzentwürfe betreffend die Einführung einer Abgabe von höheren Mietzinsen, die Bodenwertabgabe und erhöhte Gemeindeabgaben von gebrannten geistigen Flüssigkeiten, etc. vor, über welche unter einem verhandelt wird. Der Referent führt dabei aus: Der Stadtrat unterbreitet Ihnen 3 Vorlagen, durch welche der Gemeinde Wien neue Einnahmen von rund 100 Millionen Kronen zufließen sollen. Im Voranschlage 1919/20 sind die gesamten Einnahmen aus allen Arten von Steuern mit 125 Millionen Kronen veranschlagt. Durch die Ueberlassung eines Teiles der Hauszinssteuer und des Ertragssteuers der Verbrauchsteuer wird sich das Ergebnis, wenn man auch die heutigen Vorlagen hierzu rechnet, mehr als verdoppeln. Das wäre in gewöhnlichen Zeiten etwas ganz ungehört gewesen und hätte der Gemeinde ganz gewaltige Möglichkeiten der Betätigung geboten und förmlich eine Ära des Aufschwunges eingeleitet. Wenn Sie bedenken, dass alle Wiener Schulbauten 95 Millionen Kronen gekostet haben, dass sämtliche Bäder nicht mehr als 3 Millionen erforderten, dass der gesamte Aufwand für Beamte und Lehrer im letzten Friedensjahre bloss 65 Millionen betrug, so können Sie ermessen, was man für solche 100 Millionen alljährlich Mehreinnahme hätte zu schaffen vermöge.

Wie liegen nun die Dinge gegenwärtig? Die 130 Millionen Kronen aus Steuern sind nicht mehr als ein Drittel des Defizites von 400 Millionen Kronen, das wir am 30. Juni feststellen mussten. Es wird also noch grosser gewaltigerer Sparmassnahmen einhergehen, der weiteren Ausschöpfung der Steuerkraft andererseits bedürfen, um nur allmählich wieder ins Gleichgewicht zu kommen. Die gegenwärtige Verwaltung hat es nicht so bequem, wie dies in früheren Jahren der Fall war. Noch im Voranschlage 1918/19 erschienen die städtischen Haushaltungen mit einer Abfuhr von 40 Millionen an die eigenen Gelder der Gemeinde. Davon kann jetzt und auf Jahre hinaus keine Rede sein. Die einfache Bäderparfarkhäuser, die wir als erste Massnahmen verfügen mussten, und von denen wir hofften, dass sie eine langsame Sanierung der Betriebe einleiten, sind heute schon durch die Tatsachen vollkommen überholt.

Das Elektrizitätswerk weist auf das Verwaltungsjahr gerechnet neuerlich ein Defizit von 82 Millionen aus. Beim Gaswerk stellt sich der Ab-

gang, wenn die Einführung der Heizpreise voll durchgeführt wird, auf über 60 Millionen. Die Strassenbahnen haben nicht bloss durch den 8-wöchigen Stillstand 14 Millionen verloren, sondern werden gegenwärtig an jeden Sonntag infolge Stilllegung des Eisenbahnverkehrs einen Abgang von 5000 000 K auf die unabweisliche Kosten der Strassenbahn und auf den Strassenbahnen mit etwa 30 Millionen jährlich ausdrücken.

Wenn wir nun nach den Ursachen dieser Erscheinungen forschen, so können sie selbst bei der allerschärfsten Kritik nicht darin gefunden werden, dass vielleicht seit Juni ds. J. schlecht gewirtschaftet wurde. Der Grund liegt einzig und allein darin, dass wir noch vor 4 Monaten die österrische Krone mit 1.50 kalkulieren konnten, während wir bei unseren Zahlungen in der letzten Zeit für die österrische Krone 3 Kronen zu zahlen hatten, dass damals noch die Krone 15 Centimes galt, und heute nunmehr mit 5 Centimes bewertet wird.

Sie sehen, ~~was~~ <sup>was</sup> die Dinge sind, die ausserhalb des Machtbereiches der Gemeinde liegen. Wenn ~~sich~~ <sup>sich</sup> in Laufe von wenigen Monaten eine so ungeheuerliche Wertverminderung ergibt, wenn alle Besätze, die die Gemeinde machen muss, ~~das~~ <sup>das</sup> dreifache kosten, so ~~müssen~~ <sup>müssen</sup> die Gemeinde Wien ~~in~~ <sup>in</sup> mit allen Ernste darauf bestehen, dass ~~Ordnung~~ <sup>Ordnung</sup> gemacht wird ~~in~~ <sup>in</sup> den staatlichen Finanzen. Wenn der Entwurfsprozess nicht zum Stillstande kommt, ist alles vergebens. Die Gemeinde Wien ist ein Drittel des Staates Deutschösterreich und zwar das notleidende Drittel, ~~es~~ <sup>es</sup> gibt kein Deutschösterreichisches Problem, es gibt nur ein Wiener Problem. Darum müssen wir mit grösstem Nachdruck die Forderung erheben, dass endlich einmal eine Diktie gezogen wird, die einen Stillstand in der fortwährenden Entwertung bedeutet, damit das ungesetzte Abwärtsgleiten endlich einmal aufhört. Es ist ja durchaus begreiflich, dass alle Angestellten sich in unausgesetzter Unruhe befinden. Und das trifft die Gemeinde an härtesten, da sie der ~~grössten~~ <sup>grössten</sup> Unternehmern ~~in~~ <sup>in</sup> diesem Staate ist. Kein Industrieunternehmen und kein Land beschäftigt eine so grosse Anzahl - es sind rund 56.000 Beamte, Lehrer und ~~Arbeiter~~ <sup>Arbeiter</sup> aller Kategorien - ~~wie~~ <sup>wie</sup> die Gemeinde Wien.

Wir haben im Mai gewaltige Aufwendungen gemacht und heute haben alle diese Schichten von Angestellten das Empfinden, dass es ihnen nicht besser geht, als vor der Regulierung. Heute ist im Stadtrat beschlossen worden, sich mit dem Staate ins Einvernehmen zu setzen, um von diesem zu erfahren, wie er sich die Sanierung des Haushaltes denkt, mit welcher Erhöhung der lebensnotwendigen Artikel für die nächste Zeit zu rechnen ist. Dann erst wird es möglich sein, festzustellen, was jedem Einzelnen unbedingt gewährt werden muss. Wir wollen in diesen Fragen einvernehmlich mit Staat und Land vorgehen, weil ja jede Aenderung bei einer Kategorie sofort die andere in Bewegung setzt, die erhöhten Ausgaben neue Tarifsteigerungen erhöhte Abgaben bedingt, und unausgesetzte Beunruhigung hervorrufen. Zu den Dingen, die in der allernächsten Zeit zu lösen sein werden, gehört auch die Aufgabe, die grossen Gemeindebetriebe wieder zu sanieren. Die kaufmännischen Unternehmungen müssen sich selbst erhalten können, was allerdings eine neue Preiswelle einleiten wird. Auch das wird Gegenstand der Besprechung mit der Regierung sein. Was in den heutigen Vorlagen verlangt wird, hängt mit dem Sanierungsprozess unserer ganzen Wirtschaft nur lose zusammen, sie bedeuten jenes bescheidenste Minimum an Mehreinnahmen, das wir unter allen Umständen, selbst bei der grössten Sparsamkeit künftig benötigen. Der Magistrat hat im Juni vorgeschlagen, alle Mietzinsen zu erhöhen und auf diese Art rund 100 Millionen Kronen herbeizubohlen. Wir haben aber gesagt, dass man diesen Weg nicht gehen könne, und haben nach anderen Mitteln gesucht, diese 100 Millionen Kronen zu beschaffen. Das Ergebnis sind die Vorlagen, die heute dem Gemeinderat unterbreitet werden.

Die erste Vorlage ist die Mietaufwandssteuer. Der Referent führt die bereits bekannten Bestimmungen zur Gesetzesvorlage aus. Die Steuer ist entsprechend dem Wunsche des Staatsamtes der Finanzen mit 31. Dezember 1920 begrenzt. Nach Ablauf des ersten Jahres wird es also möglich sein, gewisse Finanzierungen, wie Berücksichtigung der Geschäfte vorzunehmen. Referent weist darauf hin, dass die Ausarbeitung der Vorlage eine besonders schwere Aufgabe gewesen sei, nicht bloss weil seine Partei die Stelle der verwaltenden Partei inne hat, sondern weil sie auch die Aufgabe hatte, die Pflichten der Minderheitspartei, die es sich sehr bequem gemacht hat, zu erfüllen und strengste Kritik zu üben.

Der Referent legt dann das Gesetz betreffend die Einführung einer Abgabe vom gemeinen Bodenwerte vor und erklärt: Die weitgreifenden Ziele, welche diese Steuer in Deutschland und England erreicht hat, können wir heute nicht erstreben. Heute, wo sich die Herstellung einer Wpanung von Zimmer, Kabinett und Küche, wie wir selbst aus unseren eigenen Erfahrungen wissen, auf einen Jahreszins von 8000 K stellt, wird diese Steuer die Bautätigkeit nicht fördern können. Die Bodenwertabgabe wird also zunächst nichts anderes als etwas rein fiskalisches sein, sie kann aber doch später reformatorischen Charakter gewinnen und eine Aenderung des ganzen Hauszinsystems einleiten. Bei der Budgetberatung haben wir uns noch einen Betrag von 23 Millionen Kronen als Ertragnis dieser Steuer erhofft; wir können jedoch nur auf 17 Millionen Kronen rechnen, was einem Werte des verbauten und unverbauten Grundes von 3400 Millionen Kronen entspricht. Ueber 1/2 % hinauszugehen, schien uns nicht zweckmässig und es hat Mühe gekostet, die Zustimmung des Finanzamtes selbst nur zu diesem Satz zu erlangen. Entscheidend ist, dass die Ueberwälzung auf die Mieter verboten ist und die Bodenwertabgabe keinen Grund zur Zinssteigerung bilden darf. Wenn auch die Hausbesitzer dank dem Mieterschutzgesetz keine Kriegsgewinner sind, so können sie doch diese bescheidene Last ohneweiter's vertragen. Die gewiss wichtige Frage der Reparatur der Häuser muss gesondert gelöst werden.

Der Redner geht hierauf auf die Besprechung der Gemeindegeldabgabe von gebrannten geistigen Getränken und des Gemeindegeldes für Schaumweinsteuer über und betont, die Gemeinde tue damit das gleiche, was der Staat bereits getan habe. Es könne heute von jedem, der sich ein Viertel Wein knufft, verlangt werden, dass er mit 10 Heller bei einem Krügel Bier mit 5 Heller zu den Lasten der Gemeinde beiträgt. Die Schaumweinsteuer bedürfe doch keiner Begründung. Die Gesamteinnahmen aus dieser Abgabe sollen 25 Millionen Kronen betragen. Es ist meine Pflicht führt Referent aus, festzustellen, dass wir beim Staatsamt der Finanzen Verständnis für die schwere Finanzlage Wiens gefunden haben. Es streiten sich wohl jetzt Staat, Land und Gemeinden um jedes einzelne Steuerobjekt, doch ist es immerhin gelungen, zumal wir uns bei der Getränkesteuer grösste Reserve auferlegt und dem Staate noch breiten Spielraum für seine Steuerpläne gelassen haben, zu einem Einvernehmen zu gelangen. Wir mussten wohl in einer Reihe von Punkten Aenderungen zustimmen, insbesondere der Terminisierung der Vorlagen dürfen aber nun auf deren glatte Erledigung rechnen.

Redner bittet schliesslich den Gemeinderat um die Zustimmung zu den Vorlagen und schliesst: Es ist eine unausweichbare Pflicht, die Gemeindefinanzen nicht zusammenbrechen zu lassen. Der unangestastete Kredit der Gemeinde Wien ist eine der Hoffnungen auf die Wiederaufrichtung in diesem Staate. Wir sind zwar augenblicklich in einer grauenvollen Lage, wir haben einen Winter vor uns so furchtbar und entsetzlich, wie er noch niemals über eine Stadt der Welt verhängt gewesen ist, wir haben aber die Ueberzeugung, dass, wenn es uns gelingt, über diesen Winter hinwegzukommen, wir wieder in eine Zeit des Aufbaues kommen werden.

Jener Optimismus, mit welcher die Bevölkerung von Deutschösterreich von staatswegen in den letzten Monaten gefüttert worden ist, war in keiner Weise berechtigt; die Entwicklung hat gezeigt, dass es ganz unangebracht war, den Menschen die Zukunft leicht und rosig zu zeigen, aber ebensowenig ist blosses Klagen, hoffnungsloser Pessimismus am Platze. Wir sind durch eine harte Schule der Bescheidenheit gegangen und diese wird es uns auch ermöglichen, die schwierigen Zeiten des Ueberganges zu überwinden. Dazu aber ist es notwendig, dass wir aufrecht bleiben, dem Auslande zeigen, dass wir den ernststen und festen Willen haben, unsere Finanzen zu ordnen. Wir müssen zum Ausdruck bringen, dass die Stadt Wien alles aufbietet, ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern, ihren Angestellten und ihren so grossen sozialen Verpflichtungen nachzukommen. Das volle finanzielle Gleichgewicht wird vielleicht erst nach einigen Jahren erreicht werden und erst dann ist die Bahn für neue, grosse Aufgaben frei: Die heutigen Vorlagen bedeuten den Anfang, sie sollen die Bedeckung eines Viertels des Defizites bringen. Wenn Sie nun, geehrte Frauen und Herren erforschen, wie diese 100 Millionen Kronen neue Steuern beschafft werden, so können Sie mit ruhigem Gewissen für die Vorlage stimmen. Denn durch alle Entwürfe geht ein sozialer Gedanke: Wir nehmen diese 100 Millionen Kronen von ganz anderen Schichten, als die früheren 100 Millionen Kronen von unseren Vorgesängern genommen worden sind. Zum erstemal sind es die breiten, besitzlosen Massen, die von der Steuer freibleiben, während die zahlungsfähigen Schichten kraftvoll zu ihrer Zahlungspflicht herangezogen werden. (Lebhafter Beifall bei der Rede.)

**VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.**

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) betont eingangs seiner Ausführungen, dass die Frage des Wiener Problems und um die handelt es sich in unseren Staaten ausserordentlich, von unseren staatlichen Organen nicht in der Weise vertreten und gewürdigt wurde, wie es der Fall hätte sein müssen und dass auch die Verwaltung der Stadt dies ruhig hingenommen habe. Schon aus diesem Grunde allein spreche er sich gegen die Vorlage aus. Es müsse endlich gesagt werden, dass Wien allein für den Staat, wie er jetzt geschaffen wurde, Opfer bringe, während alle anderen Teile eigentlich von diesem Staat nichts wissen wollen. Wien sei auch die Hauptsteuerquelle dieses Staates und da dürfe Wien wohl eine gewisse Autonomie für sich beanspruchen als es bisher der Fall war.

Er bezeichnet die vorgelegten Steuerprojekte als indirekte Steuern und gibt seiner Verwunderung Ausdruck, das die Majorität auf die indirekten Steuern zurückgekommen sei. Er bezeichnet es als ungerecht, wenn 80% der Bevölkerung von der Steuer nicht getroffen werden und meint, das man dabei ein korrekatives Moment nicht ausser Acht gelassen habe. Man hätte eine solche Ausnahme nicht machen dürfen. Diejenigen Bewohner, die in der Klasse von 1200 bis 2000 Kronen fallen, seien als Mittelstand zu bezeichnen und für die ist eine Erhöhung des Zinses bis zu 20% viel zu hoch. Hier beantragt Redner die Steigerung in den Beträgen von 2 bis 2000 Kronen auf 10% herabzusetzen und die anderen Klassen dementsprechend zu regulieren. Was die Einkommensteuer bei den hohen Mietzinsen anlangt, so meint Redner diese Steuer eine Luxussteuer, von der die Gemeinde, da ja Wien eine arme Stadt ist nicht viel haben wird, die aber eine Landflucht der reichen Leute, die sich der Steuer entziehen werden, zur Folge haben wird.

Der Redner weist noch darauf hin, dass es notwendig sein werde, für gewisse Bauten, die nurmehr mit beschränkten Gewinnen rechnen, wie z.B. Gesellschaften zur Erbauung von Arbeiterwohnhäusern und dergleichen eine Befreiung von der Abgabe eintreten müsse und stellt eine Reihe von formellen Anträgen. Zum Schlusse erklärt er, dass es heute nicht verwundern dürfe, dass die Leute verdrossen seien, wenn in einer Zeit, wo alles teurer werde, auch noch neue Steuern komme. Das Telefon werde immer schlechter, dafür kommen aber erhöhte Gebühren, der Strassenbahnverkehr werde von Tag zu Tag schlechter dafür werde aber die Tarife erhöht. Der Staatsbürger habe heute nichts anderes zu tun als zu tracken die Lasten für den Staat auf-

zubringen, während für die grosse Masse nichts geschehe. Um diese Steuern auszuweichen, gäbe es verschiedene Wege, es gehe aber nicht an, dass die jetzige Generation, welche den Krieg mitgemacht habe, auch die ganzen Lasten tragen solle. Redner weist darauf hin, dass die Gemeinde ein ausländisches Anlehen aufnehmen wolle und kommt auf seinen alten Vorschlag zurück die drei grossen Unternehmungen der Gemeinde Wien, die nach den bisherigen Berechnungen ein Defizit von 122 Millionen Kronen ergeben würden bei gleichzeitiger Aufnahme dieser Anleihe auf 35 bis 40 Jahre zu verpachten, wobei die Pachtsumme in ausländischer Valuta zu bezahlen wäre. Er schliesst dann: Ich glaube kaum, dass die Gemeinde diesen beiden Wege wird ausweichen können. Die Gemeinde hat jetzt die Aufsicht über die Ernährung aus ihren Händen geben müssen und ich weiss nicht, was besondern ist, die Abgabe der Ernährung oder die Verpachtung dieser Unternehmungen an eine ausländische Gruppe. Meine Haltung soll nicht etwa bedeuten, dass ich mich über die Verlegenheiten, in denen sich die Gemeinde heute befindet, freue. Wenn je, so ist jetzt ein vollkommener Bürgerfriede unbedingt notwendig, weil nur durch gemeinsame Arbeit die schwierigen Zeiten überwunden werden können.

GR. Jernak (Soz. Dem.) sagt, dass man sich die Steuervorlage betreffend den erhöhten Mietzins nicht schöner vorstellen könne, als sie vorliegt. Es wird immer an dem Grundsatz des progressiven Steueraufbaues festzuhalten sein. Diese Tendenz sollte die ganze Steuerpolitik überhaupt durchziehen. Es muss unbedingt daran festgehalten werden, dass die besitzlosen Klassen entlastet werden und dass die besitzenden Klassen zu immer höheren Leistungen für den Staat- und Staatshaushalt herangezogen werden. Das entspricht dem Grundsatz von Recht und Billigkeit. Die Vorlage zeigt das Bestreben gerecht zu werden, jenen Unrecht gegenüber, das aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung quillt, und die notwendigen Steuern dert zu suchen, wo sie gefunden werden können. Dieser Ansicht hätte man vielleicht mehr Rechnung tragen könne, wenn man sich das immer wachsende Missverhältnis zwischen dem Einkommen der Arbeiter und Angestellten und den Preisen der Lebensmittel und Bedarfsartikel vor Augen hält. Auch das Mieternachtragsgesetz könnte nicht verhindern, dass die Mietzinse doch eine Erhöhung um ungefähr 10% erfahren haben. Es wäre auch gut gewesen, wenn die Steuerfreiheit eine weitere Ausdehnung erfahren hätte, etwa bis 1200 K Mietzins, und wenn sie von da an gesteigert werden wäre, so dass sie bei Zinsen über 3000 K 7% ausgemacht hätte. Dadurch würden ungefähr 2 1/2 Millionen K heringebracht werden sein, und es würde dadurch, gerade jenen soziale Führer wiederfahren, die unter den heftigen Verhältnissen am meisten leiden. Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Gemeinde bei der Lösung von Finanzprojekten auf das Wohl wollen des Landes angewiesen ist und dass heute der Gedanke unerträglich ist, das heute ein Gemeinwesen mit mehr als 2 Millionen Einwohner mit weniger Selbstständigkeit besitzen soll, als Länder mit 600.000 Einwohner. Es ist unerlässlich, dass wir die Sicherung der Steuerhoheit zu erlangen bestrebt sein müssen und die Gemeinde muss auch nach voller Selbstständigkeit streben. Denn für die Stadt Wien gelte die Parole hinaus aus dem Elend und hinauf zu der Höhe, die notwendig ist, für ein proletarisches, sozialistisches Wien.

GR. Dr. Ehrlich (Jüdischnational) weist darauf hin, dass der Referent anlässlich der Budgetdebatte dem vorliegenden Gesetzentwurf betreffend die Mietzinse als äusserste Reserve bezeichnet hat und dass man bald vor die ernste Frage gestellt sein werde, ob es möglich ist, die Wirtschaftsunternehmungen der Gemeinde weiterzuführen. Wenn von einer Verpachtung gesprochen wurde, so wird man vielleicht sogar noch weiter, zu schärferen Massregeln kommen müssen.

Der Redner pflichtet den Lesern der Vorlage zu und erklärt, es sei nur recht und billig, wenn man jetzt nach der Erhöhung der Strassenbahn-tarife, welche gerade die ärmere Bevölkerung getroffen habe, die grosse Masse von einer neuen Belastung ausschliesst. Das Grundprinzip des Steuerentwurfes sei jedenfalls ein gerechtes und deshalb werde seine Partei für die Vorlage stimmen.

GR. Sirobok (Tscheche) erklärt in den Vorlesungen seine sich Verständnis für die Bedürfnisse des armen Volkes, das mit Ausnahme der letzten Steuer zum grössten Teil von einer Belastung verschont geblieben sei. Seine Partei werde deshalb von diesem Gesichtspunkte aus den Vorleser zustimmen.

GR. David (Soz. Dem.) beantragt Schluss der Debatte. Angenommen.

GR. Feldmann (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass diejenigen Mieter, die einen Zins von 200 bis 1200 K zahlen, meist kleinere Angestellte sind, darunter auch Lehrer sind, die kürzlich einen Steuerbeitrag von 1000 K bezogen haben, die aber jetzt von der neuen Steuer schwer getroffen werden. Er beantragt, diese 5% der Pensionierung bei dieser Klasse zu streichen. Der Bodenwertabgabe steht Redner sympathisch gegenüber, da diese Abgabe nicht leicht abzuschalten werden könne, wünscht aber einige Abänderungen der Vorlage.

Ueber Antrag des GR. Skaret (Soz. Dem.) wird die Wahl von Generalrädsraern angenommen.

Generalredner xx pro Dr. Pollak (Jüd. Nat.) ist mit den neuen Steuern einverstanden, will aber vor allen Experimenten, wie Verpachtung oder Verkauf der städtischen Unternehmungen warnen. Die Errichtung dieser Unternehmungen hat hunderte Millionen guten Gold man müsste kronen gekostet, also heute ebenso gute Franco verlangen, was ausgeschlossen ist, da sonst die Käufer viele Milliarden Kronen zahlen müssten. Aehnlich sei es mit der Verpachtung und die Folge wäre dann kolossale Tarifierhöhungen, womit wieder der Gemeinde nicht gedient ist. Die einzige Möglichkeit unseren armen Staat zu retten, ist der Export. Dieser bedingt aber billige Löhne und diese wieder billige Lebensmittel.

GR. Ertner (Deutschnational) Generalredner contra betont, daß er den Referenten nahelegen möchte, die Zinse von 9 bis 1200 Kronen von einer Abgabe völlig frei zu lassen, die Zinse von 12 bis 1500 Kronen nur mit einer 5%igen Abgabe zu belegen und den Ausfall bei den höheren Zinsen hereinzubringen, denn die Belastung der kleineren Wohnungen würde nur wieder Forderungen der Angestellten auslösen.

In seinem Schlussworte kommt der Referent auf die einzelnen in der Debatte gestellten Anregungen und Anträge zu sprechen. Er wendet sich besonders gegen die Aufnahme eines Anlehens und betont, daß die Beschaffung eines ausländischen Anlehens fast unmöglich sei in diesem Falle müssen eben schon geordnete Finanzen vorgefunden werden. Entschieden wendet sich Redner dagegen, daß der Gedanke Wurzel fassen könne, daß kein anderer Ausweg gefunden werden könne als sich der städtischen Beträge zu entäußern. Auch eine ausländische Fachgesellschaft müsse mit den Löhnen, mit den anderen teuren Materialien rechnen, ein ausländisches Unternehmen wird immer von seinen Betrieben einen Gewinn haben wollen. Redner betont, daß in allen Gesetzentwürfen ein soziales Empfinden zum Ausdruck komme, wenn auch darin manche Ungerechtigkeit enthalten

sei, wie es eben bei solchen Vorklagen von Steuern nicht zu umgehen sei. In den Vorlagen werde aber keine Hausvertrapolitik getrieben, sondern eine Mieterpolitik, es ist eben ein neuer Geist in das Rathhaus eingezogen.

Bei der Abstimmung werden alle Abänderungsanträge abgelehnt, die Referentenanträge unverändert angenommen. Einige Zusatzanträge werden genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

VB. Emmering: Ich halte es für meine Pflicht allen Rednern für die sachgemässe Behandlung dieser Fragen und dem Referenten für die Mühe und Arbeit, die er gehabt zu danken. (Lebhafter Beifall)

GR. Dr. Scheu (Soz. Dem.) legt sodann die ebenfalls bekannten Anträge auf Abänderung einiger Bestimmungen der Wertzuwachsabgabe vor, die sich auf eine andere Staffelung des Abgabesatzes namentlich auf eine Erhöhung der Abgabe auf 50 % bei einem über 200% igen Wertzuwachs beziehen.

Bei der vom Bgm. Reumann geleiteten Abstimmung über dieses Referat werden die Referentenanträge ohne Debatte genehmigt.

Nach Annahme einiger kleinerer Referate ist die Tagesordnung erschöpft und wird die Sitzung geschlossen.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 30. Oktober 1919, Nr. 430.

**Die Wohnungsanforderungen.** StR. Dr. Sothen berichtete in der gestrigen Stadtsitzung über die Wohnungsanforderungen in der Woche vom 6. bis zum 12. Oktober 1919. Es wurden in sämtlichen Bezirken zusammen 6 Hotels, 271 Wohnungen und 46 Einzelwohnräume angefordert. Von diesen entfallen auf Kleinwohnungen 159, auf kleine Mittelwohnungen 68, auf grössere Mittelwohnungen 20 und auf grosse Wohnungen 27. In Rechtskraft sind in dieser Woche die Anforderungen von 61 Kleinwohnungen, 75 kleinen Mittelwohnungen, 26 grösseren Mittelwohnungen und 11 grossen Wohnungen erwachsen. Diese nunmehr effektiv beschlagsetzten Wohnungen bestehen aus 301 Zimmern, 66 Kabinetten, 121 Küchen, 45 Verzimmer, 18 Dienerräume und 18 Badezimmer. Die Räumlichkeiten des in der Betriebswoche rechtskräftig angeforderten Hotels Westend in der Fugergasse, wurden der Staatsbahndirektion für ebendieses Eisenbahnabstellplatzes angeboten. Die Zustimmungserklärung der Staatsbahndirektion ist noch nicht eingelaufen. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

**Die amerikanischen Kohlebesuche.** Bgm. Heumann erstattete in der heutigen Sitzung des Stadtrates einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen, die von der Gemeinde wegen des Bezuges amerikanischer Kohle geführt werden, dem wir folgendes entnehmen: Wie bekannt, haben sich die Herren William A. Jones und Georg W. Berry auf Grund eines am 23. August 1919 mit dem Staatsamt für Handel und Gewerbe getroffenen Übereinkommens nach Amerika begeben, um für Oesterreich bzw. für die Gemeinde Wien Anbote auf Kohle insbesondere auf Gaskohle einzuholen. Bis 16. Oktober war das Staatsamt ohne Nachricht über die Tätigkeit der genannten Herren. Die Zwischenzeit wurde benützt, um Einblick in die Transportfrage für die Strecke Hafen bis Wien zu gewinnen. Die Erhebungen haben folgendes Ergebnis: Italien wäre sehr gerne bereit, die Verladung der Kohle in Triest oder Venedig durchzuführen, es hat sogar die Bereitstellung einer bestimmten Zahl Wagen für den Transport in Aussicht gestellt. Die Verladung von Schiff auf Bahn kann wahrscheinlich nur mit Hand erfolgen, wenn auch mechanische Verladeeinrichtungen zur Verfügung stehen. Hamburg könnte die Verladung durchführen, wenn auch nicht in solchen Mengen, wie angenommen wurde. Die Auskünfte wurden durch das „Deutsche Kohledepot“ in Hamburg erteilt. Dieses teilt mit, dass es ausgeschlossen zu sein scheint, auch nur annähernd genügend rollendes Material zu erhalten, da schon für kleine Mengen mit Schwierigkeiten gekämpft wird. Was den Wasserweg betrifft, so haben die Schifffahrtsgesellschaften eine Quartierung für den Transport Elbe aufwärts abgelehnt. Diese Auskünfte waren wenig ermutigend, zumal da auch bei Bewältigung des Transportes auf dem Wasserwege, schliesslich ab Hamburg die Eisbahnfahrt in Betracht käme und wenig Wahrscheinlichkeit besteht, Deutschland zur Übernahme des Transportes zu bewegen. Als sich daher die französische Firma Pacific-Atlantio-Trading Co. durch ihren Vertreter an das Staatsamt für Handel mit der Erklärung wandte, dass sie bereit sei, die für Oesterreich zu kaufende amerikanische Kohle zu übernehmen und an der Stelle Saarkehle zu liefern, die in französischen Wagen transportiert wird, schien dieser Vorschlag sehr willkommen. Am 21. Oktober traf die Nach-

richt ein, dass Oberst Jones am 22. Oktober in Wien eintreffen werden. Dieser berichtete über seine und Berry's Tätigkeit in Amerika folgendes: Er hatte sich von Wien nach Paris begeben und dort mit dem Vertreter der amerikanischen Regierung seine Aufgabe besprochen und sofort die Reise nach Amerika angetreten. Dort hat er zunächst die Einreisewilligung für die Vertreter des österreichischen Staates erwirkt und hievon mit Kabeldepesche die amerikanische Vertretung in Wien verständigt. Diese Depesche ist nicht angekommen. Am 15. September hat er dann an das Staatsamt für Handel gemeldet, dass er mit den Verhandlungen begonnen hat und dass er ersuche, im Sinne der Vereinbarung das Depot bei der adriatischen Bank zu erlegen. Dieses Kabeldepesche ist in Wien nicht eingetroffen. Da er ohne Antwort blieb, kabelte er neuerlich am 23. September direkt an Ministerialrat Kloss, dass die Verhandlungen begonnen haben, die Versendung über Hamburg erfolgen solle, Kredit für ein Jahr gegeben wird, dass aber rasches Handeln notwendig sei, da die Preise steigen. Auch dieses Telegramm ist in Wien nicht angekommen. Weil er ohne Antwort blieb, kabelte er am 25. September an Oberst Causy: „Habe Kabeltelegramm an Kloss gesendet und keine Antwort bekommen. 60.000 Tonnen Gaskohle via Hamburg oder Rotterdam, Kredit für ein Jahr, Kloss soll wegen Kontrakt telegrafieren.“ Zur Sicherheit wurde ein gleiches Telegramm an den amerikanischen Gesandten Halstead gesendet; dieses letztere Telegramm ist in der amerikanischen Gesandtschaft nicht eingelangt. Das Telegramm an Causy ist angekommen und wurde von diesem an Dr. Kloss weitergegeben. Auf dieses Telegramm kabelte Dr. Kloss am 2. Oktober nach New York und, da die Depesche unbeantwortet blieb, urgierete er am 15. Oktober. Am 1. Oktober ging von Jones und Berry ein neuerliches Telegramm mit genauen Angaben über die Offerte an den Gesandten Halstead ab. Das Kabeltelegramm langte in der Gesandtschaft zwar ein, jedoch so verstümmelt, dass sein Inhalt nicht zu entziffern war, die Unterschrift fehlte; die Depesche konnte daher nicht weiter gegeben werden. Da Jones und Berry in Amerika vollständig ohne Nachrichten waren, trat Jones die Rückreise an. In Paris besuchte er den Vertreter der österreichischen Regierung Eichhoff, legitimierte sich und eruchte ihn, das Ergebnis seiner Unterhandlungen in Amerika unserer Regierung bekanntzugeben. Das von Eichhoff in dieser Angelegenheit gesandte Telegramm war für uns die erste ausführlichere Nachricht über die Verhandlungen der Unterhändler. Wie oben erwähnt, hat das Staatsamt den österreichischen Vertreter sofort telegrafisch verständigt, dass der Vertreter des Staatsamtes und der Gemeinde in Paris wegen der Unterhandlungen eintreffen werden. Jones wurde jedoch, obwohl er sechs Tage in Paris wartete, darüber nicht verständigt und reiste daher am 20. Oktober nach Wien.

Über den Ankauf amerikanischer Kohle machte nun Jones hier folgende Mitteilung: Eine Ausfuhr amerikanischer Kohle ist von der Bewilligung der amerikanischen Kohlenausfuhrzentrale abhängig. Diese Bewilligung wurde mit Ausnahme an die Regierungsstellen für Europa überhaupt noch nicht erteilt. Alle dem Staatsamt und der Gemeinde vorliegenden Offerte über amerikanische Kohle sind daher nach seiner Ansicht Luftabote. Seinen Bemühungen ist es gelungen, eine Ausfuhrbewilligung für Oesterreich von 200.000 Tonnen zu erhalten. 100.000 Tonnen können auf staatlichen Schiffen verfrachtet werden, die der Kontrolle des amerikanischen Schiffsamtes unterliegen, für 100.000 Tonnen kann privater Schiffsraum beigelegt werden. Die Schiffsfracht stellt sich nach dem von Staate genehmigten Tarife nach Rotterdam derzeit auf 22.50 Dollar, nach Triest auf 31 Dollar. Die staatlichen Schiffe werden jedoch für Triest und Fiume wegen Mangel an Rückfracht nicht beigelegt, sodass nur ein atlantischer Hafen für die Versendung in Betracht käme. Der Preis der Kohle selbst stellt sich auf 6½ bis 7½ Dollar. Nach Mitteilung

Jones soll die amerikanische Regierung auch geneigt sein, gegen eine angemessene Sicherstellung, über die noch Verhandlungen zu pflegen sind, Kredit für diese Kohlenbewilligung einzuräumen. Die Verzinsung wird mindestens 10 % betragen. Es ergibt sich somit, dass eine Verschiffung der Kohle nach Triest überhaupt ausgeschlossen ist, da die Schiffe dort keine Rückfracht finden. Der Preis bis atlantischen Hafen kann eventuell, wenn Rückfracht gesichert ist, herabgesetzt werden.

Die Vereinbarungen sind mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Kabelverständigung unbedingt durch einen Vertreter des österreichischen Staates in Amerika zu treffen. Jones hat auch mitgeteilt, dass in den amerikanischen Gruben mit 1. November Streiks eintreten werden, weshalb auf eine wesentliche Verteuerung der Kohle zu rechnen sein wird. Der Abschluss des Geschäftes ist daher sehr dringlich und es muss die grundsätzliche Erklärung über den Bezug amerikanischer Kohle vor 1. November in Amerika eintreffen.

Anschliessend an diesen Bericht des Bürgermeisters fand beim Bürgermeister eine Beratung statt, der Ministerialrat Kloss beiwohnte. Trotz der ausserordentlichen Schwierigkeiten, die sich den Bezug von amerikanischer Kohle entgegenstellen, und der gewaltigen Kosten, die sich durch den Staat der Valuta ergeben, wurde der Beschluss gefasst, die Verhandlungen durch von Staatsamte engagierte Mittelpersonen in intensiver Weise tagenacht der damit verbundenen Kosten fortzusetzen und wenn irgend möglich, schon in den nächsten Tagen eine Abordnung nach Paris zu entsenden. Diese hätte die Aufgabe zu lösen, den Tausch der amerikanischen Kohle gegen Saarkehle zu bewirken und dabei in erster Linie zu sichern, dass die Verfrachtung in französischen Waggen bis nach Wien erfolgt.

**Strassenbahnverkehr zu Allerheiligen.** Der Betriebsbeginn der Strassenbahn bleibt am 1. November wie am Werktagen aufrecht und es werden an diesen Tage keine Linien eingestellt. Sonntag, den 2. November bleiben die für Sonntag bestehenden Einschränkungen aufrecht. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, dass ein verstärkter Strassenbahnverkehr zu den Wiener Friedhöfen nicht stattfinden kann.

**Abgabe von Kartoffeln.** Von Freitag bis Sonntag werden im 13., 14. und 15. Bezirke italienische Kartoffeln zum Preise von K 3.56 per kg, und zwar ½ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „R“ der Kartoffelkarte abgegeben.

**An die löbl. Administration!**

Der Hilfsausschuss für die Opfer des 27. Jänner in Marburg ersucht die löbl. Administration, dem Heirat Anton Spinler, Landesregierung in Graz, bekanntzugeben, ob von Ihrem geschätzten Blatte eine Sammlung für diesen Zweck eingeleitet wurde und welches Ergebnis diese Sammlung hatte.

Hochachtungsvoll  
Mischen M.P.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.

Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 31. Oktober 1919, Nr. 431.

Abgabe von Margarine. Von 2. bis 8. November gelangen bei den städtischen Butterabgabestellen und bei den Konsumentenorganisationen 120 Gramm Margarine zum Preis von K 4.66 pro Kopf und Woche zur Ausgabe.

Milch für die Spitäler. Bgm. Reumann teilte im Stadtrate mit, daß sich die englische Mission in Wien erbötig gemacht hat, der Stadt Wien 300 Kühe zum Preise von ungefähr 7000 K pro Stück, deren Milch an die Spitäler abgegeben werden soll, zu beschaffen. StR. Breitner brachte der englischen Mission für ihr Entgegenkommen den Dank der Gemeinde aus.

Kartoffelabgabe. Von Samstag bis Dienstag werden im 16., 17., 18. und 19. Bezirke inländische Kartoffeln zum Preise von K 1.80 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „R“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Zewerha. Ab Mittwoch, den 5. November, 1/4 kg Mehl; 1/4 kg Bohnen, 12 dkg Margarine, 1/2 kg Kartoffel. Sonst die laufenden Artikel. Im November wird im 9. Bezirksamt III eine Zweigstelle errichtet. Der genaue Zeitpunkt der Eröffnung wird noch bekannt gegeben.

2. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 31. Oktober 1919, Nr. 432.

Die Taxen für die Aufnahme in den Heimatsverband. In einer der letzten Gemeinderatssitzungen hatte GR. Gross einen Antrag eingebracht, dass bei der Aenderung des gegenwärtigen Heimatsrechtsgesetzes darauf Rücksicht genommen werde, dass die Verschreibung der Taxen für die Aufnahme nach der Dauer des Aufenthaltes und nach der wirtschaftlichen Lage des Aufnahmewerbers erfolge. Ueber diesen Antrag berichtete StR. Dr. Fritz Winter im Stadtrate und stellte folgenden Antrag: Der Magistrat wird beauftragt einen Entwurf über Aenderung des Taxengesetzes dahin anzuarbeiten, dass Taxen bis zu 10.000 K eingehoben und für den einzelnen Fall nach freiem Ermessen von der Gemeinde mit Berücksichtigung der Dauer der Beschäftigung und der sonstigen Verhältnisse des Aufnahmewerbers bestimmt werden. Zu diesem Berichte sprach GR. Gross, welcher der Sitzung beigewohnt war und eine ausführliche Begründung für den von ihm eingebrachten Antrag gab, sowie StR. Leer, der ersuchte, dass bei

der Ausarbeitung des neuen Gesetzes den Bediensteten der verschiedenen Staatsämter (Post-, Verkehrs-, Justiz- und Finanzämter), welche infolge Versetzung aus Dienstesrücksichten bei der Erwerbung des Heimatsrechtes gerade über anderen Bevölkerungsschichten durch ihren wiederholten unfreiwilligen Demizilwechsel sehr im Nachteile waren, im Hinblick darauf, dass ihnen bei der Uebernahme in den deutschösterreichischen Dienst wie bei Auszahlung ihrer Ruheentlöse und Erziehungsbeiträge die Zuständigkeit zur Bedienung gemacht wird, durch entsprechende Erleichterungen die Erlangung des Heimatsrechtes möglich gemacht wird. Die Anträge des Referenten wurden hierauf an Hilfsschulen für schwachbefähigte Kinder. StR. Hellmann referierte im Stadtrate über die Schaffung von Lehrräumen für die Hilfsschule für schwachbefähigte schulpflichtige Kinder in der Schule II., Nevaragasse. StR. Dr. Grün stellte dabei den Antrag, dass zur Abgabe von schwachbefähigten und sprachkranken Kindern an Spezialschulen auch immer das Gutachten von Schulärzten eingeholt werde und dass sich das Gesundheitsamt mit allen Spezialklassen für schwachbefähigte und sprachkranke Kinder, ferner mit den Klassen für solche Kinder, die an Sinnesstörungen leiden, eingehend befasst und dem Stadtrate und Bezirksschulrate darüber Bericht erstatte, damit die gewonnenen Erfahrungen verwertet werden können. VB. Winter unterstützte den Antrag des StR. Dr. Grün. Er regte an, dass die Ueberprüfung der Kinder nach einem bestimmten System, wie es in der Kinderklinik angewendet wurde, vorgenommen werden soll. Die Anträge wurden angenommen und der Anregung des VB. Winter wurde zugestimmt.

Lizenzen für öffentliche Verführungen. In Zukunft werden für alle öffentlichen Verführungen und Tanzunterhaltungen in Wien, von denen nach den gesetzlichen Bestimmungen an die Gemeinde Wien und das Land Niederösterreich eine Lustbarkeitsabgabe oder Ergänzungsabgabe zu entrichten ist, von der Polizeidirektion nur dann Lizenzen erteilt werden, wenn sich die Veranstalter bei ihrem Ansuchen, das in der Regel 8 Tage vor Beginn bei der Polizeibehörde einzubringen ist, dort darüber ausweisen, dass sie die gesetzlichen Anzeigen bezüglich der Abgaben sowohl in der Abteilung II des Wiener Magistrates als auch beim Landesabgabenspektorate erstattet haben.

Entfallender Empfang. Wegen dienstlicher Verhinderung entfällt am Montag der übliche Empfang bei Bürgermeister Reumann.

Gedächtnisse. Dienstag um 9 Uhr vormittags findet in der Schottenkirche für den im Juni verstorbenen Mag. Direktor Karl Appel ein Requiem statt, das vom Novizenmeister des Stiftes Schotten P. Wolfgang Hedwid mit Assistenz und unter Mitwirkung des Sängerbundes „Dreizehn Linden“ gelesen wird.